

Schriftsteller: Paulo Coelho über Tod und Wiedergeburt

Nummer 36 – 6. September 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN



Die besten Gemeinden in der Schweiz

Hünenberg auf Platz eins – die grosse Rangliste.

Von Carmen Schirm-Gasser

Der Fall BVK

Kriminelle Energie und mangelnde politische Kontrolle: Wie es zum Debakel bei der Zürcher Beamtenpensionskasse kommen konnte. *Von Alex Baur*

Müllers Fliegerabwehr

Der FDP-Präsident schießt auf Armeeminister Maurer. *Von Urs Paul Engeler*



Intern

Niemand ist gerne Letzter. Und wer freut sich schon, in der Zeitung lesen zu müssen, dass ausgerechnet seine Gemeinde – im Rahmen eines schweizweiten Vergleichs – auf dem letzten Rang gelandet ist? So dürfte es auch Peter Jordi ergangen sein, dem Gemeindepräsidenten von Gerlafingen, als er erfuhr, dass seine Gemeinde erneut die rote Laterne erhalten hat. Niemand nehme das ernst, antwortete er am Telefon. Es gebe nur Unverständnis und Gelächter. Dennoch hat sich einiges getan in der Solothurner Gemeinde. Man habe jetzt auf Anregung des Gemeinderats eine 14-köpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, zusammen mit



Die beste Gemeinde der Schweiz: Hünenberg.

einem Unternehmensberater. Alle zusammen würden sich Gedanken über die Zukunft des Ortes machen. Kritik wegzuwischen, ist einfach. Daraus etwas Besseres entstehen zu lassen, zeugt von Grösse. Auf Platz eins des grossen Gemeinderatings, das die *Weltwoche* bereits zum vierten Mal in Zusammenarbeit mit dem Beratungsunternehmen IAZI durchführte, schaffte es dieses Jahr übrigens Hünenberg ZG. Warum, lesen Sie auf **Seite 48**.

Ein Chefbeamter, der Pensionskassengelder im Umfang von 20 Milliarden Franken verwaltet, lässt sich während fünfzehn Jahren von einem halben Dutzend Amigos bestechen und verursacht dabei einen Schaden, der mutmasslich in die Hunderte von Millionen geht. Die Affäre hat sich nicht irgendwo weit unten im Süden zugetragen, sondern im Kanton Zürich. Vier Finanzdirektoren hatte der korrupte Vermögensverwalter Daniel Gloor über sich, seine

Geschäfte wurden von mehreren Instanzen geprüft und für gut befunden – und keiner will etwas gemerkt haben. Wie ist das möglich? Alex Baur hat Involvierte befragt und Stapel von Gerichtsakten durchforstet. Das Resultat seiner Recherchen ist erschreckend: Von allem Anfang an gab es Alarmsignale – sie wurden, nicht zuletzt aus parteipolitischen Kalkül, systematisch überhört. **Seite 32**

Wie wichtig sind First Ladies in einem amerikanischen Wahlkampf? «Enorm wichtig»,



First Lady: Dolley Madison (1768–1849).

sagte Auslandchef Urs Gehrigger und schlug eine Reihe über die prägendsten Frauen von US-Präsidenten vor. Beatrice Schlag, als Teenager blinder Jackie-Fan und seither neugierig, wie die Rolle der bestehenden oder möglicherweise neuen First Lady die Wähler beeinflusst, porträtiert deshalb in einer neuen Serie wöchentlich eine Präsidentengattin. **Seite 58**

Das erste Treffen mit der *Weltwoche* hatte Karin Frei vor einer Woche kurzfristig abgesagt. Einmal mehr hatten «Club»-Gäste am Freitag vor der Sendung ihre Zusage zurückgezogen. «Ich habe keine kalten Füsse vor dem Treffen», sagte die oft pressescheue TV-Moderatorin, «aber wir rotieren alle wie blöd hier.» Sieben Tage später traf unsere Reporterin eine Frau, die sie sich als Zuschauerin des «Club» sehr anders vorgestellt hatte. «Bitte schreiben Sie nichts vom Weisswein, den wir getrunken haben», sagte Frei nach zweieinhalb Stunden, «sonst kommen die Leute auf falsche Gedanken.» Müssen sie nicht. Der halbe Liter, der zu Beginn des Gesprächs auf dem Tisch stand, war nicht annähernd leer, als Karin Frei sich verabschiedete. **Seite 38**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehrigger, Andreas Kunz, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Florian Schwab, Lucien Scherrer, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Markus Gisler, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Pia Reinacher, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*), Verena Tempelmann, Pearlie Frisch (*Assistentin*)
Layout: Tobias Schär (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger
Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*), Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*), Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Internetverkauf: Stailamedia
Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50, info@stailamedia.com
Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Kniefall 3.0

Bestimmt neu Brüssel über die Schweizer Steuern?

Clint Eastwood.

Von Roger Köppel

Vor etwas mehr als fünf Jahren führte die *Weltwoche* ein Interview mit dem damaligen Finanzminister Hans-Rudolf Merz (FDP). Es ging um den Fiskalkrieg zwischen der Schweiz und der EU. Brüssel hatte gefordert, die Schweiz müsse ihre kantonalen Holding-Steuern ändern. Es dürfe nicht sein, dass ausländische Holding-Gesellschaften gegenüber anderen in der Schweiz ansässigen Firmen steuerlich bevorteilt würden. Auf die Frage, ob sich die Schweiz von der EU ein neues Steuerregime aufzwingen lasse, erwiderte Merz: «Es gibt nichts zu verhandeln. Basta.» Es gebe, beteuerte Merz, lediglich einen «Dialog», in dem der Bundesrat Brüssel deutlich mache, die Steuern in der Schweiz noch weiter zu senken: «Seht her, wenn ihr uns unter Druck setzt, machen wir unseren Standort noch attraktiver. Die Botschaft wurde verstanden.» Hoffte Merz.

Letzten Samstag meldete die *Neue Zürcher Zeitung*, dass Merz' Nachfolgerin im Finanzdepartement, Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), ein neues Sondergremium einsetze, um den Steuerkonflikt mit der EU endgültig zu lösen. Allerdings ist das Vorhaben, soweit bis heute ersichtlich, nicht darauf ausgelegt, der EU die Unbeugsamkeit der Schweizer Steuersouveränität darzulegen, wie Merz das seinerzeit ankündigte. Heute soll, so die *NZZ* zustimmend, die Auseinandersetzung im Sinne Brüssels beigelegt werden. Dies geht aus der vom Bundesrat festgelegten Forderung hervor, dass das Schweizer Steuersystem so angepasst werden soll, dass es «internationale Akzeptanz» erhalte. Man fürchtet, die EU lasse ansonsten den Steuerstreit eskalieren. Druck komme auch aus der OECD. Das mit Bundesvertretern und kantonalen Finanzdirektoren bestückte Anpassergremium wird von Finanzministerin Widmer-Schlumpf höchstpersönlich präsidiert.

Der Vorgang steht sinnbildlich für die betrübliche Schweizer Krisendiplomatie des Einlenkens, des Nachgebens und des Einknickens. Am Anfang steht das trotzige bundesrätliche Bekenntnis, Widerstand zu leisten und den eigenen Standpunkt der Gegenseite unmissverständlich klarzumachen. Dann folgen die ersten Aufweichungen und Zugeständnisse, am Ende resultiert die Preisgabe der eigenen Position. Bundesrat Merz setzte zunächst auf Verhandlungsverweigerung. Dann gab er nach und stieg mit Brüssel in einen «Dialog» ein. Aus dem Dialog wurde nun die offizielle bun-



«Irrweg der Schwäche.»

desrätliche Devise, das Schweizer Steuersystem vorausseilend der Zustimmung Brüssels zu unterwerfen, damit es «internationale Akzeptanz» bekomme. Bisher war die Schweiz in Steuerfragen souverän. Die «nationale Akzeptanz» reichte. Neu soll die Steuerhoheit in Teilen oder ganz von der Zustimmung Brüssels abhängig gemacht, also an die EU abgetreten werden. Ohne es zu merken oder ohne es zuzugeben, sägt der Bundesrat an einem Grundpfeiler der Eidgenossenschaft, die auf dem Versprechen errichtet wurde, keine fremden Richter und keine fremden Steuervögte zu dulden.

Ohne es zu merken, sägt der Bundesrat an einem Grundpfeiler der Eidgenossenschaft.

Wenn eine Regierung nicht mehr bereit ist, kompromisslos an der durch die eigene Rechtsordnung garantierten demokratischen Selbstbestimmung in Steuerfragen festzuhalten, ist sie auf einem tragischen Irrweg der Schwäche. Die steuerliche Autonomie, verbürgt durch die direkte Demokratie und damit durch die Tatsache, dass in der Schweiz die Bürger bestimmen, wie viel Geld der Staat durch Steuern erhalten soll, ist nicht nur ein Kernelement unserer Freiheit, sondern darüber hinaus auch ein Standortvorteil erster Güte. Dass Bern nun allerdings von sich aus bereit ist, mit dem Segen der Finanzministerin das Schweizer Steuersystem von der Zustimmung Brüssels abhängig zu machen, ist unverständlich, aber insofern konsequent, als der Bundesrat auch auf anderen aussenpolitischen Ebenen den Plan vorantreibt, die Schweiz osmotisch mit der EU zu verschmelzen.

Theoretisch wäre es immer noch möglich, dass Bern, wie Merz seinerzeit andeutete, den Druck Brüssels zum Hebel nimmt, um in der Schweiz die Gewinnbesteuerung allgemein auf das tiefere Niveau ausländischer Beteiligungsgesellschaften zu senken. Es ist zwar stossend, dass man sich überhaupt in diesen empfindlichen Bereich hineinreden lässt, aber standortpolitisch wäre es ein Coup und eine Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen. Ob es allerdings zu einem derart couragierten Schritt kommen wird, ist mehr als fraglich. Finanzministerin Widmer-Schlumpf und der Präsident der kantonalen Finanzdirektoren, Christian Wanner (FDP), betonen, dass sie «Steuerausfälle» dieser Grössenordnung niemals dulden würden. Das bürgerliche Establishment der Schweiz denkt nicht daran, den Privatsektor umfassend zu entlasten. Im Vordergrund steht die staatliche Einnahmenseite, die keinesfalls beschnitten werden darf. Alle echten Liberalen sollten jetzt darauf hinarbeiten, den drohenden Kniefall vor Brüssel wenigstens dafür zu nutzen, dass die Steuervorteile der Schweiz nicht beseitigt, sondern verbessert werden, wie das alt Finanzminister Merz wollte, aber nicht durchbrachte.

Letzte Woche trat der amerikanische Schauspieler Clint Eastwood vor den Delegierten der US-Republikaner in Tampa mit einer Satire auf den amtierenden Präsidenten Obama auf. Ich gehe davon aus, dass die wesentlichen Elemente, da ausgiebig kommentiert, bekannt sind. Die meisten Schweizer und deutschen Zeitungen machten sich lustig über den 82-jährigen Hollywood-Giganten, der als einer der wenigen Vertreter der Unterhaltungsindustrie seit Jahrzehnten für die bürgerliche Seite eintritt. In ihrer herablassenden Süffisanz allerdings übersahen die den Republikanern chronisch übelgesinnten Journalisten, dass Eastwood eindringlich an eine Grundweisheit der Demokratie erinnerte: «Ich möchte nur eines sagen, *ladies and gentlemen*. Etwas, das mir sehr wichtig scheint: Dieses Land gehört uns – *we own it*. Es gehört nicht den Politikern. Die Politiker sind nur unsere Angestellten. Alle paar Jahre kommen sie vorbei und betteln um unsere Stimme. [...] Und wenn jemand seinen Job nicht macht, müssen wir ihn gehen lassen.»

Das war weder «knarrend und hohl» (*NZZ am Sonntag*) noch «billige Polemik» (*St. Galler Tagblatt*), sondern nur vernünftig und richtig. In der Demokratie sind die Bürger der Chef. Dass Eastwood für die Äusserung einer solchen Selbstverständlichkeit in der Presse kritisiert wird, ist wieder einmal ein Indiz dafür, dass die meisten Schweizer Journalisten rettungslos den Demokraten verfallen sind. Hätte Eastwood für Obama gesprochen, wäre seine Rede als «hellsichtig» und «humorvoll» gelobt worden.



Im Quotenhoch: Fernsehfrau Frei. Seite 38



Hoffnung: US-Präsident Obama. Seite 56



Folteropfer: «Pay de Limón». Seite 62



Bio-Rohstoff: Gentech-Labor. Seite 28

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Ein Land überlistet sich

11 Im Auge Prinz Harry, Stripper in Las Vegas

12 Familie Heiraten, wozu?

12 Landwirtschaft Neuer Beruf: Energiewirt

13 Personenkontrolle Maurer, Schmid, Wildberger etc.

13 Nachruf Griselda Blanco, Drogenhändlerin

14 Müllers Fliegerabwehr

Die militärpolitischen Manöver des FDP-Chefs

16 Die Deutschen Berlin ist in Aufregung

16 Wirtschaft Investmentbanking – bitte ohne Grossbanken

18 Ausland Ist Kohl schuld an der Euro-Krise?

20 Mörgeli Kolossaler Kult der Merkmale

20 Bodenmann Bürgerliche Bruderliebe

23 Medien Ringier holt Fussballtrainer Ottmar Hitzfeld

23 Kostenkontrolle 45 Millionen für Energieforschung

24 Grundbegriffe des Lebens Masse (Serie von Linus Reichlin)

26 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

28 Mr. Gentech

ETH-Forscher Wilhelm Gruissem kämpft gegen den Hunger

30 Migration Die Zahl der Asylgesuche steigt immer weiter

31 Essay Schweiz, bewahre dein Erbe!

32 Der Fall BVK

Im Kanton Zürich hat die parlamentarische Kontrolle versagt

36 Hanselmans Wunsch-Dementi

Rückendeckung für die verurteilte Chefärztin des Spitals Wil

38 Besonderes Kennzeichen: Versöhnlich

Seit zehn Monaten moderiert Karin Frei den «Club»

40 Fernsehen Schawinskis «Streitgespräch» mit Chef de Weck

41 Eigenmietwert Den Hausbesitzern zum Wohl

42 Weniger Mitglieder, mehr Geld

Die Gewerkschaften leben auf Kosten der Allgemeinheit

44 Mann mit Mehrwert

Porträt über Thomas E. Kern, Chef des Zürcher Flughafens

46 Kunst der Bürokratie

Immer mehr Kultursubventionen versickern in der Bürokratie

48 Die besten Gemeinden in der Schweiz

Das grosse Ranking – von Hünenberg ZG bis Gerlafingen SO

56 Es könnte schlimmer sein

Die Wiederwahl von US-Präsident Barack Obama ist fraglich

58 Dolley Madison Serie über Amerikas First Ladies (1)

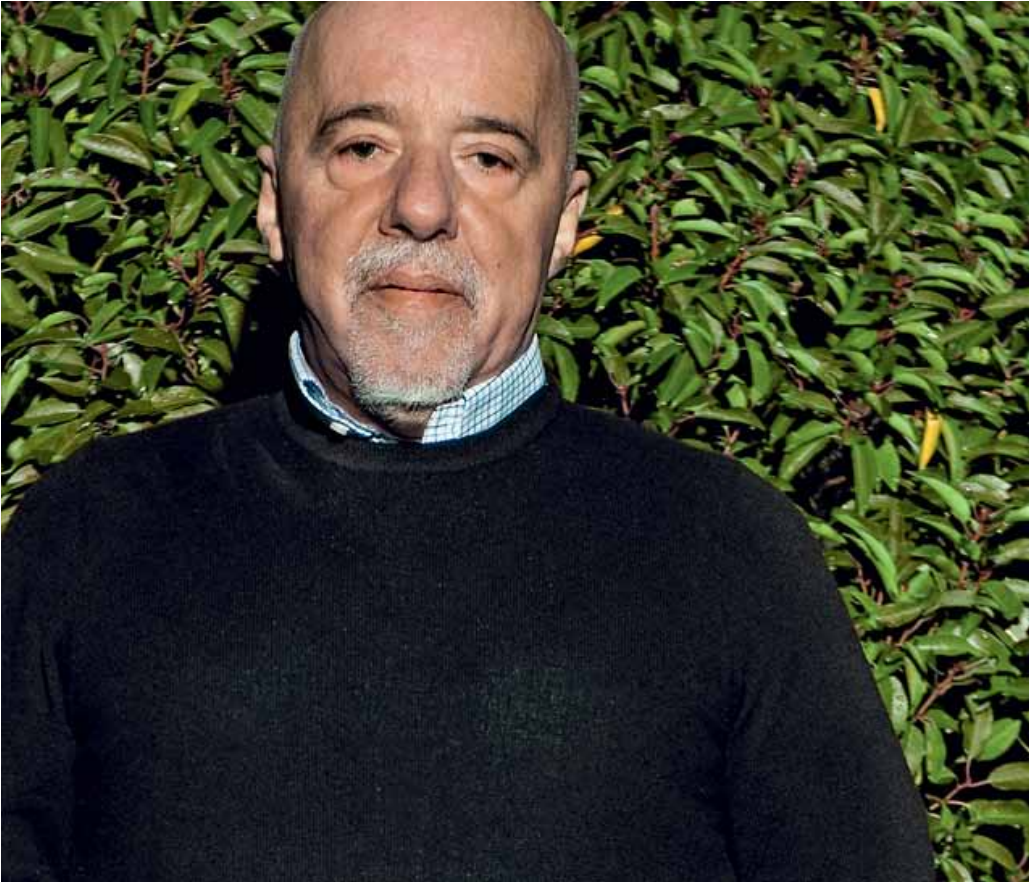
59 Belgien Was für ein Mensch ist Kinderschänder Dutroux?

60 Der Prophet und der Profit

Gründe für die Armut in den Ländern der Arabischen Liga

62 Pfote um Pfote, Kopf um Kopf

Das Schicksal eines gefolterten Schäferhundes aus Mexiko



«Erniedrigung zählt zu den schlimmsten Erfahrungen»: Bestseller-Autor Paulo Coelho. Seite 64

Interview

64 «Ein grosses Ego ist keine Sünde»

Paulo Coelho gehört zu den erfolgreichsten Autoren der Literaturgeschichte. Der 65-jährige Brasilianer über seine Karriere, den Tod und die Wiedergeburt

Stil & Kultur

68 Stil & Kultur Die Warenflüsterer

70 Bestseller

70 Amouröse Spiegelfechtere

Martin Walsers neuer Roman beginnt funkelnd und endet desaströs

71 Jazz Clifford Brown / Max Roach Quintet

72 Die Peinlichkeiten des Königs

Juan Carlos I. von Spanien wird auf seine Glaubwürdigkeit geprüft

75 Namen Corine Mauch, Moritz Leuenberger, Frank Bodin etc.

76 Top 10

76 Kino «Hope Springs»

77 Fernseh-Kritik «Precht»

78 Gesellschaft Später Samen

78 MvH Meine Kunst

79 Die Besten So duftet dieser Herbst

80 Wein Pernand-Vergelesses Les Combottes 2010

80 Thiel Beamte auf der Couch

81 Auto Lamborghini Aventador LP 700-4

82 Hochzeit Alexandra Stühff und Claus-Dieter Hertler

Autoren in dieser Ausgabe

Dirk Schümer



Der Feuilleton-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist Autor eines Buches über den belgischen Kinderschänder Marc Dutroux («Die Kinderfänger»). Dirk Schümer schreibt über neue Details in diesem Fall, der seit der Haftentlassung von Dutroux' Komplizin erneut zu reden gibt. Seite 59

Reinhard K. Sprenger



Der 59-jährige Unternehmensberater und Publizist gehört zu den einflussreichsten Wirtschaftstheoretikern. In seinem Essay zum Steuerstreit zwischen Deutschland und der Schweiz fordert er, dass die Freiheit des Einzelnen höher zu gewichten sei als absolute Steuertransparenz. Seite 31

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Ein Land überlistet sich

Von Philipp Gut — Jetzt fordert auch der Mieterverband Massnahmen gegen die Personenfreizügigkeit. Das System der offenen Grenzen gefährdet die Freiheit im Innern.



Mehr Kosten: Mieterverbandspräsidentin Thanei.

Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU gerät zunehmend auch von links unter Druck. Der Mieterverband droht damit, die Ausweitung der Freizügigkeit auf Kroatien abzulehnen, wenn der Bundesrat nicht Massnahmen zum Schutz der Mieter ergreife. Die grosse Nachfrage nach Wohnraum durch Zuzüger aus dem EU-Raum habe vor allem in den Ballungszentren Zürich und Genf zu einem starken Anstieg der Kosten geführt, argumentiert der Verband.

Vom Bund fordert der Mieterverband «Sofortmassnahmen». In stark betroffenen Regionen sollen bei Neuvermietungen nur noch maximal fünf Prozent höhere Mieten verlangt werden dürfen. Zudem solle der Kündigungsschutz ausgebaut werden. Schliesslich scheut sich der Verband nicht davor, ein «Kaufverbot für Ausländer» zu fordern, die in der Schweiz Immobilien erwerben wollen. Betroffen davon wären Zuzüger in den ersten fünf Jahren.

Aktionen zur Abfederung unerwünschter Nebenfolgen einer gewünschten Politik haben in der Schweiz Tradition. Man nennt sie im Bürokratendeutsch «flankierende Massnahmen». Nicht selten laufen diese dem ursprünglichen Ziel und Zweck einer Regelung diametral entgegen. Die Personenfreizügigkeit zeigt das beispielhaft. Was als Meilenstein der Liberalisierung gepriesen wurde, entpuppte sich als

Vorwand für immer neue Vorschriften und Verbote.

Freizügigkeit bedeutet, dass die Politik auf einem bestimmten Gebiet ihre Gestaltungsmacht bewusst aus der Hand gibt. Am Beispiel des Personenverkehrs und aus der Sicht der Schweiz: Der Bundesrat verzichtet darauf, die Arbeitsmigration zu steuern. Die Grenzen sind für alle EU-Bürger offen, die hier eine Stelle finden. Die Politik zieht sich zurück und lässt den Markt spielen.

Dieses Prinzip funktioniert allerdings nur in der Theorie. Die Realität sieht anders aus: Die Liberalisierung an den Aussengrenzen geht einher mit verstärkter Regulierung im Inland. Der Wohnungsmarkt ist bloss das jüngste Beispiel. Der Arbeitsmarkt ist längst «flankierend» bevormundet worden, etwa mit Mindestlöhnen oder der Möglichkeit, sogenannte Gesamtarbeitsverträge für ganze Branchen für «leichter allgemeinverbindlich» zu erklären – was weitere Vorschriften und Zwangsabgaben nach sich zieht.

Deutlich tritt der Konstruktionsfehler zutage, der dem System der Personenfreizügigkeit zugrunde liegt: Während man gegen aussen bedingungslos öffnet, schränkt man gegen innen ein. Das Resultat dieser äusseren Freiheit ist Unfreiheit im Innern. Aus Freizügigkeit wird Einschränkung. Das Niederreißen der Aussengrenzen produziert den Überwachungsstaat.

Plastisch werden die Widersprüche am Beispiel des Immobilienkaufverbots, das der Mieterverband ins Spiel bringt. Es müsste, wegen des Gebots der Gleichbehandlung, auch für Schweizer gelten, die nach einem Auslandsaufenthalt in die Heimat zurückkehren. Ihnen wäre es dann während Jahren untersagt, im eigenen Land eine Wohnung, ein Haus oder ein Grundstück zu erwerben. Das ist das Gegenteil einer liberalen Ordnung. Das Freizüigkeitsmodell führt sich ad absurdum.

In welche Sackgasse sich die Schweiz mit der Grenzabschaffung verrannt hat, illustriert der *Tages-Anzeiger*. Das Zürcher Blatt erwog, «den Standort Schweiz mit deutlichen Steuererhöhungen und Regulierungsschüben so unattraktiv [zu] machen, dass er keine Einwanderer mehr anzieht». Das käme einer Politik der vorsätzlichen Selbstdemontage gleich. Unattraktiv wäre die Schweiz dann nicht nur für Ausländer, sondern auch und vor allem für die Schweizer. Ein Land überlistet sich selbst. Übung abrechnen – aus Liebe zur Freiheit.

Nackte Tatsachen



Prinz Harry, Stripper in Las Vegas.

Auffallend am Pfänderspiel in der Suite des «Wynn»-Casinos von Las Vegas war, wie alle das Geschäft rochen mit dem entblößten Henry Charles Albert David Mountbatten-Windsor. Das Boulevardblatt *Sun*, das seinem Informationsauftrag nach kurzer Bedenkzeit mutig nachkam. Das serbelnde Glücksspielparadies, das die Freiheit erwachsener Menschen pries, zu tun und zu lassen, was sie wünschen. Der Deodorant-Hersteller, der den Fall scheinbarmherzig als Unterhose mit Union-Jack-Muster versinnbildlichte (modisch immerhin korrekter als die Hakenkreuzbinde, mit der Harry auch schon krakeelte). Jetzt sollen Anwälte im Auftrag des Königshauses mit dem Checkbuch das Schweigen der Augenzeuginnen erkaufen, in Bieter-Konkurrenz zu den Tabloids.

Tragödien wiederholen sich als Farce – fast auf den Tag genau vor fünfzehn Jahren starb Prinz Harrys Mutter Lady Diana in Paris in einem Autounfall mit ihrem Geliebten Dodi al-Fayed, und die Moralkeulen trafen den Paparazzo, der die verblutende Prinzessin abgelichtet hatte. Wie der Kaiser im Märchen von Hans Christian Andersen sind auch Hochwohlgeborene nackt, wenn sie keine Kleider tragen, und heute gibt es Handy-Kameras, die das eindeutig festhalten. Erstaunlich ist für diejenigen, die das Foto des Anstosses ganz genau betrachten, dass Dirty Harry, der Thronanwärter Nummer drei Britanniens, als Verlierer des Strip-Billardts lachend seine Kronjuwelen mit seinen Händen verbirgt und doch nicht ganz blutt ist. Er hatte seine Armbanduhr anbehalten, wie für einen Werbegag oder als Relikt von Rationalität und Stil, das ihn von seinem populären Vorgänger in der Hofnarrenrolle der Nation unterscheidet, dem Scherzbold und Fussballproleten Paul Gascoigne («Gazza»), dem er auch äusserlich ähnlich sieht mit seiner roten Streichholzfrisur. Gascoigne, 45, hat inzwischen ins Fach des Ritters der traurigen Gestalt gewechselt, suizidgefährdet und zwischen Ausnüchterung und Psychiatrie pendelnd. Am 15. September feiert Prinz Harry seinen 28. Geburtstag, und vielleicht bittet er ja Gazza zur Party, ganz heimlich.

Peter Hartmann

Heiraten, wozu?

Von Philipp Gut — Der Bundesrat will die Heiratsstrafe streichen. Die Ehe ist etwas Besonderes.

Hans W., Mitinhaber eines KMU-Betriebs, ist ein nüchterner Rechner. Als seine Freundin den Wunsch äusserte, zu heiraten, lehnte Hans ab – aus finanziellen Gründen. Wenn sie unverheiratet blieben, rechnete er vor, könnten sie über die Jahre eine Million Franken Steuern sparen. Das fand auch die Freundin, trotz aller romantischen Regungen, ein Argument. Die beiden blieben unverheiratet.

Geht es nach dem Willen des Bundesrats, wird Hans bald doch noch heiraten können. Die Regierung will die sogenannte Heiratsstrafe abschaffen, die Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich benachteiligt. Das ist die gute Nachricht.

Gleichzeitig sucht der Bundesrat nach Alternativen, um die Steuerausfälle von rund einer Milliarde Franken zu kompensieren. Das ist die schlechte Nachricht. Die Idee, überflüssige Ausgaben in derselben Höhe zu streichen, hat er verworfen. Für ihn ist klar: Es müssen neue Einnahmen her. Entweder durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder durch einen «vorübergehenden Verzicht» auf den Ausgleich der «kalten Progression» (die versteckte Steuererhöhung durch Teuerung).

Beseitigt man eine Ungerechtigkeit, indem man neue Opfer sucht?

Bei der Variante «Mehrwertsteuer» würden die Konsumenten zur Kasse gebeten; beim Verzicht auf die kalte Progression wären vor allem die Besserverdienenden betroffen, die schon jetzt den Grossteil der Steuerlast tragen.

Auch nach der Beseitigung der Heiratsstrafe bleiben weitere Benachteiligungen von Ehegatten bestehen. Bei der AHV-Rente sind Verheiratete gegenüber Einzelrentenbezüglern weiterhin schlechter gestellt. Das empfinden viele Leute als ungerecht, weil sie die Ehe – auch in Zeiten eingetragener Partnerschaften – für etwas Besonderes halten. Zu Recht.

Nur aus der Verbindung von Mann und Frau gehen Kinder hervor. Darauf gründet letztlich die Sonderstellung der Ehe. Der Schriftsteller und Nobelpreisträger Thomas Mann, selber homoerotisch veranlagt, schrieb über die gleichgeschlechtliche Liebe, aus ihr entstehe nichts, sie sei blosses «l'art pour l'art». Die Ehe zwischen Mann und Frau dagegen sei «gründende Liebe»: Sie werde zur «Grundlage einer dauernden, sie überlebenden Lebens- und Schicksalsgemeinschaft».

Das bleibt richtig. Steuerrabatte hin oder her.

Neuer Beruf: Energiewirt

Von Markus Schär — Die Schweizer Bauern wollen die vom Bundesrat beschlossene Energiewende nutzen, um noch mehr Subventionen zu ernten.

Die Bauern haben drei Kernkompetenzen, zwei davon sind Ausrechnen, was herauspringt, und die dritte ist Jammern, dass zu wenig herauspringt. Deshalb wollen sie, dass auch beim grossen Jekami der Energiewende etwas für sie herauschaut – und zwar viel mehr. Die Schweizer Bauern retten nicht nur die Schweizer vor dem Verhungern und die Schweiz vor dem Vergangen, sondern die Welt vor Atomstrom und dem Klimakollaps.

«Die Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten», sagte Bauernverbands-Direktor Jacques Bourgeois bei einer Präsentation im Energiepark Düdingen im Kanton Freiburg, wo vier Bauern aus Hühnermist und Rindergülle Biogas erzeugen. Dafür brauchten die Landwirte aber mehr Investitionssicherheit, also mehr Marktnähe. Wobei «mehr Markt» in diesem Fall für den FDP-Nationalrat heisst: einerseits mehr Förderung durch den Staat, andererseits mehr Planung des Staates. Der Bund solle den Ausbau von Solaranlagen wieder unbeschränkt unterstützen. Und die Kantone sollten Flächen für die Produktion erneuerbarer Energien ausweisen: «Dadurch kann der Landwirt parallel zum Energiewirt werden.»

Ernten sollen diese Energiewirte vor allem das Sonnenlicht. Sie wollen dafür vor allem Dächer nutzen, aber auch Bauernland, wo sich

angesichts der Agrarpreise ausserhalb der abgeschotteten Schweiz das Bauern längst nicht mehr lohnt. Das Vorbild dafür lässt sich, wie immer in Solarfragen, in Deutschland besichtigen. Die Bauern nutzten dort unproduktive Flächen für Windräder und Solarpanels. Das kostete den Staat allerdings Milliarden – und die Preise für unproduktives Bauernland stiegen stark an, in Ostdeutschland fast auf das Doppelte. Deshalb strich die Bundesregierung 2010 die Förderung von Fotovoltaik-Parks auf Ackerland und zahlt nur noch für Solarpanels auf Dächern. Seither stellen die deutschen Bauern Pultdächer mit Sonnenkollektoren in ihre Wiesen, ohne Haus dazu.

Schlechtes Vorbild Deutschland

Die Marktstudie des Bauernverbandes, von den Bundesämtern für Landwirtschaft und für Energie bezahlt, rechnet vor, dass die Landwirtschaft bis 2030 jährlich 2100 GWh Strom erzeugen könne – das entspräche drei Prozent des heutigen Stromverbrauchs. Zu beachten ist allerdings, dass Solaranlagen nur ein Zehntel der installierten Leistung als Energie abgeben, weil die Sonne in der Schweiz eher selten zu scheinen pflegt.

Bei Atom-, Gas- oder Wasserkraftwerken beträgt diese Leistung 85 bis 90 Prozent. Die Deutschen müssen aber ihre optimal ökologischen Flusskraftwerke abstellen, wenn im Hochsommer die Sonne auf die Solaranlagen brennt. Und sie müssen derzeit 23 neue Kohlekraftwerke bauen, um ihre weltweit führende Industrie mit sicherem und günstigem Strom versorgen zu können.

Der Strom aus Schweizer Solaranlagen kostet derzeit fünfzig Rappen pro Kilowattstunde, das ist das Siebenfache des Preises auf dem (regulierten) Markt. Die Energie-/Landwirte fordern deshalb die kostendeckende Einspeisevergütung für alle, also einen Preis für den Strom, der den Produktionskosten entspricht. Wegen des Ansturms auf den staatlichen Fördertopf gibt es gegenwärtig kein zusätzliches Geld: Mehr als 16 000 Solarprojekte stehen auf der Warteliste – sie sollen dereinst gut ein Prozent des Schweizer Stromverbrauchs erzeugen.

Das genügt dem Bauernverband nicht. Er will Fördergeld für alle Sonnenkollektoren auf einem Scheunendach oder in einer Magerwiese. Und er zeigt damit, was die grösste Kernkompetenz der Bauern ist: das Ernten von Subventionen.



«Mehr Markt»: Solarpanels.

Personenkontrolle

Maurer, Schmid, Wildberger, Burkhalter, Gunzinger, Kooijman

Der Eindruck könnte entstehen, das Dutzend Kommunikations- und Wirtschaftsberater, das sich unter dem Firmendach «Die Konsulenten» gefunden hat, gehe im Verteidigungs- und Sportdepartement von Ueli Maurer (SVP) ein und aus. Tatsächlich zahlte das Bundesamt für Sport den Beiständen zwischen Dezember und Mai für die Entwicklung einer «Vision» einer möglichen Schweizer Olympia-Kandidatur 2022 insgesamt 110 000 Franken aus. Die sichtbaren Produkte der Gedankenarbeit sind die schönen Formeln «Weisse Spiele» und «Kurze Wege». Dass Konsulent Victor Schmid, der sich als Begleiter durch die «wachsende



Schöne Formeln: VBS-Chef Maurer.

Einsamkeit der Entscheidungsträger» anpreist, VBS-Chef Maurer bei der Präsentation der Studie behilflich war, belastete die Bundeskasse jedoch nicht. Schmid's Engagement wird von Maurer's Think-Tank «Milizkommission» privat finanziert. Die Verpflichtungen der «Konsulenten» werden darum so scharf beobachtet, weil Konsulent Jürg Wildberger den Gripen mit Erfolg auf die VBS-Starttrampe schieben konnte. (upe)

Ob das im Aussendepartement von Didier Burkhalter (FDP) schon angekommen ist? Die Schweiz, die sich gern ihrer Vielsprachigkeit rühmt, darf ihre einschlägige Statistik laut internationalen Quellen erweitern. Auf der Website CallfromChina.com, die telefonische Wegweiser aus dem Reich der Mitte in den Rest der Welt anbietet, erfährt man neben der Vorwahlnummer, der Landeswährung («Swiss franc») und der Hauptstadt auch die offiziellen Landessprachen der Schweiz. Nebst Deutsch, Französisch und Italienisch – das Rätoromani-sche fehlt – gelten nach chinesischer Lesart auch Serbokroatisch («Serbo-Croatian») und Albanisch («Albanian») als Schweizer Landessprachen. Man lerne: Aus der Distanz von 10 000 Kilometern werden manche Dinge zur Kenntlichkeit entstellt. (gut)



«Serbo-Croatian»: Aussenminister Burkhalter.

Bundesrat und Parlament blasen zum Angriff auf die radikale Anti-Raucherinitiative der Lungenliga. Sie lehnen das «radikale» Begehren ab. Pikant: Die gegnerische Lungenliga wird vom Bund mit namhaften Beiträgen unterstützt. Im vergangenen Jahr waren es über zwei Millionen Franken (genau 2 048 770 Franken). Gezahlt haben das Bundesamt für Gesundheit (BAG), das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT). Es flossen «keine Bundesbeiträge in die Abstimmungskampagne», sagt Lungenliga-Sprecher Cornelis Kooijman auf Anfrage. Er gehe davon aus, dass die Weltwoche auch beim Nein-Komitee nachfrage, woher dessen Gelder stammten. Man müsse wohl davon ausgehen, «dass die Tabakindustrie die Kampagne mitfinanziert». (gut)

Zehn bis zwölf Franken pro Liter. Diesen Benzinpreis hält ETH-Professor Anton Gunzinger für angemessen, um alle Kosten des Strassenverkehrs decken zu können. Eine entsprechende Verteuerung des Treibstoffes führte ins «energiepolitische Paradies», wie Gunzinger dem Sonntag diktierte. Die Empfehlung des Elektroingenieurs hat Gewicht, zeugt doch das Etikett «ETH Zürich» von wissenschaftlicher Seriosität. Nicht lange ist es her, da hat eine Studie der gleichen Hochschule weismachen wollen, die Energiewende sei ohne nennenswerte Wohlstandsverluste machbar, ja, es stehe mit ihr gar ein langfristig positives Wachstum «in sämtlichen Sektoren der Wirtschaft» in Aussicht. Wie aber die Wirtschaft wachsen soll, wenn die Tankfüllung eines Personenwagens künftig weit über 500 Franken kostet, bleibt schleierhaft. (are)



Wie im Paradies: ETH-Professor Gunzinger.

Nachruf



«Bestialisch»: Drogenhändlerin Blanco.

Griselda Blanco (1943–2012) — Sie war die blutrünstigste Frau der Welt, Übername: «Die schwarze Witwe». Als Teenagerin tötete sie verflozene Liebhaber und hübschere Freundinnen, später verantwortete sie über 250 Tote im amerikanischen Drogenkrieg; Blanco liess Kinder töten, Menschen mit der Motorsäge zerteilen, und sie erfand die «Cocaine Cowboys»: Killer, die ihre Opfer von einem Motorrad aus mit halbautomatischen Waffen durchsiebten.

Blanco war die Pionierin des internationalen Drogenhandels und Mentorin des späteren Kartellkönigs Pablo Escobar. Von ihrer Heimat Kolumbien aus schmuggelte sie in den 70er und 80er Jahren tonnenweise Kokain nach Florida, von wo der Stoff in die Welt verteilt wurde. Ihre Organisation zählte tausend Angestellte und machte jährlich mehr als hundert Millionen Dollar Gewinn. Die Chefin schwelgte im Luxus, besass ein Tee-Set der Queen und eine mit Diamanten besetzte Maschinenpistole. Sie nahm selber exzessiv Drogen, war besessen vom Film «Der Pate», taufte ihren Sohn Michael Corleone.

Einstige Mitstreiter beschrieben sie als «bestialisch» und «sadistisch». Um sich als Frau im Drogengeschäft zu behaupten, liess sie ihre Gegner auf möglichst grausame Art töten. Als Blanco 1985 gefasst werden konnte, kam sie wegen einer Ermittlungspanne nur für zwanzig Jahre hinter Gitter. 2004 wurde sie von den USA nach Kolumbien abgeschoben. Gestorben ist sie am letzten Montag durch ihre eigene Erfindung: Zwei Cocaine Cowboys durchsiebten die 69-Jährige von einem Motorrad aus mit ihren Kugeln. Andreas Kunz



Angriff auf den Verteidigungsminister: FDP-Präsident und Nationalrat Müller.

Schweiz

Der Fliegerabwehrgeneral

Von Urs Paul Engeler — Die militärpolitischen Manöver des FDP-Chefs Philipp Müller zielen via Gripen direkt auf SVP-Bundesrat Ueli Maurer. Die Freisinnigen tragen die Doppelattacke mit.

Seine militärische Karriere hat er, ohne dass ein Vorgesetzter die Idee für gut befunden hätte, ihm eine Führungsrolle zu übertragen, im Rang eines Soldaten beendet. Als neuer FDP-Präsident schwingt Philipp Müller sich auf zum Anführer der buntscheckigen Fliegerabwehr-Truppe, die Stellung bezieht, um den evaluierten neuen Kampffjet, den schwedischen Gripen, abzuschliessen. Müllers Flab-Kanone ist doppelläufig geladen. Der erste Schuss gilt dem ungeliebten Flieger, der andere dem noch ungeliebteren SVP-Bundesrat Ueli Maurer, als Chef des VBS verantwortlich für die Verteidigungspolitik des Landes. Beide Angriffe erfreuen Rot und Grün.

Die Beschaffung neuer Armeeflugzeuge war in der Schweiz stets ein dramatisches Ringen, technisch, finanziell, militärisch, politisch, volkswirtschaftlich (Gegengeschäfte). Die Interessen sind vielfältig, verdeckt, verworren,

oft widersprüchlich. Nach Jahren der Evaluation und Diskussion ist die Situation nun aber überschaubar, ja sogar eindeutig: Entweder kommt jetzt der Gripen, oder dann wird in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren kein neues Kampfflugzeug beschafft.

Schon vor drei Jahren warnte kein Verschwörungstheoretiker, sondern ein erfahrener und dicht, auch international vernetzter Aviatik-Unternehmer, der Freisinn entwickle mit den Wirrnissen der Flugzeugbeschaffung eine langfristig und breitangelegte Intrige gegen VBS-Chef Maurer. So die These des Markt- und Politbeobachters: Internationalistisch orientierte Kader des Departements und gleich ausgerichtete FDP-Politiker machten dem Armee-Traditionalisten Maurer den Gripen schmackhaft, um nach erfolgtem Typ-Entscheid diesen Flieger als untauglich umgehend vom Himmel zu holen. Das Prädikat

«untauglich» bleibe dann vor allem am Minister haften, der aus der Regierung oder zumindest aus dem VBS entfernt werden könnte. Mehr als Indizien und verstreute Puzzleteile für das Stellen der Gripen-Falle hatte der Experte nicht. Doch das Orakel wird, je länger das Drama dauert, immer mehr Wirklichkeit.

In der technisch-militärisch angelegten Evaluation hatte der Gripen einen bescheidenen Eindruck gemacht. Er erfüllte die Anforderung nicht oder nur knapp; der Eurofighter und insbesondere der französische Rafale waren ihm davongeflogen. Zwei Argumente hielten das Saab-Produkt gleichwohl im Rennen: die tiefen Kosten und das Versprechen der Hersteller und der neutralen schwedischen Regierung, den in der Schweiz getesteten Gripen C/D fristgerecht zur kampfstärkeren Version E/F weiterzuentwickeln. Mittlerweile liegt ein Staatsvertrag vor, der dies garantiert.

Das knappe Geld für die Landesverteidigung diktierte den Entscheid. Der enge Finanzrahmen – nicht nur für die Anschaffung, auch für den späteren Unterhalt – zwang den Bundesrat zum allgemein überraschenden und militärisch-technisch suboptimalen Typ-Entscheid. Für 3,126 Milliarden Franken will er 22 Gripen E (ohne Zweisitzer der Version F) kaufen; ab 2018 sollen sie ausgeliefert werden. Alle Konkurrenten würden fast das Doppelte kosten und bei der Wartung die Militärbudgets explodieren lassen. Betrachtet man die politischen Vorsetzungen dieses Beschlusses und die Unmöglichkeit, diese Parameter in nächster Zeit zu ändern, gilt heute: Wer den Gripen-Kauf bekämpft, will kein neues Militärflugzeug. Eine Alternative wird es auf Jahre hinaus nicht geben. Das Geflücker, mit einer neuen Evaluation die Typen-Wahl umzukehren und demnächst für etwas mehr Geld allenfalls bessere Maschinen kaufen zu können, ist das Produkt von Hirngespinnsten.

Dies ist die reale Lage, die Ausgangslage für politische Winkelzüge. Nun geht es nicht mehr um Militärisches, sondern um Personen, Prestige und Parteien.

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist das mit Abstand wichtigste Geschäft der Amtszeit von Ueli Maurer. Zwar hatte der einzige SVP-Mann im Bundesrat ursprünglich die Prioritäten anders setzen und den Kauf zeitlich hinausschieben wollen, doch hatte ihn das Parlament gezwungen, den Ersatz der veralteten Tiger-F-5-Flotte voranzutreiben. Zu diesem Zweck bewilligte es auch einen grösseren Finanzrahmen, den der Gesamtbundesrat, in flagranter Verletzung eines verbindlichen Auftrags, allerdings wieder um 300 Millionen Franken pro Jahr kürzte.

Obwohl die Kollegen in der Regierung, die ihre Budgets kontinuierlich aufblähen, ihm die nötigen Mittel nicht gewährten, liess Maurer sich auf das Abenteuer ein. So kommt es,

dass – nach den reichlich schleppenden Aufklärungsarbeiten im chaotischen Departement – seine politische Leistung am Schicksal dieser Vorlage gemessen wird, und zwar nicht nur in den Geschichtsbüchern, sondern hier und heute. Er spielt um sein ganzes Renommee und um seinen Posten. Oder anders: Wer den Gripen-Kauf bekämpft, schießt nicht nur das neue Militärflugzeug ab, sondern auch den Verteidigungsminister.

Rücktritt oder Abwahl!

In dieser Absicht tritt FDP-Präsident Philipp Müller auf den Plan. In linker Diktion bezeichnete er den Jet als «Papierflieger». Auf der Plattform, die ihm die NZZ bot, lancierte er vor zehn Tagen sein Doppelspiel und kündigte apodiktisch erstens «die Rückweisung des Gripen-Projekts» an («Der Gripen erfüllt die Anforderungen nicht») und zweitens den Angriff auf Maurer («Ich zweifle aber erheblich daran, dass er alle Forderungen wird erfüllen können»). Seine Abschusspläne, so sagte er weiter, würden von der FDP-Spitze sowie den parteieigenen Sicherheitspolitikern unterstützt: Sie seien «nicht bereit, einem Gripen-Desaster tatenlos zuzusehen». Tatsächlich hatte Müller in einer Telefonkonferenz eine repräsentative Gruppe von acht Leuten hinter sich geschart.

Die politische Abteilung der NZZ verdichtete das Interview, sicher in Absprache mit dem Interviewten, zu kernigen Merksätzen und Folgerungen: «Die FDP rückt vom Gripen ab. Neue Evaluation gefordert. [...] Der Positionsbezug der FDP bedeutet faktisch, dass das umstrittene Rüstungsprojekt in den eidgenössischen Räten nicht mehr mehrheitsfähig ist. [...] FDP-Präsident Philipp Müller gibt den schwedischen Kampfjet zum politischen Abschuss frei. [...] FDP-Präsident Philipp Müller stellt jetzt die Weichen auf Absturz. Die freisinnig-liberale Bundeshausfraktion wird nach dem dezidierten

Stellungsbezug ihres Parteipräsidenten nicht länger für das Gripen-Projekt einstehen können. Andernfalls wären Müller und die involvierten FDP-Sicherheitspolitiker desavouiert.»

Tatsächlich kann Präsident Müller nicht mehr hinter seine mit Vorsatz gewählte Linie zurück. Auch wenn er jetzt feige zu krebsen beginnt und noch von «offenen Fragen, die beantwortet werden müssen», spricht, kann er dem Gripen-Kauf nicht mehr zustimmen, ohne sich definitiv lächerlich zu machen.

Auch die Attacke auf den Verteidigungsminister, den er hasst, muss der FDP-Chef zu Ende führen. Dass er Maurer tatsächlich wegbugsieren will, geht anschaulich aus privat verschickten Mails hervor, welche die *Weltwoche* nicht wörtlich zitieren darf. Bürger, die sich, irritiert bis besorgt über die Kapriolen des freisinnigen Präsidenten, nach dessen Motiven und Zielen der Offensive erkundigten, erhielten von Müller Antworten, die keine technischen Erläuterungen enthielten, sondern sich in Anwürfen an den VBS-Chef ergingen: Ueli Maurer habe seinen Laden nicht im Griff, habe keine Glaubwürdigkeit mehr, habe Vertrauen verspielt. Also: Rücktritt oder Abwahl!

Um den SVP-Mann aus der Regierung zu drängen, nimmt der Präsident der Freisinnigen in Kauf, dass die Armee in den nächsten Dekaden ohne modernes Kampfflugzeug operieren muss. Zwar publizierte die mit drei FDP-Vertretern bestückte Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats unter dem Präsidium von Hans Hess (FDP, OW) nach den Gripen-Anhörungen am Dienstag ein betont zurückhaltendes Communiqué: «Kommission wartet Botschaft des Bundesrates ab.» Doch die Parteispitze erhöhte umgehend den Druck mit acht ultimativen Forderungen, die Müller selbst für «nicht erfüllbar» hält. Involvierte Parlamentarier bestätigen, dass die Fraktion bei diesem Manöver geschlossen sei – «aus Liebe zur Schweiz». ○



CHRISTOPHER LEHMPFUHL KUNST-AUSSTELLUNG 11. – 23. SEPTEMBER

Vernissage am 10. September ab 17 bis 20 h im terrasse.

Ausstellung und Verkauf von Christopher Lehmpfuhs Gemälden.

Lassen Sie sich mittags und abends inmitten lebhafter

Toscana-Impressionen von unserer Küche verwöhnen.

Das terrasse ist täglich von 10 bis 24 h geöffnet.

terrasse

Limmatquai 3 | 8001 Zürich | T 044 251 10 74 | www.bindella.ch

 BINDELLA

Unsichtbar

Von Henryk M. Broder — Berlin ist in Aufregung: Ein Jude wurde zusammengeschlagen.



Letzte Woche kam Les in Berlin zu einem vielbeachteten Vorfall. Ein Mann, der gerade mit seiner kleinen Tochter spazieren ging, wurde zusammengeschlagen. Die Tat geschah

am hellen Tag in Friedenau, einem gutbürgerlichen Stadtteil. Das Opfer war ein Jude, die Täter vier Jugendliche mit Migrationshintergrund. Während der Mann das Krankenhaus nach vier Tagen verlassen konnte, konnten die Schläger auch eine Woche nach der Tat nicht gefasst werden, obwohl die Polizei eine Kommission gebildet hatte, die fieberhaft ermittelte.

So etwas kommt in Berlin öfter vor. Meistens handelt es sich um Obdachlose, Behinderte oder Menschen dunkler Hautfarbe, die «Opfer sinnloser Gewalt» werden. Diesmal war das Opfer aber ein Rabbiner, an seiner Kopfbedeckung, einer Kippa, als Jude erkennbar. Wegen der Tat zu einem «feigen Überfall» upgegradet wurde, einer «Attacke auf das friedliche Zusammenleben aller Menschen» (Klaus Wowereit). Denn wenn ein Jude in Berlin auf offener Strasse zusammengeschlagen wird, spricht sich das auch im Ausland schnell herum. Das ist schlecht für das Image der Stadt und den Tourismus.

Noch bemerkenswerter waren andere Reaktionen. Gideon Joffe, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, sagte: «Ich kann niemandem guten Gewissens empfehlen, eine Kippa durch die ganze Stadt zu tragen. In bestimmten Gegenden Berlins würde ich sogar davon abraten.» Der Leiter des Rabbinerseminars in Potsdam, Walter Homolka, äusserte sich noch klarer. Er gab seinen Studenten den Rat, auf das Tragen einer Kippa auf der Strasse zu verzichten. «Stattdessen sollten sie eine unauffällige Kopfbedeckung wählen. Offenbar ist man nur sicher, wenn man als Jude nicht mehr sichtbar ist.»

Das ist der aktuelle Zustand der vielgerühmten «Zivilgesellschaft» mit multikulturellem Hintergrund. Als Jude ist man nur sicher, wenn man unsichtbar ist, als Frau tut «man» gut daran, sich zu verhüllen, als Homosexueller sollte man keine Regenbogenfahne aus dem Fenster hängen und als Behinderter oder Afrikaner am besten daheimbleiben. Damit niemand, der eine schwere Kindheit hatte und deswegen zu aggressivem Verhalten neigt, sich provoziert fühlt und zuschlägt.

Die eindeutige Sprache der Fakten

Von Kurt Schiltknecht — Auf dem Schweizer Finanzplatz muss man sich ein paar grundsätzliche Gedanken machen. Im grossspurigen Investmentbanking haben die Grossbanken nichts zu suchen.

Der Schweizer Bankenplatz ist angeschlagen. Das Bankgeheimnis wankt, und die Diebstähle von Kundendaten beunruhigen. Die Riesenverluste der Grossbanken im Investmentbanking haben Zweifel an deren Solidität geweckt. Mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber ausländischen Forderungen nährt der Bundesrat die Vorstellung, dass die Rechtssicherheit auch in der Schweiz gefährdet ist. Vor so viel Ungemach erstaunt es nicht, dass immer weniger Leute an eine rosige Zukunft der Schweizer Banken glauben.

Die Situation erinnert an die Lage der schweizerischen Uhrenindustrie in den 1970er Jahren. Als damals die elektronische Uhr aufkam und der Wechselkurs des Frankens in die Höhe sauste, waren viele Uhrenfirmen nicht mehr konkurrenzfähig. Ein Unternehmen nach dem anderen schloss die Tore. Kaum jemand hätte noch einen Rappen auf die Zukunft der schweizerischen Uhrenindustrie gesetzt.

Einige nahmen die Herausforderungen an. So kam Swatch mit kreativem Design und effizienter Herstellung auf den Erfolgspfad zurück. Hersteller von Luxusuhren wie Rolex entschieden sich, an der mechanischen Uhr festzuhalten. Sie waren der Meinung, dass sie gegen die japanische Konkurrenz im Bereich der Massenproduktion von Uhren nicht mithalten könnten. Ihre einzige Chance sahen sie im Festhalten an den traditionellen komplexen mechanischen Uhren. Deren Fertigung stellte so hohe Anforderungen, dass sie nicht leicht kopiert werden konnte. Die Fertigung war zudem mit einer grossen Wertschöpfung verbunden. Der Entscheid war goldrichtig. Die Uhrenindustrie setzte zu einem langanhaltenden noch immer andauernden Erfolg zug an. Wer die Krise nicht selbst erlebt hat, kann sich kaum vorstellen, wie viele damals bereits die Totenglocken für die schweizerische Uhrenindustrie geläutet haben.

Die Situation auf dem schweizerischen Bankenplatz sieht nicht ganz so düster aus wie die Lage der Uhrenindustrie vor vierzig Jahren. Dennoch müssen die Banken und die Politiker sich Gedanken machen, was mit dem Finanzplatz werden soll. So wie die Uhrenindustrie sollten sich auch die Banken auf ihre traditionellen Qualitäten besinnen und die Dienstleistung für den Kunden sowie die Stabilität der Bank wieder in den Vordergrund rücken. Die

Schweiz besitzt eine Vielzahl gutausgebildeter Fachleute, die einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich guten Service, insbesondere im Vermögensverwaltungsgeschäft, bieten können. Vor allem die Grossbanken sollten endlich einsehen, dass sie im grossspurigen Investmentbanking nichts zu suchen haben. In den vergangenen zwanzig Jahren hat dieses Geschäft den Aktionären nur riesige Verluste gebracht und die Kapitalbasis geschwächt. Zusammen mit einer anhaltenden Flut von Prozessen wegen unsauberer Geschäftstätigkeit hat dies auch das Vermögensverwaltungsgeschäft in Mitleidenschaft gezogen. Die einzigen Profiteure des spekulativen Investmentbanking waren die Bankmanager.

Keine Bewegung bei den Grossbanken

Obwohl die Fakten eine eindeutige Sprache sprechen, machen beide Grossbanken trotz neuer Führung keine Anstrengungen, ihre Aktivitäten im Investmentbanking zurückzuschrauben. Auch für die Grossbanken ist es Zeit, sich auf jene Dienstleistungen zurückzubedenken, die den schweizerischen Finanzplatz erfolgreich gemacht haben. Deshalb sollte die Eigenkapitalausstattung auf das Niveau früherer Zeiten zurückgeführt werden. Nur so können die letzten Zwei-



fel an der Stabilität der Schweizer Banken ausgeräumt werden. Qualität und Stabilität allein reichen für einen durchschlagenden Erfolg nicht aus. Auch die Politik muss mitspielen. Geld- und Fiskalpolitik müssen für ein stabiles Umfeld sorgen. Das Bankgeheimnis sollte künftig Steuerhinterziehung nicht mehr decken. Doch am Bankgeheimnis selbst sollte zum Schutz der Privatsphäre festgehalten werden. Der Schutz der Privatsphäre ist kein Auslaufmodell. Die Politik sollte alles daran setzen, dass die durch die jüngsten Entscheide des Bundesrates angekratzte Rechtssicherheit nicht durch weitere rückwirkende Änderungen in der Gesetzgebung noch mehr in Frage gestellt wird.

Wenn die Banken und die Politik sich diese einfachen Grundsätze zu Eckpfeilern ihrer Tätigkeit machen, stehen die Chancen gut, dass das schweizerische Bankwesen in den nächsten Jahren wieder den Erfolg haben kann, der mit dem Wiederaufleben der Uhrenindustrie vergleichbar wäre.

Ist Kohl schuld?

Von Hansrudolf Kamer — Die Euro-Krise revidiert das Geschichtsbild bei der Geburt des Euro. Schon damals sei klar gewesen, dass die Weichwährungsländer die Stabilitätskriterien nie einhalten würden.



Während die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bierzelt versichert, Euro-Land bleibe eine Stabilitätsunion, ist kurz vor einem weiteren Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Karlsruhe eine

Diskussion über die Geburt des Euro entbrannt. Anlass dazu ist die Publikation der neuen Biografie von Hans-Peter Schwarz über Helmut Kohl, den Kanzler der deutschen Einheit und Vater des Euro.

Die Vergangenheit wird meistens aus Sicht der Gegenwart interpretiert und bei Bedarf neu gedeutet. Die Publikation rief umgehend den alten Rivalen Kohls, Kurt Biedenkopf, auf den Plan. Der ehemalige Ministerpräsident Sachsens erklärte offen, schon während der Verhandlungen zum Stabilitätspakt 1996 sei klar geworden, dass die meisten Länder eine strikte Sparpolitik und Haushaltsdisziplin als Einmischung in ihre politische Souveränität betrachteten und daher ablehnten.

Biedenkopf kann auf eigene Warnungen über die systematischen Gebrechen der Einheitswährung zu dieser Zeit verweisen. Vor allem hatte er darauf verwiesen, dass das Kriterium der Gesamtverschuldung eines Staates von maximal sechzig Prozent des BIP schon beim Beitritt Italiens und Belgiens missachtet worden war. Wenn er nun sagt, Kohl habe nicht ernsthaft glauben können, dass die Maastricht-Kriterien wirklich eingehalten würden, hat er wohl recht.

Vermutlich hat Kohl das in der Tat nicht geglaubt. Er war immerhin ein politischer Realist, der beispielsweise längere Zeit brauchte, um von der konkreten Machbarkeit der deutschen Einheit überzeugt zu werden. Als er es dann war, handelte er schnell und entschlossen.

Vor einem Jahr hat sich Kohl in einer ähnlichen Euro-Diskussion mit bekannten Argumenten verteidigt. Der Stabilitätspakt hätte nach ihm nie aufgeweicht und gebrochen werden dürfen – im Gegenteil, er hätte im Rahmen eines engeren politischen Zusammenschlusses gestärkt werden müssen. Griechenland: Das Land hätte in seiner damaligen wirtschaftlichen Verfassung nie in die Euro-Zone aufgenommen werden dürfen. Dass beides geschah, seien Fehler des damaligen SPD-

Bundeskanzlers Schröder und seines grünen Aussenministers Fischer gewesen.

Zweitrangige Ökonomie

Auch Kohl hat wohl recht. Doch das schwache «dürfen» überzeugt nicht. An eine Finanzmarktkrise wie 2008 dachte in den ersten Jahren nach Maastricht niemand. Krisen gab es zwar. Und auch den alten Konflikt zwischen stabilitätsbewussten und wirtschaftlich erfolgreichen Deutschen und den Ländern mit weichen Währungen, etwa Frankreich, Italien und Spanien, die bereits in den siebziger und achtziger Jahren unter Schulden- und Währungskrisen gelitten hatten.

Doch der Euro war nicht das Wichtigste im ganzen Geschehen. Das Ende des Kalten Kriegs, die Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland und der Zerfall der Sowjetunion dominierten die Politik und nahmen ihre Energien in Anspruch.

Wirtschaftspolitischer Sachverstand war nicht die gefragteste Qualität der Staatenlenker. Diese mussten eine geopolitische Krise bewältigen, die von alten Spannungen, der Erinnerung an verheerende Kriege, Millionen von Opfern, einem überquellenden Arsenal von Nuklearwaffen und grossem allseitigen Misstrauen geprägt war.

Präsident Bush der Erste, der letzte Sowjetführer, Michail Gorbatschow, François Mitter-

rand und Helmut Kohl waren keine Wirtschaftsexperten, hielten ökonomische Belange bestenfalls zweitrangiger Erwägungen für wert. Die Ausnahme war die britische Premierministerin Margaret Thatcher, deren kühler Sachverstand und angeborene Euro-Skepsis auch von wirtschaftlichen Überlegungen gespeist wurde.

Kohl war dagegen, nach Darstellung von Schwarz, von seiner pfälzischen Heimat geprägt. In der Pfalz seien Grenzen immer wieder verändert worden, deshalb habe Kohl auch die Grenzen in Europa für veränderbar gehalten. Die Vereinigten Staaten von Europa waren für ihn bis 1993 ein proklamiertes Ziel, bis er es nach dem Karlsruher Maastricht-Urteil aufgab.

Kohl und viele andere hielten «Europa» für machbar, wie immer nach dem Prinzip, wirtschaftliche Integration werde die politische nach sich ziehen. Politischer Zusammenschluss war anders nicht möglich. Die Antwort auf die Frage, ob die europäische Einheitswährung die europäische Einigung unumkehrbar gemacht hat, ist zwar offen.

Doch «Einigung» hat viele Gesichter, und in der Politik ist selten etwas unumkehrbar. Die Verhältnisse ändern sich, und die Euro-Krise suggeriert, dass Europas Nationen noch immer eifersüchtig über ihre Souveränität wachen. Ein europäisches Nationalgefühl sucht man vergeblich.

Bald zwanzig Jahre nach der Pfund-Krise und den Spekulationen um das damalige Europäische Währungssystem, das dem Euro voranging, stellt sich deshalb erneut die Frage: Was wird Deutschland tun, um das Projekt Europa in Gang zu halten? Eigeninteresse ist durchaus im Spiel. Vom Euro hat es schliesslich stark profitiert.



Vater des Euro: Kanzler Kohl (M.), im Mai 1998 an der Sondertagung zur EU-Währungsunion.

Kolossaler Kult der Merkmale

Von Christoph Mörgeli

Die Christkatholiken seien im Fricktal eine Minderheit (*Aargauer Zeitung*). Im Wallis bilden die Fahrenden eine Minderheit (*Walliser Bote*). Am Glatttaler Tennisturnier sind die Frauen in der Minderheit (*Zürcher Unterländer*). Minderheiten überall. Anti-Diskriminierungsstellen allerorten. Gleichstellungsbüros, so weit das Auge reicht. Toleranzaufrufe in jeder Rede und in jedem Zeitungskommentärchen. Eines müsste in unserer Zeit eigentlich sicher sein: dass niemand aufgrund persönlicher Eigenschaften bevorzugt oder benachteiligt wird. Dass Merkmale, für die niemand etwas kann, keine entscheidende Rolle spielen dürfen.

Seltsamerweise ist das Gegenteil der Fall. Die äusseren Merkmale spielen eine so kolossale Rolle wie nie zuvor. Der Präsident ist schwarz! Die neue Chefin ist eine Frau! Die Migrationsbeauftragte ist eine schwarze Frau! Die Gemeindepräsidentin ist eine schwarze muslimische Frau! Das Spiel heisst: «Zeig dein Merkmal her, oder du hast verloren.» Alle finden sich fortschrittlich, modern – und über jede Diskriminierung erhaben. Blöderweise steckt man aber mitten in dieser drin. Denn jetzt haben jene den Nachteil, die solche Merkmale nicht vorweisen können. Wer also beispielsweise einfach nur Mann, weiss und landeskirchlich ist, kann dafür genauso wenig wie die andern. Doch jetzt ist er der Diskriminierte. Im fröhlichen Merkmal-Spiel fehlen ihm die entscheidenden Trümpfe.

Im letzten amerikanischen Wahlkampf sassen die demokratischen Bewerber Barack Obama, Hillary Clinton und John Edwards auf einem Podium. Obama schwärmte, was es für eine grosse Sache wäre, wenn einer von ihnen Präsident würde: Er wäre der erste Afroamerikaner, Hillary Clinton die erste Frau – und John ... Kunstpause von Obama... und John... Armer John! Er war nur weiss und ein Mann. Später erwies sich John Edwards immerhin als Mitglied der Minderheit, die illegal Wahlspenden verwendeten. Und obendrein der Minderheit der Väter von ausserehelich gezeugten Kindern.

Wappnen Sie sich, damit Sie im Anti-Diskriminierungs-Spiel nicht untergehen. Legen Sie sich schleunigst eine Eigenschaft zu, die Ihren Opferstatus möglichst wirkungsvoll zur Geltung bringt. Damit aus Ihnen etwas wird, sollten Sie sich bessere Merkmale zulegen: Werden Sie asylsuchender dienstverweigernder Roma-stämmiger Transsexueller.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Vogel abgeschossen

Von Peter Bodenmann — Bürgerliche Bruderliebe: Verstehen nur Gipser nichts von neuen Kampfflugzeugen?



Schwedische Papierflieger: Gripen.

Niemand weiss, warum die Schweiz neue Kampfflieger braucht. Denn gegen die Nato-Flieger haben wir null Chancen. Genau wie jede andere Armee der Welt. Und andere Flieger können unseren Luftraum nicht bedrohen. Trotzdem soll die «beste Armee der Welt» (Ueli Maurer) schwedische Papierflieger kaufen. Dies in der Hoffnung, dass Saab-Flieger etwas länger in der Luft bleiben als Saab-Autos auf den Strassen.

Die Entwicklung eines neuen Kampffliegers ist verdammt teuer. Die Herstellung der einmal halbwegs entwickelten Maschinen weit weniger. Deshalb ist die Kampfflugzeug-Beschaffung in Staaten, die selber keine Flieger herstellen, notgedrungen korruptionsanfällig.

Will Christoph Blocher einen neuen Kampfflieger? Vielleicht, vielleicht nicht. Wichtig waren, sind und bleiben für den alten Oberst möglichst viele gut ausgerüstete Infanteristen. Die Armee als politischer Trachtenverein.

Blocher verteidigte auf «Teleblocher» den gelernten KV-Stift Ueli Maurer gegen den gelernten Gipser Philipp Müller. Weil Gipser von Kampffliegern nichts verstehen würden.

Einst war das Büro Farner das ideale Feindbild der radikalen Linken. Auch weil der alte Farner zynisch behauptet hatte, er könne mit einer Million Franken aus jedem bürgerlichen Kartoffelsack einen Bundesrat machen. Dabei war der Merz inflationsbereinigt billiger.

Blocher ortet heute – noch faktenarm – einen freisinnigen Aargauer Korruptionssumpf. Das böse Büro Farner lobbyierte zurzeit für das sozialistische Frankreich. Und wolle der Schweiz den Kampfflieger Rafale aufs Auge drücken. Der freisinnige Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident Daniel Heller arbeitet im und für das Büro Farner. Der freisinnige Inlandchef der NZZ, René Zeller, sei einst ebenfalls für Farner unterwegs gewesen. Gemeinsam hätten die beiden Freisinnigen für ein Interview in der NZZ den von ihnen extra schön herausgeputzten Gipser Philipp Müller fotografiert und instrumentalisiert. Christoph Mörgeli feixte im Nachschuss auf Twitter: «FDP-Müller als Lobbyist der Agentur Farner und des Dassault-Kampfflugzeuges entlarvt.» So funktioniert bürgerliche Bruderliebe im Jahre 2012.

Dank dieser paradoxen Intervention haben die Freisinnigen zwei Möglichkeiten: Sie können den Müller oder den Gripen fallenlassen. Sie werden – wenn sie halbwegs alle Tassen im Schrank haben – den Gripen begraben.

Genau dies will der alte Infanterie-Oberst. Sonst hätte er diesen Angriff nicht gestartet. In der Sprache chinesischer Strategeme: Vogel und Maurer dank Schuss auf Gipser abgeschossen. Verstanden?

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Der Kleinkrämer

Von Kurt W. Zimmermann — Ringier holt Fussballtrainer Ottmar Hitzfeld. Der Sieger heisst Ringier, der Verlierer Hitzfeld.

Die Schlagzeile im *Blick* war riesig, riesig selbst für den *Blick*. Sie füllte die ganze Seite eins: «Willkommen! Schröder wird *Blick*-Autor».

Die Schlagzeile erschien am 25. November 2005. Ringier vermeldete einen Beratervertrag mit dem früheren Bundeskanzler. Gerd Schröder verhiess dazu, er wolle nun selber journalistisch in die Tasten hauen. Es wurde nichts daraus. Seit 2005 warten wir vergeblich auf die erste Kolumne des neuen *Blick*-Autors.

Letzte Woche ging Ringier eine ähnliche Liaison mit Fussball-Nationalcoach Ottmar Hitzfeld ein. Wieder war grosses Tamtam angesagt. Auch Hitzfeld kündete an, künftig selber in die Tasten zu hauen.

Die beiden Verträge sind vergleichbar. Hitzfeld bekommt bei Ringier ein Jahressalär in der Höhe eines besseren Chefredaktors, also rund 400 000 Franken. Dafür liefert er Dienste als Repräsentant, Kontakter, Berater und Lobbyist.

Die Medienreaktionen hingegen sind nicht vergleichbar. Anders als bei Schröder holten die Journalisten im Fall Hitzfeld die grosse Moralkeule hervor. Es war des Nationaltrainers «problematischste, heikelste Entscheidung» (*Tages-Anzeiger*). Es war «seine Glaubwürdigkeit beschädigt» (*Sonntagszeitung*). Das Mandat war «untragbar» (*Neue Zürcher Zeitung*).

Die Vertragspartner, so der Vorwurf, verlören beide ihre Unabhängigkeit. Ringier-Journalisten könnten nicht mehr unbefangen über Hitzfeld schreiben. Hitzfeld wiederum habe seine persönliche Medienfreiheit verspielt.

Ein historisches Beispiel stützt diese These. Drei Jahre lang arbeitete Hitzfeld als Kolumnist für die *Basler Zeitung*. Als er 2008 Nationalcoach wurde, hörte er sofort damit auf. Die Nähe zu einem Schweizer Verlag schien ihm nun zu delikant. Für den unverdächtigen deutschen *Kicker* hingegen schrieb er weiterhin. Hitzfeld hat also durchaus ein Sensorium für Interessenkonflikte.

Diesmal waren seine Eigeninteressen stärker. Zuerst einmal holte er sich so den Support der wichtigsten Sportredaktion des Landes. Die Schlagzeile «Hitzfeld raus!» wird auch dann nicht im *Blick* stehen, wenn er bei der WM-Qualifikation miserable Spiele abliefert. Das ist ebenso ausgeschlossen wie die *Blick*-Schlagzeile «Walder raus!», falls der neue Ringier-CEO Marc Walder seine Budgetziele verfehlt.

Walder holte Hitzfeld persönlich an Bord und sicherte dem 63-jährigen einen hübschen



Foulspiel: Nationalcoach Hitzfeld.

Altersjob. Der Vertrag ist langfristig, denn Ringier hat sich für die nächsten fünf Jahre die Vermarktungsrechte der Schweizer Fussball-Liga gesichert. Hitzfeld kommt als idealer Kontaktmann zu Sponsoren und Entscheidungsträgern aufs Feld.

Dem Medienhaus kann man darum keinen Vorwurf machen. Medienhäuser brauchen Lobbyisten, weil sie höherer gesellschaftlicher Beobachtung unterliegen als andere Industriezweige. Ringier würde denn auch Doris Leuthard unter Vertrag nehmen, wenn man das könnte.

Mit Gerd Schröder hat Ringier gute Erfahrungen gemacht. Sein Vertrag von 2005 läuft bis heute weiter. Vor allem in den Geschäftsfeldern Asien und Osteuropa ist er als Türöffner unterwegs. Mit Michael Ringier war er mehrmals in China und schaffte gar ein Meeting mit dem allmächtigen Medienchef Li Changchun. Letzten Monat wiederum war der Ex-Kanzler als Lobbyist in Ungarn aktiv, wo Grossverlage wie Ringier unter Druck des Regimes geraten.

Der Unterschied ist gering, aber gewichtig. Grosspolitiker Schröder diente erst der Allgemeinheit und dann den Einzelinteressen. Kleinkrämer Hitzfeld will gleichzeitig der Allgemeinheit und den Einzelinteressen dienen. Das ist Foulspiel. Die Moralkeule war für einmal berechtigt.

45 Millionen Franken für Energieforschung

Von Alex Reichmuth

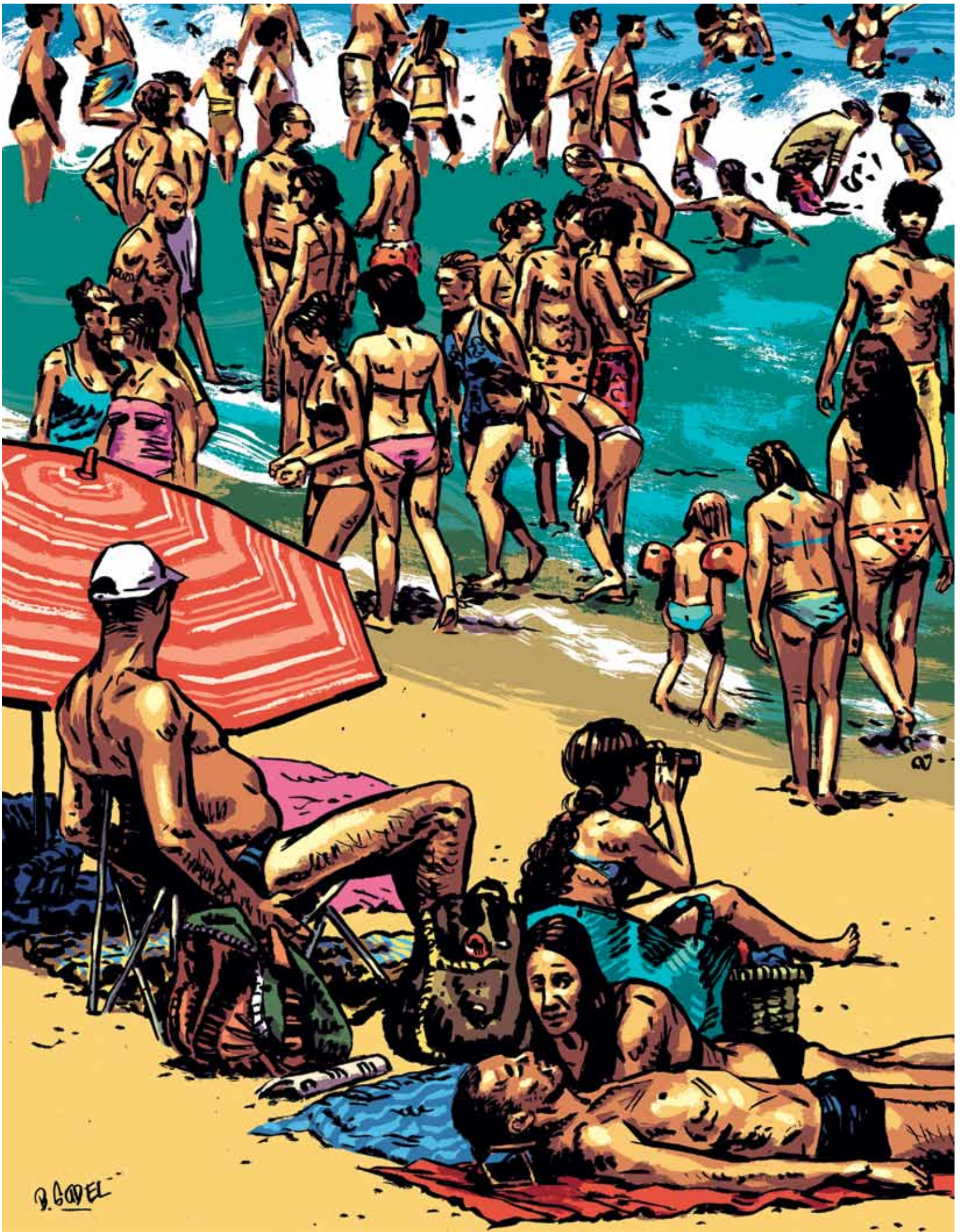
Ausser Spesen nichts gewesen. Dieses Fazit muss man nach Abschluss des Nationalen Forschungsprogramms 59 zu Nutzen und Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen (NFP 59) ziehen. Der



Bund hatte das Projekt 2005 aufgegeben, nachdem das Volk einem fünfjährigen Moratorium für den Anbau von Gentech-Pflanzen zugestimmt hatte. Zwölf Millionen Franken liess es sich die Eidgenossenschaft kosten, um den Streit um «Genfood» aufgrund wissenschaftlicher Fakten zu entscheiden. Der Schlussbericht lässt keine Zweifel offen: Es sind keine Risiken für Gesundheit und Umwelt absehbar, die von Gentech-Pflanzen ausgehen. Zwar sind die Forschungsergebnisse aus wissenschaftlicher Sicht durchaus wertvoll. Für die Politik aber sind sie nutzlos, denn der Kampf geht weiter wie eh und je. Schon jetzt ist so gut wie ausgemacht, dass das Verbot von Gentech-Pflanzen zum x-ten Mal verlängert wird – Forschungsergebnisse hin oder her.

Der Grundirrtum beim NFP 59 bestand darin, dass man meinte, eine ideologisch geführte Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Einsichten beenden zu können. Denn Ideologen sind immun gegen Fakten. Bereits begehrt der Bund den Fehler erneut. Diesmal geht es wieder um einen ideologischen Kampf – um die sogenannte Energiewende. Kann man mit Windrädern und Solarmodulen vierzig Prozent Atomstrom ersetzen und dabei erst noch auf Öl und Gas verzichten, lautet die Frage. Die Antwort ist schon jetzt klar: Man kann nicht – zumindest nicht ohne technologische Durchbrüche, die weder absehbar noch planbar sind. Dennoch hat der Bund vor kurzem zwei neue Nationale Forschungsprogramme lanciert – namens «Energiewende» und «Steuerungsmöglichkeiten des Endenergieverbrauchs». Zum Inhalt der beiden Programme ist so gut wie nichts bekannt. Es gibt erst Worthülsen: Das NFP Energiewende habe zum Ziel, «Lösungswege und -beiträge für eine nachhaltige Energiepolitik der Schweiz aufzuzeigen», liest man etwa. Klar ist aber, dass die beiden Forschungsprogramme teuer werden. Insgesamt 45 Millionen Franken wirft der Bund für sie auf.

Mehr zur Gentechnik: Seite 28



B. GODEL

Masse

Der Mensch ist nicht gern allein. Aber auch zu viele andere Menschen behagen ihm nicht. Deshalb gibt es als Trost den Nationalstaat. Von Linus Reichlin und Benjamin Güdel (Illustration)

Zoologisch gesehen ist der Mensch ein Trockennasenne, und wie alle Trockennasenne ist er nicht gern allein. Aber auch die Anwesenheit zu vieler anderer Trockennasigen behagt ihm nicht, er sucht in dieser Hinsicht das Mittelmass. Für die Anzahl anderer, die er um sich haben möchte, gibt es einen Richtwert: die Hörweite. Wenn man sich in die Mitte von hundert Menschen stellt und laut seinen eigenen Namen sagt, so werden ungefähr dreissig von den hundert den Namen verstehen. Dreissig ist die ideale Gruppengrösse, mit dreissig anderen lebt der Mensch am liebsten zusammen, sie sind seine *home group*.

Was aber macht der Mensch, wenn er in New York wohnt? Hier ist er nicht von dreissig anderen umgeben, sondern von acht Millionen. Auch in New York lebt der Mensch faktisch in einer *home group* von ungefähr dreissig Familienangehörigen, wirklich guten Freunden und Liebespartnern. In ihrer Mitte findet er Geborgenheit, ihnen fühlt er sich emotional verbunden, an ihren Schicksalen, Hochzeiten und Begräbnissen nimmt er teil. Und wie geht er mit den restlichen 7 999 970 New Yorkern um? Er ignoriert sie!

Das Ignorieren aller nicht zur eigenen *home group* Gehörenden ist die Taktik, die der Mensch in der Masse anwendet, und er hat es darin zu einiger Perfektion gebracht. Der Grad des Ignorierens richtet sich nach dem Mass der Verflechtung des Menschen mit den Fremden, denen er begegnet. In der S-Bahn hat es der Mensch mit *hochgradig Fremden* zu tun, deren Existenz er zwar akzeptiert, mit denen ihn aber nichts verbindet – Verflechtung gleich null. Hier steht auf der Skala des Ignorierens der Zeiger im roten Bereich: *totales Ignorieren*. Man teilt mit den Fremden zwar dieselben Werte (Menschenrechte, Höflichkeit, Toleranz), aber sobald einer dieser *hochgradig Fremden* einem den Sitzplatz wegschnappt, erkennt man, dass die Werte nur der Zähmung des Impulses dienen, sich den Sitz mit Gewalt zurückzuerobern.

Am Arbeitsplatz hat es der Mensch mit *Halbfremden* zu tun. Die Arbeitskollegen gehören zwar nicht zur *home group*, aber man ist mit ihnen auf diese oder jene Weise verflochten, für manche interessiert man sich sogar persönlich. Hier reicht die Skala von *moderatem Ignorieren* bis zu *temporärem Nichtignorieren*. Im Umgang mit den Vorgesetzten kommt es auch oft zu *geheucheltem Nichtignorieren* bei innerlich *totalem Ignorieren*.

Nicht die *Halbfremden* aber sind das Problem, denn ihnen begegnet man nie in grosser Zahl. Eine Masse besteht nie aus *Halbfremden*, sondern immer aus *hochgradig Fremden*. Die Methode des *totalen Ignorierens* funktioniert nicht mehr, wenn die Masse auf dieselbe Ressource Anspruch erhebt wie man selbst. Ein Tisch im angesagtesten Restaurant der Stadt, eine Eintrittskarte für ein gefeiertes Theaterstück, ein Sitzplatz im Fussballstadion – um solche Ressourcen entbrennt der Verteilungskampf. Die Chancen, dass man ihn gewinnt, stehen schlecht, denn die Masse ist stets grösser als man selbst, aus einem einfachen mathematischen Grund: Die *hochgradig Fremden*, aus denen eine Masse besteht, sind Angehörige fremder *home groups*, und da die Anzahl fremder *home groups* grösser ist als eins, ist man im öffentlichen Raum stets von mehr Fremden umgeben als von Mitgliedern der eigenen *home group*. Im öffentlichen Raum ist man den Fremden zahlenmässig immer unterlegen, man ist eine Minderheit, *der letzte Mohikaner*. Wenn die Masse alle Tische im Restaurant besetzt hält, während man selbst im Nieselregen vor der Tür vom Kellner abgewiesen wird, erkennt man den Charakter der Masse: Sie ist autokratisch. Sie fühlt sich nicht dem Gleichheitsgedanken verpflichtet, auf das Mitspracherecht pfeift sie, sie schert sich einen Dreck um die Schwächeren oder Zuspätgekommenen. Sie verhält sich hegemonial, besetzt im Restaurant alle Plätze und drückt einen beim Bob-Dylan-Konzert auf die hintersten Plätze hinter der Säule. Die Masse ist die Wiedergeburt des feudalen Fürsten, aber unguillotiniert, man kann sie nicht wegrevolutionieren. Sie steht unter dem Schutz von Politik, Medien und Wirtschaft, nicht einmal die Blauwale werden so gut geschützt.

Was ist das Leben? Es ist die Zumutung, sich damit abfinden zu müssen, dass man sich die Welt mit der Masse teilen muss. Was ist der Trost? Der Nationalstaat. Er ist das Versprechen, dass es zwischen den *hochgradig Fremden* und einem selbst Gemeinsamkeiten gibt. Die Sprache: Wir alle nennen Motorräder Töffli. Die Kultur: Wir wissen alle, wer Beni Thurnheer ist. Der Nationalstaat ist der gutgemeinte Versuch, den Menschen mit der Masse der nicht zu seiner *home group* Gehörenden zu versöhnen. Sie nehmen einem den Sitzplatz in der S-Bahn weg, aber sie essen Rösti wie man selbst, und wenn sie beim Fondue das Brot verlieren, empfinden sie dasselbe Gefühl des Versagens wie man selbst.

Alle drei Monate kriegen sie Abstimmungsunterlagen, und sie versuchen, die Stimmzettel seriös auszufüllen und keine Weinflecken zu machen, und wenn sie doch einen machen, zerreißen sie den Stimmzettel, damit der Zähler im Stimmbüro nicht merkt, dass sie beim Abstimmen getrunken haben. Man denkt, dass die Masse und man selbst ein Volk ist, eine Einheit.

Aber dann fährt man mit dem Kern seiner *home group* in die Sommerferien und merkt schnell, dass die *hochgradig Fremden* das auch alle tun. Ausgerechnet zur selben Zeit wie man selbst! Sie verstopfen mit ihren Automobilen die Strasse. Im Gotthardstau, Stossstange an Stossstange, nimmt man Zuflucht zur gemeinsamen Vergangenheit: Haben nicht auch die Vorfahren der *hochgradig Fremden* unter Gesslers Willkür gelitten? Doch nach drei Stunden beginnt man sich zu fragen: Wer ist ursächlich schuld an diesem Stau? Und man kommt nicht umhin, zu erkennen, dass es die schiere Masse *hochgradig Fremder* ist, die einen am Fortkommen hindert. Sie mögen dieselbe Sprache sprechen und dasselbe Kreuz auf dem Pass tragen, ein Hindernis bleiben sie dennoch. In der Masse – und das ist die gute Botschaft – empfindet jeder Mensch den anderen als zu viel, ganz gleich, welcher Rasse oder Nationalität der andere angehört.

Im Gotthardstau gibt es kein Volk, keine Nation, hier kämpft *home group* gegen *home group*, und alle wünschen sich zurück in eine Zeit, in der der Mensch, wenn er auf eine Anhöhe stieg, über weites, offenes Land schaute bis zum Horizont. Da war niemand, kein anderer Mensch, nur Säbelzähntiger. Aber man war froh, diese gefährlichen Tiere zu sehen. Denn man war den ganzen Tag, das ganze Jahr, sein ganzes Leben nur immer mit seiner *home group* zusammen, mit den dreissig liebsten und weit und breit einzigen Menschen – mit der Zeit sehnte man sich nach Säbelzähntigern, Höhlenbären und der Abwechslung, die sie ins Leben brachten.

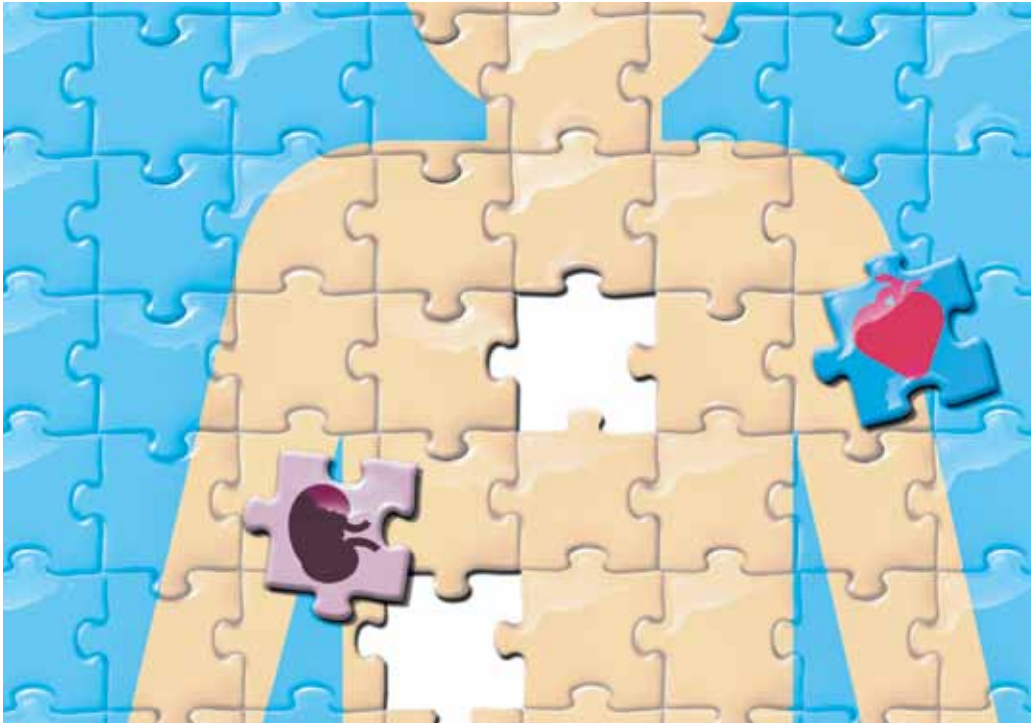
Neue Serie

Der Schweizer Autor Linus Reichlin schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. Reichlin wurde für seine Reportagen, Kolumnen und Bücher mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Er» (Galiani-Verlag). Reichlin, Jahrgang 1957, lebt in Berlin.



Leserbriefe

«Nach einigen Wochen erhielten wir aus der ganzen Schweiz Dankesbriefe, was uns sehr glücklich machte.» *Nicole Grisiger-Mayer*



«Zur Organspende freigegeben.»

Neues Leben

Nr. 35 – «Die letzte Grenze»;
Alex Reichmuth über das neue
Transplantationsgesetz

Das Interview von Alex Reichmuth mit Frau Margrit Kessler stösst sauer auf. Sie vermittelt im Interview, dass nach dem Tod des Patienten sofort die Organe entnommen würden. Bei einem Patienten mit Hirntod werden vor der Organentnahme zwei Checks von jeweils verschiedenen und unabhängigen Ärzten durchgeführt. Die Untersuchungen erfolgen im Zeitraum von 12 bis 72 Stunden. Mein Bruder wurde nach einem Autounfall zur Organspende freigegeben. Das Care-Team des Kantonsspitals St. Gallen hat uns auf diesem Weg liebevoll begleitet. Wir hatten die Möglichkeit, bei den zwei Checks anwesend zu sein. Nach einigen Wochen erhielten wir aus der ganzen Schweiz Dankesbriefe, was uns sehr glücklich machte. Glücklicherweise, mehreren Menschen ein neues Leben geschenkt zu haben. Bezüglich des Spenderausweises: Der könnte ohne grossen Aufwand ergänzt werden, oder nicht?
Nicole Grisiger-Mayer, Wilen bei Wollerau

Lichterkerke für den Arbeitsplatz

Nr. 35 – «Weisses Geld, schwarzes Geld»;
Editorial von Roger Köppel

Eine Lichterkerke für den Arbeitsplatz statt für den Finanzplatz wäre mir lieber. Geht es dem Arbeitsplatz gut, haben wir alle etwas davon,

auch die Banken, während es andersherum erfahrungsgemäss so nicht stimmen muss.

Kurt Feller, Stallikon

Milliarden am Volk vorbei

Nr. 35 – «Ein Volk von Piloten»;
Kommentar von Urs Gehrig

Der Autor bringt es auf den Punkt: Beim Tiger-Teilersatz für unsere Luftwaffe verhält sich der Präsident der FDP wie eine ausser Kontrolle geratene Rakete. Er schießt Bundesrat Maurer und dessen Spezialisten in den Rücken und richtet grossen Schaden an. Bei einem Anruf, beim Anblick eines Mikrofons oder vor einer Fernsehkamera plaudert Müller frisch drauflos. Er spricht von «Gripen-Desaster» und von «uralten Flugzeugen» und beweist damit seine Inkompetenz. Mit dieser Haltung gesellt sich Müller zu den rot-grünen Totengräbern unserer nationalen Sicherheit. Meine geschundene FDP-S Seele sehnt sich nach dem Pragmatiker und dossiersicheren, unaufgeregten Fulvio Pelli zurück.
Peter Regli, Boll

Das Projekt Gripen interessiert nicht nur das VBS und die Politiker. Nein, auch die Bürgerinnen und Bürger. Normalerweise erfahren die Parlamentarier mehr als die Bevölkerung. Trotzdem haben wir das Recht, um nicht zu sagen die Pflicht, uns Gedanken über Notwendigkeit, Sicherheit und Finanzierbarkeit vor allem bei der Flugzeugbeschaffung zu machen. Der Nationalrat und FDP-Präsident

Müller hilft bei der Entscheidungsfindung nicht. Selbstverständlich erwarte ich von einem Parteipräsidenten, dass er fordert, dass vom VBS-Departementschef alles bis ins letzte Detail auf den Tisch gelegt wird. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass gerade das finanzielle Korsett bei der Planung und der Beschaffung eine massgebliche Rolle spielt. Politisch gesehen, sollte man einem befreundeten Staat, auch wenn es um ein Rüstungsgeschäft geht, so wenig Misstrauen wie möglich entgegenbringen. Wie das Geschäft steht, habe ich Zweifel, dass das Parlament sich voll und ganz hinter die Armee und den Gripen stellt. Persönlich hätte ich bei einer Ablehnung kein Verständnis, besonders bei Vergleichen mit anderen Milliardenausgaben wie im Asylwesen oder bei Zahlungen an die EU.

Ulrich Kägi, Seon

Der Glanz der Sonnenenergie

Nr. 35 – «Gas in den Birnen»;
Kolumne von Peter Bodenmann

An sonnigen Tagen produzieren die Deutschen über Mittag so viel Solarstrom wie bisher zwanzig Atomkraftwerke zusammen, schreibt der Autor. Eine raffinierte Feststellung, die unglaublich gut tönt. Aber was machen die armen Deutschen, wenn's regnet, nachts und während der anderen Zeiten? Der ganze Glanz der Sonnenenergie verblasst, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass 2011 aller hochsubventionierte Solarstrom zusammen gerade 3,1 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland deckte.
Wolfgang Sidler, Luzern

Fehlende freiheitliche Überzeugung

Nr. 35 – «Der Schattenmann»;
Philipp Gut über den Solothurner
Regierungsrat Christian Wanner

Der Artikel über den «mild-markigen FDP-Etatisten» ist, zurückhaltend ausgedrückt, sehr wohlwollend. Herr Wanner verkörpert die heutige FDP auf unvergleichliche Weise: schön in der Mitte, etatistisch und unverteilerisch (im Gegensatz zu liberal), kompromissfreudig im Sinne von nachgiebig, ohne freiheitliche Überzeugung und ohne Widerstandskraft. Wie die maroden EU-Staaten holt auch er das Geld dort, wo es noch solches hat. Die einfache (linke) Methode. Leuten wie Herrn Wanner verdanken wir unter anderem die finanzpolitische Lage, wie sie im Editorial derselben Ausgabe beschrieben wird.

Alain Fischer, Arni

Kriegsgefasel

Nr. 35 – «Bald sind wir alle Griechen»;
Interview mit Tomáš Sedláček

Das Interview beinhaltet nicht begründete Schlussvoten. Immerhin ist der Euro nach-

weislich das Unglück der ökonomisch relativ schwachen EU-Länder unter dem Kürzel GIIPS plus Frankreich und Belgien. Weshalb sollte deren primär Euro-bedingtes Weiterstolpern in eine laufend grösser werdende Katastrophe etwas Gutes an sich haben und zu Dankbarkeit veranlassen? Mit seinem absurden Besetzungs- und Kriegsgefasel hat sich Sedláček selber disqualifiziert. Da hat die *Weltwoche* zwecks Erhaltung des Niveaus noch etwas auszubügeln.

Hanspeter Bornhauser, Bottmingen

Sie ist auch Chef ihres Mannes

Nr. 34 – «Der Krebs ging vergessen»; Christoph Landolt über das Spital Wil

Zu den Schuldfragen um den tragischen Todesfall kann sich der Aussenstehende wohl kaum ein vollständiges Bild verschaffen. Es ist aber gut, dass die *Weltwoche* auf Merkwürdigkeiten im Wiler Spital und im St. Galler Gesundheitswesen hinweist. Gemäss Website des Spitals Wil ist die verurteilte Chefärztin auch gleich noch Chefin ihres eigenen Ehemannes, der als leitender Arzt im gleichen Team «Gynäkologie und Geburtshilfe» arbeitet. Da fragt man sich schon, ob eine solche Konstellation zeitgemäss ist und guter «Governance» entspricht. Diese Frage ist auch vor dem Hintergrund der staatsanwaltschaftlichen Vorwürfe von «Desorganisation» und «überholtem Hierarchiedenken» zu sehen.

Hans R. Brütsch, Erlenbach

Wenig Hoffnung

Nr. 34 – «Guldimanns Chamäleon-Diplomatie»; Roger Köppel über den Schweizer Botschafter in Berlin

Herr Guldemann ist – so mein Eindruck – ein «Biedermann-Diplomat», der ein wenig an

den britischen Aussenminister Neville Chamberlain (Münchener Abkommen, 1938) erinnert. Ein möglichst langes, an möglichst vielen Universitäten absolviertes Studium ist keine Garantie für erfolgreiche Diplomatie. Vielleicht hat Guldemann ganz einfach eine Einladung erhalten und sich nicht weiter abgesprochen. Wer keinen Auftrag hat, kann seine (private) Meinung äussern, wie er will. So gesehen hat es Guldemann ganz einfach verpasst, bereits am Anfang klarzustellen, welche Meinung er vertritt. Eines ist seit längerem offensichtlich: In Sachen Logik und Analysefähigkeit haben Schweizer Politiker einen erheblichen Nachholbedarf. Bleibt zu hoffen, dass infolge der «Versagerpolitik» in Zukunft neue Kräfte an die Oberfläche gespült werden, die mit einer ganzen Reihe überkommener Vorstellungen und Praktiken aufräumen werden. Wenn man in Talkshows wie «Arena» die Jungpolitiker mitbekommt, besteht allerdings wenig Hoffnung, dass die mit den zukünftigen Problemen besser fertig werden.

R. Roth, per E-Mail

Korrigenda

Im Artikel «Der radikale Mr Ryan» über den amerikanischen Vizepräsidentenskandidaten (*Weltwoche* Nr. 35/12) ist ein Fehler passiert. Bei den geplanten Kostensenkungen handelt es sich nicht um Trillionen, sondern um Billionen. Paul Ryan möchte die Staatskosten also um zehn Billionen Dollar senken.

Im Text «Italien im Solarstrom-Rausch» (*Weltwoche* Nr. 35/12) ist folgende Aussage falsch: 1 MWp bedeutet, dass die Jahresleistung des Werkes maximal ein Megawatt beträgt. Richtig ist: 1 MWp bedeutet, dass die Leistung des Werkes maximal ein Megawatt beträgt. Wir bitten in beiden Fällen um Entschuldigung.

Die Redaktion

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man an eine Essenseinladung den eigenen Wein mitbringen, wenn die Gastgeber keinen Alkohol trinken?

Hansruedi Steiner, Oberwil BL

Leider nein. So gerne ich immer Wein zum Essen trinke, müsste ich in diesem Fall darauf verzichten, denn Wein gehört nicht zum Protokoll einer Essenseinladung. Wenn die Gastgeber Sie gut kennen, werden sie Ihnen wahrscheinlich sowieso vorschlagen, welchen mitzubringen. Ansonsten trinken Sie für einmal alkoholfrei. Persönlich ist mir das noch nie passiert, wenn aber, würde ich vor dem Nachtessen einen kleinen Apéro und danach einen späten Schlummertrunk einplanen.

Chandra Kurt, Wein-Autorin


CRESTA
PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool-, Beauty- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 110.– pro Person

Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 14. Oktober 2012

★★★★

CRESTA PALACE . CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 . www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren



Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Mister Gentech

ETH-Forscher Wilhelm Gruissem will mit Gentech-Pflanzen die Ernährungssicherheit weltweit verbessern. Damit stösst er in der Schweiz auf viel Ablehnung. Dennoch hält der Biotechnologe die Stellung. Es gelte, die Forschungsfreiheit zu verteidigen. *Von Alex Reichmuth und Helmut Wachter (Bild)*

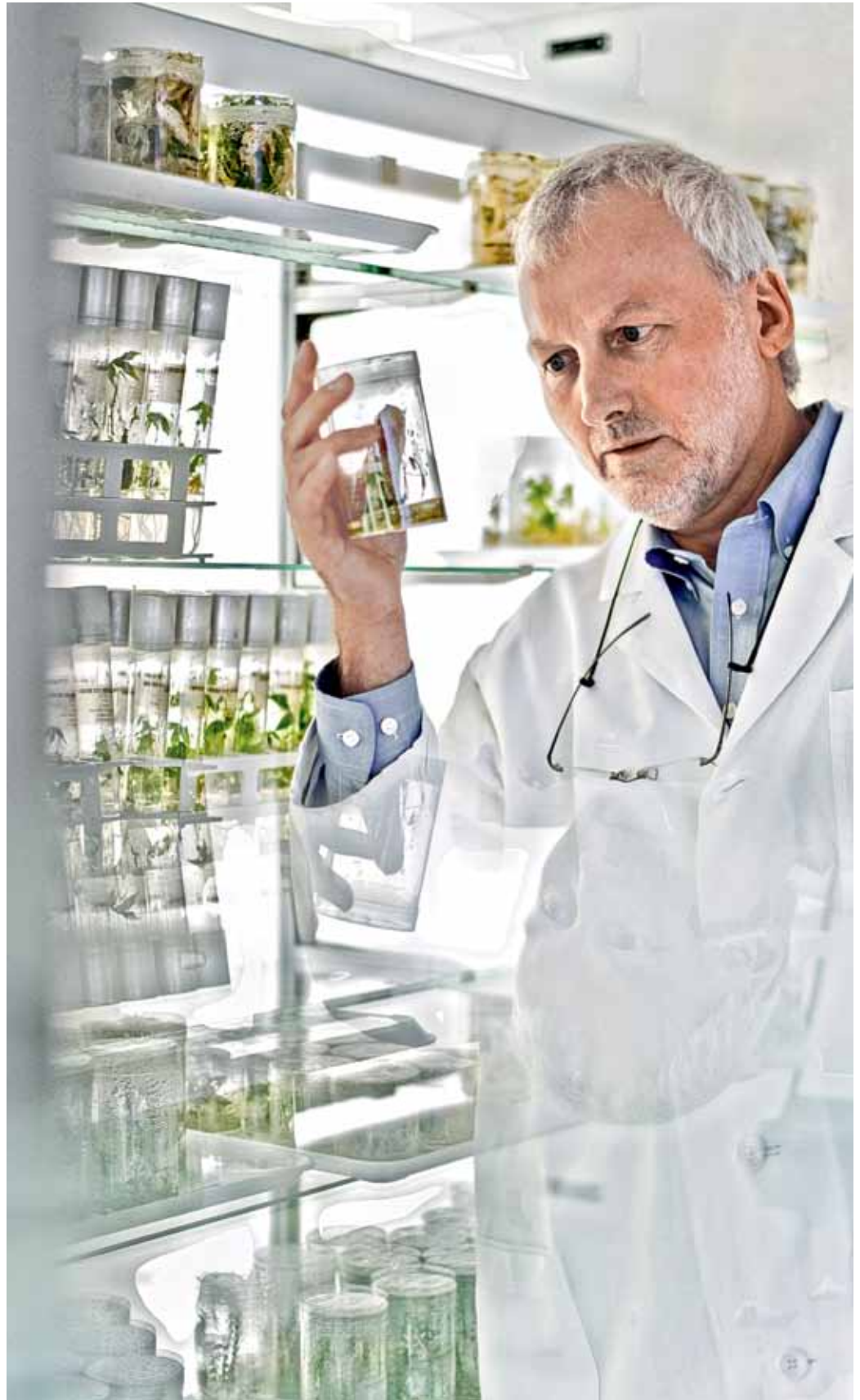
Weiche Gesichtszüge, ruhige Stimme, zurückhaltende Ausdrucksweise. Eigentlich ist Wilhelm Gruissem ein sanfter Mensch. Kommt er aber auf das Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu sprechen, das in der Schweiz seit 2005 gilt, kontrastiert seine Wortwahl deutlich zu seiner Erscheinung. Mit Betroffenheit und Unverständnis reagiert er darauf, dass das Verbot der Agrogenetik in der Schweiz nun mit fadenscheinigen Begründungen verlängert werden soll, gibt der ETH-Professor für Pflanzenbiologie zu Protokoll.

Anlass zu den jüngsten Diskussionen um das Moratorium bildet der Schlussbericht zum Nationalen Forschungsprogramm 59 (NFP 59), der vor wenigen Tagen publiziert worden ist. In diesem Forschungsprogramm ging es um den Nutzen und die Risiken bei der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Der Bund hatte das Programm vor sieben Jahren nach dem Ja des Stimmvolks zum Moratorium aufgegleist, um aufgrund wissenschaftlicher Fakten entscheiden zu können, ob und unter welchen Bedingungen Gentechnik in der Landwirtschaft zugelassen werden kann. Ein solches Forschungsprojekt war im Vorfeld der Abstimmung gefordert worden.

Schlussbericht übergangen

Nachdem Wissenschaftler nun jahrelang die Risiken abgeklärt und die umfangreiche Fachliteratur gesichtet haben, ist das Fazit des Schlussberichts eindeutig: Es gibt keine Gründe, den Anbau von Gentech-Pflanzen in der Schweiz weiterhin zu untersagen. Dennoch ist eine Verlängerung des Moratoriums so gut wie ausgemacht. Nachdem der Bauernverband schon im letzten Winter eine Fortsetzung mit dem Argument verlangt hatte, das Label «Gentechfrei» biete der Schweizer Landwirtschaft einen Mehrwert, unterschrieben 121 von insgesamt 200 Nationalräten einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss. Die Skepsis gegenüber Gentech in der Bevölkerung sei noch immer vorhanden, war eines der zentralen Argumente. Auch der Bundesrat hat bereits sein Einverständnis zu einer Verlängerung des Moratoriums signalisiert.

Dass die Empfehlungen im Schlussbericht zum NFP 59 einfach übergangen werden, frustriert Wilhelm Gruissem. «Warum muss man Gentech verbieten, wenn angeblich weder Konsumenten noch Bauern etwas davon wissen wollen?», fragt der ETH-Forscher rhetorisch.



«Wissen ist der einzige Rohstoff, den die Schweiz hat»: Biotechnologe Gruissem.

risch. Denn wenn dieses Desinteresse wirklich bestünde, hätte die Technologie auch ohne Moratorium keine Chance.

Für Gruissem war das Forschungsprogramm 59 eine Herzensangelegenheit. Er war bei zentralen Teilen des NFP 59 beteiligt und hatte zudem die Aufgabe übernommen, als Sprecher der Freisetzungsversuche mit gentechnisch verändertem Weizen aufzutreten. Aufgrund seiner zahlreichen Auftritte in den Medien ist der gebürtige Deutsche so etwas wie das Gesicht der Gentechnik in der Schweiz. Gesucht hat er diese Rolle nicht. Denn sie bedeutet, regelmässig mit Beschimpfungen eingedeckt zu werden. Auch waren Gruissem und seine Familie schon Opfer von Vandalenakten, verübt durch militante Gentech-Gegner. Diese verunstalteten sein Haus mit Sprayereien, leerten Farbentferner über das Auto seiner Frau (Totalschaden) und schütteten Klebstoff über das Motorrad seiner erwachsenen Tochter.

Tomate gegen Herzprobleme

Am liebsten würde sich der 60-Jährige auf seine Forschungsarbeit konzentrieren, statt in der Öffentlichkeit zu stehen. Diese Forschungsarbeit ist vielversprechend. Gruissem forscht vor allem an Reis und Maniok – Pflanzen, die in vielen Ländern grundlegend sind für die Ernährung der Bevölkerung. Das Ziel seiner Wissenschaftsgruppe an der ETH Zürich ist es, Maniok durch gentechnische Methoden widerstandsfähig gegen zerstörerische Viren zu machen. Es sei absehbar, dass bald entsprechende Pflanzen für den Anbau in Afrika freigegeben werden könnten, sagt Gruissem. Beim Reis gehe es darum, dessen Gehalt an Eisen zu erhöhen, um chronischem Eisenmangel in der Bevölkerung vorzubeugen. Auch hier seien konkrete Produkte in Griffweite. Entsprechend oft ist Wilhelm Gruissem in afrikanischen und asiatischen Ländern unterwegs, um anhand von Freisetzungsversuchen zu verfolgen, wie sich die im Labor entwickelten Pflanzen auf dem Acker bewähren. Allgemein steht die Gentechnik mit mehreren Produkten, die Mensch und Umwelt Vorteile bringen, vor dem Durchbruch. Eine Kartoffel, die resistent ist gegen die gefürchtete Kartoffelfäule, ist marktreif. Eine Tomate, die mit einem erhöhten Gehalt an Antioxidantien Herzkrankheiten vorbeugt, steht bereit. Eine Banane, gegen die gewisse Bakterien und Pilze keine Chance haben, ist bald anbaufähig.

Eigentlich könnte Gruissem als Gutmensch im besten Sinne gelten, der daran arbeitet, die Ernährungssituation der Weltbevölkerung zu verbessern. Doch die Gentechnik ist seit Jahren Zielscheibe von Umweltschützern, NGOs und gewisser politischer Parteien. «Dabei», meint der Forscher, «wurden, weltweit gesehen, schon Hunderte Millionen Franken in die Sicherheitsforschung von gentechnisch verän-

derten Organismen investiert. Und es ist kein einziger Fall bekannt, wo sich Gefahren für Mensch und Umwelt gezeigt hätten.»

Die Anwürfe, die Wilhelm Gruissem sich in der Öffentlichkeit gefallen lassen muss, kontrastieren zu seinem glänzenden Renommee in der Wissenschaftsgemeinde. Dabei ist er einst durch Zufall zu seinem Fachgebiet gekommen: Als junger Molekularbiologe in den USA forschte er anfänglich an Tieren und untersuchte die Funktion von Genen in der Zelle. Weil es keine Angebote für die gewünschten tierischen Gene gab, setzte er in der Not auf pflanzliche Gene. Überraschenderweise waren diese mit dem tierischen Material kompatibel. Gruissem forschte weiter an den Konsequenzen, die sich aus dieser Beobachtung ergaben, und gründete seine weitere wissenschaftliche Karriere auf Pflanzen. Er schwärmt von der «fantastischen Aufbruchsstimmung» und dem «Entdeckermodus», die ihn damals in den USA beseelt haben. An der Universität Berkeley in Kalifornien baute der grossgewachsene Forscher das Departement für Pflanzenbiologie auf und stand schliesslich einer stattlichen Abteilung mit 31 Professuren vor.

Im Jahr 2000 nahm Wilhelm Gruissem ein Angebot der ETH Zürich für eine Professur für Pflanzenbiotechnologie an. «Genauso wie Berkeley hatte die ETH Zürich einen weltweit hervorragenden Ruf und hat es noch immer», begründet der Biologe den Entscheid. Er kam auch darum nach Zürich, weil das Stimmvolk 1998 die Genschutz-Initiative verworfen hatte, die rigorose Verbote in seinem Forschungsbereich gebracht hätte. «Für mich war dieses Abstimmungsergebnis der Beleg, dass die Schweiz forschungsfreundlich ist», erinnert sich Gruissem – eine Annahme, die sich als falsch herausstellen sollte: 2005 sagte die Schweiz ja zu einem fünfjährigen Moratorium für die kommerzielle Freisetzung von Gentech-Pflanzen. 2010 wurde das Moratorium um drei weitere Jahre verlängert.

«Wie ein Auto, das man nie fahren darf»

Die zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit in der Schweiz und anderen europäischen Ländern bereite ihm Sorgen, sagt Gruissem. Er befürchte, dass bald auch Schluss sein könnte mit vielversprechenden Forschungszweigen wie Stammzellenforschung oder Nanotechnologie, wenn die Politik erst einmal der Gentechnik definitiv den Garaus gemacht habe. «Wissen ist aber der einzige Rohstoff, den die Schweiz hat. Dazu sollte sie Sorge tragen.»

Doch ist es nicht so, dass das Gentech-Moratorium nur die kommerzielle Verwertung entsprechender Pflanzen verbietet, nicht aber die Forschung an ihnen? Gruissem winkt ab. Eine solche Haltung sei «scheinheilig», denn Forschung ohne Anwendung könne auf Dauer nicht existieren. «Das ist, wie wenn Sie ein

Auto bauen, aber nie mit ihm fahren dürfen.» Wissenschaftliche Arbeit müsse irgendwann einen Nutzen zeigen. Schon heute habe Europa in der Biotechnologie «den Zug verpasst», mahnt Gruissem. An der ETH Zürich gebe es auffallend wenig Hauptfach-Studenten in Biotechnologie, und Doktorierende kämen fast ausschliesslich aus Afrika, Asien oder Indien. Ausländische Forscher aber würden kaum auf Dauer in der Schweiz bleiben, da sie ihr Wissen in den Heimatländern einsetzen wollten. Gruissem fragt sich, woher Bundesämter und nationale Forschungsanstalten in Zukunft ihre Biotechnologie-Experten rekrutieren sollen, wenn sich weiterhin so wenige Schweizer für dieses Fach interessieren.

Trotz aller Rückschläge, was die Akzeptanz der Agro-Gentechnologie angeht: Wilhelm Gruissem bereut es nicht, in der Schweiz zu arbeiten. Er habe Hoffnung, dass der Widerstand gegen die Gentechnik irgendwann bröckle. Denn man komme immer weniger an der Tatsache vorbei, dass es in der Landwirtschaft Innovationen wie Gentechnik brauche, um eine steigende Weltbevölkerung ernähren zu können. In persönlichen Gesprächen gelinge es ihm jeweils gut, Skeptiker vom Nutzen der Biotechnologie zu überzeugen. Gruissem hofft also auf Vernunft und Einsicht – was nach all den Rückschlägen der letzten Jahre durchaus erstaunlich ist. ○

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)
www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum 

Antworttalon

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort Tel. (tagsüber)

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:
VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Magnet im Herzen Europas

Bis Ende Jahr erwartet das Bundesamt für Migration 30 000 neue Asylgesuche. Das sind doppelt so viele wie noch 2010. Der Vergleich zeigt: Die Schweiz hat fünfmal mehr Gesuche pro Kopf als Deutschland. Verantwortlich ist die Führungsschwäche von Justizministerin Simonetta Sommaruga. Von Peter Keller

ASYLGESUCHSZAHLEN SCHENGEN/DUBLIN-STAATEN 2009–2011

Zu- bzw. Abnahme zwischen 2009/2010 und 2010/2011

Land	Gesuche 2009	Gesuche 2010	Gesuche 2011	Veränderung 2009–2010 in %	Veränderung 2010–2011 in %
Belgien	17 186	19 941	25 479	16	27,8
Deutschland	27 649	41 332	45 741	49,5	10,7
Frankreich	47 559	52 762	57 113	10,9	8,2
Griechenland	15 928	10 273	9 314	-35,5	-9,3
Grossbritannien	29 846	22 088	25 455	-26	15,2
Italien	13 677	7 357	28 100	-46,2	281,9
Niederlande	14 905	13 333	11 590	-10,5	-13,1
Norwegen	17 207	10 064	9 053	-41,5	-10
Österreich	15 826	11 022	14 426	-30,4	30,9
Schweden	24 194	31 819	29 648	31,5	-6,8
SCHWEIZ	16 005	15 567	22 551	-2,7	44,9
Übrige Schengen/ Dublin-Staaten	43 276	31 055	32 611	-28,2	5
Total Schengen/ Dublin-Staaten	283 258	266 613	311 081	-5,9	16,7

QUELLE: EPD

Umgekehrtes Blocher-Prinzip: starker Anstieg der Asylgesuche in der Schweiz.

Wer seine Arbeit anständig macht, braucht den Vergleich nicht zu scheuen. Das gilt auch für den Bundesrat. Bis Ende Jahr rechnet der Chef des Bundesamts für Migration (BfM), Mario Gattiker, mit rund 30 000 neuen Asylgesuchen. Rekordverhältnisse für die Schweiz. Damit wird sich die Zahl der Asylbewerber seit 2010 nahezu verdoppeln. Ist diese Entwicklung in einem allgemeinen europäischen Kontext zu sehen? Oder ist Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) mitverantwortlich für den enormen Zustrom neuer Asylbewerber?

Nationalrat Hans Fehr (SVP) wollte es genau wissen und verlangte von der Justizministerin Vergleichszahlen. Nun liegt die Antwort des Bundesrates vor. Mit ernüchterndem Ergebnis: Ausser Italien weist kein westeuropäisches Schengen/Dublin-Land einen annähernd so grossen Zuwachs von Asylbewerbern aus wie die Schweiz (siehe Tabelle). Allein von 2010 bis 2011 stiegen die Gesuche um 44,9 Prozent – und der Trend hält unvermindert an.

Selbst die höheren Werte von Italien relativieren sich, wenn die Zahl ins Verhältnis zur Bevölkerung gesetzt wird: Trotz Rekordzunahme kommt Italien nach wie vor auf bloss 4,6 Gesuche pro 1000 Einwohner; die Schweiz auf 28,5 Gesuche. Damit liegt unsere Asylquote um den Faktor 6 höher, obschon die Schweiz im Gegensatz zu Italien über

keine Schengen-Aussengrenze verfügt. Auch Deutschland liegt mit 5,5 Gesuchen pro 1000 Einwohner wesentlich tiefer als die Schweiz. Würde Deutschland im Verhältnis gleich viele Asylbewerber aufnehmen, müsste die Zahl bei rund 230 000 liegen – statt der effektiven 45 741 aus dem Vergleichsjahr 2011. Offensichtlich wirkt die Schweiz wie ein goldener Asylmagnet im Herzen Europas.

«Den Schleppermarkt lahmlegen»

Das war nicht immer so. Christoph Blocher (Justizminister von 2004 bis 2007) drückte schon in seinem ersten Amtsjahr die Zahl der Asylgesuche von durchschnittlich 21 500 auf 15 061. Dann pendelten sich die Zahlen bei rund 11 000 Gesuchen jährlich ein.

Ihm sei es zuerst darum gegangen, den Schleppermarkt lahmzulegen, «indem man ihm die Kundschaft wegnimmt». Vor allem Schwarzafrikaner hatten meistens mehrere tausend Dollar für ihre illegale Reise in die Schweiz zu zahlen. Blocher konnte die Behandlungsfristen gezielt senken. Dazu verfügte er öffentlichkeitswirksam Rückschaffungen renitenter Asylbewerber als Abschreckung. Der Asylaufenthalt in der Schweiz brachte weniger ein als die Schlepperkosten, was sich schnell herumgesprochen habe. «Alles, was in einer Woche reinkam, musste in einer Woche erle-

digt werden.» Die Verantwortlichen aus dem Bundesamt mussten dafür jeweils freitags rapportieren. Ohne Druck und Kontrolle sei nichts gegangen. Und heute?

Nicht weniger als vier Staaten (Griechenland, die Niederlande, Norwegen, Schweden) weisen für 2011 eine Abnahme der Asylgesuche aus. Besonders frappant ist die Entwicklung in den Niederlanden: Die Zahl neuer Asylbewerber sank dort in den Zeiträumen 2009/2010 und 2010/2011 im zweistelligen Prozentbereich.

In seiner offiziellen Antwort an Nationalrat Fehr sucht der Bundesrat nach Erklärungen. Die Zunahme in der Schweiz, so das zuständige Justizdepartement, sei vor allem mit der Krise in den nordafrikanischen Staaten und mit der Nutzung der Migrationsroute via Italien in Verbindung zu bringen. Hier seien die Niederlande mit ihren Flüchtlingen, die mehrheitlich über die Balkan-Route kämen, weniger betroffen. Andererseits habe die Regierung im Jahr 2010 ein neues Asylverfahrenssystem eingeführt, «um die Verfahren massgeblich zu beschleunigen».

Die Chefin agiert auf halbmast

Die Erklärungen schrumpfen zu Ausreden. Österreichs Asylzahlen nehmen zu, Griechenlands Asylzahlen nehmen ab, obwohl beide Staaten an der Balkan-Migrationsroute liegen. Umgekehrt ist die Zahl der Gesuche in Frankreich 2010/2011 bloss um 8,2 Prozent gestiegen – gegenüber den 44,9 Prozent in der Schweiz.

Alles auf die Umwälzungen in Nordafrika zu schieben, greift zu kurz. Zum arabischen Frühling gesellte sich die sozialdemokratische Amtsübernahme durch Simonetta Sommaruga im November 2010. Vorausgegangen war eine Reorganisation des BfM durch Eveline Widmer-Schlumpf, die eher einem Massaker glich. Langjährige, erfahrene Führungsleute mussten gehen. Am Ende nahm die Produktivität um 20 Prozent ab. Sommaruga versucht zu flicken.

Nur fehlen ihr der Wille und die Durchsetzungskraft. In diese Richtung wies die reflexartige Abwehrhaltung der Justizministerin in der Asyldebatte der vergangenen Sondersession. Alle Anträge für eine Verschärfung, die ihr nicht passten, tat sie als «nutzlos», «Scheinlösung» oder als unnötige Versuche ab, die «nichts bringen» würden. Wenn die Chefin auf halbmast agiert, tut sich in den zuständigen Ämtern erst recht nichts. Das umgekehrte Blocher-Prinzip zeigt Wirkung: mit Asylgesuchszahlen auf Rekordhöhe. ○



Essay

Schweiz, bewahre dein Erbe!

Im Steuerstreit mit Deutschland gefährdet die Schweiz ihre zentralen Werte. Ich wünsche mir eine starke, selbstbewusste Schweiz für eine liberale Welt.

Von Reinhard K. Sprenger

Es ist schlimm, wenn Politiker den Rechtsstaat dementieren, indem sie Geschäfte mit Kriminellen machen, sich gar des Kaufs von Diebesgut rühmen. Es ist schlimm, wenn über groteske Überkriminalisierung und Einschüchterung ein System von Selbstanzeigen errichtet wird, das dem organisierten Bandenwesen näher steht als einem legalen und legitimen Steuersystem. Es ist schlimm, dass Deutschland eine vermeintliche Steueroase bekämpft statt die eigene Steuerwüste.

Schlimmer aber ist, dass die Schweiz im Zusammenhang mit den Steuerfragen vieles von dem schwächt, für das sie liberale Demokraten hochachten. Es ist für mich kaum erträglich, dass die stolze Willensnation Schweiz ihre rechtsstaatliche Souveränität einschränkt, um den finanziellen Wünschen eines anderen Staates nachzukommen. Rechtssicherheit (die man auch zögernde Rechtsmodernisierung nennen könnte) war immer ein Grundpfeiler schweizerischer Identität – und ist im Übrigen unabdingbar für jede Entwicklung wirtschaftlichen Wohlstands. Historisch gesehen, stand die Schweiz wie kein anderes Land in dem Ruf, Grund- und Eigentumsrechte der Menschen zu schützen – aller Menschen, woher sie auch immer kamen und gegen wessen Übergriffe auch immer ihr Eigentum zu verteidigen war.

Das Bankkundengeheimnis ist Ausdruck dieses fundamentalen Prinzips des helvetischen Rechtsstaates: des Schutzes der Privatsphäre, zu der auch die finanzielle gehört. Es ehrt ein Gut, das höher zu gewichten ist als absolute Steuertransparenz: die individuelle Freiheit. Es ist für mich daher auch inakzeptabel, dass die Schweiz Steuern für ein anderes Land einsammelt und dadurch dazu beiträgt, dass sich in Deutschland niemand Gedanken machen muss über die systemischen Gründe der (massenweisen und nicht nur die Schweiz nutzenden) Steuervermeidung. Mit dem Abgeltungsmodell wird die Vorstellung gestützt, dass das Geld der Bürger irgendwie latent Staatsgeld sei, zumindest im Notfall den Behörden zur Verfügung zu stehen habe und deshalb nicht ins Ausland fließen dürfe. Das ist eine Vorstellung, die der Schweiz wesensfremd ist: Dort ist der Bürger der primäre Eigentümer seiner Leistungsfrüchte.

Die Schweiz ist kein Steuerparadies. Dennoch ist sie ein Stachel im Fleisch der eurofiskali-

schen Grosszuhälter. Das Verstopfen einer Fluchtmöglichkeit würde den steuerstaatlichen Würgegriff in Deutschland völlig enthemmen; die im EU-Jargon «Harmonisierung» genannte Unterbindung des Systemwettbewerbs führt ja schon heute zu einer Eskalation des staatlichen Zugriffs. Und gerade die Schweiz steht beispielhaft für einen schlanken Staat durch Steuerwettbewerb – der keineswegs so ruinös ist, wie das die deutschen Linken gerne hätten. Jedenfalls sind mir flächendeckendes Elend und darbende öffent-



«Der Staat – das sind wir alle.»

liche Kassen in der Schweiz bislang verborgen geblieben.

Wie man es anders macht

Die Schweiz wurde schon oft als Gegenmodell beschrieben, das zeigt, wie man es anders machen kann: von Justus Möser, Benjamin Constant, Alexis de Tocqueville und vor allem von Wilhelm Röpke. Die Schweiz steht für einen genossenschaftlichen, nichtzentralen Staatsaufbau von unten nach oben, für den Widerstand gegen Gleichmacherei, für freiheitsliebende und politisch gut gebildete Bürger, die stolz den aufrechten Gang auch noch dort ver-

teidigen, wo achtzig Millionen verbrüsselte Deutsche nur noch müde nicken. In der Schweiz wird Demokratie respektiert und nicht als lästig umgangen; hier muss kein Verfassungsgericht die Regierung daran erinnern, dass es da noch einen Souverän gibt. Sie ist ein Vorbild für klugen sozialen Ausgleich, für die (deutsche) Gesundheitsreform, die Schuldenbremse, einen liberalen Arbeitsmarkt mit hoher Integrationsleistung, kommunale Steuerautonomie und vor allem für direktdemokratische Einflussmöglichkeiten, die auf breites internationales Interesse stossen. Vor allem von der Haushaltsdisziplin der Schweizer sollten sich alle EU-Länder eine grosse Scheibe abschneiden.

Ich kenne keinen Staat, in dem das Bewusstsein «Der Staat – das sind wir alle» so verbreitet ist wie in der Schweiz. Und ich kenne keinen anderen Staat, in dem gleichzeitig die liberale Skepsis gegenüber einem zudringlichen Zentralstaat so ausgeprägt ist. Aber ich kenne nur wenige deutsche Politiker, die bereit und intellektuell in der Lage sind, diese wechselseitige Bedingtheit zu verstehen.

Und gleichzeitig ist die Schweiz das europäischste aller Länder – wenn man Europa nicht als vereinheitlichendes Bürokratiemonster begreift, sondern als Vielfalt, Offenheit und Wettbewerb. Hier wird nicht – wie in der EU – zusammengequetscht, was nicht zusammengehört. Hier pflegt man ein gutnachbarliches Verhältnis, aber man lässt sich in Ruhe, ist zwar freundlich, aber nicht unbedingt freundschaftlich, lässt jeden seine Angelegenheiten selber regeln. Nach Dürrenmatts Motto: «Sei menschlich, nimm Abstand.»

Das invasive Vorgehen der Deutschen hilft hoffentlich den Schweizern, sich auf die Stärken zu besinnen, die das Land so unvergleichlich frei, demokratisch und wohlhabend gemacht haben. Deshalb wünsche ich mir eine starke, selbstbewusste Schweiz als Geschenk für eine liberale Welt, die Hoffnung braucht und Beispiel sucht. Braucht es immer erst die Knechtschaft, um zu wissen, was die Freiheit wert ist?

Reinhard K. Sprenger ist Deutscher, lebt in Winterthur und arbeitet als Unternehmensberater und Publizist («Radikal führen»).



Image des «unbestechlichen preussischen Beamten»: Vermögensverwalter Gloor auf dem Weg zum Zürcher Bezirksgericht am 11. Juli.

Und keiner wollte es wahrhaben

Während Jahren wurden Hinweise auf Korruption und Misswirtschaft bei der Beamtenpensionskasse (BVK) des Kantons Zürich hartnäckig ignoriert. Eine PUK sucht nun nach einem Sündenbock, der auch vom Versagen der parlamentarischen Kontrolle ablenken soll. *Von Alex Baur*

Die Stimmung im Zürcher Kantonsrat war aufgeräumt. «Wir haben den Fünfer, das Weggli und die Bäckerstochter obendrein», jubilierte der Sprecher der Evangelischen Volkspartei, und er brachte damit die Euphorie im Saal auf den Punkt. Einstimmig und ohne Widerrede winkte das Zürcher Parlament die neuen Statuten der kantonalen Beamtenversicherungskasse (BVK) durch. Für jeden sprang dabei etwas heraus: grosszügige Zulagen für die Staatsangestellten, Beitrags-erlasse für den Staat in Milliardenhöhe.

Das war am 25. Mai 1998. Während sieben Jahren hatte die Börse bisweilen zweistellige Gewinne in die Pensionskasse der Zürcher Beamtenschaft gespült, und alle schienen sich einig, dass die Bonanza weitergehen würde. Der Deckungsgrad der BVK lag bei 122 Prozent. Finanzdirektor Eric Honegger (FDP) und Daniel Gloor, sein Vermögensverwalter,

waren die Helden der Stunde. «Alle sind glücklich», titelte der *Tages-Anzeiger*. Ein Jahr später stieg der Deckungsgrad bei der zweitgrössten Pensionskasse im Land gar auf 129,8 Prozent. Danach ging es allerdings fast nur noch bergab.

Heute, vierzehn Jahre später, klappt ein Loch von rund 3,7 Milliarden Franken in der BVK, beträgt die Deckung gerade noch 83,4 Prozent. Und das, obwohl die Konjunktur – abgesehen vom Krisenjahr 2008 – im letzten Jahrzehnt ganz leidlich brummt. Finanzvorsteherin Ursula Gut (FDP) will das Loch bei der BVK auf Kosten der Staatskasse und mit einer massiven Steuererhöhung stopfen. Man mag gar nicht daran denken, was passiert, wenn es zur nächsten Krise kommt.

Eric Honegger, der sich 1999 aus der Regierung verabschiedete, wurde bereits mit dem Crash der Swissair zur Persona non grata de-

gradiert. Daniel Gloor dagegen schaltete und waltete bis zu seiner Verhaftung im Mai 2010 als Anlagechef bei der BVK. Inzwischen hat die Zürcher Staatsanwaltschaft ein eigentliches Netzwerk der Korruption um Gloor herum zutage gefördert, dessen Wurzeln in die 1990er Jahre reichen. Und man kann nur staunen, wie es dem eigenmächtigen Finanzverwalter gelungen war, seine Machenschaften über ein Jahrzehnt lang zu vertuschen. Im kommenden Herbst wird das Urteil gegen Gloor und fünf Mitangeklagte erwartet.

Das System Gloor

Gemäss Anklage hatte der zu einem grossen Teil geständige Gloor von den Mitangeklagten heimlich insgesamt mindestens 1,7 Millionen Franken erhalten. Im Gegenzug überliess der Chefbeamte diesen Hunderte von Millionen Franken aus der BVK zur Verwaltung und Ver-

mehrung. In den meisten Fällen profitierten allerdings nur die Vermögensverwalter von den Geschäften, in Form von Honoraren und Retrozessionen. Für die Versicherten resultierten dagegen meistens Verluste.

Der Prozess gegen Gloor und Konsorten hat bislang mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. So lässt sich schwer beurteilen, ob es sich bei den unter dem Titel «Bestechung» eingeklagten Zahlungen bloss um branchenübliche «Gefälligkeiten» handelte, wie die Verteidiger geltend machen – oder ob sie den Finanzverwalter dazu veranlassten, Gelder für riskante Geschäfte lockerzumachen, von denen er sonst die Finger gelassen hätte und die zu teilweise gewaltigen Abschreibern führten. Je nach Auslegung machen die Schmiergeldzahlungen den Bruchteil eines Schadens aus, der in die Hunderte von Millionen geht. Doch Verluste gibt es auch ohne Bestechung.

Vergleicht man die Erfolgsrechnung der BVK der letzten Jahre mit der Performance anderer privater und öffentlicher Pensionskassen, sind auf den ersten Blick kaum markante Abweichungen erkennbar. Mit einer Ausnahme: Im Krisenjahr 2008 fuhren die Schweizer Pensionskassen gemäss einer Erhebung von Swisscanto im Schnitt einen Verlust von 12,8 Prozent ein; bei der BVK waren es dagegen 15,6 Prozent. Bei einem Vermögen von 20 Milliarden Franken sind das rund 3 Milliarden. Dabei handelte es sich nur zum Teil um Buchverluste, die in guten Jahren durch steigende Kurse wieder wettgemacht werden; ein erheblicher Teil des Geldes wurde unwiderruflich, hauptsächlich in sogenannten Hedge-Funds, verspekuliert. Kurzum: Die Einzigen, die bei diesen Geschäften verdienten, waren Gloor und sein Komplize Thomas

Leupin. Der Vorgang ist eine genauere Analyse wert. Denn er zeigt, wie das System Gloor funktionierte.

Trauzeugen, Taufpaten, Jugendfreunde

Ursprünglich arbeitete Leupin bei der Firma Complementa, die für das externe Controlling bei der BVK zuständig war. Bereits in jener Zeit entstand eine enge Freundschaft zwischen dem Kontrolleur und dem Vermögensverwalter. Man traf sich regelmässig auf dem Golfplatz oder im familiären Kreis. 2006 machte sich Leupin als Vermögensverwalter selbständig, wobei er sich auf Hedge-Funds, Rohstoff- und Devisengeschäfte spezialisierte. Obwohl

Heute klafft ein Loch von rund 3,7 Milliarden Franken in der BVK.

Leupins Investment-Firma über keinen Leistungsausweis verfügte, vertraute ihr die BVK auf Antrieb rund eine Milliarde Franken an, ohne eine Konkurrenzofferte einzuholen.

Es fällt auf, dass die BVK just in jener Zeit auf Gloors Betreiben hin ihr Engagement in Hedge-Funds intensivierte. Erst Anfang 2008, als Daniel Gloor die Investitionen in die umstrittenen Fonds verdoppeln wollte, legten die Vertreter der Arbeitnehmer im Anlageausschuss der BVK ihr Veto ein. Zum Glück. Der Verlust wäre sonst noch höher ausgefallen. Allein Leupin soll für die Pensionskasse rund eine Viertelmilliarde in den Sand gesetzt haben.

Es fällt auch auf, dass Thomas Leupin ausser der BVK kaum Kunden hatte. Allein das Investitionsvolumen der BVK brachte ihm, unabhängig von den erzielten Gewinnen, risikofreie Einkünfte und Retrozessionen in Millionenhöhe ein, von denen er einen Teil an Gloor weiterleitete. Persönlich richtete er zu diesem Zweck bei der Zuger Kantonalbank für seinen beamteten Amigo das Konto «Gladis» ein, auf das er mehrere hunderttausend Franken überwies (gemäss mündlicher Abmachung zehn Prozent des Gewinnes). Die Beziehung zur Complementa war dabei zumindest nicht hinderlich. Jedenfalls liess es die Firma zu, dass der Chefbeamte Gloor kritische Controlling-Berichte eigenhändig zu seinen Gunsten frisierte, bevor er sie seinen politischen Vorgesetzten aushändigte. Der Kreis schloss sich.

Ein ähnliches Muster findet sich in den Geschäften zwischen Gloor und den mitangeklagten Vermögensverwaltern Alfred Castelberg und Adrian Lehmann. Castelberg wie Lehmann hatten ursprünglich als Bankangestellte mit der BVK zu tun und machten sich nach der Jahrtausendwende selbständig. Daniel Gloor verschaffte ihnen umgehend Mandate der Pensionskasse und kassierte im Gegenzug Provisionen. Die Gelder der Pensionskasse brachten Castelberg und Lehmann

in den besten Jahren ein fixes und damit weitgehend risikofreies Bruttohonorar von je rund drei Millionen Franken ein.

Die Kombination von langjährigen Freundschaften und beruflichen Seilschaften ist eine Konstante in Gloors Korruptionsnetzwerk. Ob Thomas Leupin, Adrian Lehmann, Alfred Castelberg oder Walter Meier (auf den wir noch zurückkommen werden) – die mitangeklagten Schmiergeldzahler waren nicht nur geschäftlich, sondern in irgendeiner Form auch privat mit ihrem Mentor verbandelt: als Trauzeugen, Taufpaten, Militär- oder Studienfreunde. Luxuriöse gemeinsame Golfurlaube in Dubai und Mallorca gehörten dazu wie regelmässige Mittagessen, bei denen Couverts voller Banknoten den Besitzer wechselten.

Die einzige Ausnahme war Rumen Hranov, der nur einmal direkt mit Gloor zu tun hatte. Im Sommer 2002 brachte der aus Bulgarien stammende Geschäftsmann den Chefbeamten dazu, 40 Millionen Franken aus der BVK in das eben neu gegründete Finanzvehikel Bioventures AG zu investieren. Dafür kassierte Hranov selber eine Kommission von 750 000 Franken, von der er, bar auf die Hand, 200 000 Franken an Gloor weiterreichte. Den Kontakt zwischen Gloor und Hranov hatte ein gewisser Hans Ochsner hergestellt, der bis 1995 bei der Zürcher Finanzdirektion unter Gloor gearbeitet hatte und heute, schwer erreichbar für die Schweizer Justiz, in Uruguay lebt.

Die Connection mit Ochsner führt zu den Wurzeln des Korruptionsnetzwerks. Als Daniel Gloor 1995 zum Chef der Vermögensverwaltung ernannt wurde, machte sich sein Vorgänger, Robert Straub, selbständig. Innerhalb weniger Jahre brachte es Straub, nicht zuletzt dank Geschäften mit der BVK, zum Multimil-



Warnte erfolglos: Revisor Züst.



Bestechung in bar: Financier Hranov.

lionär. Bis 1999 amtierte Straub unter anderem als VR-Präsident der Investmentfirma BT & T, bei der die Beamtenpensionskasse gross einstieg. Von Zahlungen an Daniel Gloor will Straub allerdings nie etwas gewusst haben.

Die BT & T wurde 1994 von Walter Meier gegründet und erlebte im Zuge der Internet-Euphorie einen kometenhaften Aufstieg an der Börse. Meier, der es zeitweilig auf ein Privatvermögen von 300 Millionen Franken gebracht haben soll, wurde damals als «Visionär» und «Trüffelschwein» gefeiert. Glaubt man dem *Tages-Anzeiger*, soll Meiers Anlagestrategie allerdings eher auf astrologischem Hokusfokus beruht haben. Jedenfalls platzte der Traum von der wundersamen Geldvermehrung nach der Jahrtausendwende mit der sogenannten Dotcom-Blase.

Der Zusammenbruch der BT & T bescherte diversen Pensionskassen einen Verlust in dreistelliger Millionenhöhe. Allein die BVK verlor, je nach Berechnung, zwischen 270 und 300 Millionen Franken. Selbst als sich der Crash bereits abzeichnete, investierte die Zürcher Beamtenpensionskasse noch in die BT & T, angeblich, um das Schlimmste zu verhindern. Gemäss der Anklage der Zürcher Staatsanwaltschaft dürften dabei allerdings noch andere Interessen mitgespielt haben. Jedenfalls zahlte Walter Meier dem Chefbeamten Daniel Gloor zwischen 1997 und 2002 mehrere hunderttausend Franken an Schmiergeldern.

Unübliche Anlagen von rund 100 Millionen

Bereits 1997 monierte der externe Revisor Ernst Züst von der Firma Coopers & Lybrand eine ganze Reihe von Auffälligkeiten bei der BVK, insbesondere im Zusammenhang mit der BT & T. In seinem Kontrollbericht zuhanden der Finanzdirektion rügte Züst mangelnde Transparenz und unübliche Anlagen in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken. Doch statt der Sache auf den Grund zu gehen, entzog die kantonale Finanzkontrolle Züst das Mandat. Auf Gloors Betreiben hin wechselte man zur Konkurrenz.

Ernst Züst selber war nicht einmal unglücklich über die Kündigung des Mandats, das ihn in eine ungemütliche Lage gebracht hatte. Dank persönlichen Kontakten zu einem Ex-Banker hatte der Revisor nämlich etwas erfahren, was er gar nicht wissen durfte: Straub, Ochsner und Gloor unterhielten Konti bei der Schroder-Bank, auf denen Transaktionen stattfanden, die auf verpönte Insidergeschäfte hinwiesen. Richtig in die Zwickmühle geriet Züst jedoch erst 1999, als er für die SVP in den Kantonsrat gewählt wurde. Als Controlling-Spezialisten schickte man ihn in die Finanzkommission, wo er bis zu seinem Rücktritt (2007) immer wieder mit der BVK zu tun hatte. Gemäss eigener Darstellung informierte Züst unmittelbar nach seiner Wahl den Leiter der kantonalen Finanzkontrolle, Ernst Kleiner, im



Stellte ihn ein: Eric Honegger, 2009.

Vertrauen über sein Insider-Wissen. Kleiner mag sich heute an nichts derartiges mehr erinnern. Jedenfalls passierte nichts.

Im März 2002, wenige Monate vor deren Crash, investierte Anlagechef Gloor noch 43 Millionen Franken in die BT & T, zu ungewöhnlich günstigen Konditionen und ohne die nötige Zustimmung des damaligen Finanzdirektors Christian Huber (SVP). Dass er dafür Schmiergelder kassiert hatte, konnte man damals höchstens erahnen. Doch in den Augen von Ernst Züst reichten die Verfehlungen, um Gloor zu entlassen und eine parlamentarische Untersuchungskommission ein-

Gloor hatte seine korrupten Geschäfte geschickt getarnt und die Kontrollen subtil ausmanövriert.

zusetzen. Nur war er mit dieser Forderung ausserhalb seiner Partei allein auf weiter Flur. Auch bei Huber stiess Züst auf taube Ohren. Der Finanzdirektor, ein Quereinsteiger, der als Richter Karriere gemacht und stets Wert auf seine Unabhängigkeit gelegt hatte, vertraute seinem Chefbeamten mehr als seinem Parteikollegen.

Mindestens so erschütternd wie der Korruptionssumpf an sich ist im Rückblick die Unfähigkeit der Verwaltung und der Politik, auf zahlreiche Alarmsignale zu reagieren. Dabei war die BT & T kein Einzelfall. Auch ein Investment in Ferienwohnungen an der spanischen Küste, bei dem die BVK im selben Zeitraum weitere 50 Millionen Franken in den Sand gesetzt hatte, förderte fragwürdige Geschäftspraktiken zutage. Das Immobiliengeschäft war nicht einmal durch Hypotheken gesichert.



Verteidigte ihn: Christian Huber, 2004.

Doch Daniel Gloor, der über einen guten Draht zur Presse verfügte, sass fest im Sattel. Wie die Zeitschrift *Cash* Ende 2001 vermeldete, wurde der Vermögensverwalter von einer europäischen Fachzeitschrift für seine vermeintlich hervorragende Performance mit einem Award ausgezeichnet. Im selben Jahr verzeichnete die BVK einen Verlust von 7,1 Prozent, im Folgejahr waren es 11,9 Prozent.

Die geschenkte Golduhr gab er zurück

Mit Vorstössen im Plenum und Interventionen in der Finanzkommission versuchte Züst, zusammen mit seinem Parteikollegen Theo Toggweiler, immer wieder, Licht in die Finanzgeschäfte der BVK zu bringen. 2005 erreichten die beiden immerhin, dass eine Subkommission zum Fall BT & T einberufen wurde, in die Toggweiler Einsitz nahm. Das Resultat war deprimierend. Ein mehrseitiger, detaillierter Leitfaden, den Züst erarbeitet hatte und der eine ganze Reihe von Massnahmen postulierte, wurde per Mehrheitsbeschluss abgeschmettert. Unter der Leitung von Stefan Feldmann (SP) wurde Toggweiler kurzerhand aus der Kommission geschmissen, die sich darauf «in aller Form» bei Finanzdirektor Hans Hollenstein (CVP) für die ungehörigen Verdächtigungen und Unannehmlichkeiten entschuldigte – mit Kopie an Daniel Gloor (*Weltwoche* Nr. 28/2010, «Alle gegen die SVP»).

Wie wir heute wissen, ermittelte zu jenem Zeitpunkt die Zürcher Staatsanwaltschaft bereits gegen Gloor. Ein angehender SVP-Politiker, der Banker Thomas Matter, hatte den Fahndern im Zusammenhang mit der «Swissfirst-Affäre» den Tipp gegeben, dass sein vormaliger Geschäftspartner, Rumen Hranow, mutmasslich Bestechungsgelder an Gloor



Schaute weg: Hans Hollenstein, 2010.



Liess ihn gewähren: Ursula Gut, 2010.

bezahlt habe. Genaueres wusste Matter zwar nicht, doch ein anonymes Schreiben aus anderer Quelle stützte den Verdacht.

Um gegen Beamte zu ermitteln, benötigt die Staatsanwaltschaft im Kanton Zürich die Zustimmung der Regierung. Zumindest Finanzdirektor Hollenstein und Justizdirektor Markus Notter (SP) müssen demnach im Bilde gewesen sein. Sie hüllten sich in Schweigen und unternahmen nichts. Die Korruptionsaffäre platzte erst vier Jahre später, als Controller in den Büchern des Vermögensverwalters Alfred Castelberg auf Hinweise auf Schwarzgeldkonti stiessen, welche dieser für Gloor betreute.

Man kann den Zürcher Finanzdirektoren von Honegger über Huber und Hollenstein bis Gut zugutehalten, dass Gloor seine korrupten Geschäfte geschickt getarnt und die Kontrollen subtil ausmanövriert hatte. Indizien für eine vorsätzliche Begünstigung gibt es nicht. Im Amt, so ein ehemaliger Mitarbeiter, zelebrierte Gloor das Image des «unbestechlichen preussischen Beamten, der nicht fürs Geld und auch nicht für einen Vorgesetzten, sondern allein für den Staat und dessen Gesetze arbeitet». Wo ihm Fehler nachzuweisen waren, räumte er diese unumwunden ein und gelobte Besserung. Gloor legte sogar bei der Erarbeitung ethischer Richtlinien in der Finanzverwaltung mit Hand an. Als er von einem Kunden einmal eine goldene Uhr geschenkt bekam, meldete er dies umgehend Finanzdirektor Huber – und gab das Präsent zurück.

Auf der anderen Seite nutzte Gloor, der sich gerne als Opfer politisch motivierter Ränke gab, den Anti-SVP-Reflex virtuos. Dass die Angriffe stets aus derselben politischen Ecke kamen, verschaffte ihm eine Art Schutzschild, an dem jede Kritik abprallte. Dies zeigte sich

exemplarisch, als die SVP-Parlamentarier Züst und Toggweiler 2005 eine externe Untersuchung der privaten finanziellen Verhältnisse von Gloor und seinen Mitarbeitern verlangten. Finanzdirektor Huber stellte sich darauf persönlich vor seinen Anlagechef und wies die Forderung als unzumutbaren Übergriff auf die Privatsphäre zurück. Ausser bei seiner eigenen Partei, die sich zusehends von ihrem Regierungsrat entfremdete, fand Huber eine breite Unterstützung von links bis rechts.

Tatsächlich konnte Züst – wie später auch Thomas Matter – keine schlagenden Beweise liefern. Die gewieften Kontroll- und Finanzex-

Er legte sogar bei der Erarbeitung ethischer Richtlinien in der Finanzverwaltung mit Hand an.

perten bauten ihren Verdacht lediglich auf Indizien. Den meisten anderen Politikern fehlte es schlicht an Fachwissen und Erfahrung, um die Signale richtig zu deuten. Und sie begriffen auch nicht, dass die Kritik herzlich wenig mit Parteipolitik zu tun hatte. Doch je hartnäckiger Züst insistierte, desto sicherer fühlte sich Gloor offenbar. Jedenfalls kassierte der Anlagechef der BVK bis zum bitteren Ende.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll das Versäumte nun nachholen und den Fall BVK aufarbeiten. Das Resultat der Untersuchung wird auf den Spätherbst erwartet. Der inzwischen vorliegende provisorische PUK-Bericht ist geheim. Doch was der *Tages-Anzeiger*, der offenbar über eine Kopie verfügt, in jüngerer Zeit publik machte, lässt wenig Gutes erahnen. Es stellt sich die Frage, ob die PUK für eine nüchterne Aufarbeitung der Affäre die richtige Instanz ist.

Die Parlamentarier müssten nicht zuletzt auch über ihr eigenes Versagen urteilen. Kommissionsmitglied Hans-Peter Portmann (FDP) etwa war seinerzeit als Referent der Finanzkommission direkt an der missratenen Aufarbeitung der BT & T-Affäre beteiligt. Zumindest fraglich erscheint auch die Unbefangenheit von Kommissionspräsident Markus Bischoff (AL). Als Sektionschef der Gewerkschaft VPOD war er indirekt in die Aufsicht über die BVK involviert.

Sündenbock Christian Huber

So will die PUK dem Vernehmen nach die eingangs erwähnten Geschenke zugunsten der Angestellten und der Staatskasse ausblenden, die das Parlament im Frühling 1998 im Börsenrausch beschlossen hatte und die wesentlich zur finanziellen Schieflage der BVK beigetragen haben. Der Loch, das mit den Massnahmen in die Kasse der BVK gerissen wurde, entspricht etwa den 3,7 Milliarden Franken, die heute fehlen.

Hinter den Kulissen zeichnet sich ein Sesseltanz ab. Sündenböcke werden gesucht. Daniel Gloor und Konsorten sind bereits gesetzt. Doch auch alt Regierungsrat Christian Huber scheint für diesen Part geradezu prädestiniert. Huber trat 2005 unter Protest zurück, nachdem er sich mit seiner Partei heillos verkracht hatte. Von der SVP darf der Pensionär, der heute mit seiner Frau auf einem Hausboot durch Frankreich und Holland tuckert, kaum noch Rückendeckung erwarten.

Offenbar denkt die PUK auch nicht daran, die Warner, welche die Missstände schon vor Jahren präzise gedeutet hatten, zu rehabilitieren. Vielmehr bekommt auch Ernst Züst im Entwurf zum Schlussbericht sein Fett ab. Mit seinen Vorstössen im Parlament, so wird moniert, habe er den falschen Weg gewählt. Er hätte entweder schweigen oder aber sein Wissen über die Konti von Gloor, Straub und Ochsenner bei der Schroder-Bank unter Verletzung des Bankgeheimnisses offenlegen müssen. Was dann passiert wäre, hat mittlerweile die Affäre Hildebrand plastisch gezeigt: Jene, die ebendies getan haben, gerieten – parlamentarische Immunität hin oder her – massiv unter Beschuss und mussten sich in der Folge ein Strafverfahren samt Hausdurchsuchung gefallen lassen. Gegen den privat mit Devisen spekulierenden Nationalbank-Chef dagegen wurde nicht einmal ein Verfahren eröffnet.

Nüchtern betrachtet hat Christian Huber als Finanzdirektor nicht mehr und nicht weniger versagt als seine Vorgänger und Nachfolger, die das korrupte Netzwerk gewähren liessen, nicht mehr und nicht weniger als all die Kontrollinstanzen, die sich über sämtliche Warnsignale hinwegsetzten. Es liegt eine Art kollektives Versagen vor, das es schwierig macht, Verantwortlichkeiten im Einzelnen zu benennen. Die Beamtenschaft hatte ihre Kontrolleure stets unter Kontrolle. ○



«Aufgebauschte Geschichte mit völlig frei erfundenen Details»: Politikerin Hanselmann (r.) bei der Pressekonferenz vom 23. August 2012.

Zum Widerruf gedrängt

Die wegen fahrlässiger Tötung verurteilte Chefärztin des Spitals Wil, Cécile Leimgruber, arbeitet laut Vorgesetzten «zur vollen Zufriedenheit». Eine Patientin, die das anders erlebt hat, wurde von St. Gallens Gesundheitsdirektorin Hanselmann bearbeitet, bis sie ihre Kritik zurückzog. *Von Christoph Landolt*

Cécile Leimgruber bleibt Gynäkologie-Chefärztin am Spital Wil – diesen Entscheid hat die St. Galler Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann (SP) am Freitag an einer Medienkonferenz mitgeteilt. In den fünf Jahren seit dem Tod einer siebenfachen Mutter, dessen gerichtliche Aufarbeitung in einer Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung mündete, habe Leimgruber ihre ärztliche Tätigkeit «zur vollen Zufriedenheit» ausgeübt.

Diese Einschätzung erstaunt. Die *Weltwoche* (Nr. 34/12) hat vor zwei Wochen aufgedeckt, dass der Todesfall nicht der einzige gravierende Fehler von Chefärztin Leimgruber war. Diese hatte auch vergessen, nach einer Kontrolle ihrer Patientin Maria Gisel (Name geändert) den Befund mitzuteilen. Dass sie an Gebärmutterhalskrebs leidet, erfuhr Gisel erst mit drei Monaten Verspätung. Diesen Sachverhalt schilderte Maria Gisel persönlich der *Weltwoche*.

Umso merkwürdiger verlief eine Pressekonferenz, die das Gesundheitsdepartement am Tag abhielt, an dem dieser Fall publik wurde. Während der Veranstaltung nahm Hanselmann von einer Mitarbeiterin ein soeben eingetroffenes E-Mail entgegen und verlas dieses vor laufender Kamera. Es stammte angeblich von der betroffenen Patientin, die sich von der «aufgebauschten Geschichte mit völlig frei erfundenen Details» distanzierte. Die Rede war von «Medienhetze» und einer «spekulativen, provozierenden Fantasie-Schilderung». Weitere Auskünfte erteilte Gesundheitsdirektorin Hanselmann nicht.

Auch an der zweiten Medienkonferenz vom vergangenen Freitag gab es keine neuen Details zum Fall, «aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes». Urs Besmer, der Leiter von Hanselmans Rechtsdienst, erinnerte an das E-Mail-Dementi. Seitens des Gesundheits-

departements könne ein Haftpflichtfall abgeschlossen werden. Zum Zustandekommen dieses Dementis äusserte sich der Jurist nicht. Die Frage blieb offen: Was hat Maria Gisel dazu bewogen, ihre eigenen Angaben als «Fantasie-Schilderung» zu bezeichnen?

Anrufe aufs Handy

Aussagen aus Maria Gisels Umfeld weisen darauf hin, dass sie nicht selbst auf die Idee gekommen war, dem Gesundheitsdepartement ein E-Mail zu schreiben. «Sie hat mir gesagt, sie habe dieses Mail schreiben müssen», sagt Erika Häusermann, eine Bekannte Gisels. Gisel habe angegeben, Gesundheitsdirektorin Hanselmann habe ihre Handynummer organisiert und sie bereits am Wochenende mehrmals angerufen. Das war zwei Tage bevor sich die Politikerin auf Anfrage der *Weltwoche* nicht an einen solchen Krebsfall erinnern konnte.

Erika Häusermann kennt Gisels Fall nicht nur aus den Schilderungen ihrer Kollegin. Die 62-jährige Wilerin ist auch Politikerin, sie wurde im März für die Grünliberalen in den St. Galler Kantonsrat gewählt. Nachdem Häusermann in *20 Minuten* den Rücktritt von Gynäkologie-Chefärztin Leimgruber gefordert hatte, stellte die Gesundheitsdirektorin auch sie zur Rede. Als GLP-Fraktionspräsidentin gehört Häusermann zu den politischen Meinungsmachern, denen das Gesundheitsdepartement das ominöse Dementi der betroffenen Patientin zustellte. «Ich dachte mir schon damals: Das passt nicht zu Maria.»

Als sie ihre langjährige Bekannte darauf ansprach, erzählte diese ihr die Geschichte dahinter. Sie sei am Mittwoch, vor der ersten Pressekonferenz, von Hanselmann telefonisch gedrängt worden. «Hanselmann forderte, dass sie persönlich an der Pressekonferenz erscheint.» Gisel habe sich geweigert. Sie habe panische Angst vor dem Verlust ihrer Anonymität. Als Staatsangestellte fürchte sie um ihren Job. In aller Eile habe Gisel ein Mail aufgesetzt, in dem sie sich von den Berichten über ihren Fall distanzierte, sagt Häusermann. «Sie meinte, sie habe keine andere Wahl gehabt.»

Was die Bekannte von Krebspatientin Gisel schildert, erstaunt: Regierungsrätin Hanselmann brachte eine Patientin, die einen Missstand im Spital Wil meldete, dazu, ihre Aussage zu widerrufen. Es ist fraglich, ob die eher ängstliche Maria Gisel den Fragen der Journalisten standgehalten hätte. So blieb es bei einem schriftlichen Dementi, das von Hanselmann an der Pressekonferenz mehrfach zitiert wurde.

Heidi Hanselmann bestätigt, Gisel angerufen zu haben. «Eine schriftliche Kontaktaufnahme mit der Patientin war damals nicht zielführend.» Zu keinem Zeitpunkt sei aber Druck gemacht worden.

In Hanselmanns Büro

Damit war die Geschichte für Gisel noch nicht vorbei. Am letzten Donnerstag wurde sie von der Gesundheitsdirektorin nach St. Gallen zitiert. Gisel durfte einen Begleiter mitnehmen, Ernst

Schelling. Hanselmann wurde von Hausjurist Urs Besmer sekundiert. Hanselmann habe in der ersten halben Stunde erklärt, dass sie als Regierungsrätin Gisels Beschwerdebrief gar nicht persönlich habe beantworten müssen, sagt Schelling, ein pensionierter Sekundarlehrer. «Der Grund dafür ist offenbar, dass der Brief nicht mit «Beschwerde» überschrieben war.» Schelling hält diese Begründung für ungenügend. «Wenn eine Regierungsrätin von so etwas erfährt, muss sie dem nachgehen.» Immerhin sei die Chefärztin zu diesem Zeitpunkt angeklagt gewesen.

In den darauffolgenden eineinhalb Stunden hat Jurist Besmer Wort für Wort protokolliert, was nach dem Februar 2010 passiert ist, als bei Gisel nach einer Curettage (Gebärmutter-Auskratzung) Krebs festgestellt worden war. In

«Hanselmann forderte, dass sie persönlich an der Pressekonferenz erscheint.»

einigen Details unterscheidet sich diese Version von Gisels früheren Schilderungen. Gemäss Besmer wollte die Chefärztin Gisel anlässlich einer Nachkontrolle über den Krebsbefund informieren. Zu dieser erschien Gisel nicht.

Dann passierte offenbar nichts mehr. Erst drei Monate später, Ende April, wurde im Spital bemerkt, dass Patientin Gisel nichts von ihrer Krebsdiagnose wusste. Jetzt erst versuchte Cécile Leimgruber, Gisel zu erreichen; jetzt erst wurden Operationstermine vereinbart.

Gisel allerdings entschied sich gegen eine medizinische Behandlung und vertraute sich diversen Heilern an. Die Operationstermine sagte sie ab. Obschon die Nachlässigkeit im Spital Wil auf ihre Genesung ohne Einfluss bleiben sollte, war Gisel wütend. Sie schilderte den Fall Bekannten und erwähnte ihn auch gegenüber Patientenschützerin Margrit Kessler. Der Beschwerdebrief an das Gesundheitsdepartement wurde gemäss Heidi Hanselmann korrekt behandelt, indem er mit einer Standardantwort quittiert wurde.

Heidi Hanselmann argumentiert formalistisch. Sie sichert sich juristisch ab, will sich selbst schützen. Die Ordnung im Spital Wil, dem sie als Verwaltungsratspräsidentin vorsteht, scheint sie wenig zu interessieren. Gisels Brief war ein Alarmsignal, das sie nicht ernst genommen hat.

Dass eine Krebsdiagnose drei Monate lang liegenbleibt, deutet darauf hin, dass es im Spital nicht nur in Einzelfällen organisatorische Probleme gibt. Wie zwei angefragte Gynäkologen bestätigen, ist es «absolut üblich», dass der Patient bei einer Krebsdiagnose umgehend informiert wird. Wenn jemand nicht zur Nachkontrolle erscheint, müsse sich der behandelnde Arzt darum kümmern, dass die Patientin aufgeklärt werde, nötigenfalls per eingeschriebenem Brief.

«Zu wenig beharrlich»

Inzwischen anerkennt auch das Gesundheitsdepartement, dass Cécile Leimgruber im Fall Gisel nicht sauber gearbeitet hat. Die Chefärztin habe «zu wenig beharrlich versucht, die Patientin zu erreichen», sagte Rechtsdienstleiter Urs Besmer an der Pressekonferenz. Man habe daraus die Lehren gezogen. «Kann eine Patientin nicht telefonisch erreicht werden, erfolgt spätestens nach zwei Wochen in jedem Fall eine schriftliche Einladung für eine Besprechung sowie eine telefonische Rücksprache mit dem Hausarzt.»

Leimgruber nimmt ihre Arbeit am Spital Wil in diesen Tagen wieder auf. Formell ist sie immer noch Chefärztin. De facto aber ist die Gynäkologie in Wil neu eine Filiale des Kantonsospitals St. Gallen. Leimgruber bekommt einen neuen Coach zur Seite gestellt, Prof. Dr. med. René Hornung, Chefarzt der Frauenklinik des Zentrumsspitals. Weiter darf jeder Mitarbeiter des Spitals Wil beim kaderärztlichen Hintergrunddienst des Kantonsspitals anrufen und eine Zweitmeinung einholen. Sollte eine Pflegerin eine Diagnose der Chefärztin anzweifeln, kann sie in St. Gallen Alarm schlagen. Ein Arzt am Spital Wil, der ungenannt bleiben möchte, sagt dazu: «Es ist entwürdigend.» ○



ARVI SA · Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T +41 (0)91 649 32 88
F +41 (0)91 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

FÜR JEDEN GESCHMACK DER RICHTIGE WEIN DIREKT NACH HAUSE!

WWW.ARVI.CH

**PAPE CLÉMENT ROUGE –
GRAVES, PESSAC-LÉOGNAN
2005**

«Wahrscheinlich der beste
Pape Clément aller Zeiten»
Robert Parker

CHF 167.40
Ab 36 Flaschen CHF 159.85

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten.

ROBERT PARKER

Die besten 2005er Bordeaux Weine
nach Robert Parker

Jahr	Wein	Rating ↓	CHF / FL.
2005	Ausone	100	CHF 2'592.00
2005	L'Eglise Clinet	100	CHF 367.20
2005	Bellevue Mondotte	99	CHF 334.80
2005	La Mondotte	99	CHF 426.60
2005	Troplong-Mondot	99	CHF 259.20
2005	Margaux	98+	CHF 1'242.00
2005	Pape Clément Rouge	98	CHF 167.40

Besonderes Kennzeichen: Versöhnlich

Seit zehn Monaten ist Karin Frei Leiterin und Moderatorin der Diskussionssendung «Club» im Schweizer Fernsehen. Kritiker schimpfen über ihren friedfertigen Gesprächsstil. Die Quoten steigen. Von Beatrice Schlag und Elisabeth Real (Bild)

Am vergangenen 8. November leitete Karin Frei zum ersten Mal den «Club». Seither scheint sie zum Lieblingsobjekt der SRF-Kritiker geworden zu sein. Sie habe die späte Diskussionsrunde in ein «Gähnen vor Mitternacht» mit Themen «aus der Mottenkiste der dargebotenen Hand» niedermoderiert, geisselte die *Sonntagszeitung*. «Sobald die Suppe heiss wird, nimmt sie die Pfanne vom Herd», spottete der *Sonntagsblick*. Ihre Moderation wird wahlweise als verhalten, verzettelt, zu gutmütig oder harmonisierend bekrittelt. An den Themen wird bemängelt, dass sie für die nächtliche Stunde zu deprimierend, zu schwer und zu wenig aktuell seien, ausserdem werde nicht kontrovers genug diskutiert. Dass im «Club» heute nur noch selten geschrien, jemand unterbrochen und einem übers Maul gefahren wird, nahm die Presse fast einhellig als Mangel wahr. Überraschenderweise war die Einschaltquote im April gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen. Reden die Kritiker an den Zuschauern vorbei?

Privat ein ganz anderer Typ

Richtig ist, dass Karin Frei die zurückhaltendste Moderatorin ist, die der «Club» je hatte. Als Christine Maier und Röbi Koller den «Club» im letzten Jahr verliessen, war die Neugier auf die Neue gross. Über die private Christine Maier wusste jeder alles, der es wissen wollte. Die leicht kühle, kluge und furchtlos scheinende Moderatorin hatte keine Scheu, den Medien ihr Familienleben und ihre Eheprobleme mit Seiltänzer David Dimitri bis zur Trennung zu offenbaren. Röbi Koller schien schon im Fernsehen ein offenes Buch: einfühlsam, nie knallhart, oft gerührt, immer sympathisch. Wer mehr über ihn erfahren wollte, fand in der Presse reichlich Berichte über sein glückliches Eheleben mit Fernsehregisseurin Esther Della Pietra.

Karin Frei ist niemandes Schätzchen und will es nicht sein. Auch sie gab und gibt gelegentlich Interviews. Ihr Privatleben hält die 43-jährige Luzernerin allerdings nach Möglichkeit bedeckt. Sie ist geschieden, hat eine 14-jährige Tochter, ist seit sieben Jahren mit einem Mann aus der IT-Branche liiert und begeisterte Kite-Surferin. Viel mehr will sie nicht preisgeben: «Mir ist Personenkult ziemlich egal. Ich brauche keine Extrawurst. Ich fühle mich nicht besser, wenn man mich im Restaurant mit meinem Namen anspricht. Ich zehre nicht davon, dass ich jetzt *öpper* bin.»

Tatsächlich wird die Moderatorin in der Öffentlichkeit oft gar nicht erkannt. «Die sieht



«Ich brauche keine Extrawurst»: Ethnologin Frei.

ja mindestens zehn Jahre jünger aus als im «Club», sagte ein Kollege, der sie zufällig kürzlich bei einer Einladung traf. «Und was die für ein Temperament hat!» Sie hatten ausführlich über Kite-Surfen geredet, ohne dass er wusste, wer sie war. Als sie ihm ihren Namen sagte, war er verlegen und sehr überrascht, denn er schaut den «Club» regelmässig. Die Privatfrau Karin Frei war ein ganz anderer Typ als die um Vermittlung bemühte Gesprächsleiterin, deren Zurückhaltung ihn oft nervte.

Wer mit ihr verabredet ist, erkennt sie natürlich. Aber der Kollege hat recht. Die grosse, schlanke und sehr sportlich wirkende Frau, die zum Treffen erscheint, sieht in Jeans mit breitem Gürtel und Plateau-Turnschuhen ganz anders aus als die Moderatorin im faden, vorzugsweise beige Fernseh-Jackett. Mit dem zum

Pferdeschwanz gebundenen Lockenkopf wirkt sie tatsächlich deutlich jünger und vor allem viel lebendiger als auf dem Bildschirm. Wenn sie lacht, und das tut sie ausgiebig und schallend, vor allem über politisch inkorrekte Gemeinheiten, fragt man sich: Warum bekommt man davon am Fernsehen nichts mit? Warum nimmt sie sich so zurück, wenn die Kamera läuft? Warum unterbricht sie auch den langatmigsten Gast nur ungerne? Warum wird sie bis zur Unkenntlichkeit bieder eingekleidet und frisiert?

Und vor allem: Warum mutet sie den Zuschauern am Dienstag um elf Uhr nachts fast immer düstere Gesellschaftsthemen zu? Verdingkinder. Verschwundene Kinder. Kinder psychisch kranker Eltern. Tunesische Asylbewerber. Die griechische Tragödie. Dreissig Jah-

re Exit. Vom eigenen Kind verlassen. Sterben – wie geht das? Nur selten beziehen sich ihre Themen auf die unmittelbare Aktualität. Noch seltener darf es einmal leichtere Kost sein. «Die Konzeptänderung war nicht meine Entscheidung», sagt Karin Frei. «Als ich eingestellt wurde, sagte man mir, man möchte den <Club> mehr von der <Arena> distanzieren, mit



weniger Polit- und Tagesaktualität. Und da es <Quer> nicht mehr gab, wollte man wieder Themen, die näher sind bei den Leuten. Das war eine Prämisse, die man nicht an die grosse Glocke hängte. Aber mir sagte das sehr zu.»

«Wadenbeisser langweilen mich»

Für die Wahl der Themen ist sie als Sendeleiterin verantwortlich. «Aber ich bestimme nicht eigenmächtig. Jeder schlägt in der Redaktionssitzung Themen vor, dann diskutieren wir, ob das zum <Club> passt.» Ihrer Meinung nach passen zum «Club» Diskussionen, «von denen Zuschauer etwas haben, etwas mitnehmen können. Die Themen sind etwas sozialer als früher, schliessen aber die Aktualität überhaupt nicht aus. Wichtig ist, dass es um Dinge geht, die jeden irgendwann irgendwie angehen. Bewusst

nicht nehmen würde ich ein Thema, wo die Gefahr besteht, jemanden vorzuführen, wo jemand seine Würde verlieren könnte. Auch wenn es ein Knaller wäre, würde ich nein sagen.»

Zum Vorwurf, ihre Moderation sei zu nett und zu wenig straff, sagt sie, sie habe es gern unaufgeregt: «Man kann hart diskutieren, ohne laut zu werden. Und im <Club> haben wir den Nachteil, dass man niemandem das Mikrofon wegnehmen kann wie in anderen Sendungen.» Dass sie keinem Gast ins Wort falle, bestreitet sie allerdings: «Ich unterbreche, wenn ich das Gefühl habe, jemand ist nicht beim Thema, sondern redet nur in eigener Sache. Wadenbeisser langweilen mich. Es sei denn, es ist eine Kontroverse, dann gehören Bösewichte mit hinein. Aber dann sollten es zwei sein. Und es ist sehr schwer, zwei Polemiker für eine Sendung zu finden, die wirklich zum Thema reden.» Aber sie zweifelt ohnehin, ob das Publikum die aufgeregten Kontroversen tatsächlich vermisst: «Der härtere Wind, der zurzeit in Politik und Wirtschaft herrscht, macht die Leute müde. Sie wollen nicht den ewigen Schlagabtausch. Sonst wären unsere Quoten nicht besser geworden.»

Zwischen ihrem ersten Auftritt als <Club>-Leiterin im vergangenen November und im April 2012 stieg die Einschaltquote trotz teilweise harschen Kritiken um 2,4 Prozent. Natürlich freut sie das, obwohl sie Quoten für begrenzt aussagekräftig hält, da nur die Zuschauer der Live-Sendung am Dienstag erfasst sind. Weder werden die Zuschauer von Wiederholungen mitgezählt noch jene, die sich die Sendung im Internet ansehen. Aber ihrer Chefredaktion sei die Qualität der Sendung Gott sei Dank ohnehin wichtiger als die Quote. Und was die Qualität und die Linie der Sendung angehe, sei man sehr zufrieden mit ihr und Co-Moderatorin Mona Vetsch, die 30 Prozent der Sendungen moderiert.

Trotz Quotenerfolg: Die Kritik setzt der Ethnologin zu, die zwanzig Jahre lang beim Radio arbeitete und von 2004 bis zu ihrem Ausscheiden bei DRS 1 Redaktorin und Moderatorin des «Doppelpunkts» war. «Ich war vom Radio gewohnt, Diskussionen zu planen und zu führen. Was sehr anders ist, ist die Wahrnehmung. Beim Radio konnte man mehr experimentieren, ohne dass man Angst haben musste, jetzt reisst dir jemand den Kopf ab. Im Fernsehen verschiebst du ein Klötzchen, machst etwas ein wenig anders, und es hat sofort eine Resonanz.» Auf die Frage, warum sie sich ausgerechnet beim Fernsehen beworben habe, lacht sie vergnügt: «Weil ich zwanzig Jahre beim Radio war und das Gefühl hatte, ich will noch etwas anderes machen. Fernsehen war nie ein gesetztes Ziel. Ich wollte nie meiner Grossmutter zuwinken. Aber ich schaute den <Club> schon vor unzähligen Jahren und dachte immer: <Wow, was für ein Gefäss.> Dass es um den Moderator ging, kam mir nie in den Sinn.»

Dass das blauäugig gewesen sei, verneint sie mit Nachdruck: «Im Kopf wusste ich es, ich bin nicht naiv. Vorstellen kann man es sich trotzdem nicht, bevor man es erlebt hat. Die Sendung selber mache ich extrem gern. Das Schwierige kommt nachher. 75 Minuten reichen nie, um ein Thema umfassend zu besprechen. Danach sagen die einen, es hätte kontroverser sein sollen, den andern war es zu kontrovers. Das ist auch okay so, es geht ja primär darum, Diskussionen anzukicken. Klar ist aber, dass du als Macherin jeden möglichen Unmut um die Ohren gehauen bekommst.» Nicht nur die Kritiken in der Presse, sondern genauso die nach Mitternacht in den Computer getippten E-Mails von Zuschauern, in denen neben Lob auch Sätze stehen wie: «Man

«Der härtere Wind, der zurzeit in Politik und Wirtschaft herrscht, macht die Leute müde.»

sollte Ihnen den Kopf wegschiessen.» Das, sagt sie, tue ihr gar nicht gut.

Berechtigte Kritik allerdings schluckt sie ohne Zögern. Bei der Steuerstreit-Sendung vom 3. April etwa habe sie schlicht zu wenig Zeit gehabt, sich genügend vorzubereiten, weil man das ursprünglich geplante Thema am Montag vor der Sendung aus Aktualitätsgründen zugunsten des schweizerisch-deutschen Steuerzoffs gekippt hatte. Für Vorgespräche mit den neuen Gästen fehlte die Zeit. «Es war mir eine Lehre», sagt Karin Frei. «Ich würde in der Zukunft am Montag kein Thema mehr auswechseln, wenn ein aktuelles Ereignis nicht so gross ist, dass man gar keine Wahl hat.»

Wie viele ihrer Zuschauer weiblich und wie viele männlich sind, wird bei der Quotenerhebung nicht aufgeschlüsselt. Bei einer unrepräsentativen Umfrage im Kollegen- und Bekanntenkreis bestätigt sich die Vermutung, dass Karin Frei bei Frauen weitaus beliebter ist als bei Männern. Vielen Zuschauern sind ihre Themen zu psychologisch und ihr Moderationsstil zu nachsichtig. Den meisten Frauen gefällt genau das.

Nur eine sagte: «Sie ist sehr gut. Aber ihr fehlt das Kamera-Gen. Wer zum Fernsehen geht, muss doch einen Schuss Exhibitionismus mitbringen. Wie Mona Vetsch oder Sandra Boner vom «Meteo». Die sind beide alles andere als aufgeblasen. Aber man hat das Gefühl, wenn das rote Lämpchen der Kamera angeht, haben die eine unbändige Lust, auf Sendung zu sein. Bei Karin Frei denke ich immer, sie würde die Diskussionsrunde genauso gern ohne Kamera führen.» Karin Frei widerspricht nicht. «Ich habe genau vier Stunden Kamera-Training gehabt vor meiner ersten Sendung. Und es kommt mir bis heute komisch vor, eine Kamera anzulächeln. Ich wünsche mir, ich könnte mich besser verstellen.» ○

Roger mit Roger

Erstmals liess sich SRG-Generaldirektor Roger de Weck auf seinem eigenen Sender auf ein angeblich kritisches Fernseh-Interview ein. Das «Streitgespräch» führte sein guter Freund Roger Schawinski. Es war ein erhellender TV-Abend. *Von Rico Bandle*



Neue Form der Hofberichterstattung: De Weck bei Schawinski.

Roger Schawinski konnte im Vorfeld der Sendung nicht oft genug betonen, dass er SRG-Generaldirektor Roger de Weck keineswegs schonen werde. Auch während der Sendung am Montagabend fühlte er sich bemüssigt, zu erklären, de Weck sei zwar seit vielen Jahren sein Freund, er werde nun aber ein «journalistisches Gespräch» führen, «ist ja klar». Am Schluss wiederholte er noch einmal, der SRG-Direktor habe sich erstmals einem «kritischen Interview in einem eigenen Medium» gestellt. Dies so offensiv zu kommunizieren, war freilich auch nötig – es hätte es sonst niemand gemerkt.

De Weck nutzte das halbstündige Gespräch geschickt, um einen Werbespot für sich und die SRG zu schalten: Er stellte das Unternehmen von der besten Seite dar, lobte Rudolf Matter, den Direktor von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), und alle SRG-Mitarbeiter, die einen «super Job» machten. Im Einklang mit Schawinski kanzelte er nicht anwesende Kritiker als «bedeutungslos» ab. Und er relativierte den massiven Quotenschwund beim Schweizer Fernsehen: «Ich glaube, dass das Angebot der SRG noch nie so intensiv genutzt wurde wie jetzt.» Die wachsende Internetnutzung werde in den TV-Quoten halt nicht abgebildet. Schawinski holte ausnahmsweise zu einem seiner gewohnten

Konter aus: «Das ist eure Argumentation, sie ist natürlich falsch.» Er ging aber nicht weiter darauf ein.

Was für ein Auftritt des SRG-Generaldirektors! Und das auf einem eigenen Sender! Und erst noch beim «besten Talker der Schweiz» (Eigendeklaration SRF)!

Für Roger de Weck konnte nichts schiefgehen. Sonst hätte er das Interview nicht gegeben, wie er indirekt in der Sendung zugab. «Ich suche mir meine Streitpartner schon noch selber aus», sagte er. Tatsächlich ist es so: Seinen schärfsten Kritikern verweigert er konsequent das Gespräch. Es ist die grosse Selbsttäuschung des Roger de Weck: Er glaubt, für alle offen zu sein – was auch die Aufgabe des Generaldirektors eines gebührenfinanzierten Betriebs ist –, um dann unbotmässige Meinungen kurzerhand als «masslos» abzutun.

«Ein bisschen Hemmungen»

Es ist die Tragik des einstigen Rebellen und Radio-Piraten Roger Schawinski, dass er sich für eine solche Veranstaltung hergibt. Der einst schärfste SRG-Kritiker ist mit seinem Engagement als SRG-Talker zu einem der grössten Fürsprecher des gebührenfinanzierten Unternehmens geworden. Dass er kürzlich die SRG wegen eines Logo-Streits ver-

klagte, hat daran nichts geändert, wie das Gespräch mit de Weck deutlich zeigte.

Andere Interviewpartner unterbricht Schawinski dauernd, oft vermittelt er den Eindruck, er sei gar nicht von der Neugier getrieben, sondern von der Lust, einen Gegner in einem möglichst schlechten Licht darzustellen. Bei de Weck war alles anders: Der SRG-Generaldirektor konnte sich hinlänglich ausbreiten. Wenn Schawinski doch dazwischenging, so geschah das eher sanftmütig. Schawinski: «Damit ich zwischendurch auch etwas sagen darf...» De Weck: «Das ist das erste Mal, dass sich Schawinski beklagt, er käme nicht zu Wort!» Schawinski: «Vielleicht habe ich auch ein bisschen Hemmungen vor dem grossen Chef. Stimmt natürlich nicht.» Stimmt natürlich doch. Zumindest wirkte es so.

Das grösste Ärgernis allerdings war, dass einige der wichtigsten Kritikpunkte an der SRG gar nicht erst zur Sprache kamen. Zum Beispiel, dass die SRG mit aller Kraft ins Online-Geschäft der Tageszeitungen drängt. De Weck, der grosse Freund der Zeitungen, schadet mit den Gebührengeldern den privaten Verlegern – erst recht, sollte die SRG dereinst, wie angestrebt, auch Werbung im Internet schalten dürfen. Oder die Frage, was all die eingekauften Quizformate und US-Serien mit Service public zu tun hätten. Oder ob de Weck tatsächlich massiven Druck auf den Arbeitgeber der SRG-Kritikerin Natalie Rickli ausübte. War das vorauseilender Gehorsam? Oder haben sich die zwei langjährigen Freunde im Vorfeld gar abgesprochen?

De Wecks leichter Sieg

Der einzige Moment, da Schawinski etwas Biss zeigte, war beim Thema Quoten. Anhand einer Grafik legte er dar, wie drastisch der Marktanteil des Schweizer Fernsehens in den letzten Jahren gesunken ist. Der Vorwurf muss ihn allerdings auch selber treffen. Seine Sendung am Montag hatte einen Marktanteil von 15,9 Prozent – weit weniger als der Durchschnitt auf SF 1.

Roger de Weck hat allen Grund, zufrieden zu sein. Er beendete die Sendung mit den Worten: «Ich fühle mich wirklich im Element.» Das sind Worte, die man von Sportlern hört nach einem leicht errungenen Sieg. Oder von einem SRG-Generaldirektor nach einem Gespräch mit einem devoten Interviewer, das den Zuschauern allen Ernstes als Journalismus verkauft worden war. ○

Den Hausbesitzern zum Wohl

Der Hauseigentümergeverband versucht einmal mehr, den Eigenmietwert abzuschaffen und die Steuersubventionen für Wohneigentum zu behalten. Das erinnert an das alte Spiel der Agrarwirtschaft zu Lasten des Steuerzahlers. Nur kommen die Bauern sympathischer an. *Von Silvio Borner*

Man könnte auch so titeln: «Wenn das Bestehende das Bessere verhindert». Die Bauern haben auf politischem Weg erreicht, dass der Bund die Preise für Agrargüter subventioniert, und die Hauseigentümer werden seit langem gegenüber Mietern steuerlich bevorzugt. Man sieht leicht, dass beides ineffizient ist und den Direktbetroffenen Vorteile zu Lasten der Allgemeinheit verschafft. Daher wären die Abschaffung der Steuersubventionen für Wohneigentum oder der Ersatz von Preissubventionen bei landwirtschaftlichen Gütern durch Direktzahlungen an die Bauern aus ökonomischer Sicht gute Vorschläge. Aber warum setzen sie sich politisch nicht konsequent und sauber durch?

Die einfache Antwort liefert die politische Ökonomie: Bei einem sauberen Systemwechsel würden Bauern und Hauseigentümer verlieren. Deshalb sind es die Agrar- und die Hauseigentümerlobby, welche dem Neuen und Besseren den Durchbruch verwehren.

In der Landwirtschaft ist das einfach. Preissubventionen belasten den Konsumenten auf intransparente Weise. Direktzahlungen sind demgegenüber als Staatsausgaben zu budgetieren und entsprechend durch einen (fadenscheinigen) gesamtwirtschaftlichen Nutzen zu begründen. Dagegen entsteht viel rascher Widerstand als gegen die versteckte Subventionierung der Preise. Deshalb akzeptieren die Bauern die Direktzahlungen nur als Ergänzung zur traditionellen Agrarunterstützung und nicht als Ersatz. Ein umfassender Systemwechsel würde mit Sicherheit den Subventionsfluss in die Branche reduzieren.

Analog ist die Lage der Hauseigentümer. Sie beschwerten sich über die Besteuerung eines angeblich fiktiven Eigenmietwerts, profitieren aber munter von den Abzügen für Hypozinsen und Unterhalt. Das ist störend, denn der Eigenmietwert lässt sich mit dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit begründen, wie folgendes Beispiel zeigt.

Vergleichen wir kurz die Situation von A und B. A hat eine Rente von 100 000 und ein in ein Haus investiertes Vermögen von 1 Million Franken. B hat auch eine Rente von 100 000 Franken, ist Mieter und hat Wertschriften im Wert von einer Million. Daraus erzielt er 3 Prozent Rendite. A und B sind schuldenfrei. Würde A sein Haus vermieten, erhielte er 30 000 Franken Zins im Jahr. Die beiden sind daher wirtschaftlich gleich leistungsfähig: Sie verfügen beide über 100 000 Franken Rente, 1 Million Nettovermögen und Zinseinnahmen von 30 000, was

für beide ein steuerbares Einkommen von 130 000 und ein Vermögen von 1 Million Franken ergibt. Bewohnt aber A sein Haus selber, so sinkt sein Einkommen von 130 000 auf 100 000 Franken. Ist er deshalb weniger leistungsfähig geworden? Nein! Der Eigenmietwert ist somit nicht so fiktiv, wie es scheinen mag. Dienstwohnungen, ja sogar Dienstautos müssen nach derselben Überlegung versteuert werden, was niemanden ernsthaft stört.

Unter dem Strich begünstigen die aktuellen Regelungen trotz Eigenmietwertbesteuerung die Eigentümer, die in den eigenen vier Wänden wohnen. Zum einen, weil die Steuerwerte der Immobilien meistens deutlich unter dem Marktwert liegen, zum anderen, weil die Renovations- und Unterhaltsaufwendungen grosszügig gewährt werden. Resultat ist, dass fast die Hälfte aller Betroffenen eine negative Liegenschaftsrechnung vorlegen kann!

Ökonomisch ideal wäre ein konsequentes Alternativmodell: keine administrativ aufwendige Besteuerung des Eigenmietwerts, aber auch keine Abzüge mehr. Wer kann da schon dagegen sein? Sicher nicht die Mieter, die ja indirekt steuerlich entlastet würden, da die Eigentümer im alten System Steuern sparen. Es sind die Vertreter der Eigentümer, die auf einem Mischsystem bestehen, weil sonst ihre Interessengruppe mehr Steuern bezahlen müsste! Die Strategie ist deshalb klar:

Man will den Eigenmietwert abschaffen, aber von den Abzügen so viel retten wie möglich. Dass dies jedes Mal vor dem Volk scheitert, ist nicht verwunderlich. Ein reiner Systemwechsel ist dem Volk denn auch noch nie vorgelegt worden.

Vermögensabbau im Alter ist normal

Jetzt will man einen neuen Twist versuchen: Die über 65-Jährigen sollen die Wahl haben zwischen dem Status quo und einer neuen Mischform von Eigenmietwertabschaffung – aber bitte mit gewissen Abzügen! Es entspricht unseren Grundsätzen, den Einzelnen nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Dieses Prinzip spricht jedoch klar und grundsätzlich gegen eine positive oder negative «Altersdiskriminierung».

Zudem müssen nicht nur Haus- oder Wohnungseigentümer im Alter ihr Vermögen anknabbern, sondern auch Mieter. Dafür ist das Alterskapital ursprünglich auch aufgebaut worden. Mancher muss somit – meist mit grossem Gewinn – sein Haus verkaufen, mancher eine kleinere und billigere Wohnung mieten. Ob ein Systemwechsel effizient wäre oder nicht, ist für die Politik häufig nicht entscheidend, weil die Profiteure der Ineffizienz sich dagegen wehren. Dem Bauernverband scheint dies aus emotionalen Gründen besser zu gelingen als dem Hauseigentümergeverband. Das ist alles, leider. ○



Würden steuerlich entlastet: Mieter.

Weniger Mitglieder, mehr Geld

Die Gewerkschaften haben früher ein genossenschaftlich geprägtes Firmen- und Finanzimperium unterhalten. Jetzt verscherbeln sie das Tafelsilber und leben vor allem auf Kosten der Allgemeinheit. Allein die Unia nimmt jedes Jahr 130 Millionen ein – 22 Millionen mehr als vor fünf Jahren. *Von Florian Schwab*



Betriebswirtschaftliches Wunder: Demonstration der Gewerkschaft Unia in Genf.

Im letzten Jahrhundert haben die Gewerkschaften ein stolzes Firmen- und Finanzimperium aufgebaut: Ferienanbieter, Wohnbaugenossenschaften, sogar Versicherungen und Krankenkassen. Die Eigentumsverhältnisse sind vielfach unklar, da die Vermögenswerte in wenig transparenten Gesellschaftsformen wie Vereinen und Genossenschaften untergebracht wurden. Bekannt wird der gewerkschaftliche Hintergrund dann, wenn die Firmen verkauft werden. Einige der grösseren Verkäufe in letzter Zeit werfen Schlaglichter auf die einstige Wirtschaftsmacht der Arbeitnehmerorganisationen.

Am vergangenen Donnerstag gab die Helvetia-Versicherung bekannt, dass sie die 1926 gegründete Basler Eisenbühner-Gewerkschaftsversicherung SEV-Versicherungen übernehme. Hinter dem Kürzel SEV steht der frühere Schweizerische Eisenbahnerverband, heute Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV).

Dem Gründungsgeist der genossenschaftlichen Selbsthilfe unter Bahn-Büezern blieb man bis zuletzt treu, allerdings verpasste es die Genossenschaft, sich rechtzeitig auf das neue regulatorische Umfeld vorzubereiten. Neue Eigenkapitalvorschriften machen einen Verkauf nun unausweichlich. Der Geschäftsführer der SEV-Versicherungen, Erwin Schwab, bestätigt, dass die Genossenschaft aus dem Verkauf keinen Erlös erzielt: Die Helvetia habe das benötigte Eigenkapital bereitgestellt, und es werde «kein zusätzlicher Kaufpreis bezahlt». Der Schritt ist mit Wehmut verbunden: «Es gibt schönere Momente im Leben» als den Verkauf der Traditionsgenossenschaft, so Schwab.

Andere gewerkschaftlich geprägte Unternehmen, grösstenteils Genossenschaften, erlitten in jüngerer Vergangenheit ein ähnliches Schicksal. In den vergangenen Jahren ver-

scherbelten die Gewerkschaften Beteiligungen in Millionenhöhe.

1 — Die im Jahr 2005 in der Unia aufgegangene Gewerkschaft für Industrie Gewerbe und Arbeit (Smuv) führte jahrzehntelang unter dem Namen Krankenkasse 57 eine eigene Krankenversicherung. Diese wurde Anfang 2005 in einen eigenständigen Verein ausgelagert, der 2007 von der ÖKK Basel übernommen wurde und heute unter dem Namen Moove Sympany weiterbesteht. Der Smuv hatte die Krankenkasse komplett zugrunde gerichtet. Laut dem Branchenverband Santé-suisse war sie mit nur 4,2 Prozent Reserven die am schlechtesten kapitalisierte Krankenkasse der Schweiz. (Die Krankenkasse 57 wurde zeitweise von den heutigen Einheitskrankenkasse-Befürwortern und SP-Politikern Pierre-Yves Maillard als Geschäftsführer und Stéphane Rossini als Verwaltungsrat geleitet.)

2 — Die Unia beschloss Ende 2009, fünf ihrer sieben Hotels zu verkaufen. Behalten will die Gewerkschaft lediglich das «Hotel Bern» in der Bundesstadt sowie den «Freienhof» in Thun. Die Verkäufe der Häuser werden damit begründet, dass die Nachfrage nach den Gewerkschafter-Sonderangeboten zurückgegangen sei.

3 — Auch die Gewerkschaft des Bundespersonals (VPOD) verkauft seit dem Jahr 2006 ihre sämtlichen Immobilien, darunter das «Hotel Pisch» in Davos, das «Hotel Sherlock Holmes» in Meiringen sowie Ferienwohnungen in Klosters, Kandersteg und Figino. Grund: Wegen der sinkenden Nachfrage der Gewerkschafter nach eigenen Hotels sei es nicht mehr gelungen, genügend Erträge zu erwirtschaften, um erforderliche Infrastruktur-Investitionen zu tätigen. Gewerkschaftsromantik ade.

Die Unia besitzt 3300 Mietobjekte

Die gewerkschaftlichen Notverkäufe aus betriebswirtschaftlicher Erfolglosigkeit sind ein Symptom für den Verlust der traditionellen Selbsthilfekultur überzeugter Gewerkschafter. Die SEV verlor seit den frühen 1990er Jahren ein Viertel ihrer Mitglieder (von 60 619 im Jahr 1993 auf 45 727 im Jahr 2010). Der Smuv verlor im Zeitraum 1993 bis 2003 einen Fünftel: Von den fast 110 000 Mitgliedern im Jahr 1993 blieben 2005 noch knapp 90 000 übrig.

Das Fusionsgebilde Unia, welches im Jahr 2005 aus früher selbständigen Gewerkschaften entstanden war, verlor seit der Gründung rund 10 000 Mitglieder. Unia-Sprecher Nico Lutz legt Wert auf die Feststellung, dass die Unia bei den Aktivmitgliedern stabil geblieben sei und der Rückgang sich nur bei den Pensionierten abspiele.

Wer meint, dass die Gewerkschaften aufgrund der rückgängigen Mitgliederzahlen mit weniger Geld auskommen müssen und an politischem Einfluss verlieren, der irrt sich. Ein komplettes Bild über die Gewerkschaftsfinanzen kann man sich nur sehr schwer machen. Erstens sind die Gewerkschaften über die Sektionen sehr föderalistisch organisiert, und zweitens scheuen sie die Debatte über ihre Gelder.

Am meisten zu erfahren ist über die Unia, was, da diese die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist, für den ganzen Gewerkschaftssektor aussagekräftig ist. Über ihr Vermögen schweigt sie sich zwar aus, die kantonale Steuerverwaltung Bern beziffert das Reinvermögen aber auf mehr als 221 Millionen Franken (Stand 2008). Die Unia gibt an, schweizweit über 3300 Mietobjekte zu besitzen. Diese werden von der Unia-eigenen Aktiengesellschaft Zivag verwaltet. Die Zweckgesellschaft weist für das Jahr 2011 selber weder einen nennenswerten steuerbaren Gewinn (2700 Franken) noch ein nennenswertes steuerbares Vermögen aus (168 000 Franken).

Auf ihrer Internetseite veröffentlicht die Unia bloss eine summarische Erfolgsrech-

nung, deren einziger Posten auf der Ertragsseite «Gewerkschaftseinnahmen» heisst und sich im Jahr 2011 auf 130 Millionen Franken beläuft. Die *Weltwoche* wollte erfahren, wie sich die Einnahmen seit der Unia-Fusion Ende 2004 entwickelt haben. Sprecher Nico Lutz sagte zunächst telefonisch zu, die gewünschten Informationen bereitzustellen, erteilte dann aber eine schriftliche Absage: «Wir haben keine Veranlassung, der *Weltwoche* mehr Informationen zur Verfügung zu stellen, als wir auf unserer Homepage zugänglich machen.»

Trotzdem war herauszufinden, dass sich die Einnahmen der Unia im Jahr 2006 noch auf 108 Millionen Franken belaufen hatten – davon weniger als 60 Millionen aus Mitgliederbeiträgen, knapp 50 Millionen aus «Verwaltungskosten» und rund zwei Millionen aus «anderen Einnahmen». Für das Jahr 2011 ist diese Aufschlüsselung nicht bekannt. Es darf jedoch als sicher gelten, dass die Mitgliederbeiträge gesunken sind, denn die Unia hat zehn Prozent ihrer Mitglieder verloren.

Mit anderen Worten: Die Einnahmen der Unia steigen trotz sinkenden Mitgliederzahlen, und mehr als die Hälfte der Erträge kommen heute nicht mehr von den Mitgliedern, sondern aus anderen Quellen. Bei diesen anderen Quellen betragen die Erträge auf die eigenen Immobilien schätzungsweise 16 Millionen,

Mehr als die Hälfte der Erträge kommen bei der Unia nicht mehr von den Mitgliedern.

geht man von einer durchschnittlichen Gesamttrendite auf Schweizer Wohnliegenschaften von 7,8 Prozent aus, wie sie das Büro Wüest & Partner für das Jahr 2011 ermittelt hat.

Die restlichen Einnahmen stammen aus Sekretariats- und Administrationsdienstleistungen für die Zivag, die Unia-Arbeitslosenkasse und vor allem die paritätischen Kommissionen, welche für den Vollzug von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) verantwortlich sind und deren Sekretariat oftmals ein Unia-Funktionär ausführt. Fragwürdig dabei ist, dass diese paritätischen Kommissionen von sämtlichen Angestellten in den betreffenden Branchen Zwangsabgaben eintreiben können, die oft mehrere Prozente des Lohnes ausmachen. Unabhängig davon, ob ein Angestellter nun Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht.

Mehrere dieser Sekretariate führt die Unia an ihrem Sitz in der Weltpoststrasse in Bern, wo Gewerkschaftsmann Rolf Frehner ein Millionenvermögen aus Zwangsabgaben verwaltet. Eine überschlagsmässige Rechnung zeigt, dass die wichtigsten von der Unia administrierten GAV im Jahr 2012 Einnahmen von etwa 56 Millionen Franken abwerfen werden.

Dem GAV Personalverleih, der ab Anfang 2012 vom Bundesrat für allgemeinverbindlich

erklärt wurde, sind 270 000 Angestellte unterstellt. Gemäss Vertragstext beträgt der Vollzugskostenbeitrag ein Prozent der Lohnsumme und muss an die paritätischen Kommissionen abgeführt werden, deren Administration die Unia übernimmt. Geht man von einem Durchschnittslohn von 10 000 Franken pro Temporärangestellten aus, so ergibt dies ein Total von rund 27 Millionen Franken pro Jahr.

Ähnliche Kalkulationen lassen sich anstellen für die restlichen von der Unia geführten GAV-Sekretariate: Die 16 000 Unterstellten des GAV Elektrotechnik müssen 42 Franken pro Monat abliefern, was mehr als 8 Millionen Franken an die Weltpoststrasse bringt. Im Carrosseriegewerbe kommen jährlich rund 13 Millionen Franken zusammen, und die Gebäudetechnikbranche bringt ebenfalls fast 8 Millionen.

«Auf Verträge einschwenken»

Natürlich kommen diese Gelder nicht ausschliesslich der Unia zugute, doch sie profitiert in unbekanntem Ausmass. Solange die Unia und die paritätischen Kommissionen sich standhaft dagegen wehren, diese Zahlen offenzulegen, müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass das betriebswirtschaftliche Wunder von sinkenden Mitgliederzahlen und höheren Einnahmen in den prall gefüllten Millionenkassen aus dem GAV-Vollzug wurzelt.

Diesen Verdacht bestätigt Beat Kappeler, früherer Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in seinem Buch «Wie die Schweizer Wirtschaft tickt»: Die Gewerkschaften seien «vom Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages finanziell direkt abhängig, ein vertragsloser Zustand längerer Dauer würde sie ruinieren». Auch die «laute Unia» hänge auf diese Weise von der Vertragsgegenseite ab und «wird immer auf Verträge einschwenken müssen». Die eigenen finanziellen Interessen der Gewerkschaft verzerren somit die Arbeitnehmervertretung.

Ein weiteres Geheimnis der Gewerkschaftsfinanzen ist, dass auch der Mitgliederbeitrag der Gewerkschafter von den paritätischen Kommissionen subventioniert wird. Sobald eine Gewerkschaft einen allgemeinverbindlichen GAV abschliesst, kann sie ihren Mitgliedern einen Teil des Mitgliederbeitrages wieder gutschreiben, der dann aus den Vollzugskostenbeiträgen finanziert wird, aber trotzdem als «Mitgliederbeitrag» eingebucht wird. Einzige Auflage: Die paritätischen Kommissionen dürfen nicht mehr als die Hälfte des Mitgliederbeitrags finanzieren.

Bezieht man diese Subventionierung der Gewerkschafts-Mitgliedschaft in die vorhin erwähnten Zahlen ein, so muss man davon ausgehen, dass die Unia nur noch zu einem Drittel durch direkte Zahlungen ihrer Mitglieder getragen wird. Die hohe Finanzkraft der Gewerkschaften ist politisch gewollt. Bezahlen muss die Allgemeinheit. ○

Mann mit Mehrwert

Thomas E. Kern, Chef des Zürcher Flughafens, wurde bei seinem Amtsantritt als «der falsche Mann» bezeichnet. Die Kritiker lagen falsch. Der Topmanager aus einer angesehenen Zürcher Familie ist ein nüchterner Stratege, der an gute Argumente glaubt. Von René Lüchinger und Christian Schnur (Bild)



«Ein gewisser Erfolgsausweis»: Jurist Kern.

Die Strasse, die zum Hauptquartier der Flughafen Zürich AG führt, ist eng und kurvenreich. Zur Linken steht Mais. Gemächlich fliesst die Glatt. Wer den Kopf nicht wendet und sich taub stellt, wähnt sich in grüner Idylle. Zur Rechten Maschendraht, dröhnende Turbinen, globale Mobilität. An dieser Schnittstelle zwischen Wiese und Weltluftverkehr hat der Flughafenchef sein Büro: Thomas E. Kern. Randlose Brille, dezent-modischer Business-Look. Auf den ersten Blick ein Manager, wie sie zu Dutzenden die Teppichetagen in den Unternehmen bevölkern. Doch wer Fotos studiert von diesem Mann, dem fällt auf: Bei Kern gibt es immer diesen direkten Draht zur Linse, diese Präsenz in der Körperhaltung. Würde er sein Geld auf dem Laufsteg verdienen, könnte man das Pose nennen. Bei Kern ist's Haltung.

«Fluglärm für möglichst wenige»

Als Ende November 2007 bekannt wurde, dass er zum neuen CEO des Flughafens ernannt worden war, wusste der *Tages-Anzeiger* sofort: «Kern ist der falsche Mann.» Erstens habe sich dieser als Bewohner einer Goldküstengemeinde bei den Südschneisern aktiv als Fluglärmgegner engagiert, und zweitens sei er von Flughafenpräsident Andreas Schmid, einem «guten Freund», zum Chef befördert worden. Was mitschwingt in diesen Worten: Einer aus Zumikon, wo die Steuerbewussten wohnen, will natürlich auch ein Anrecht darauf haben, den Fluglärm auf weniger steuerprivilegierte Gemeinden umleiten zu können.

Thomas Kern sitzt in seinem Grossraumbüro. Hinter ihm, sichtbar durch eine imposante Fensterfront, stechen die Jets in den Himmel. Er ist keiner, der dabei in Verzückung gerät. Keiner mit Kerosin im Blut. Aber der Kommentar damals hat ihn schon getroffen. Er habe sich seinerzeit als Betroffener einer Interessengemeinschaft gegen den Südanflug eingesetzt, sagt er, nicht als vermeintlich Privilegierter mit Hang zum Egoismus, sondern aus nüchternen Überlegungen. «Möglichst wenig Menschen sollen durch Fluglärm belastigt werden», sagt er. In seiner Stimme ist kein Pathos, und seinen Worten folgt auch keine ausufernde Gestik. Gute Argumente, daran glaubt der Flughafenchef, sind sprechen für sich. Zum Beispiel diese: Der Südanflug ist für den Flughafen operativ die schwächste aller möglichen Varianten. Weil die Kapazitäten im Betrieb am geringsten sind, die Komplexität am grössten ist und

durch die Nähe der Stadt Zürich mit Abstand am meisten Menschen beschallt werden. Wenn das einer sagt, der dort im Süden wohnt, macht dies, ist Kern überzeugt, das Argument nicht schwächer.

Die eigene Abschaffung

Beim Flughafen geht es um den grossen Zusammenhang. Um den politischen Auftrag, die Nachfrage nach Direktverbindungen zu den wichtigsten Metropolen der Welt zu befriedigen. Und jeder Flughafenchef ist stets der Letzte in einer historischen Kette, der heute planen muss, damit eine nachfolgende Generation fünfzehn Jahre später eine den dann herrschenden Bedürfnissen angepasste Luftfahrt-Infrastruktur vorfindet. Der Flughafen Zürich hat sich seit Inbetriebnahme im Jahre 1948 aus einem Barackendorf entwickelt, den Börsengang gemeistert, in Krisenzeiten die fünfte Ausbaustufe realisiert, 9/11 und das Grounding der Swissair überstanden. Nun steht Thomas Kern in der Pflicht. Seit einigen Tagen ist jetzt klar, dass der deutsch-schweizerische Staatsvertrag zum Fluglärm von beiden Regierungen gebilligt wird, und seit letztem November auch, dass die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kein Verbot zum Ausbau der Pisten wollen. «Damit», sagt er, «haben wir eine gewisse Planungssicherheit.»

Es folgt ein Exkurs über zukünftige Start- und Landekonzepte im Norden, Osten, Süden, über Pistenverlängerungen, die alle nur einem dienen: die vertraglichen Bestimmungen mit betrieblichen Erfordernissen und Lärmbegrenzungen in Einklang zu bringen. Vorgetragen im Stakkato, aber in ruhiger Tonlage. Ziemlich kompliziert klingt das alles. Gesamteindruck immerhin: Der Mann weiss, wovon er spricht. Und das Wichtigste: Es gibt keine grundsätzliche Plafonierung von Flugbewegungen. Deutlich wird Kern aber in einem Punkt: «Der Staatsvertrag ist kein schweizerischer, sondern ein deutscher Kompromiss, ein Kompromiss zwischen dem Heute und den deutschen Wünschen.» Und das heisst: Er ist schlechter als der Ist-Zustand und schlechter als erhofft. Aber immerhin besser als die erste Version, die noch Bundesrat Moritz Leuenberger ausgehandelt hatte, und viel besser als die sogenannte Stuttgarter Erklärung, die eine Plafonierung auf 80 000 Flugbewegungen auf deutschem Gebiet androhte. Das stille Fazit aus diesen Worten: Ein optimales Verhandlungsergebnis sieht anders aus. Lamentieren mag der Flughafenchef dennoch nicht.

Auch nicht über den Vorwurf im Willkommenskommentar in Zürichs grösster Tageszeitung, er habe seinen Job nur seiner Freundschaft zum Flughafenpräsidenten Andreas Schmid zu verdanken oder «als Teil des FDP-Netzwerks», wie die *Handelszeitung* einst schrieb. Wer lediglich Oberflächenbetrachtung betreibt über dieses Berufsleben, könnte leicht auf sol-

che Gedanken kommen. Ob's stimmt, ist eine andere Frage.

Thomas Kern stammt aus angesehener Zürcher Familie, den Bitterlis, die seit 1917 zusammen mit den Mahlers für acht Jahrzehnte die Magazine zum Globus besaßen und gross machten. In den besten Zeiten gehörten Globus, Herren-Globus, ABM, Interio, Office World und auch der Globi-Verlag zum Milliardenkonzern mit rund 6000 Mitarbeitern. Rudolf «Bobi» Bitterli, einer der prägenden Chefs bei Globus, war der Bruder seiner Mutter und sein Götti. Ein anderer Bitterli, Emil Viktor, fand nach dem Zweiten Weltkrieg Aufnahme in der traditionsreichen Gesellschaft zur Constaffel, und Thomas Kern ist kraft seiner familiären Herkunft noch heute Mitglied.

Dass auch sein eigener Berufsweg in die Globus-Gruppe führte, hat damit höchstens am Rande und fast zufällig zu tun. Im Internat in Zuoz holte sich Thomas Kern die Hochschulreife, studierte dann «eher aus Verlegenheit Jura», wie er sagt, und häufte bis zum Obersten im Generalstab 1600 Dienstage an. «Als ich Anfang der siebziger Jahre ausgehoben wurde, war Kalter Krieg», sagt er über seine militärische Motivation, «in meiner Beurteilung waren Europa und die Schweiz bedroht. Ich wollte meinen Beitrag leisten.» Weil er seine Zukunft nicht als Jurist gesehen hat, machte er in der französischen Renommierausbildungsinstitut Insead einen MBA – und Globus war für Thomas Kern noch immer weit weg.

Bis zu dem Tag, als er vom Interio-Chef einen Anruf erhielt, ob er als Expansionsleiter in die Familienfirma eintreten wolle. Es war kein Mahler und kein Bitterli, der sich bei ihm meldete, sondern ein angestellter Manager, der zudem ganz oben nachfragte, ob es Einwände gebe, wenn ein Spross der Familie diesen Job übernehmen würde. Die gab es nicht. Als sein Chef befördert wurde, rückte Kern Anfang dreissig zum Unternehmensleiter Interio nach – und blieb es vierzehn Jahre lang.

Nicht familiäres Schmiermittel hat dies ermöglicht, sondern «ein gewisser Erfolgsausweis und zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein», sagt Kern ohne falsche Bescheidenheit. «Meine wirkliche Karriere habe ich ohnehin erst gemacht, nachdem die Globus-Gruppe von der Migros aufgekauft worden war.» 1997 reichte der Detailhändler eine Kaufofferte ein, zu einer Zeit, als die Geschäfte nicht eben rosig liefen, neben den Bitterlis und Mahlers auch die Schmidheins und der Bankverein Globus-Aktionäre waren und für die disparate Besitzerschaft ein Verkauf eine valable Option darstellte. Kern blieb als Einziger der alten Besitzer an Bord und stieg in der Folge bis zum CEO der Globus-Gruppe auf.

Was aussieht wie eine schöne Beförderung an die Spitze der Firma, an der seine Familie einst beteiligt war, entpuppte sich als ein beinhardter Sanierungsjob: Auslandbeteiligungen

mussten veräussert werden, ABM wurde aufgelöst und der Globi-Verlag an Orell Füssli verkauft. Als diese Übung abgeschlossen war, war der Umsatz der Globus-Gruppe um fast eine Milliarde auf noch 1,2 Milliarden Franken, die Mitarbeiterzahl um 1200 auf noch 4800 geschrumpft. Den letzten, fast revolutionären Schritt schlug Thomas Kern im Jahre 2005 anlässlich einer Strategiesitzung der Migros vor. Eine Globus-Konzernleitung, so fand er, brauche es nun nicht mehr, so wurde diese in den Migros-Konzern integriert. Kern machte seinen «eigenen Job obsolet», wie er sagt. Um die gleiche Zeit wurde er als Detailhandelspezialist Mitglied des Flughafen-Verwaltungsrates. Als Flughafenchef Josef Felder 2007 seinen

Jeder Flughafenchef ist stets der Letzte in einer historischen Kette.

Rücktritt einreichte, war diese Übung praktisch abgeschlossen. Kern hatte noch Büro, Sekretärin und Aussicht auf eine schöne Pension, fühlte sich mit 54 Jahren aber noch nicht reif für das Altenteil. Er bewarb sich ganz regulär, bestand die Assessments und bekam den Job.

Jetzt hat er noch Zeit bis zu seiner Pensionierung, um seine zwei wichtigsten Pendenzen zu erledigen. Erstens: das neue An- und Abflugsystem gemäss Staatsvertrag aufzugleisen. Zweitens: auf dem Flughafenareal den sogenannten Circle, das neue Dienstleistungszentrum mit über 200 000 Quadratmeter Nutzfläche, zu erstellen. Wenn einer in fünfzig Jahren auf die Zeit nach dem Grounding der Swissair zurückblickt, soll er sagen: Felder habe den Flughafen vom Überleben wieder zum Wachstum gebracht. Und Kern habe ihn vom Wachstum zum Mehrwert weiterentwickelt. ○

Sicheres Wohnen im Alter



Hans Egloff, Nationalrat SVP, Zürich

«Die Initiative fördert die Rückzahlung der Hypothekarschulden und ist damit ein Gewinn für unsere Wirtschaft.»



Faire Steuern

JA

23. September

Komitee «Sicheres Wohnen im Alter»
Postfach 8252, 3001 Bern

www.sicheres-wohnen.ch



«Katastrophe»: Pro-Helvetia-Direktor Knüsel.



Weniger Geld fliesst bis zu den Künstlern: freie Theatergruppe von Massimo Furlan.

Kunst der Bürokratie

Ein zunehmender Anteil der Kultursubventionen geht nicht an die Künstler, sondern fliesst in den Speckgürtel der Verwalter und Bürokraten. In den letzten Jahren ist eine staatlich geförderte Industrie von «Kulturmanagern» und «Kulturvermittlern» entstanden. *Von Rico Bandle*

Das Zauberwort heisst «Professionalisierung». In unzähligen Leitbildern und Berichten räumen Kulturbeamte der «Professionalisierung des Kulturbetriebs» höchste Priorität ein. Und sie reden den Künstlern laufend ein, ihr Umfeld zu «professionalisieren». Als ob Künstler nicht schon seit Jahrhunderten professionell arbeiten würden und sich nicht oft auch geschickt selbst zu vermarkten wüssten. Doch fällt der Begriff «Professionalisierung», so geht es selten um die Kunst oder die Künstler. Sondern um die Bürokratie. In den letzten Jahren entstand eine Industrie von sogenannten Kulturmanagern und Kulturvermittlern, die einen wachsenden Anteil der Kultursubventionen für sich beansprucht. Geld, das eigentlich in die Kunst fließen sollte.

«Vor zehn Jahren reichte für einen Subventionsantrag ein Projektbeschrieb auf einer A4-Seite plus ein grobes Budget. Heute werden 15-seitige Projektdossiers verlangt und eine detaillierte Buchhaltung. Das schafft keine Theatergruppe mehr alleine», sagt ein Szene-Insider, der viele Jahre lang für freie Theatergruppen Bewilligungen eingeholt, Tourneen organisiert sowie Subventions- und Stiftungsgelder aufgetrieben hat. Er möchte seinen Namen nicht in der Zeitung stehen haben – wie fast alle angefragten Exponenten der Kul-

turszene: Man beklagt zwar oft und gerne die zunehmende Bürokratisierung, will aber nicht öffentlich reden, da man auch in Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kulturförderern angewiesen ist.

Pius Knüsel, Direktor von Pro Helvetia, bestätigt diese Entwicklung: «Im Namen der Verteilungsgerechtigkeit wird die Kulturförderung zunehmend formalisiert.» Die subjektive Bewertung mache einem dichten Netz von Reglementen Platz. «In anderen Bereichen mag dies sinnvoll sein, in der Kultur, wo das subjektive Empfinden wichtig ist, ist dies eine Katastrophe», sagt er. Hinzu komme, dass die Anzahl Gesuche und damit die Konkurrenz um die Subventionen in den letzten zwanzig Jahren stark zugenommen habe: «Um Vergleichbarkeit herzustellen, müssen die Dossiers immer mehr äusserlichen Regeln gehorchen.»

Die Funktionäre geben den Ton an

Die zunehmende Bürokratie bedeutet für die Künstler nicht nur, dass weniger Geld bis zu ihnen gelangt, sondern ist in vielen Fällen auch mit einem Verlust der Eigenständigkeit verbunden. Zwar sprechen Kulturfunktionäre gerne davon, dass Künstler unternehmerischer Handeln sollen, ihr Aktivismus bewirkt aber oft das Gegenteil. «Immer öfter entwi-

ckeln öffentliche Kulturförderer selber Projekte und machen Vorgaben, was sie von den Künstlern für Beiträge wünschen», sagt Hans Läubli, Generalsekretär von Suisseculture, dem Dachverband der Schweizer Kulturschaffenden. «Die Künstler werden gefördert, wenn sie das kreieren, was die Funktionäre von ihnen erwarten.»

Als zum Beispiel Pro Helvetia ein Programm zur Förderung der Volkskultur ins Leben rief, integrierten auffallend viele Musiker, die das von sich aus nie gemacht hätten, plötzlich volksmusikalische Elemente in ihre Kompositionen. Oder wenn Theatergruppen plötzlich «interkulturelle Projekte» machen oder Migranten einzubinden versuchen, so geschieht dies oft nicht aus einem künstlerischen Antrieb heraus oder weil dies einem Bedürfnis des Publikums entspräche, sondern weil damit Geld beim Staat zu holen ist.

Anstatt die Eigeninitiative zu fördern, nimmt der Staat Einfluss auf die Inhalte und die Produktionsweise. Pius Knüsel verteidigt jedoch solche Förderprogramme: «Erstens kann daraus ein künstlerischer Mehrwert entstehen. Zweitens muss der Kulturförderer seine Kriterien und Verfahren öffentlich zur Diskussion stellen. Oft sind es die Künstler selbst, die Projekte im Sozial- oder Migrationsbereich anregen.»

Die zunehmende Technisierung der Kulturpolitik wird von Universitäten und Fachhochschulen sekundiert, die für sich ein neues Boom-Fach entdeckt haben: Kulturmanagement. Rund zehn Hochschulen in der Schweiz haben einen Weiterbildungslehrgang in Kulturmanagement oder -vermittlung eingeführt. Dabei kann man Titel erwerben mit so wohlklingenden Bezeichnungen wie «Master of Advanced Studies in Arts Management» (ZHAW Winterthur). Die schwammige Terminologie in diesen Kursen scheint der Sozialbranche abgekupfert zu sein, in der die «Professionalisierung» bereits weiter fortgeschritten ist als bei der Kultur. So schreibt beispielsweise das Studienzentrum Kulturmanagement der Universität Basel: «Das Basler Modell für Kulturmanagement ist ein integratives Konzept für sachgerechtes und gezieltes Handeln in kulturellen Institutionen und Projekten.»

Im Sog der Kulturmanager

Jedes Jahr strömen in der Schweiz Dutzende von Absolventen aus diesen Kulturmanagement-Lehrgängen; viele von ihnen landen in der Kulturbürokratie und treiben die «Professionalisierung» weiter voran.

Jene Kulturmanager, die nicht in der Verwaltung unterkommen, versuchen bei Kulturinstitutionen oder bei freien Gruppen anzuheuen.

ern. In der Regel kümmern sie sich dort um die Vermarktung und Organisation der Produktionen; um jene Aufgaben also, die früher kleinere Gruppen noch in Eigenregie bewältigen konnten. «Vor allem stört mich, wenn diese Kulturmanager mit Lohnforderungen kommen, die oft doppelt so hoch sind wie das Gehalt der Künstler», sagt Hans Läubli.

Der Verband Suisseculture, der eigentlich in gutem Einvernehmen mit den Subventionsgebern ist, hat sich in letzter Zeit mehrfach kritisch zu den Bürokratisierungstendenzen geäußert. So wehrt er sich gegen das Pro-Helvetia-Programm zur Förderung der «professionellen Kulturvermittlung». Hinter dem Modebegriff «Kulturvermittlung» steht die Idee, den Publikumskreis der subventionierten Kultur zu erweitern. In der von Pro Helvetia mitfinanzierten Plattform Kulturvermittlung.ch finden sich Projekte wie «Weiterbildung für Erwachsene im Bereich Kreativer Kindertanz», «Erlebnistag <Buch>» oder «Mann tanzt». Wie sehr diese Projekte helfen, neues Kulturpublikum zu gewinnen, sei dahingestellt – die Künstler würden das dafür aufgewendete Geld verständlicherweise lieber in ihren eigenen Taschen sehen. «Für die Kulturvermittlung müssen nicht immer professionelle Pädagogen zwischen Werk und Publikum stehen», schreibt Suisseculture in einer Stellungnahme.

Andernorts ist es Suisseculture selbst, der das Anwachsen des Speckgürtels im Kulturbereich zu verantworten hat. Auf Drängen des Dachverbandes entschied das Parlament, dass Pro Helvetia und der Bund in Zukunft einen Beitrag an die berufliche Vorsorge der von ihnen unterstützten Künstlern zu leisten haben. Selbst SVP-Vertreter wie Toni Bortoluzzi unterstützten diesen Passus im neuen Kulturförderungsgesetz. Die Umsetzung schafft ein Bürokratiemonster: «Wir werden bei jedem Gesuch abklären müssen, welcher Künstler nun Anrecht auf eine Einzahlung von 50 oder 200 Franken in seine Pensionskasse hat. In den meisten Fällen wird die Abklärung weit mehr kosten als der beanspruchte Betrag», sagt Pius Knüsel. Die Verteilung der Subventionen wird sich damit zu Lasten der Kunst weiter in Richtung der Verwaltung verschieben.

Obschon auch in der Kulturszene kaum jemand diese Entwicklung begrüßt, der Ausbau der Bürokratie schreitet munter voran. Vor wenigen Wochen hat der Kanton Basel-Stadt sein neues Kulturleitbild 2012 bis 2017 präsentiert. Ein Schwerpunkt bei der Kulturförderung soll die «Kulturvermittlung» einnehmen. Und der Kanton möchte – wie könnte es anders sein – für «professionelle Standards» und «professionelle Rahmenbedingungen» sorgen. All das wird Geld kosten. Für die Künstler ist das keine gute Nachricht. ○



Nicht
verpassen:
bis 30.9.2012
zur CSS
wechseln.

Im Durchschnitt isst jeder 73 kg Früchte pro Jahr.

Wir interessieren uns nicht für den Durchschnitt, wir interessieren uns für Sie. Deshalb bieten wir für jeden Geschmack eine passende Versicherungslösung.

Lassen Sie sich von uns beraten: In einer der 120 Agenturen, per Telefon 0844 277 277 oder auf www.css.ch. **Ganz persönlich.**





Nicht zu schlagen: Regula Hürlimann, Gemeindepräsidentin von Hünenberg ZG (mit der Nummer 1), freut sich mit Dorfbewohnern.

Hünenberg, ganz gross

Das Zuger Dorf hat es an die Spitze des diesjährigen Gemeinderatings geschafft. Nicht nur dank tiefen Steuern: Exzellente Schulen, genügend Wohnmöglichkeiten sowie ein gutes Kinderbetreuungs- und Arbeitsplatzangebot machen den Unterschied. *Von Carmen Schirm-Gasser und Herbert Zimmermann (Bilder)*

Acht Kilometer von Zug entfernt, weit weg vom täglichen Stau, Lärm und Gedränge einer Grossstadt, findet man eine kleine Idylle. Hünenberg nennt sich das Dorf, in dem ein schmuckes Haus neben dem anderen steht, umrahmt von saftigen Äckern und Wiesen. 9040 Einheimische leben verstreut auf drei Ortsteilen – am See, auf einem sanften Hügel und in der Reussebene. Beschaulich geht es in allen dreien zu. Pensionäre wandern die Dorfstrasse entlang, Autos sieht man selten. So selten, dass man, im Dorfcafé sitzend, das direkt neben der Hauptstrasse liegt,

schon mal die Fahrzeuge zu zählen beginnt, die vorüberziehen. «Doch manchmal», sagt einer der Einheimischen am Nebentisch, sei hier richtig was los. Dann nämlich, wenn sich auf der nahen Autobahn ein Unfall ereignet habe und alle über die Landstrasse flüchteten, um dem Stau zu entgehen. Aber das sei selten.

Staus vor der Schule

Hünenberg hat es geschafft. Die Gemeinde liegt auf Platz eins des diesjährigen Gemeinderatings. Sei es die tiefe Arbeitslosigkeit, das hohe

Bildungsniveau, die anhaltende Dynamik oder die tiefen Steuern: Die Zuger Gemeinde ist nicht zu schlagen. Anstatt Steuerdumping um jeden Preis zu betreiben – im direkten Vergleich der elf Gemeinden im Kanton liegt Hünenberg mit einem Steuerfuss von 68 Prozent auf den hinteren Plätzen –, wurde an einem attraktiven Gesamtpaket für Familien gearbeitet. Mit einem besonderen Trumpf: seinen sechs Schulen. In den letzten Jahren investierten die Hünenberger kräftig in den Ausbau der Standorte sowie die Qualität des Unterrichts.



«Auf diese Weise kann sich Hünenberg von anderen Gemeinden abheben», sagt die Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann, zumal es im Ort keine Industrie gebe, wie etwa in Zug oder Baar. Die Schulen hätten viele Familien dazu bewogen, nach Hünenberg zu ziehen. So viele, dass mittlerweile Wartelisten für die gemeindeeigene Tagesschule und die private «International School of Zug and Luzern» bestünden. Vor zwei Jahren in Hünenberg angesiedelt, platzt die Privatschule aufgrund des grossen Andrangs von Expatriates aus allen Nähten und muss erneut vergrössert werden.

Doch die Strategie hat auch Nachteile. Unter den Zuzüglern waren derart viele vermögende In- und Ausländer, die jeden Preis für Bauland zahlten, dass die Landpreise in schwindelerregende Höhen geklettert sind. Einheimische können sich kaum mehr Eigentum leisten. Diesem Problem will man in Zukunft beikommen. Wie das geschehen soll, wird derzeit in

Wirtschaft

«Glückliche Mieter»

Donato Scognamiglio, Verfasser des Gemeinderatings, über den Immobilien-Boom in der Schweiz.

Trotz diverser Warnungen seitens der Bankenaufsicht, der Nationalbank und des Bundesrats kaufen sich immer mehr Schweizer Wohneigentum. Wann endet die Immobilienpreis-Rallye?

Die Wachstumsraten, die wir in der Vergangenheit hatten, werden wir in Zukunft nicht mehr sehen. Die Preise für Eigenheime sind in den letzten zehn Jahren schweizweit um rund sechzig Prozent gestiegen. In manchen Regionen um fast zehn Prozent pro Jahr. Dieser Trend kann nicht anhalten. Nicht zuletzt, da die Banken restriktiver werden.

Sollte man mit dem Erwerb eines Eigenheims zuwarten, da die Preise fallen?

Wer kaufen will, sollte das tun. Es wäre nicht klug, sich ein interessantes Objekt durch die Lappen gehen zu lassen, nur weil man warten will, bis die Preise sinken. Eine Braut wird nicht schöner, wenn man das Heiraten verschiebt. Man sollte sich nur gut überlegen, ob man tatsächlich ein Eigenheim erwerben will.

Was spricht gegen das Haus im Grünen?

Studien besagen zwar, dass Eigenheimbesitzer glücklicher seien als Mieter. Ich bin jedoch überzeugt davon, dass man nur vermeintlich glücklicher ist. Ein Haus hat zwar mehr Umschwung, grössere Zimmer und daher einen höheren Standard, die leidigen Nachbarn wohnen weiter weg. Jedoch ist man als Eigentümer immobil. Und ziemlich lange Kunde der Bank. Die Frage ist: Will man sich das leisten, und, vor allem, kann man sich das leisten?

Viele haben realisiert, dass der monatliche Mietzins höher ist als die Zinszahlung für ein Eigenheim.

Sie vergessen eines: Die Preise für Eigenheime nähern sich einem Bereich, in dem sich der Markt selbst unattraktiv macht. Im Vergleich dazu sind die Mieten lange nicht so stark gestiegen. Im Gegenteil. Der Referenzzinssatz wurde innert kurzer Zeit zum dritten Mal gesenkt. Die Vermieter konnten kaum die Inflation geltend machen. Glückliche Mieter, kann man da nur sagen.

Was bedeutet denn die Zweitwohnungs-Initiative für Hausbesitzer?

Wenn Sie eine Ferienwohnung in einer begehrten Region haben, war das Abstimmungsresultat wie ein Jackpot-Gewinn.



«Glückliche Mieter»: Experte Scognamiglio.

Pech hat die lokale Bevölkerung. Sie wird in Zukunft eher mehr bezahlen müssen. Bauunternehmer haben zum Teil Mischrechnungen gemacht. Sie haben in einem neugebauten Haus eine Ferienwohnung doppelt so teuer verkauft wie Wohnungen, die an Einheimische gingen. Durch den Verkauf dieser einen Ferienwohnung sind die Einheimischen günstiger an Wohnraum gekommen. Besteht diese Möglichkeit nicht mehr, werden die Wohnungen für die lokale Bevölkerung teurer.

Das neue Raumplanungsgesetz sieht vor, dass Baulandreserven nur mehr für 15 Jahre ausgewiesen werden dürfen. Wird Wohnraum noch knapper und teurer?

Ich erwarte nicht, dass diese neue Regelung einen Preisanstieg auslösen wird. In beliebten Regionen wie am Genfer- oder Zürichsee gibt es entweder kaum Baulandreserven, oder sie werden zu Spekulationszwecken gehortet. Es ist richtig, dass hier der Druck zu bauen grösser wird. Dadurch gibt es mehr Wohnungen, was den Markt entspannt. Das Wallis hingegen hat zu viele Baulandreserven, rund vierzig Prozent. Unter anderem, weil nicht alles Bauland verkauft werden kann, da die Nachfrage gering ist. Wenn man das Wallis zwingt, die Reserven auf zwanzig Prozent zu reduzieren, werden dort gemäss unseren Berechnungen die Preise um rund sechs Prozent steigen.

Donato Scognamiglio ist Geschäftsführer und Partner der Immobilienberatungsfirma IAZI AG sowie Titularprofessor an der Universität Bern.

Interview: Carmen Schirm-Gasser



Tiefste Arbeitslosigkeit: Rüte AI (Tabelle, S. 55).

der Gemeinde diskutiert. Ein weiteres Ärgernis konnte mittlerweile aus dem Weg geräumt werden: die Endlos-Konvois zur Privatschule. Aus nah und fern chauffierten die Mamis ihre Sprösslinge zweimal am Tag in ihren Porsches und Mercedes zum Unterricht, wodurch es zu endlosen Staus kam. So lange, bis die Schulleitung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eingriff und die Mütter angehalten wurden, den Nachwuchs mit dem öffentlichen Verkehr in die Schule fahren zu lassen, der ja nicht zuletzt deswegen ausgebaut worden war.

Zum vierten Mal publiziert die *Weltwoche* exklusiv die attraktivsten Gemeinden der Schweiz; ausgewertet von dem renommierten Beratungsunternehmen IAZI in Zürich, unter der Leitung von Donato Scognamiglio, Profes-

In Fehraltorf gibt es etwas, was die Goldküste nicht bieten kann: Arbeitsplätze vor der Haustüre.

sor an der Universität Bern (siehe Interview Seite 49). Für die Bewertung wurden alle Gemeinden der Schweiz herangezogen, die mindestens 2000 Einwohner zählen, insgesamt 876 an der Zahl (siehe «Grosser Vergleich» auf Seite 53). Bewertet wurde anhand von zwanzig Faktoren, die in fünf Teilbereiche (Arbeitsmarkt, Reichtum, Dynamik, Steuerbelastung, Sozialstruktur) zusammengefasst sind.

Das Ergebnis zeigt: Einmal mehr schafften es nicht die bekannten Steueroasen auf die vordersten Plätze. Gewonnen haben Gemeinden, deren Steuersätze zwar höher liegen, die dafür aber mit einem überdurchschnittlichen Gesamtangebot punkten können. Dazu gehören diverse Kinderbetreuungsangebote ebenso wie

DIE 100 ATTRAKTIVSTEN GEMEINDEN DER SCHWEIZ

Rang 2012	Rang 2011	Kanton	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Dynamik	Rang Reichtum	Rang Sozialstruktur	Rang Steuerbelastung
1	15	ZG	Hünenberg	21	121	47	31	9
2	9	ZG	Risch	12	47	50	177	7
3	2	SZ	Feusisberg	10	190	37	98	7
4	13	SZ	Lachen	11	74	34	219	16
5	1	ZG	Cham	26	113	109	107	4
6	14	SZ	Freienbach	24	251	19	99	11
7	25	ZG	Steinhausen	23	174	92	132	5
8	5	GE	Satigny	144	3	22	71	227
9	23	ZH	Fehraltorf	36	1	178	134	126
10	9	ZH	Volketswil	93	15	134	179	58
11	17	ZH	Wallisellen	65	150	85	116	64
12	30	ZH	Fällanden	183	65	123	52	58
13	30	GE	Plan-les-Ouates	102	40	28	88	244
14	10	ZG	Baar	7	339	29	137	2
15	12	SZ	Wollerau	5	390	84	35	10
16	38	ZH	Meilen	34	423	3	25	41
17	8	ZH	Unterengstringen	51	153	175	89	64
18	16	ZG	Oberägeri	82	321	49	70	11
19	24	ZH	Otelfingen	3	74	207	144	106
20	18	GE	Collonge-Bellerive	156	189	5	15	175
21	4	SZ	Altendorf	53	214	107	167	6
22	29	ZH	Nürensdorf	121	148	156	74	54
23	50	ZH	Herrliberg	187	240	91	1	37
24	3	ZG	Walchwil	287	191	65	19	3
25	51	ZH	Männedorf	134	247	69	68	54
26	20	ZH	Bonstetten	166	135	115	63	99
27	57	ZH	Maur	130	326	64	17	41
28	11	ZG	Zug	8	527	6	47	1
29	44	ZH	Stäfa	153	307	59	69	41
30	45	ZH	Rüschlikon	18	572	24	6	41
31	39	ZH	Bassersdorf	215	87	126	174	69
32	33	ZH	Erlenbach	103	507	4	18	47
33	7	ZH	Stallikon	443	9	155	28	49
34	19	ZH	Küsnacht	56	571	25	13	32
35	56	ZH	Dielsdorf	73	37	228	264	99
36	124	ZH	Horgen	111	349	53	142	49
37	26	ZH	Wangen-Brüttisellen	116	144	193	160	93
38	206	ZH	Bachenbülach	88	71	170	307	77
39	87	TG	Bottighofen	57	116	332	56	161
40	84	SG	Mörschwil	27	185	290	58	165
41	73	GE	Le Grand-Saconnex	111	24	55	229	315
42	61	ZH	Kilchberg	31	662	9	6	38
43	116	AG	Meisterschwanden	110	11	280	175	174
44	52	ZH	Uster	174	114	175	195	116
45	30	ZH	Neftenbach	357	6	200	152	72
46	21	ZH	Neerach	438	83	205	29	32
47	34	ZH	Wettswil am Albis	425	223	62	49	39
48	67	AG	Oberwil-Lieli	265	165	203	40	144
49	80	ZH	Bubikon	212	45	246	193	126
50	93	GE	Bellevue	302	126	30	85	288

Rang 2012	Rang 2011	Kanton	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Dynamik	Rang Reichtum	Rang Sozialstruktur	Rang Steuerbelastung
51	63	ZH	Opfikon	30	152	145	416	89
52	65	ZH	Buchs	253	59	174	204	146
53	41	ZG	Unterägeri	218	378	96	145	11
54	97	AG	Würenlos	165	51	237	102	301
55		TI	Comano	338	143	194	92	91
56	55	ZH	Thalwil	219	519	38	47	39
57	92	LU	Meggen	64	521	100	39	152
58	150	VD	Saint-Sulpice	155	129	8	14	571
59	90	ZH	Lindau	295	104	157	178	146
60	58	ZH	Seuzach	231	233	207	138	72
61	28	ZH	Schwerzenbach	105	493	136	115	49
62	49	SZ	Küssnacht	233	355	98	201	14
63	22	ZH	Zumikon	19	758	93	9	31
64	76	ZH	Zollikon	51	802	13	12	35
65	70	NW	Stansstad	4	712	79	103	46
66	129	LU	Schenkon	114	232	216	140	248
67	115	ZH	Bülach	181	46	249	299	183
68	27	ZH	Winkel	499	319	67	38	36
69	71	GE	Carouge	66	394	42	187	270
70	81	AG	Baden	85	286	244	58	293
71	125	LU	Sempach	35	64	410	151	311
72	66	NW	Beckenried	123	274	231	251	97
73	40	ZH	Wiesendangen	466	130	177	136	69
74	106	ZH	Uetikon am See	171	685	27	43	54
75	118	SZ	Tuggen	263	14	239	448	19
76	137	ZH	Wädenswil	243	384	89	161	116
77	45	AG	Seengen	179	229	229	170	188
78	76	ZH	Zürich	75	629	30	78	190
79	162	NW	Stans	2	282	376	262	88
80	111	ZH	Weisslingen	293	275	201	111	135
81	48	ZH	Dübendorf	58	380	275	180	126
82	96	AG	Oberrohrdorf	476	69	225	90	160
83	69	ZH	Regensdorf	70	343	173	337	98
84	100	GE	Vandœuvres	59	778	38	3	143
85	108	ZH	Henggart	323	177	199	189	135
86	182	GE	Veyrier	482	287	2	27	227
87	88	GE	Cologny	117	762	1	4	142
88	36	ZH	Hirzel	300	354	95	124	162
89	68	NW	Ennetbürgen	251	316	170	241	57
90	172	TI	Paradiso	268	444	50	217	60
91	122	VD	Echandens	49	273	45	71	602
92	35	ZH	Uitikon	331	667	21	2	34
93	95	ZH	Birmensdorf	238	512	108	92	106
94	121	ZH	Ottenbach	343	259	151	123	183
95	113	ZH	Mettmenstetten	660	70	147	112	72
96	160	GE	Confignon	611	101	10	42	306
97	125	OW	Sarnen	1	401	266	327	86
98	186	GE	Troinex	255	550	14	24	244
99	53	ZH	Hausen am Albis	359	362	137	99	135
100	119	ZH	Richterswil	685	124	63	127	93



Explodierende Immobilienpreise: Confignon GE.

gute Schulen, ein ausreichendes Wohnangebot, die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder das Vorhandensein von Arbeitsplätzen und die räumliche Nähe zu diesen.

Weniger beschaulich geht es in Lachen am oberen Zürichsee zu. Eine Fahrt durch das Dorf führt im Zickzackkurs über Baustellen. Baukräne ragen allerorts in die Höhe. Es wird umgebaut, ausgebaut und saniert, was das Zeug hält. Mit entsprechendem Lärm. «Es passiert etwas in Lachen», erklärt die Frau am Kiosk stolz. «Nicht erst seit heute.» Vor sechs Jahren sei die Marina fertiggestellt worden. Ein gigantisches Projekt: Der Hafen wurde saniert, alte Häuser wurden abgerissen, Strassen verlegt. Schicke Restaurants kamen an deren Stelle und eine einladende Promenade. Seither tummeln sich an den Wochenenden zahlreiche Tagesausflügler in dem historischen Stadtkern und der Marina. Sie sehen den schaukelnden Booten im Hafen zu und lassen die heimische Gastronomie florieren.

Lachen hat es auf Platz vier des Gemeinderatings geschafft. Und damit das nahegelegene Steuerparadies Wollerau (Platz 15) überholt. Auch hier hat man einen eigenen Weg eingeschlagen. «In den letzten Jahren sind viele Leute aus Wollerau, Freienbach oder Zürich abgewandert und hierhergezogen», sagt Gemeindepräsident Peter Marty. Denn in Lachen gebe es noch einigermaßen bezahlbaren Wohnraum. Das Angebot sei stetig ausgebaut worden. 530 Wohnungen wurden in den letzten vier Jahren aus dem Boden gestampft. Weitere sind in Planung. Auch wenn kaum mehr Baulandreserven vorhanden seien, wie Marty sagt, da man das bestehende Landwirtschaftsgebiet nicht umzonen wolle. Aber es gebe ja die Möglichkeit des verdichteten Bauens. >>>

QUELLE: IAZI

Eine weitere Überraschung liefert der Kanton Zürich. Fehraltorf platzierte sich auf Rang neun und überholte damit gleich zwei der teuersten Gemeinden der Goldküste: Meilen (Platz 16) und Herrliberg (Platz 23). Denn in Fehraltorf gibt es etwas, was die Goldküstengemeinden ihren Einwohnern nicht bieten können: Arbeitsplätze direkt vor der Haustüre – insgesamt 3000 an der Zahl und zusätzlich 120 Lehrstellen. Was beachtlich ist für eine Gemeinde, die (per Juli 2012) 6000 Einwohner zählt. «Seit vielen Jahren schon sind die Gemeindeverantwortlichen darum bemüht, Unternehmen anzuziehen», sagt Gemeindepräsident Wilfried Ott. Gleichzeitig würden die ansässigen Unternehmer «gehegt und gepflegt», etwa bei regelmässigen Einladungen zum Lunch. So könne man in Erfahrung bringen, wo die Chefs der Schuh drücke.

Wie damals, als man darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die fehlende Kinderbetreuung im Dorf ein zunehmendes Problem sei. «Wir haben schnell reagiert», so Ott. Mittlerweile sei die Betreuungssituation so gut, dass sie einen Standortvorteil darstelle, dank dem die Unternehmen gezielt Kaderleute nach Fehraltorf bringen würden. Einen Makel gibt es dennoch. Die geplante Erweiterung der Gewerbe-

Durch die Verschärfung des Raumplanungsgesetzes wurden viele Bauprojekte verzögert.

zone wurde vom Kanton unsanft gestoppt. Dieser signalisierte, dass man aufgrund der Verschärfung des Raumplanungsgesetzes und der Annahme der Kulturlandinitiative in der Bevölkerung eine schlechte Stimmung gegenüber solchen Projekten witterte und man sie deshalb zurzeit nicht absegnen könne.

Probleme mit der Raumplanung gibt es auch in Neckertal. Die idyllisch gelegene Gemeinde, dreissig Kilometer westlich von St. Gallen, kämpft seit geraumer Zeit gegen die Abwanderung. Jahr für Jahr schrumpft die Dorfbevölkerung, seit 2006 um 4,3 Prozent – das ist Schweizer Negativrekord (siehe Tabelle «Zu- und Abwanderung» auf Seite 55). Dabei gebe es viele Anfragen von Leuten, die nach Neckertal ziehen möchten, wie Gemeindepräsidentin Vreni Wild versichert. Das Problem ortet sie in der Raumplanung. «Die verzögert alles.» Denn man müsse Einheimische wie Zuwanderungswillige vertrösten.

Dabei hatte alles so schön begonnen. 2009 vollzogen drei Gemeinden die Heirat und einigten sich auf den Namen Neckertal. An sich ein kluger Schritt, lassen sich doch im Verbund Kosten sparen. Mit einem Haken: Durch die Fusion kam die Gemeinde zwar zu neuen Bauzonen, welche bislang zu den einzelnen Dörfern gehörten, nur leider nicht dort gelegen sind, wo die Käufer sie gerne hätten. «Um neue

DIE FÜNF ATTRAKTIVSTEN GEMEINDEN PRO KANTON

Kanton	Rang	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Dynamik	Rang Reichtum	Rang Sozialstruktur	Rang Steuerbelastung
AG	1	Meisterschwanden	110	11	280	175	174
	2	Oberwil-Lieli	265	165	203	40	144
	3	Würenlos	165	51	237	102	301
	4	Baden	85	286	244	58	293
	5	Seengen	179	229	229	170	188
AI	1	Appenzell	16	795	179	383	71
	2	Rüte	869	183	243	390	111
	3	Schwende	643	648	350	503	219
AR	1	Teufen	6	737	327	101	292
	2	Speicher	98	725	560	185	406
	3	Gais	247	368	592	370	499
	4	Walzenhausen	355	683	684	455	425
	5	Herisau	13	860	740	563	498
BE	1	Bremgarten bei Bern	287	346	183	53	714
	2	Muri bei Bern	61	856	180	40	581
	3	Belp	211	134	495	344	677
	4	Köniz	154	440	369	220	711
	5	Kirchlindach	348	487	374	64	666
BL	1	Sissach	115	167	405	215	404
	2	Biel-Benken	225	432	300	44	354
	3	Oberwil	391	413	246	65	295
	4	Arlesheim	212	682	209	66	325
	5	Binningen	244	735	190	61	314
BS	1	Basel	88	800	144	224	795
	2	Riehen	302	748	235	131	668
FR	1	Givisiez	76	246	340	200	514
	2	Villars-sur-Glâne	126	23	478	237	538
	3	Granges-Paccot	86	89	381	376	530
	4	Riaz	350	148	346	436	568
	5	Bas-Vully	130	337	591	308	535
GE	1	Satigny	144	3	22	71	227
	2	Plan-les-Ouates	102	40	28	88	244
	3	Collonge-Bellerive	156	189	5	15	175
	4	Le Grand-Saconnex	111	24	55	229	315
	5	Bellevue	302	126	30	85	288
GL	1	Glarus	262	842	680	557	82
	2	Glarus Nord	628	425	649	669	90
	3	Glarus Süd	870	863	822	808	110
GR	1	Samedan	146	461	141	286	153
	2	Pontresina	267	497	106	157	217
	3	Chur	14	518	214	355	166
	4	St. Moritz	223	641	70	194	141
	5	Flims	306	270	230	239	262
JU	1	Pruntrut	380	770	518	501	859
	2	Delsberg	150	782	674	586	855
	3	Courtételle	729	475	830	786	838
	4	Courrendlin	874	376	776	819	858
	5	Saignelégier	462	823	751	847	857
LU	1	Meggen	64	521	100	39	152
	2	Schenkon	114	232	216	140	248
	3	Sempach	35	64	410	151	311
	4	Weggis	47	562	93	211	181
	5	Horw	91	256	285	226	317
NE	1	Neuenburg	273	805	241	272	866
	2	Hauterive	863	463	188	205	867
	3	Saint-Blaise	739	723	165	118	862
	4	Corcelles-Cormondrèche	871	439	398	149	873
	5	Colombier	825	502	226	327	863
NW	1	Stansstad	4	712	79	103	46
	2	Beckenried	123	274	231	251	97
	3	Stans	2	282	376	262	88

Kanton	Rang	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Dynamik	Rang Reichtum	Rang Sozialstruktur	Rang Steuerbelastung
NW	4	Ennetbürgen	251	316	170	241	57
	5	Hergiswil	113	716	150	80	45
OW	1	Sarnen	1	401	266	327	86
	2	Engelberg	20	386	327	297	101
	3	Sachseln	54	188	316	420	158
	4	Alpnach	25	102	462	554	105
	5	Kerns	86	315	611	690	189
SG	1	Mörschwil	27	185	290	58	165
	2	Balgach	201	151	358	371	76
	3	Rapperswil-Jona	163	688	119	199	112
	4	Berneck	252	105	558	377	237
	5	Wil	329	464	260	311	362
SH	1	Stein am Rhein	119	569	274	271	418
	2	Beringen	245	175	709	329	474
	3	Schaffhausen	32	749	402	430	439
	4	Thayngen	148	752	611	823	343
	5	Neuhausen am Rheinfall	169	831	623	698	398
SO	1	Oensingen	127	18	568	538	643
	2	Solothurn	59	496	422	182	814
	3	Lohn-Ammannsegg	548	448	389	135	633
	4	Lostorf	473	357	484	218	637
	5	Dornach	561	588	345	122	582
SZ	1	Feusisberg	10	190	37	98	7
	2	Lachen	11	74	34	219	16
	3	Freienbach	24	251	19	99	11
	4	Wollerau	5	390	84	35	10
	5	Altendorf	53	214	107	167	6
TG	1	Bottighofen	57	116	332	56	161
	2	Ermatingen	178	452	234	146	145
	3	Münsterlingen	311	68	272	294	302
	4	Tägerwil	79	61	513	346	353
	5	Kreuzlingen	68	132	429	521	352
TI	1	Comano	338	143	194	92	91
	2	Paradiso	268	444	50	217	60
	3	Lugano	43	311	105	642	114
	4	Collina d'Oro	590	596	26	54	53
	5	Cadro	551	195	146	141	297
UR	1	Altdorf	203	559	403	562	82
	2	Bürglen	279	664	717	719	81
	3	Schattdorf	514	560	619	731	62
	4	Silenen	835	829	707	874	132
	5	Erstfeld	776	871	639	862	272
VD	1	Saint-Sulpice	155	129	8	14	571
	2	Echandens	49	273	45	71	602
	3	Crans-près-Céligny	260	200	74	5	565
	4	Epalinges	255	127	83	78	654
	5	Lutry	100	469	42	21	575
VS	1	Sitten	72	261	325	503	476
	2	Bagnes	564	406	143	296	351
	3	Visp	83	221	485	535	513
	4	Brig-Glis	90	383	411	527	457
	5	Martigny	229	278	375	618	463
ZG	1	Hünenberg	21	121	47	31	9
	2	Risch	12	47	50	177	7
	3	Cham	26	113	109	107	4
	4	Steinhausen	23	174	92	132	5
	5	Baar	7	339	29	137	2
ZH	1	Fehraltorf	36	1	178	134	126
	2	Volketswil	93	15	134	179	58
	3	Wallisellen	65	150	85	116	64
	4	Fällanden	183	65	123	52	58
	5	Meilen	34	423	3	25	41

Statistik

Grosser Vergleich

Wie 876 Schweizer Gemeinden anhand von 20 Faktoren bewertet wurden.

Der Zürcher Immobilienspezialist IAZI hat für das Rating der *Weltwoche* sämtliche 876 Schweizer Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern miteinander verglichen. In die Bewertung der Attraktivität flossen zwanzig Kennzahlen ein. Diese geben einerseits den Ist-Zustand wieder (etwa die Höhe der Arbeitslosigkeit), andererseits drücken sie eine Entwicklung aus (zum Beispiel die Veränderung der Arbeitslosigkeit während der letzten Jahre). Die Kennzahlen wurden in fünf Gruppen zusammengefasst:

Arbeitsmarkt — Dazu zählen die Arbeitslosenquote 2011 und die Veränderung der Arbeitslosenquote von 2006 bis 2011. Erfasst wurde weiter der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, die Zahl der Firmenneugründungen pro tausend Einwohner 2011 sowie der Zentralitätswert, der ausdrückt, wie nahe eine Gemeinde an einem Zentrum liegt oder wie weit sie selber ein solches darstellt.

Dynamik — Hier wird sowohl die (kurzfristige) prozentuale Veränderung der Wohnbevölkerung 2009 erfasst wie auch die (langfristige) Bevölkerungsveränderung über die letzten fünf Jahre. Eine weitere Kennzahl ist der Anteil der Rentner an der Bevölkerung. Zudem fliesst der Anteil der neuerstellten Wohneinheiten 2010 und der Anteil der neuerstellten Wohneinheiten von 2005 bis 2010 ein.

Reichtum — Dazu gehört der Steuerertrag der Gemeinde pro Einwohner, die aktuellen Preise für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen sowie die prozentualen Veränderungen dieser Preise in den letzten drei Jahren.

Steuerbelastung — Hier wurde die Steuerbelastung in Prozent in drei Fällen herangezogen: ledige Person im Erwerbsalter, Familie mit zwei Kindern, Rentner-Ehepaar (jeweils mit einem bestimmten Einkommen/Vermögen).

Sozialstruktur — Massgebend war der Anteil der Bevölkerung, der eine höhere Berufsbildung, eine Fachhochschule oder eine Universität abgeschlossen hat (Bildungsquote), der Anteil der Bevölkerung, der in einer führenden oder selbständigen Position tätig ist (Sozialstrukturquote), sowie das durchschnittliche steuerbare Einkommen pro Einwohner. (csg)



Abwanderung wegen Raumplanung: Vreni Wild, Gemeindepräsidentin von Neckertal SG.

Bauzonen auszuweisen», sagt Wild, «muss man irgendwo anders Bauzonen wieder wegnehmen. Sie müssen in Landwirtschaftszonen umgewidmet und die Eigentümer entschädigt werden.» Eine heikle Sache, teuer für die Gemeinde und vor allem ein langwieriger Prozess. Sie hofft, dass die Blockade in einem Jahr wieder aufgehoben werden kann und spätestens dann der Exodus ein Ende nehmen wird.

Einen ganz anderen Rekord hält die Gemeinde Confignon (Gesamtrang 96) im Kanton Genf. Im 4000-Seelen-Dorf, acht Kilometer von Genf entfernt und direkt an der Autobahn gelegen, verzeichnet man seit 2009

einen Immobilienpreisanstieg von sage und schreibe 44 Prozent (siehe Tabelle «Preise aus dem Häuschen» auf Seite 55). Ein Spitzenwert selbst für die Genferseeregion, die bekanntermaßen zu den teuersten Lagen der Schweiz gehört. Dabei ist nicht etwa ein Michael Schumacher oder irgendein anderer Prominenter dorthin gezogen, und das Dorf liegt auch nicht am angesagten *Lac Léman*, wo sich viele der Schönen und Reichen dieser Welt niedergelassen haben. Den Markt haben ganz andere Kräfte aus den Fugen geraten lassen: die Aussicht auf ein Mammutprojekt, das irgendwann in Zukunft verwirklicht werden soll.



Beliebt bei Führungskräften: Uitikon ZH (siehe Tabelle «Wo die Elite wohnt» auf Seite 55).

Wie andere Städte auch leidet Genf unter Platzmangel. Die Situation verschärft sich immer mehr, der Wohnungsbau scheint inexistent. Zürich baute im Zehnjahresvergleich sechsmal mehr neue Wohnungen als Genf. Die Kantonsregierung schätzt den Nachholbedarf an Wohnungen auf zirka 10 000. Aufgrund dieser Misere brachen die Genfer mit einem langjährigen Tabu. Der strikt gehandhabte Schutz der Landwirtschaftszonen wurde gelockert, mit freundlicher Zustimmung der Genfer Stimmberechtigten, die 2011 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 56,6 Prozent der Umzonung eines knapp 60 Hektar grossen Landwirtschaftsgebiets zustimmten, das zu den Gemeinden Plan-les-Ouates und Confignon gehört. Neu soll dort ein Gebäudekomplex mit 3000 Wohnungen entstehen inklusive Einkaufsmöglichkeiten, 2500 Arbeitsplätzen, 5000 Parkplätzen, Sportanlagen und einer Schule. Ob dieses Projekt nun, so gigantisch es auch sein mag, dem Genfer Wohnungsmarkt die erhoffte Entspannung bringen wird, ist fraglich. Sicher ist nur, dass die Immobilienpreise jetzt noch mehr verrückt spielen.

Hoffnung am Tabellenende

Der Wohnungsmangel in den Grossstädten bleibt Thema, Abwanderung für viele die einzige Lösung. Doch auch diese gestaltet sich immer schwieriger. Zumal Wohnraum selbst in den Speckgürteln der Metropolen mittlerweile entweder gar nicht mehr vorhanden ist oder zu teuer – mit der Folge, dass Wohnungssuchende immer weiter in die Agglomeration getrieben werden. Eine Entwicklung, von der auch Meisterschwanden profitiert – die erstrangierte Gemeinde des Kantons Aargau. «Wir hatten in den letzten Jahren viele Neuzuzüger, die aus Zürich kamen», sagt Gemeindepräsident Kurt Kaufmann; viele Versicherungsmanager und Banker, die jeden Tag eine Pendelstrecke von 1,5 Stunden auf sich nehmen.

Doch es ist nicht allein die Nähe zu Zürich, die Meisterschwanden attraktiv macht. In den letzten Jahren hat die 2670 Einwohner zählende Gemeinde stark an Dynamik zulegen können. Die Arbeitsplatzsituation verbesserte sich (von Rang 436 auf Rang 110). Der Dorfkern wird rundum erneuert. Nur mit dem Bauland hapert es. «Die schönsten Lagen werden im Moment nicht verkauft», sagt Kaufmann, da die Grundstückbesitzer nicht bereit seien, ihr Land herzugeben. Das führe zu einer Verknappung. Direkt am Hallwilersee gibt es nur noch ein einziges Grundstück. Das vorletzte ging kürzlich für 1350 Franken pro Quadratmeter weg. Macht bei 1000 Quadratmetern die stolze Summe von 1,3 Millionen Franken. Dafür wohnt man ganz nahe bei der Familie Hayek.

Weniger Aufbruchsstimmung dagegen findet man in Gerlafingen SO, der letztrangierten Gemeinde des diesjährigen Ratings. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die ansässige Industrie darbt. Trotzdem ist sie allgegenwärtig. Im Mi-

HIMMEL UND HÖLLE

Wo die Steuern am tiefsten sind (je Kanton) ...

Rang	Gemeinde	Kt.	A	B	C
1	Zug	ZG	7,6%	2,6%	5,7%
6	Altendorf	SZ	7,1%	4,3%	5,2%
31	Zumikon	ZH	10,5%	6,4%	9,8%
45	Hergiswil	NW	9,6%	6,5%	11,8%
53	Collina d'Oro	TI	12,6%	6,4%	10,7%

... und wo am höchsten (je Kanton)

796	Broc	FR	18,5%	10,9%	17,1%
848	Subingen	SO	19,0%	12,2%	18,0%
854	Lauterbrunnen	BE	19,0%	12,2%	18,3%
861	Courgenay	JU	19,6%	12,4%	19,6%
876	Val-de-Travers	NE	21,4%	13,9%	21,2%

A: Durchschnittliche Steuerbelastung für eine ledige Person

B: Durchschnittliche Steuerbelastung für eine verheiratete Person mit 2 Kindern

C: Durchschnittliche Steuerbelastung für ein Rentner-Ehepaar

ZU- UND ABWANDERUNG

Wo die Bevölkerung am schnellsten wächst

Rang	Gemeinde	Kt.	Wachstum
1	Dintikon	AG	48,5%
2	Penthalaz	VD	34,8%
3	La Sarraz	VD	31,8%
4	Niederrohrdorf	AG	29,5%
5	Eglisau	ZH	28,1%

... und wo sie abnimmt

872	Urdorf	ZH	-2,9%
873	Churwalden	GR	-3,1%
874	Glarus Süd	GL	-3,1%
875	Puplinge	GE	-3,2%
876	Neckertal	SG	-4,3%

Bevölkerungswachstum in Prozent von 2006 bis 2011

ARBEITSLUST UND -FRUST

Wo die Arbeitslosigkeit am tiefsten ist ...

Rang	Gemeinde	Kt.	AL-Quote 2011
1	Rüte	AI	0,09%
2	Schwende	AI	0,19%
3	Bürglen	UR	0,23%
4	Beckenried	NW	0,27%
5	Schüpfheim	LU	0,28%

... und wo am höchsten

872	Genf	GE	3,44%
873	Vernier	GE	3,45%
874	Lausanne	VD	3,53%
875	Paradiso	TI	3,59%
876	Carouge	GE	3,62%

AL-Quote: Durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2011

nuten-Rhythmus erzittern die Häuser, wenn wieder ein 40 Tonnen schwerer LKW den Weg quer durch das Dorf nimmt. Die Blütezeit der einst florierenden Stahlindustrie ist längst vorüber, die in die Jahre gekommenen Blockquartiere zeugen davon. «Manche Eigentümer sind nicht bereit, Substanzerhaltung oder gar

Erneuerung an den Häusern zu leisten», erklärt Gemeindepräsident Peter Jordi. Man quetsche halt einfach die Zitrone aus. Denn mit der Vermietung der Wohnungen würden die meisten gutes Geld verdienen. Aber investiert werde nicht. Und die Gemeinde könne niemanden zwingen, sein Haus zu erneuern. So bleibt das Ortsbild, wie es ist.

anderen Quartieren Nachahmung findet. Ein gutes Zeichen also von einer Gemeinde, die nicht mehr Schlusslicht sein will.

Die Liste mit allen 876 Gemeinden finden Sie im Internet unter www.weltwoche.ch/gemeinderating

ROTE LATERNE

Gemeinden auf den hintersten Rängen

Rang	Gemeinde	Kanton
872	Vallorbe	VD
873	Sumiswald	BE
874	Eggiwil	BE
875	Signau	BE
876	Gerlafingen	SO

WO DIE ELITE WOHT

Anteil der Bevölkerung je Kanton in einer führenden oder selbständigen Position

Rang	Gemeinde	Kanton	%
1	Uitikon	ZH	22,4
9	Bergdietikon	AG	20,0
21	Pfeffingen	BL	18,6
28	Walchwil	ZG	18,2
41	Bremgarten	BE	16,3

REICHTUM UND ARMUT

Die reichsten Gemeinden der Schweiz

Rang	Gemeinde	Kt.	Steuerertrag pro Einwohner in Fr.
1	Wollerau	SZ	15102
2	Anières	GE	11288
3	Rüschlikon	ZH	11073
4	Vandœuvres	GE	10367
5	Cologny	GE	10012

Die ärmsten Gemeinden

872	Silenen	UR	253
873	Escholzmatt	LU	244
874	Diemtigen	BE	210
875	Churwalden	GR	206
876	Eggiwil	BE	201

PREISE AUS DEM HÄUSCHEN

Die grössten Preissteigerungen je Kanton bei Einfamilienhäusern in den letzten 3 Jahren ...

Rang	Gemeinde	Kanton	%
1	Confignon	GE	44,1
3	Chexbres	VD	37,1
8	Montana	VS	32,5
12	Paradiso	TI	31,2
19	Zug	ZG	28,5

... und wo das Wohnen billiger wurde

871	Schüpfen	BE	-0,1
872	Speicher	AR	-0,7
873	Bettlach	SO	-1,3
875	Lausen	BL	-2,6
876	Rheineck	SG	-4,5

AUF- UND ABSTEIGER

Rangierung der zehn grössten Städte

Stadt	Rang 2011	Rang 2012	Tendenz
Zürich	76	78	▼
Genf	123	136	▼
Lugano	153	138	▲
Winterthur	176	171	▲
Luzern	250	286	▼
Lausanne	316	332	▼
Bern	347	343	▲
St. Gallen	381	372	▲
Basel	390	377	▲
Biel	651	702	▼



«Hoffnung ist ein Soufflé, das nicht zweimal steigt»: US-Präsident Obama.

Modell Obama

Der Wirtschaft geht es schlechter, die Staatsverschuldung hat drastisch zugenommen und in der Aussenpolitik wurde wenig erreicht: Ein Referendum über seine erste Amtszeit würde Amerikas Präsident Barack Obama verlieren. Der Hoffnungsträger hat zu viel versprochen. *Von Hansrudolf Kamer*

Der Parteikonvent der Demokraten in Charlotte stand im Zeichen grimmiger Entschlossenheit. Der erste schwarze Präsident Amerikas hatte vor bald vier Jahren den Mund etwas voll genommen. «Hope» und «Change» und «Yes, we can» – all die Schlagworte werden ihm jetzt um die Ohren geschlagen. Guantánamo ist noch in Betrieb, der Iran entwickelt weiter Atomwaffen, das Ansehen Amerikas in der Welt ist ungefähr dort, wo es immer war.

«Hoffnung ist ein Soufflé, das nicht zweimal steigt», bemerkte dieser Tage ein Experte der sozialliberalen Brookings Institution in Washington. Die Rettung des Planeten ist in den Hintergrund getreten. Wirtschaftlich geht es schlechter. Die Reform des Gesundheitswesens hängt wie ein Albatros an Obamas Beteuerungen, er werde die Staatsfinanzen in den Griff bekommen und der Wirtschaft Impulse verleihen. Die Verschuldung hat drastisch zugenommen,

die behauptete Wirkung der staatlichen Stimulanzgelder auf den Arbeitsmarkt und die Konjunktur generell ist ausgeblieben. Der Parteienstreit ist schärfer, nicht milder geworden. Russland und China sind die gleichen Saboteure der amerikanischen Aussenpolitik, die sie schon immer waren – der Neuanfang in den Beziehungen zu ihnen war ein Rohrkrepiere.

Die Machtfülle wird überschätzt

Obamas einzige Verteidigungslinie ist die: Es könnte noch schlimmer sein, es ist alles die Schuld seines Vorgängers. Viele Europäer klammern sich noch heute an diese Vorstellung. Dass aber die Amerikaner über solche Ausflüchte des selbsternannten Transformationspräsidenten nicht nur enttäuscht, sondern wütend sind, erstaunt nicht. Die Tea Party ist ohne Obama nicht denkbar. Die Zurückweisung Obamas bei den Zwischenwahlen 2010 war eindrücklich.

Was Obama in seiner zweiten Amtszeit vorhat, sollte er wiedergewählt werden, ist kein Geheimnis. Vielleicht hat er gelernt, dass man mit Versprechungen etwas vorsichtiger umgehen sollte. Sein neuer Slogan «Forward» ist nicht gerade grandios. Dass man mehr vom Gleichen zu erwarten hätte, nämlich staatliche Mittel im Einsatz gegen alle diagnostizierten Gebrechen der Gesellschaft, war in Charlotte immer wieder zu hören. Diese Regierung atmet geradezu kollektivistisches Wollen. Die Basis seiner Partei verlangt das von ihm, und er braucht die Basis, denn sein überparteilicher Gestus ist völlig unglaubwürdig geworden.

Die Machtfülle von Amerikas Präsidenten wird überschätzt. Deshalb geben sich die intelligenteren unter ihnen bescheidener. Nicht alle traten so grosssprecherisch auf wie Obama. Doch die Präsidenten können die Wirtschaft nicht so lenken, wie sie vorgeben und viele Medien sug-

gerieren. Sie ist zu komplex, vor allem in globalisierten Zeiten. Der Kongress mischt mit, die Notenbank und verschiedene Ministerien und deren Agenturen versalzen die Suppe.

Warum war er überhaupt gewählt worden – der *community organizer*, der unerfahrene Senator, der in Washington am linken Rand politisierte? Die Antwort darauf ist einfach: Nach acht Jahren Bush hatten die Republikaner mit John McCain einen Kandidaten präsentiert, der die Vergangenheit verkörperte und von Wirtschaftspolitik so wenig verstand wie Obama. Der Demokrat wurde nach dem vagen Prinzip Hoffnung und dem Wunsch nach einem Wechsel gewählt, auch von einigen Republikanern.

Hollywood und die Operation Osama

Nun hoffen viele seiner Anhänger auf eine Wiederholung: Mitt Romney wird von Obama als Extremist, Steuerflüchtling, Jobkiller gebrandmarkt. Unterschwellig wird ins Spiel gebracht, ein Mormone sei einfach nicht wählbar. Das ist keine berauschende Wahlkampfstrategie, aber vielleicht führt sie zum Ziel.

Das strategische Vorbild ist Harry Truman, Roosevelts letzter Vizepräsident, der nach dem Tod seines Chefs ziemlich unvorbereitet ins Präsidentenamt (1945–1953) rutschte. Der Bourbon trinkende Pokerspieler aus Lamar, Missouri, war der unbeliebteste Präsident, seit in Umfragen solche Dinge ermittelt werden. Er war trotzdem oder deswegen kein schlechter Verwalter der Geschicke Amerikas.

Das Modell für Obama wäre Trumans spektakulärer, unerwarteter Wahlsieg 1948 über den Republikaner und grossen Favoriten Thomas Dewey. «Give 'em hell, Harry!» lautete der demokratische Schlachtruf. Das Bild Trumans mit der falschen Schlagzeile der *Chicago Tribune*, «Dewey Defeats Truman», ging um die Welt.

Das wird vermutlich diesmal so nicht funktionieren. Auch unter den letzten Präsidenten der Demokratischen Partei ist Obama politisch ein Sonderfall. Roosevelt, Carter und Clinton waren alle drei Gouverneure mit Exekutiv-Erfahrung. Die letzten beiden waren Südstaatler. Romney war auch Gouverneur und ist ein Pragmatiker und harter Wahlkämpfer, der nicht nur einsteckt, sondern auch austeiht.

Die Amerikaner lieben Vergleiche. Romneys Rede in Tampa wurde von einem seiner Anhänger als «reaganesk» beschrieben, was sie wirklich nicht war. Sie war handwerklich, geschickt, authentisch und erfüllte den Zweck, einen bewussten Kontrast zum galaktischen Ehrgeiz seines Gegners zu projizieren. Romney vermied es, den rechten Parteiflügel und die Tea Party herauszufordern. Die Rede diente der Parteeinheit – was auch bei den Republikanern keine Selbstverständlichkeit ist.

So sehen sich die Demokraten einem geeinten Gegner mit einer gutgeölten Wahlkampfmaschine gegenüber, was vor vier Jahren nicht der Fall war. Die Republikaner haben seit

Reagan keinen wirklich überzeugenden Präsidentschaftskandidaten hervorgebracht. Trotzdem waren sie während 20 von 32 Jahren die Herren im Weissen Haus.

Vater Bush war ein Diplomaten-Präsident, mit grossen Verdiensten in der Aussenpolitik. Seine Niederlage gegen Clinton 1992 war in erster Linie die Folge des Auftretens eines dritten Kandidaten, Ross Perot, der auf 19 Prozent der Stimmen kam – die er vor allem Bush bei den Konservativen abspenstig machte. Die Lehre aus dieser Niederlage wirkte nach bei den Bemühungen der Republikaner, die Protestbewegung der Tea Party zu integrieren.

Obama errang Erfolge gegen McCain in den alten Südstaaten, was signalisierte, dass die Demokraten den *solid South* aufbrechen und der Grand Old Party das alte politische Fundament entziehen könnten. Die Republikaner sind die Partei Abraham Lincolns, die Partei, die die Sklaverei abschaffte und die Union bewahrte. Die Demokraten waren die Partei der Separatisten, des reaktionären Südens, die eine Durchsetzung der Bürgerrechte verhinderte. Bis und mit Eisenhower stimmten schwarze Wähler bei den Präsidentschaftswahlen mehrheitlich für den republikanischen Kandidaten. Eisenhower schlug 1957 und 1960 Reformen zur praktischen Aufhebung der Rassentrennung vor, die von den Demokraten im Kongress sabotiert wurden.

Erst dem Demokraten Johnson gelang mit republikanischer Hilfe ein Durchbruch: der Civil Rights Act 1964 und der Voting Rights Act 1965. Die Demokraten stimmten mehrheitlich dagegen. Als er das Gesetz über die Bürgerrechte unterzeichnete, sagte er lapidar, er glaube, damit habe er den alten Süden für viele Jahre den Republikanern ausgeliefert. Das traf auch zu. Dafür gewannen die Demokraten die schwarzen Stimmen. Seit 1964 stimmen die schwarzen Wähler für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten, wer immer er ist, meistens mit deutlichen Mehrheiten.

Obama gewann 2008 im alten Süden und vor allem in Florida, weil er seine sozialdemokratische und linksliberale Botschaft mit Elementen des kulturellen Konservatismus garniert hatte. Obama verteidigte das Recht auf Waffenbesitz, unterstützte das Terrorismus-Überwachungs-Programm Bushs, versprach Ausgabendisziplin («Pay as You Go»), trat für mehr Steuerreduktionen für die Mittelklasse als McCain ein, rief schwarze Familienväter zu mehr Verantwortung auf. Diese gezielten Garnituren hatten Erfolg, weil McCain selber kein konservativer Kandidat war und seine Anbiederungsversuche am rechten Flügel zu wenig glaubwürdig wirkten. Obamas Erfolge im Süden sind auch dem Profil seines Gegners zu verdanken. Diesmal ist das gleiche Täuschungsmanöver nicht mehr möglich.

Auf der gleichen Linie lagen Obamas Wahlkampforderungen nach aggressiven Militäraktionen in Pakistan, um Osama Bin Laden

ausser Gefecht zu setzen. Diesen Erfolg wird Obama nicht müde im Wahlkampf anzupreisen. Hollywood und die *New York Times* wurden mit Details gefüttert, die Obamas heroische Rolle ins Rampenlicht rückten.

Diese Berichte waren verantwortlich dafür, dass der Arzt, dem die Amerikaner die entscheidenden Hinweise über Bin Laden verdankten, entlarvt und von den Pakistanern ins Gefängnis geworfen wurde. Obama braucht Belege für seine Härte in der Aussenpolitik. Den Storys über die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen Bin Laden folgten gesteuerte Leaks über den Cyber-Krieg gegen den Iran. Dies wurde sogar der demokratischen Senatorin Dianne Feinstein zu viel. Sie leitet den Geheimdienst-ausschuss. Untersuchungen wurden angeordnet. Sie werden wohl im Sand verlaufen.

Inzwischen hat ein Teilnehmer der Operation Osama, der Navy Seal Matt Bissonnette, ein Buch über die Aktion geschrieben. Darin gibt er eine Schilderung der Ereignisse, die von der offiziellen Version abweicht. Insbesondere konstatiert er, dass Bin Laden schon mit einem Kopfschuss getötet worden war, als er, Bissonnette, auf dem Stockwerk ankam, auf dem das Schlafzimmer des Oberterroristen lag. Das Buch enthält auch einige weniger schmeichelhafte Einzelheiten über Obamas Prahlerien.*

Empfindliche Reaktion auf Kritik

Ironischerweise sieht das Pentagon erst jetzt Geheimnisverrat und droht mit einer Anklage. Bissonnette selber meint, wenn Obama als Oberbefehlshaber plaudere, dann dürfe er als Teilnehmer auch ein Buch schreiben. Eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der Navy-Sondertruppe und früherer Geheimdienstagenten kritisierte auch Obamas gezielte Leaks und einen TV-Spot, der ohne faktische Grundlage suggeriert, Romney hätte den Befehl für den Raid in Abbottabad nicht gegeben.

Der Wahlkampf ist längst nicht am Ende, das Pulver nicht verschossen. Bemerkenswert ist eines: Obama hat als erster schwarzer Präsident seinen Platz in den Geschichtsbüchern längst gefunden. Seine Wahl war Ausdruck des Triumphs über einen Rassismus, der die amerikanische Gesellschaft und Politik lange Zeit beeinflusst hatte. Er ist zwar nicht ausgerottet, aber zur Nebensächlichkeit geschrumpft.

Dass die demokratische Linke erneut versucht, Kritik an Obama als Zeichen von Rassenvorurteilen hinzustellen, ist eher ein Zeichen der Verzweiflung. Obama hat politische Schwierigkeiten, nicht weil er schwarz ist, sondern weil er die von ihm selber hochgeschraubten Erwartungen an seine Präsidentschaft nicht erfüllte. Die Unterscheidung ist wichtig, denn sie ist ein gutes Zeichen, kein Anlass, alte Gespenster aufzuscheuchen.

*Mark Owen, Kevin Maurer: No Easy Day. The Firsthand Account of the Mission That Killed Osama Bin Laden. Fr. 35.90

Mit Mut und Geschmack

Vorher war die Ehefrau des US-Präsidenten eine Privatperson. Dolley Madison änderte alles: Sie gab der «First Lady» ein Gesicht und erfand ihre Rolle. Von Beatrice Schlag

Sie war schon First Lady, bevor sie ins Weisse Haus zog. Gründervater Thomas Jefferson, der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, in dessen Kabinett Dolley Madisons Ehemann James das Amt des Aussenministers innehatte, war verwitwet. Und weil die quirlige Dolley einen grossartigen Ruf als Gastgeberin hatte, bat Jefferson sie während seiner Amtszeit (1801–1809) bei Empfängen häufig an seine Seite. Denn eine amerikanische First Lady muss nach Gesetz nicht mit dem Präsidenten verheiratet oder verwandt sein. Dolley Madison soll mit ihrem Mann eine aussergewöhnlich glückliche Ehe geführt haben. Die gemeinsamen Auftritte mit Jefferson waren kein Anlass für Gerüchte, sondern eine Respektbezeugung dem Präsidenten gegenüber. Und eine Chance, aus der Begleiterinnenrolle mehr zu machen als ein Zierstück zu sein.



Dolley Madison nutzte sie auf beachtliche Weise. Die USA waren eine junge, von Kämpfen gebeutelte Nation. Noch gab es keinen American Way of Life, keine nationale Identität. Könige kommunizierten ihre Macht und Legitimität mit Thron und juwelenbesetzter Krone. Was war die angemessene Form in einer in Entstehung begriffenen demokratischen Republik? Als Dolley Madisons Ehemann 1809 zum vierten Präsidenten gewählt wurde, gab es darauf noch keine Antworten. Und es war keine Rede davon, dass die Frau im Weissen Haus dabei eine Rolle spielen könnte. Historiker sind sich uneinig, ob die Bezeichnung First Lady erstmals für Dolley Madison benutzt wurde. Tatsache ist, dass sie als Erste für sich eine öffentliche Rolle schuf und dafür in Geschichtsbüchern als *first* First Lady geehrt wird.



Die in North Carolina geborene und in der damaligen Hauptstadt Philadelphia aufgewachsene Tochter strenger Quäker hatte einen ausgeprägten Hang zu irdischen Dingen wie Festen und bunten Kleidern. Ihr erster Ehemann John Todd starb – drei Jahre nach der Heirat – an Gelbfieber, ebenso der jüngere ihrer beiden Söhne. Mit 26 war Dolley Payne Todd alleinerziehende Mutter und trotz bescheidener finanzieller Mittel eine der begehrtesten Partien der Stadt. Warum sich die charmante Witwe aus-

rechnet in den siebzehn Jahre älteren James Madison verliebte, war vielen rätselhaft. Madison, damals Abgeordneter im Repräsentantenhaus, war Vater der amerikanischen Verfassung und Autor des Grundrechtskatalogs Bill of Rights, ein brillanter und gebildeter Kopf. Aber der Sohn reicher Plantagenbesitzer aus Virginia war ein düsterer und reservierter Mensch, ganz anders als die extrovertierte Dolley, von der damals

für jede First Lady. Sie trieb Spenden für obdachlose Kriegswaisen ein.



Dass sie zur Legende wurde, verdankt sie weder diplomatischem Geschick noch modischem Geschmack, sondern ihrem Mut. Zwei Jahre dauerte der Krieg gegen Grossbritannien bereits an, als britische Soldaten am 24. August 1814 auf Washington marschierten. Präsident Madison war an der Front. Die First Lady, die mit wenigen Angestellten zurückgeblieben war, wurde zur Abreise gedrängt. Sie hatte seit Tagen gepackt, Dokumente wie verschiedene Entwürfe der Unabhängigkeitserklärung, das US-Siegel, Kunstwerke und Briefe ihres Mannes. Der Kanonenlärm war bereits vernehmbar, aber Dolley Madison war nicht zum Gehen zu bewegen. «Ich bestehe darauf, zu warten, bis das grosse Porträt von George Washington in Sicherheit ist», schrieb sie an ihre Schwester. «Es muss von der Wand geschraubt werden, aber das dauert zu lange. Ich befahl, den Rahmen aufzubrechen und nur die Leinwand zu retten.» Dann erst bestieg sie die wartende Kutsche. Bei ihrer Rückkehr drei Tage später war das Weisse Haus eine Brandruine.



Als Präsident George W. Bush im vergangenen Mai zur Enthüllung seines Porträts in das Weisse Haus geladen wurde, sagte er:

«Es ergibt sich jetzt eine erstaunliche Symmetrie in der Porträt-Galerie. Am Anfang und am Ende hängt ein George W. Das Bild des anderen wurde bekanntlich von Dolley Madison gerettet. Michelle, wenn irgendwas passiert, kann ich auf Sie zählen?»



Nach Dolley Madisons Tod im Juli 1849 zelebrierte Washington das grösste Staatsgräbnis seiner damaligen Geschichte. Neben Präsident Zachary Taylor und seinem Kabinett nahmen die Richter des Supreme Court, fast der gesamte Kongress und Tausende von Freunden und Bewunderern teil.

Neue Serie: Jede Woche porträtiert die *Weltwoche* eine amerikanische Präsidentengattin. Nächste Ausgabe: Jacqueline Kennedy Onassis



Mehr als ein Zierstück: Dolley Madison.

wenige wussten, wie gut sie sich in politischen Dingen auskannte. 1794, vier Monate nach ihrem ersten Treffen, heiratete das ungleiche Paar.



Nach der Wahl ihres Mannes machte Dolley Madison, wie Jacqueline Kennedy 150 Jahre nach ihr, das Weisse Haus zum gesellschaftlichen Mittelpunkt des Landes. Sie hatte es völlig neu eingerichtet, elegant, aber nicht protzig. Zum Amtsantritt organisierte sie den ersten Inaugurations-Ball, zu dem auch die Öffentlichkeit Zutritt hatte. Ihr Talent, politische Widersacher an einen Tisch zu setzen und miteinander ins Gespräch zu bringen, wurde ebenso bewundert wie ihr Flair für kühne Mode. Und sie war die Erste, die sich einem sozialen Projekt verschrieb – heute ein Muss

Was für ein Mensch muss das sein?

Die Haftentlassung von Michelle Martin, der Komplizin des Kinderschänders Marc Dutroux, wühlt Belgien auf. Immer neue Details rund um das Grauen der Kinderfänger kommen ans Tageslicht. *Von Dirk Schümer*

Wie viele Jahre Haft sind genug, um für den Tod zweier kleiner Mädchen zu büßen? Wie lange muss eine Frau im Gefängnis bleiben, die über Jahre mit dem Kindermörder Marc Dutroux zusammenlebte, ihn niemals verriet und auch im Prozess kaum aussagte? Für die belgische Justiz reichen die sechzehn Jahre Haft, die Michelle Martin seit ihrer Festnahme im Herbst 1996 verbüsst hat. Seit einer guten Woche ist sie auf Bewährung auf freiem Fuss – wenn man ihren Eintritt ins Klarissenkloster von Malonne, südlich von Brüssel, als Freiheit definieren will. Für die Opfer ihrer Taten – Martin liess zwei von Dutroux' Opfern wesentlich in ihrem Kerker unter dem Wohnhaus verhungern, als ihr Mann wegen anderer Delikte in Gewahrsam kam – sind sechzehn Jahre im Gefängnis längst nicht genug. Fünftausend Demonstranten kamen zusammen, um gemeinsam mit Eltern von Opfern und der aus einem Kerker befreiten Laetitia Delhez in Brüssel vor dem Kassationsgericht zu protestieren. Verglichen mit den 330 000 Wütenden beim legendären «Weissen Marsch» von 1996, sind das nur wenige, dennoch wacht die Bereitschaftspolizei vor dem Kloster von Malonne.

Am Wochenende kam es zu Schlägereien, als einige Demonstranten die Pforte attackierten. Hatte nicht der Bischof von Lüttich, Aloys Jousten, die Gastfreundschaft der Klarissen als «wahrhaft christliches Zeugnis» gutgeheissen? Hatten die Richter nicht die Gesetze auf ihrer Seite, die bei guter Führung vorzeitige Entlassung geradezu vorschreiben? Immerhin hat Michelle Martin ihre Taten bereut und eine Therapie hinter sich gebracht.

Die Wut in Belgien liegt tiefer, als diese Scharmützel offenbaren. «Unsere gesamte Justiz muss anders werden», sagte eine Demonstrantin in die Mikrofone. In der Tat hatte sich der Volksaufstand von 1996 nach der Entdeckung von Dutroux' Untaten nicht gegen Parteien oder Regierung, sondern gegen das Justizwesen gerichtet. Über Jahre hatten Polizei und Staatsanwaltschaft den einschlägig vorbestraften Dutroux mit auffälliger Laxheit übersehen, dieweil man die verzweifelten Eltern wie Bittsteller abgewiesen hatte. Immer konnte Dutroux, obwohl man ihn hätte finden müssen, entwischen. Und nach der Entdeckung des Grauens wurde der einzige ernsthaft ermittelnde Staatsanwalt vom Obersten Gericht seiner Funktionen entbunden. Im Prozess konnte das von vielen vermutete Netzwerk von Kinderschändern nicht aufgedeckt werden. Die bohrenden Fragen blieben, auch weil weder

Dutroux noch sein Kompagnon Michel Lelièvre noch Michelle Martin den Mund aufgaben: Was geschah mit den Kindern und jungen Frauen in den Monaten im Kerker, bevor Dutroux sie umbrachte? Wie kam der Sozialhilfeempfänger an Bagger, Autos, Grundstücke? Warum tötete Dutroux einen seiner Spiessgesellen? Wie konnte jahrelang mitten in einem Wohngebiet niemand von den Taten etwas mitbekommen haben? War Dutroux als Informant der Polizei gedeckt? Und wie konnte er zwei Jahre nach der Verurteilung aus der Haft entkommen und wurde nur zufällig aufgegriffen?

Dutroux hofft auf Freilassung

Michelle Martin, die ihre Rolle als emotional abgestumpftes Opfer ihres Mannes kultivierte, hat dazu nie etwas gesagt. Kooperation und tätige Reue sehen anders aus. Dennoch kommt sie in den Genuss der Milde des Gesetzes, obwohl die Frage vieler Belgier berechtigt bleibt: Was für ein Mensch muss man sein, wenn man wissentlich zwei kleine Mädchen unter dem eigenen Haushalt mit drei eigenen Kleinkindern verhungern lässt? «Sie sollen wissen, dass ich Ihnen niemals verzeihen werde», schrieb Jean-Denis Lejeune, der Vater eines der Mädchen, an Martin, «denn Sie tragen direkte Verantwortung für das Fürchterlichste.»

Während die Polizei auf das Abklingen der Erregung hofft, kommt Belgien mit immer

neuen Details rund um das Grauen nicht zur Ruhe. Erst jetzt wurde bekannt, dass Michelle Martin sich keineswegs selbst als reuige Sünderin ans Kloster von Malonne gewandt hatte. Es war genau umgekehrt: Eine Nonne hatte direkt nach der Verhaftung 1996 eine vertrauliche Beziehung aufgebaut; die Verurteilte ergriff die Chance der geistlichen Resozialisierung sofort und mit Erfolg. Und dann gibt es noch die drei Kinder von Martin und Dutroux. Der Älteste, Frédéric, hat eben seine Mutter als zärtlich und treusorgend verteidigt.

Dieweil solche familiären Folgewirkungen des Mehrfachmords auch in Belgien und Frankreich ausgebreitet werden, keimt bei Dutroux selbst die Hoffnung auf Freilassung. Wie sein Anwalt wissen liess, ist sein Mandant ganz der Alte. Das Schicksal seiner Exfrau bekümmere ihn nicht; sein Denken kreise nur um das eigene Wohlergehen. Und Dutroux, zu lebenslanger Haft verurteilt, verlangt seine Chance auf ein neues Leben. Sollte Belgiens Justiz auch im Fall von Dutroux reibungslos zu seinen Gunsten funktionieren, wie sie vorher reibungslos zu Lasten der getöteten Kinder funktioniert hat – dann wird Belgien erst die wirkliche Welle der Empörung erleben.

Dirk Schümer ist Europa-Korrespondent des Feuilletons der FAZ und Autor eines Buches über den Fall Dutroux: «Die Kinderfänger. Ein belgisches Drama von europäischer Dimension».



Rolle als emotional abgestumpftes Opfer: Dutroux' Lebensgefährtin Martin.



«Vom Weg in die Moderne abgeschnitten»: Luxus-Boutique in Dubai.

Der Prophet und der Profit

Die Fakten sind eindeutig: Die Länder der Arabischen Liga sind wirtschaftlich schwach, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt teilweise unglaubliche vierzig Prozent. Verschiedene Studien legen nahe, dass die Religion der Grund für den geringen Wohlstand ist. Von Michael A. Gotthelf

Die Protestbewegungen in den arabischen Ländern zielen auf die Abschaffung der autoritären Herrschaftsformen und damit auf eine politische Demokratisierung in ihrer Heimat. Zehntausende haben dabei schon den Tod gefunden, und ein Ende scheint nicht absehbar. Und während der Westen zwischen der Unterstützung der protestierenden Massen und vornehmer Zurückhaltung schwankt, kündigt sich eine weitere Herkulesaufgabe für die islamisch dominierten Gesellschaften im Umbruch an: die Sanierung der maroden Volkswirtschaften und damit verbunden die Schaffung ökonomischer Stabilität.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für mehr und mehr Beobachter der Szene die Frage, inwieweit der Islam selbst für die ökonomische Rückständigkeit dieser vom Maghreb bis zum Persischen Golf reichenden Region verantwortlich ist. Ein akademischer Streit ist entbrannt, der die Experten entzweit und mit-

unter die Gestalt von Glaubenskriegen angenommen hat.

Schaut man sich zunächst die wirtschaftlichen Fakten an, so wird klar, dass – klammert man die auf Gas- und Erdölblasen sitzenden und damit ohne eigenes Zutun reich gewordenen Staaten aus – man bei den betreffenden Gesellschaften mit deutlich unterdurchschnittlich wirtschaftenden Systemen konfrontiert ist. So exportiert etwa das kleine, weniger als fünf Millionen Einwohner umfassende mittelamerikanische Costa Rica mehr Industriegüter als Ägypten mit seinen über achtzig Millionen Bürgern. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf belief sich im Durchschnitt für die Länder der Arabischen Liga (inklusive ihrer erdölproduzierenden Mitglieder!) laut Uno-Statistiken im Jahre 2007 auf 8103 Dollar. Zum Vergleich: Diese Zahl belief sich bei den OECD-Mitgliedsländern (ohne Türkei) auf 33755 Dollar.

Gleichzeitig sorgt der deutliche, infolge besserer medizinischer Versorgung gestiegene Geburtenüberschuss dafür, dass immer mehr Jugendliche in der arabischen Welt mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Bei einem Durchschnittsalter der ägyptischen Bevölkerung von nur 24 Jahren (Jemen: 18 Jahre) rechnen, wie John Cassidy im *New Yorker* schreibt, Experten mit einer inoffiziellen Jugendarbeitslosigkeit von unglaublichen dreissig bis vierzig Prozent. Die wenigen Zahlen demonstrieren die Notwendigkeit der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, sollen weitere soziale und politische Vulkanausbrüche, die schnell auch zur Destabilisierung der gesamten Region führen könnten, vermieden werden.

Der grösste Fehler des Islam

Über Jahrhunderte hinweg haben sich die despotischen islamischen Systeme im Nahen und

Mittleren Osten nach Meinung von Experten in eine Sackgasse manövriert, aus der zu ent- rinnen nun keine leichte Aufgabe darstellt. Dabei hatte alles vielversprechend angefan- gen. Im goldenen Zeitalter des Islam von etwa 750 bis 1100 war, wie David Landes in seinem Standardwerk «Wohlstand und Armut der Nationen» (1998) schreibt, der Islam der Lehr- meister Europas. Die islamische Wissenschaft und Technik übertraf die europäische bei wei- tem. Die islamische Kultur nahm anfänglich das Wissen anderer Völker auf und entwickelte es weiter. Dann jedoch übernahmen mehr und mehr religiöse Eiferer das Zepter, entschieden, was wahr und falsch war, und setzten die isla- mische Wissenschaft unter Druck. «Der gröss- te Fehler des Islam», so Landes weiter, «war je- doch die Ablehnung der Druckerpresse, die als mögliches Werkzeug für Gotteslästerung und Ketzerei betrachtet wurde. Nichts hat dazu mehr beigetragen, die Muslime vom Haupt- strom des Wissens abzuschneiden. Geistige Isolierung, technischer Rückstand und indus- trielle Abhängigkeit verschoben die ökonomi- schen Gewichte. [...] Das Übel lag im religiösen Dogma begründet [...]»

Der türkischstämmige Wissenschaftler Timur Kuran haut in seinem Buch «The Long Divergence – How Islamic Law Held Back the Middle East» (2011) in die gleiche Kerbe. Er kommt in seiner umfangreichen Studie zur wirtschaftlichen Rückständigkeit des Mittle- ren Ostens zu dem Schluss, dass insbesondere das islamische Rechtssystem einer gesunden Wirtschaftsentwicklung im Wege stand und steht. Es verhinderte moderne Unternehmens- strukturen – bis vor einigen Jahrzehnten waren islamische Partnerschaften, die auf in- dividueller Basis beruhten und jederzeit, spä- testens aber mit dem Tod eines Partners, auf- gelöst werden konnten, die überwiegenden Wirtschaftssubjekte.

Damit waren lange Planungshorizonte, wie sie die moderne Wirtschaft erfordert, kaum zu realisieren. Zudem sorgte das Erbrecht in Kombination mit den polygamen Eheformen für eine Aufsplitterung des Kapitalstocks. Eine Akkumulation von Kapital konnte nicht nach- haltig stattfinden, so Kuran. Das Zinsverbot stellte sich als zusätzliches Hindernis dar. Das vor allem in den arabischen Golfstaaten pro- pagierte «Islamic Banking», das mit eher aufwendigen Konstruktionen direkte Zins- zahlungen vermeidet, indes aber materiell ge- sehen eben auf diese hinausläuft, erhöht künstlich und überflüssigerweise etwaige Fi- nanzierungskosten. Zudem provoziert diese Art von «wirtschaftlicher Doppelmoral» Ge- genreaktionen. Die fundamentalistische Aus- legung des Islam bestraft abweichende Ideen in Rechtsprechung, Wissenschaft und Kom- merz hart, mitunter mit dem Tod durch Hin- richtung, und dämpft damit eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erheblich.

Im Jahre 1750 waren die Differenzen in der Wirtschaftsentwicklung des Westens und des Mittleren Ostens schon sichtbar, aber noch nicht dermassen ausgeprägt wie in der Gegen- wart. Ein Arbeiter in London verdiente in etwa das Doppelte seines Kollegen in Istanbul, der fortschrittlichsten islamischen Metropole die- ser Zeit, schreibt Kuran. Was trieb diese un- terschiedlichen Entwicklungen an? Der Westen war mit der Beendigung der Inquisition und der Verfolgung andersdenkender Wissen- schaftler und Philosophen wie der des Galileo Galilei (1633) und des Giordano Bruno (1600) in das Zeitalter der Aufklärung eingetreten.

Die Reformation stellte das bis dahin herr- schende christliche Weltbild des passiven, im- mobilen, auf das Jenseits gerichteten Gläubi- gen in Frage. Max Weber spricht in seiner «Protestantischen Ethik» (1904/05) von der auffallend «geringen Beteiligung der Katholi- ken am modernen Erwerbsleben» und bei der Aus- und Weiterbildung ihrer Kinder. Ins- besondere die reformatorische Spielart des Calvinismus stelle hingegen das Ergreifen von Bildungschancen und eine erfolgreiche, dyna- mische Berufsausübung als gottgefällige Pflicht in den Mittelpunkt ihrer Lehre – mit ein- drucksvollen ökonomischen Konsequenzen in den von ihr beherrschten Regionen.

Inquisition und Stillstand

Der mit der Aufklärung und Reformation ein- setzende Innovationsschub im Westen, bei gleichzeitiger Ausbreitung der «islamischen Inquisition» und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Stillstand, scheint die sich auf- tuende Entwicklungslücke zumindest ein Stück weit zu erklären. In diesem Klima des Stillstands hielten und halten korrupte, ineffi- ziente Bürokratien den wirtschaftlichen Fort- schritt zusätzlich auf.

Wann immer sich einzelne Elemente oder Regionen aus der Umklammerung des isla- mischen Fundamentalismus lösen konnten, zeig- ten sich im Gegenzug wirtschaftliche Erfolge: Als die Türkei unter Atatürk die Trennung von Staat und Religion forcierte, erlebte das Land einen bis heute andauernden Wachstum- schub; es liegt mit seinem Bruttoinlandpro- dukt pro Kopf (2007) um rund 65 Prozent über dem Durchschnitt in der Arabischen Liga.

In der Liga der grössten Volkswirtschaften der Welt liegt die Türkei immerhin auf Platz 15, und sie ist Mitglied des exklusiven G-20-Klubs. Man stelle sich vor, wo die Türkei und ihre arabischen Nachbarn heute stünden, wenn sie auch konsequent die Gleichberechti- gung der Frauen angegangen wären. «Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Diskrimi- nierung [...] sind höchst gravierend», schreibt David Landes. «Den Frauen die Anerkennung zu versagen, heisst, einem Land Arbeitskräfte und Talente zu entziehen, und es bedeutet [...], dass der Leistungswille von Jungen und

Männern untergraben wird. [...] Hier aber liegt das grösste Handicap für die islamischen Gesellschaften, durch das sie vom Weg in die Moderne abgeschnitten sind.»

«Kultur macht den Unterschied»

Wie sieht es bei den christlichen Arabern aus? Sie sind – teilweise befreit von den Restriktionen, denen die Anhänger Mohammeds ausge- setzt sind, und von einem anderen Frauenbild geprägt – im Vergleich zu ihren islamischen Landsleuten wirtschaftliche Outperformer, wie Kuran nachweist. Am Beispiel des Liba- nons lässt sich dies am eindrücklichsten stu- dieren. Hinfällig wird damit wohl auch die ein oder andere Rassentheorie, die von einer gene- tischen Komponente in diesem Zusammen- hang ausgeht.

«Wenn wir aus der Geschichte der wirt- schaftlichen Entwicklung etwas lernen, dann dies: Kultur macht den entscheidenden Unter- schied», resümiert David Landes in seiner oben zitierten Studie. Und auch Timur Kuran kommt zu einem ähnlichen Schluss. Er setzt zunächst auf eine grundlegende Reform des islamischen Rechts nach westlichem Vorbild, begleitet von einem Erstarben der Zivilgesell- schaft und demokratischer Regierungsformen als Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.

Damit könne die unerhört hohe Korruption im Mittleren Osten – laut Transparency Inter- national liegt der Korruptionsindex 2009 im Iran bei 1,8 und in Ägypten bei 2,8 (in Deutsch- land bei 8,0) – eingedämmt und somit die wichtigste Voraussetzung für ein günstiges Investitionsklima geschaffen werden. Die ge- genwärtigen Protestbewegungen in zahlrei- chen Ländern des Mittleren Ostens könnten entscheidende Impulse zur Modernisierung der islamischen Gesellschaften liefern, diese endlich in der Gegenwart ankommen lassen und beweisen, dass sich Prophet und Profit vereinbaren lassen.

Der überwältigende Wahlsieg der Muslim- brüder und der noch radikaleren islamischen Salafisten-Partei in Kairo bei den Parlaments- wahlen Anfang dieses Jahres scheint indes diesbezüglich kein gutes Omen. Die danach einsetzende Verfolgung religiöser Minder- heiten, allen voran der christlichen Kopten mit ihrer höheren Arbeitsmoral, die bereits ver- einzelt zu beobachtende Beschneidung der Frauenrechte und damit der potenzielle Ver- zicht auf die Teilnahme rund der Hälfte der Bevölkerung am Wirtschaftsleben und natür- lich die bereits erwähnten religiösen Dogmen hinsichtlich Erbrecht, Zinsverbot und derglei- chen mehr dürften die Entwicklungsproble- me in Ägypten eher verschärfen denn lösen. Und auch in Tunesien und anderen Ländern des arabischen Frühlings scheint der Trend in diese Richtung zu gehen. Man darf gespannt bleiben. ○

Pfote um Pfote, Kopf um Kopf

Die Bilder von «Pay de Limón», dem gefolterten Schäferhund aus Mexiko, gingen um die Welt. Sein Schicksal gewährt einen Blick auf ein Land am Abgrund. Seit sechs Jahren tobt im amerikanischen Schlüsselstaat ein Drogenkrieg, der die Grenzen der Grausamkeit stets von neuem sprengt. *Von Urs Gehrig*



Leises Aufbäumen der Menschlichkeit: Schäferhund-Mischling «Pay de Limón».

Limón geht es gut, glücklich sieht er aus, sogar ein bisschen rennen liegt wieder drin, seit er die neuen Beine bekommen hat. Eigentlich heisst Limón «Pay de Limón», zu Deutsch «Zitronenkuchen». Und eigentlich hätte er vier Beine, doch vorne trägt er schwarze Prothesen aus Kunststoff und Metall. Die eigenen Vorderläufe hat man ihm abgeschnitten – amputiert, ohne medizinische Not, einfach so, «zu Übungszwecken», wie Pflegerin Patricia Ruiz erzählt.

Pay de Limón ist ein kräftiger Schäferhund, ein Mischling mit einem Fell wie verschütteter Milchkaffee und sanften, wachen Augen. Niemand weiss, woher er kommt und wem er gehört. 2011 finden ihn Passanten in einem Müllcontainer in Mexiko-Stadt. Er kann sich kaum bewegen; winselnd liegt er auf dem Abfall, blutüberströmt, ohne Vorderpfoten. «Fein säuberlich» habe man ihm die Füsse abgetrennt, erinnert sich Ruiz. Limóns Retter

rufen im Tierheim «Milagros Caninos» (Hundewunder) an, wo sich fortan Ruiz und ihre Kollegen um ihn kümmern. Seit einem Jahr ist er nun in ihrer Obhut. Letzte Woche hatte er seinen grossen Tag. Die Presse wurde geladen und berichtete, wie er auf seinen neuen Prothesen durch den Zwinger tollt. Limóns Bilder gingen um die Welt. «Gefolterter Hund kann wieder spielen», titelte der *Blick*.

Hinter den zwei abgetrennten Hundebenen verbirgt sich ein Drama, das man mit Worten beschreiben, mit dem Verstand indes kaum fassen kann. Es spielt in Mexiko und greift auf den ganzen Kontinent Amerika über. Es geht um Drogenschmuggel und Absatzmärkte, um Geld und Tod. Seit sechs Jahren tobt in Mexiko ein Narco-Krieg, rund 50 000 Menschen sind ihm bis dato zum Opfer gefallen. Neben Morden, Erpressungen und Entführungen ist Folter an der Tagesordnung. So schneiden Dro-

genbanden ihren Feinden Finger und Zehen ab. Die Technik dafür üben sie nicht selten an Hunden wie Pay de Limón.

«Er hatte das Pech, dass er in die Fänge einer Drogenbande geraten ist», sagt Ruiz, «die haben ihn als Versuchsobjekt für ihre grausamen Methoden missbraucht.» Im Asyl «Hundewunder» geht man davon aus, dass eine Gang in Zacatecas, Zentralmexiko, hinter der Gräueltat steckt, vermutlich die paramilitärische Gruppe «Los Zetas», die grausamste und skrupelloseste kriminelle Vereinigung ganz Lateinamerikas.

Gegründet wurde Los Zetas 1999 von Elitesoldaten, Deserteuren aus der regulären Armee. Zuerst stellten sie sich in den Dienst des mächtigen Golf-Kartells. Im Februar 2010 schliesslich betätigen sich Los Zetas als eigenständige Drogenbande und diversifizieren ihr Geschäft: Erpressung von Schutzgeldern, Menschenhandel, Prostitution und Entführungen gehören ebenso zum Metier der ehemaligen Elitekämpfer wie Produktion und Verkauf von Raubkopien.

Was die Spezialität von Los Zetas anbetrifft, so ist es unbestritten das Abtrennen von Gliedmassen, das sie in zahlreichen Varianten praktizieren, wobei jedem Schnitt eine grausame Symbolik innewohnt. «Wird eine Zunge abgeschnitten, bedeutet dies, dass das Opfer zu viel gesprochen hat», schreibt die US-Behörde für Counterterrorism & Homeland Security in einem aktuellen Bericht. «Einer Person, welche eine Information über das Kartell äussert, egal, wie trivial, wird ein Finger abgeschnitten. In einigen Fällen steckt man diesen in den Mund der Leiche – eine Referenz auf den Begriff «dedo» (Finger), wie Verräter in Bandenkreisen bezeichnet werden.»

«Einen besonderen Stellenwert haben Entauptungen», heisst es in dem Bericht der US-Antiterrorbehörde weiter. In den letzten Jahren habe ihre Zahl stark zugenommen. «Sie sind ein Statement brachialer Macht: «Duckt euch, hier herrschen wir!»»

Tausend Morde pro Monat

Nicht in jedem Fall enden die Massaker tödlich. Manchmal lassen die Peiniger ihre Verstümmelungsoffer bewusst am Leben, weil sie sich davon einen noch grösseren Schockeffekt versprechen. Die Botschaft ist unmissverständlich: «Noch bist du am Leben, aber einen Schritt weiter, und du bist tot.»

Seit Jahren warnen das US-Verteidigungsministerium und die CIA, das südliche

Nachbarland zerfalle in einen «gescheiterten Staat». Die mexikanische Regierung sowie Polizei und Militär spielen die Gefahr herunter. Die Zahl der Exekutionen mit Bezug auf den Drogenhandel habe sich «stabilisiert», so der ehemalige mexikanische Aussenminister Jorge Castañeda: «Die Mordrate hat sich bei tausend pro Monat eingependelt.»

Kenner der Szene wie «Insight Crime», eine Expertengruppe, die sich auf organisiertes Verbrechen in Lateinamerika spezialisiert, widersprechen. Sie registrieren eine Expansion der Gewalt. So komme es vermehrt zu Massenmorden. Hatten Drogenkiller früher Leichen in versteckten Gräbern verscharrt, würden die verstümmelten Körper nun häufig auf öffentlichen Plätzen oder in Wohngebieten zur Schau gestellt, um Furcht unter der Bevölkerung und den Behörden zu schüren.

Längst hat sich der Konflikt Staat gegen Drogenmafia zu einem Vielfrontenkrieg ausgewachsen. Kartelle mit Namen wie Sinaloa, Golf, Juárez, La Familia, Los Negros rivalisieren um Macht und Einfluss und übertrumpfen sich gegenseitig mit blutrünstiger Gewalt. Abgeschnittene Köpfe werden in Nachtclubs geworfen. Verstümmelte Körper an Autobahnbrücken aufgeknapft.

Gesicht auf Fussball genäht

Der barbarischen Fantasie sind offenbar keine Grenzen gesetzt. So wurde die Leiche von Hugo Hernandez vom Juárez-Kartell, zerhackt in sieben Stücke, in den Strassen der Küstenstadt Los Mochis verstreut. Auf einer Notiz an seine Kartellkollegen stand: «Frohes neues Jahr, denn es wird euer letztes sein.» Forensiker stellten rasch fest, dass bei Hernandez' abgetrenntem Schädel das Gesicht fehlte. Wenig später machten sie einen grausigen Fund: Die Täter hatten Hernandez' Gesicht vom Schädel abgezogen und es auf einen Fussball aufgenäht, welchen sie in einer Plastiktüte vor das Bürgermeisteramt stellten.

Fassungslos registriert die Aussenwelt das Treiben. Die Killer hätten sich von Exekutionsvideos der al-Qaida inspirieren lassen, versuchen Nachrichtendienste das Phänomen zu erklären. Andere machen den Drogenkonsum für den Bluttausch mitverantwortlich.

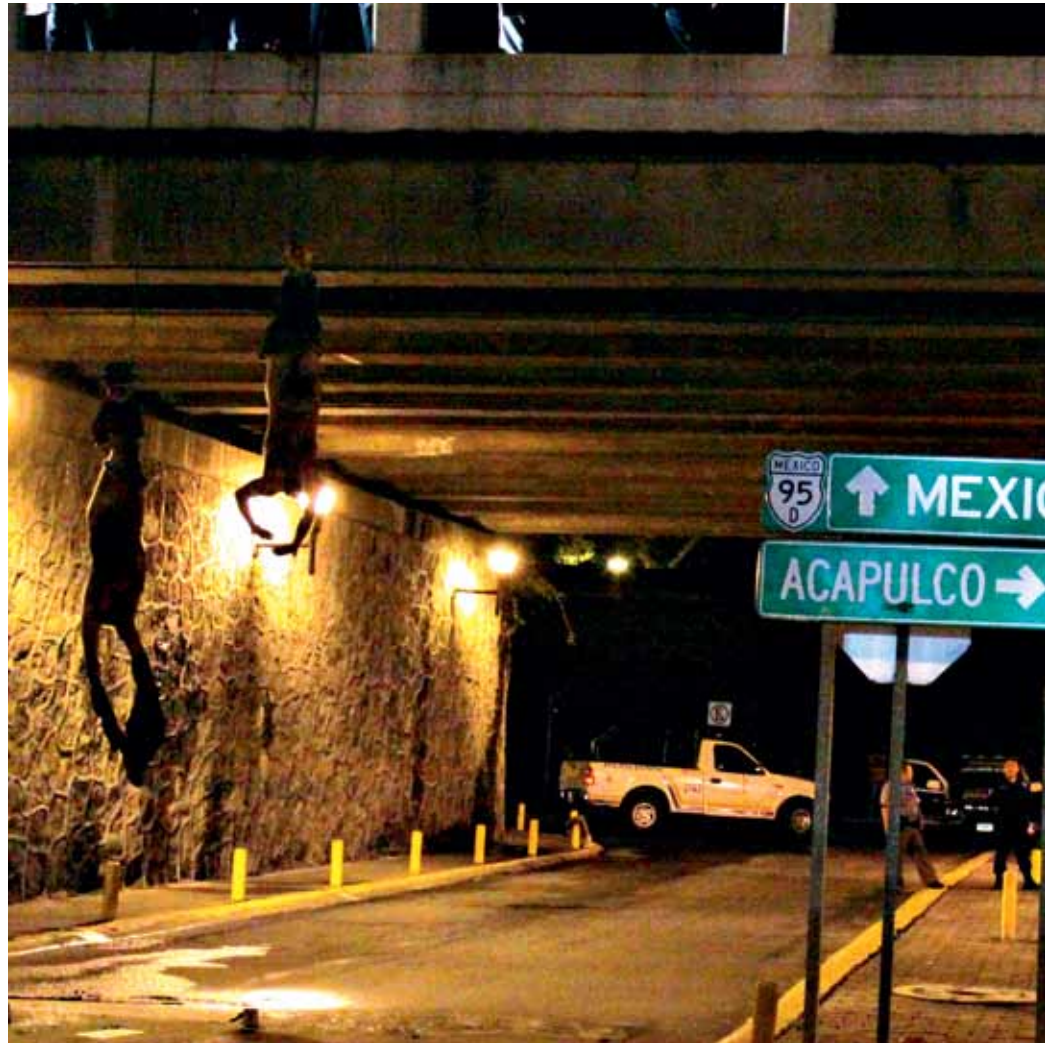
Fest steht, dass das Siechtum bis tief in den Staatsapparat reicht. Eine grosse Zahl von Beamten, Politikern und Angehörigen der Sicherheitskräfte kooperieren mit den Drogenbanden und sind an Gewinnen aus dem lukrativen Handel beteiligt. Dem scheidenden Präsidenten Felipe Calderón wird vorgeworfen, zwar 2006 den Krieg gegen die Kartelle ausgerufen zu haben, in Wahrheit aber selbst mit einer der grössten Banden, dem Sinaloa-Kartell und dessen Boss, dem mächtigen Chapo Guzmán, im Bunde zu sein.

Hintergründe solcher Machenschaften dringen jedoch nur noch fragmentarisch an die Öffentlichkeit. Reporter leben in Angst. Immer

weniger trauen sich, über die innere Machtstruktur der Kartelle zu recherchieren. Selbst anonyme Blogger sind ins Visier der Banden geraten.

In dieser Kaskade des Grauens, in dem ein Menschenleben keinen Peso mehr zählt, wirkt die Geschichte von Pay de Limón wie ein leises Aufbäumen der Menschlichkeit. In einem emotionalen Befreiungsakt nahmen Mexika-

überwand sie ihre Trauer, indem sie begann, verstossene Hunde zu retten. Aus ein paar wurde ein Dutzend, nun sind es gut hundert. Für sie hat Ruiz «Milagros Caninos», den Hort für Tiere «in Extremsituationen», gegründet. Nicht nur Folteropfer finden hier Asyl, auch alte, taube, blinde, mit Drogen vollgepumpte und gelähmte Vierbeiner, die auf Fahrgestellen aus Kinder-



Kaskade des Grauens: aufgehängte Opfer im mexikanischen Cuernavaca.

ner an seinem Schicksal teil, spendeten etwas Geld, um wenigstens einem Tier ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Letzte Woche erhielt das Tierheim von Patricia Ruiz Post: Beinprothesen, ein Konstrukt aus Metallrohren und Plastikknoppen, gefasst in Kunststoffschienen mit Klettverschluss. Eine Firma für Tierorthopädie im US-Bundesstaat Colorado hatte sie nach Limóns Massen angefertigt. Zur Anprobe hat Ruiz Journalisten in den Hundehort geladen. Sie haben Pay de Limón gefilmt, wie er, am Boden liegend, geduldig wartet, bis die Betreuer ihm die klobigen Geräte umschnallen, mit deren Hilfe er alsbald durchs Tierheim stakst, noch etwas wacklig, aber bereits in beachtlichem Tempo.

Ruiz bestreitet nicht, dass sie Limón medial inszeniert hat. Sie ist eine pragmatische Frau, keine, die an Wunder glaubt, ausser man schafft sie selbst. Als vor acht Jahren ihr Dachshund starb,

velorädern umherwuseln. Jedem hat das Tierheim auf seiner Website einen Steckbrief gewidmet, alphabetisch geordnet, von der Dackeldame «Acelga» bis zum Chow-Chow «Zarzamora», mit Bild und Schicksalsbeschreibung.

Die einen bewundern Ruiz' Engagement, andere finden es pervers angesichts des menschlichen Leids im Land. Courage spricht ihr indessen niemand ab, denn selbst Tierschützer können in Mexiko ihres Lebens nicht sicher sein, wie der Fall von Javier Cervantes zeigt. Der Tierfreund aus der Gemeinde Jaltenco im Bundesstaat México öffnete sein Haus für verstossene Hunde und Katzen. Im Februar 2009 stürmten schwarzgewandete Maskenmänner sein Anwesen, schlachteten die Tiere ab, verprügelten Cervantes, warfen ihn mitsamt der Tierkadaver auf einen Laster und setzten ihn auf einem Feld aus. Die Polizei unternahm nichts dagegen. Schliesslich hat sie alle Hände voll zu tun. ○

«Ein grosses Ego ist keine Sünde»

Paulo Coelho gehört zu den erfolgreichsten Autoren der Literaturgeschichte. Als Kind war er ein Schulversager, später wurde er in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen. Ein Gespräch mit dem 65-jährigen Brasilianer über seine Karriere, den Tod und die Wiedergeburt. *Von Sven Michaelsen*

Herr Coelho, kein lebender Schriftsteller hat eine kurvenreichere Biografie als Sie. Journalist, Theaterregisseur, Buchverleger, Plattenmanager, Songtexter, LSD- und Kokainjunkie, Folteropfer, Satanistenjünger, Psychiatrie-Insasse, Autor von Büchern, die sich 135 Millionen Mal verkauft haben: Was empfinden Sie, wenn Sie auf Ihre Vita zurückblicken?

Zuerst Verblüffung – und dann grosse Fremdheit. Wenn ich im Internet auf einen Lebenslauf von mir stosse, denke ich: «Was, diese Person sollst du sein?» Beim Wiederlesen meiner Bücher sage ich manchmal laut vor mich hin: «Mein Gott, dieser Pilger auf dem Weg nach Santiago de Compostela, das warst ja du!» Der Mensch, dem ich da begegne, ist mir heute genauso fern wie der Paulo Coelho, der mal zwei Jahre lang Kommunist war.

In den Augen Ihrer Eltern waren Sie ein Problemkind. Mit sechzehn schickte man Sie zum Psychiater, mit neunzehn liess Ihr Vater Sie in einer Zwangsjacke in eine psychiatrische Anstalt bringen, wo sie mehrere Wochen lang mit Psychopharmaka und Elektroschocks behandelt wurden. In Ihrer Krankenakte hiess es: «Patient mit schizoider Persönlichkeit, sozialen und affektiven Kontakten gegenüber abweisend. Ist unfähig, Gefühle auszudrücken und Freude zu empfinden.»

Ich war ein Schulversager, der unter Einsamkeit, Schwermut und Verzweiflung litt – aber ich war nicht geisteskrank! Konfusion, Verhaltensunsicherheit und Orientierungslosigkeit gehören doch zur Definition von Jugend.

Hassten Sie Ihre Eltern wegen der Einweisung in die Psychiatrie?

Nein. Ich hatte eher Mitleid mit ihnen. Es muss traurig für sie gewesen sein, einen Sohn wie mich zu haben. Die Eltern anzuklagen, führt zu nichts. Sigmund Freud hat wichtige Entdeckungen gemacht, aber er war auch ein grosser Unheilsbringer. Er hat das *blame game* erfunden. Statt sich auf das Hier und Jetzt zu konzentrieren, bohrt man in der Vergangenheit herum und schiebt seine Malaisen auf Vater und Mutter.

Mit vierzehn entwickelten Sie die fixe Idee, ein hochgeachteter, in allen Erdteilen gelebter Schriftsteller zu werden.

Ich war ein asthmatischer Junge, der keine Muskeln hatte, nicht Fussball spielen

konnte und sich hässlich fühlte. Die Mädchen schauten durch mich hindurch. Mich mit dem Schreiben von Büchern aus dieser Schmach zu befreien, wuchs sich zu einer Obsession aus. Mit jedem Tag, an dem ich wieder nichts geschrieben hatte, wurde meine Überzeugung stärker, ein Schriftsteller zu sein. Auch als ich mich der Hippie-Bewegung anschloss und alle möglichen Drogen nahm, wusste ich in jeder Sekunde, dass ich einmal die Bücher schreiben werde, die ich heute schreibe. Wer weiss, vielleicht war mein Traum vom Weltruhm eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

In einem Ihrer fast 200 Tagebuchhefte aus dieser Zeit heisst es: «Mein grosses Ideal: derjenige zu sein, der das Buch des Jahrhunderts geschrieben hat, die Gedanken des Jahrtausends, die Geschichte der Menschheit.»

Das klingt ziemlich megaloman, oder? Ich glaube aber, dass Selbstüberschätzung und eine Dosis Grössenwahn notwendige Voraussetzungen für Erfolg sind. Man lädt mich gelegentlich zu Veranstaltungen ein wie

«Konfusion, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit gehören doch zur Definition von Jugend.»

dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Da höre ich Reden, in denen berühmte Unternehmer und Spitzenmanager endlos über Werte sprechen. Ich sage dann: «Werte sind wichtig, aber vergesst euer grosses Ego nicht. Ihm habt ihr es doch hauptsächlich zu verdanken, dass ihr hier sitzt. Hättet ihr ein kleines Ego, wäret ihr bereits am ersten Hindernis gescheitert.» Ein grosses Ego zu haben, ist für mich nur dann eine Sünde, wenn man nicht weiss, wie und wofür man es benutzen soll.

Mit 27 wurden Sie in Ihrer Heimatstadt Rio de Janeiro auf offener Strasse von einem Kommando des Geheimdienstes DOI-CODI gekidnappt und in eine Kaserne verschleppt. Aus welchem Grund?

In Brasilien herrschte zu Beginn der siebziger Jahre eine brutale Militärdiktatur. Ich gehörte zur Gegenkultur und schrieb Songtexte für den brasilianischen Popstar Raul Seixas. Die Geheimdienstleute wurden offenbar aus meinen Texten nicht schlau, und was sie nicht kapierten, hielten sie automa-

tisch für gefährlich. Das Taxi, in dem ich mit meiner damaligen Frau sass, wurde von mehreren Zivilfahrzeugen gestoppt. Man prügelte uns aus dem Auto heraus und zog uns schwarze Kapuzen über den Kopf.

Wie lange hielt man Sie gefangen?

Das weiss ich nicht. Ich habe in meiner Zelle jedes Zeitgefühl verloren. Meine Eltern sagen, ich sei eine Woche verschwunden gewesen. Die Männer, die mich folterten, bekam ich nie zu Gesicht. Bevor man mich in den Verhörraum führte, wurde mir jedes Mal eine Kapuze über den Kopf gezogen.

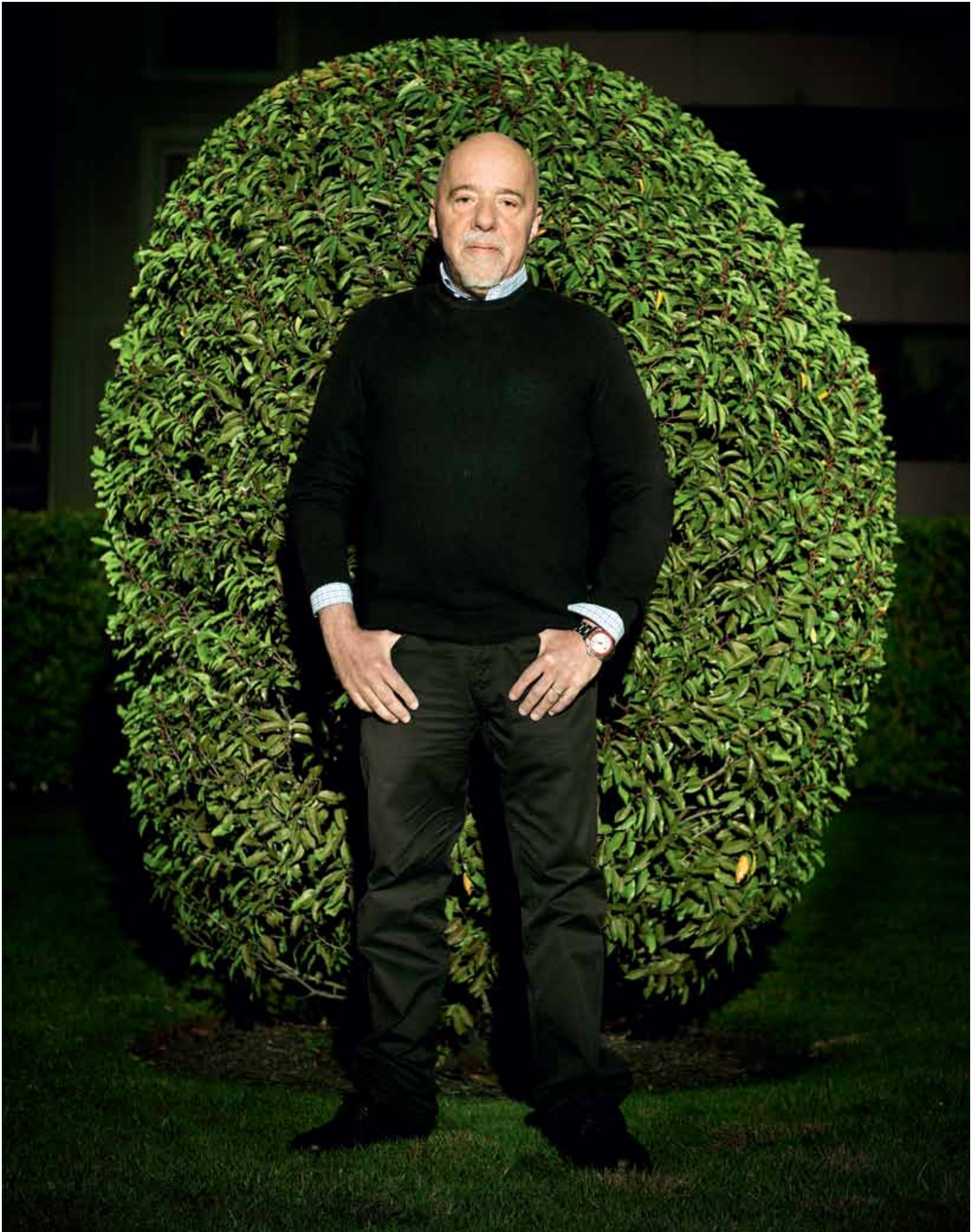
Wie wurden Sie gefoltert?

Ich habe zwei Arten von Folter erlebt. Die eine war physischer Natur. Ich musste mich nackt ausziehen und bekam Schläge und Elektroschocks. Das war die Erfahrung reiner Grausamkeit, aber um vieles schlimmer war die psychische Folter. Ich wurde nackt in etwas gesperrt, das «der Kühlschrank» genannt wurde: eine lichtlose, zwei mal zwei Meter grosse Zelle, in der es eiskalt war. Ab und zu wurde über meinem Kopf eine Sirene eingeschaltet. Ich öffnete und schloss meine Augen und sah immer dasselbe: Schwärze. Die Dunkelheit und das Frieren rauben dir den Verstand. Man gerät an den Rand der Verrücktheit.

Haben Sie unter der Folter Ihre Selbstachtung verloren?

O ja. Erniedrigung zählt zu den schlimmsten Erfahrungen, die ein Mensch machen kann. Ich habe meine Selbstachtung aber wiedergefunden. Die einzig wirksame Therapie, die ich kenne, ist Zeit. Bei mir hat es drei Jahre gedauert, das Gefühl loszuwerden, immer noch in meiner Zelle gefangen zu sein. In den ersten Wochen nach meiner Freilassung traute ich mich nicht aus dem Haus. Ich hatte Paranoia und bildete mir ein, dass ich verfolgt werde und mein Telefon verwandt sei. Dieser Wahnzustand führte zu einem seelischen Zusammenbruch. Meine Freunde verschwanden aus meinem Leben, weil sie Angst hatten, das Gleiche zu erleben wie ich. Plötzlich war ich ein Aussätziger. Es tauchten dann aber Menschen auf, die mir das Gefühl gaben, nicht allein zu sein. Ihrer Hilfe verdanke ich es, dass ich mir nicht das Leben genommen habe oder in Bitterkeit und Rachsucht versunken bin.

Ihre damalige Frau Gisa wurde ebenfalls gefoltert. Warum hat sie nach ihrer Freilassung den Kontakt abgebrochen? >>>



«Es ist dumme Zeitverschwendung, sich vor dem Tod zu fürchten»: Schriftsteller Coelho.

Weil ich durch mein Verhalten im Gefängnis ihren Respekt verloren habe. Einmal wurde ich mit einer Kapuze über dem Kopf zur Toilette geführt. Ich hörte, wie meine Frau weinend rief: «Paulo, Liebling, bist du hier? Wenn ja, sag etwas zu mir!» Wir hatten Sprechverbot, und aus Angst, wieder nackt in den «Kühlschrank» gesperrt zu werden, blieb ich stumm. Ich bin nie wieder so feige gewesen wie in diesen Sekunden. Nach ihrer Freilassung sagte sie: «Ich will nie mehr mit dir reden. Und ich will nicht, dass du jemals wieder meinen Namen aussprichst.» Wenn ich in den Jahren danach über sie sprach, habe ich sie immer «meine Frau ohne Namen» genannt.

Zehn Jahre später haben Sie Gisa wieder getroffen. Über diese Begegnung sagten Sie: «Sie ist immer noch im Gefängnis, ich nicht. Ein Mensch, der Rache üben will, ist verloren, denn er verletzt sich dabei selbst.»

Meine Ex-Frau ist 2007 gestorben, ich möchte nicht über sie urteilen. Weil ich ihr gegenüber so feige war, habe ich mich immer wieder selbst angeklagt. Aber die Kernbotschaft von Jesus Christus ist Vergebung. Irgendwann konnte ich zu mir sagen: «Ich habe einen sehr schlimmen Fehler gemacht, aber ich vergebe mir, weil ich nicht perfekt bin.» Vor ein paar Jahren stand ich in einer Bar und stellte mir die Frage, ob ich in Frieden sterben könnte, wenn heute der letzte Tag meines Lebens wäre. Die Antwort war nein, denn dafür hatte ich zu viele Menschen verletzt. Das Problem war, dass diese Menschen nicht mehr Teil meines Lebens waren und inzwischen über den ganzen Globus verstreut lebten. Es kostete mich zwei Jahre, jeden von ihnen ausfindig zu machen und mich für meine Fehler zu entschuldigen. Seither entschuldige ich mich bei Menschen immer innerhalb von drei Tagen. Das macht das Leben einfacher.

2003 sagten Sie in einem Interview: «Vor ein paar Tagen ass ich abends in einer Brasserie. Als ich auf der Toilette war, fiel der Strom aus. Alles war plötzlich schwarz. Da hatte ich einen Flashback und sass wieder in der Zelle.»

Diese Flashbacks sind selten geworden, aber gefoltert zu werden, verändert einen Menschen für immer. Ihr altes Selbst bekommen Sie nie wieder zurück. Kurz nach Ende des Bürgerkriegs im Libanon wollte ich nach Beirut reisen. In der Nacht vor meiner Abreise litt ich Höllenqualen. Es gab damals sehr viele Entführungen im Libanon, und ich wollte nicht ein zweites Mal gekidnappt werden. Morgens um drei fand ich eine Lösung für meine Angst. Ich sagte zu mir: «Wenn man versucht, dich zu



«Die Kernbotschaft von Jesus Christus ist Vergebung»: Bestseller-Autor Coelho.

entführen, wirst du dich so lange wehren, bis sie dich töten. Besser dies Ende, als deiner Angst nachzugeben.» Es ist dumme Zeitverschwendung, sich vor dem Tod zu fürchten. Man muss ihn als Freund sehen, der in jedem Moment neben einem sitzt und sagt: «Früher oder später werde ich dich ohnehin küssen.» Ich frage meinen Freund dann immer: «Kannst du damit bitte noch etwas warten?»

«Ich entschuldige mich immer innerhalb von drei Tagen. Das macht das Leben einfacher.»

Die bizarrste Phase Ihres Lebens begann 1969. Sie beschäftigten sich mit Okkultismus, Hexerei und Satanismus und verschlangen dicke Bücher über Ufos, Vampire, Drudenfüsse und astrologische Systeme. In Ihr Tagebuch schrieben Sie: «In die schwarze Magie einzutauchen, ist für mich der letzte Ausweg aus Verzweiflung und Depression.»

Ich erinnere mich, diesen Satz geschrieben zu haben, aber ich bin nicht mehr die Person, die diesen Satz geschrieben hat. Die Gründe, die mich zur schwarzen Magie gebracht haben, sind in meiner Vergangenheit eingekapselt.

1972 traten Sie unter dem Namen Luz Eterna in die Satanssekte OTO ein, den Orden der Tempelritter des Orients, dessen Cheftheoretiker der Brite Aleister Crowley war. Zu den Jüngern des «grossen Tieres», wie er sich nennen liess, gehörte Charles Manson, der 1969 im Haus von Roman

Polanski vier Menschen mit Schüssen, Messerstichen und Knüppelhieben ermorden liess.

Die Maximen dieser Organisation grenzen an spirituellen Faschismus. Es geht darum, die Erfahrung der Macht bis zur äussersten Grenze zu treiben. Wer zu den wenigen Ausgewählten gehört, ist von allen ethischen Normen befreit und darf tun, was er will – auch ein Monster werden. Als ich begriff, dass der OTO mich in den Abgrund führt, habe ich mich losgesagt und jeden Kontakt abgebrochen. Spirituell war ich so gut wie tot, aber ich hatte begriffen, dass man eine Ethik braucht, um zu leben.

Sie sagen, der OTO sei «schlimmer als Satanismus». Welche Praktiken können Sie bezeugen?

Ich mag das Wort Satanismus nicht. Es klingt in meinen Ohren nach einem billigen Gruselfilm aus Hollywood. Im OTO wurden keine Babys geopfert, aber wir praktizierten schwarze Magie und arbeiteten mit Kräften, die ich Ihnen nicht beschreiben werde. Ich habe kein Interesse daran, Menschen auf diese Organisation neugierig zu machen, weil das als Werbung missverstanden werden kann. Aus diesem Grund habe ich mich auch viele Jahre lang geweigert, den Namen OTO in der Öffentlichkeit auszusprechen, und immer nur die erfundene Bezeichnung «Gesellschaft zur Eröffnung der Apokalypse» benutzt.

Ihrem Biografen Fernando Morais haben Sie erzählt, dass Ihnen sechs Tage nach Ihrem Eintritt in den OTO der Satan begegnet sei. Morais schreibt: «Coelho bemerkte, dass sich in seiner Wohnung Totengeruch

ausbreitete und dunkler Nebel, als wäre die Sonne plötzlich untergegangen.»

Hören Sie auf! Ich möchte über dieses Thema nicht länger sprechen.

Sie sollen über Ihre Erlebnisse ein 600 Seiten dickes Manuskript geschrieben haben.

Das stimmt, aber meine heutige Frau riet mir, es zu vernichten, und das habe ich getan.

Als Sie im Jahr 1982 das Konzentrationslager Dachau besichtigten, glaubten Sie, eine Erscheinung zu haben. Daraufhin schlossen Sie sich dem katholischen Geheimorden Regnum Agnus Mundi an, dem Sie bis heute angehören. Ihr Mentor wurde ein Franzose, den Sie in Ihren Büchern «Meister», «Jean» oder «J.» nennen. Als Sie ihm zum ersten Mal begegneten, sagte er: «Wenn Sie sich für uns entscheiden, müssen Sie alles, was ich Ihnen sage, widerspruchslos befolgen.» Steckt in Ihnen eine geheime Sehnsucht nach blindem Gehorsam und totaler Unterwerfung?

Nein. Dieser Mann hat mich in die spirituelle Tradition des Ordens eingeführt, aber sein Verhältnis zu mir hat nichts Totalitäres. Wir haben eine Meister-Schüler-Beziehung, und die verlangt von mir Disziplin. Das heisst aber nicht, dass ich meinen freien Willen aufgeben muss. Mir steht es jederzeit frei, zu Übungen und Ritualen nein zu sagen.

Zu den Exerzitien, die Ihnen Jean auferlegte, gehörte es, 1986 den 700 Kilometer langen Jakobsweg von Saint-Jean-Pied-de-Port nach Santigao de Compostela zu Fuss zurückzulegen. Das Buch, das Sie in 21 Tagen über Ihre Erlebnisse als Pilger schrieben, wurde unter dem Titel «Auf dem Jakobsweg» ein weltweiter Bestseller. Ist der Geheimorden Regnum Agnus Mundi für Ihre Karriere verantwortlich?

Wenn Sie das so sehen wollen, werde ich Ihnen nicht widersprechen, aber für mich hatte sich der Traum des angeblich geisteskranken vierzehnjährigen Jungen erfüllt: Ich hatte mein erstes Buch geschrieben und war gleich ein über die Massen erfolgreicher Schriftsteller.

Ende der achtziger Jahre gab Jean Ihnen die Aufgabe, sieben Monate ohne Sex zu leben, auch Selbstbefriedigung war Ihnen untersagt. Was lernten Sie dabei?

Es wäre leicht für mich, auf diese Frage irgendetwas zu antworten, aber diese Antwort wäre nicht wahrhaftig. Solche Übungen sind keine Schulstunde, an deren Ende man sagen kann, man habe dieses und jenes gelernt. Die sieben Monate ohne Sex haben meinen Geist beeinflusst und mich verändert. Wie, kann ich Ihnen mit Worten nicht beschreiben. Spirituelle Erfahrungen

lassen sich ebenso wenig in Sprache fassen wie ein Orgasmus, das Bücherschreiben oder die Geburt eines Babys.

Stimmt es, dass Sie selber Novizen in den Orden eingeführt haben?

Ja. Es ist Teil der Verpflichtung, dass man das empfangene Wissen an vier Novizen weitergibt, und das habe ich gemacht. Seither habe ich keine Schüler mehr, denn für einen Mentor bin ich viel zu ungeduldig.

Sie mussten einmal drei Monate lang täglich eine Stunde barfuss durch dorniges Unterholz laufen. Haben Sie Ihren Novizen auch solche Selbstkasteigungsrituale verordnet?

Sie haben ein falsches Bild. Als Mentor ist man kein autoritärer Vorgesetzter, der seinen Untergebenen Befehle erteilt, was sie zu tun haben. Es sind freiwillige Übungen, und was Sie bei deren Ausführung entdecken, liegt ganz an Ihnen selbst. Sie können einen tausend Seiten dicken Roman über die Liebe lesen, aber wenn Sie nie geliebt haben, werden Sie auf Seite tausend immer noch nicht wissen, was Liebe ist.

Ihrem jüngsten Buch haben Sie den ominösen Titel «Aleph» gegeben. Ist «Aleph» ein Roman, wie auf dem Cover steht?

Nein. Das Buch ist keine Fiktion, sondern fast zu hundert Prozent autobiografisch. 2006 hatte ich meinen inneren Frieden verloren und zweifelte an meinem Glauben. Es gelang mir immer seltener, in die magisch-spirituelle Realität einzutauchen, die uns als zweite Wirklichkeit umgibt. Um wieder mit mir ins Reine zu kommen, bin ich mit der Transsibirischen Eisenbahn von Moskau nach Wladiwostok gefahren. Die Erfahrungen, die ich auf dieser Reise im Aleph gemacht hatte, führten zu einem Wendepunkt in meinem Leben.

Was bedeutet Aleph?

Ich versuche eine Annäherung: Aleph ist der Punkt, der alle Punkte enthält, das Atom, das alle Atome enthält, die Zahl, die alle Zahlen enthält. Im Aleph befindet sich alles zur selben Zeit an derselben Stelle. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind aufgehoben.

Sie schildern in Ihrem Buch Parallelwelten und Reinkarnationen. Seit wann glauben Sie, mehrere Leben gelebt zu haben?

Ich weiss, dass Journalisten diesen gering-schätzigen, zynischen Blick bekommen, wenn ich über diese Dinge spreche, aber ich werde Ihnen dennoch antworten: Das erste konkrete Erlebnis dieser Art hatte ich 1987.

Wie viele Inkarnationen liegen hinter Ihnen?

Ich spüre, dass es viele sind, aber genaue Erinnerungen habe ich nur an zwei. In der einen Inkarnation war ich ein französischer Schriftsteller in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in der anderen ein junger Dominika-

nerpriester in Spanien während der Inquisition, dessen Eltern an der Pest starben.

Sie schildern in «Aleph», dass Sie glauben, in Ihrem Vorleben als Priester nicht verhindert zu haben, dass Ihre Jugendfreundin auf dem Streckbrett gefoltert und anschliessend öffentlich verbrannt wurde.

Ja, ich war feige und bin deshalb mit einem Fluch belegt worden.

Meinen Sie, verantwortlich zu sein für das, was Sie damals taten?

Nein. Wir haften in unserem jetzigen Leben nicht für die Schuld, die wir in einem früheren Leben auf uns geladen haben. Aber vielleicht habe ich wegen meiner Fehler viele Jahre lang mein eigenes Leben durch Drogen und schwarze Magie sabotiert.

Hilft es Ihnen in der Gegenwart, Ihre früheren Leben zu kennen?

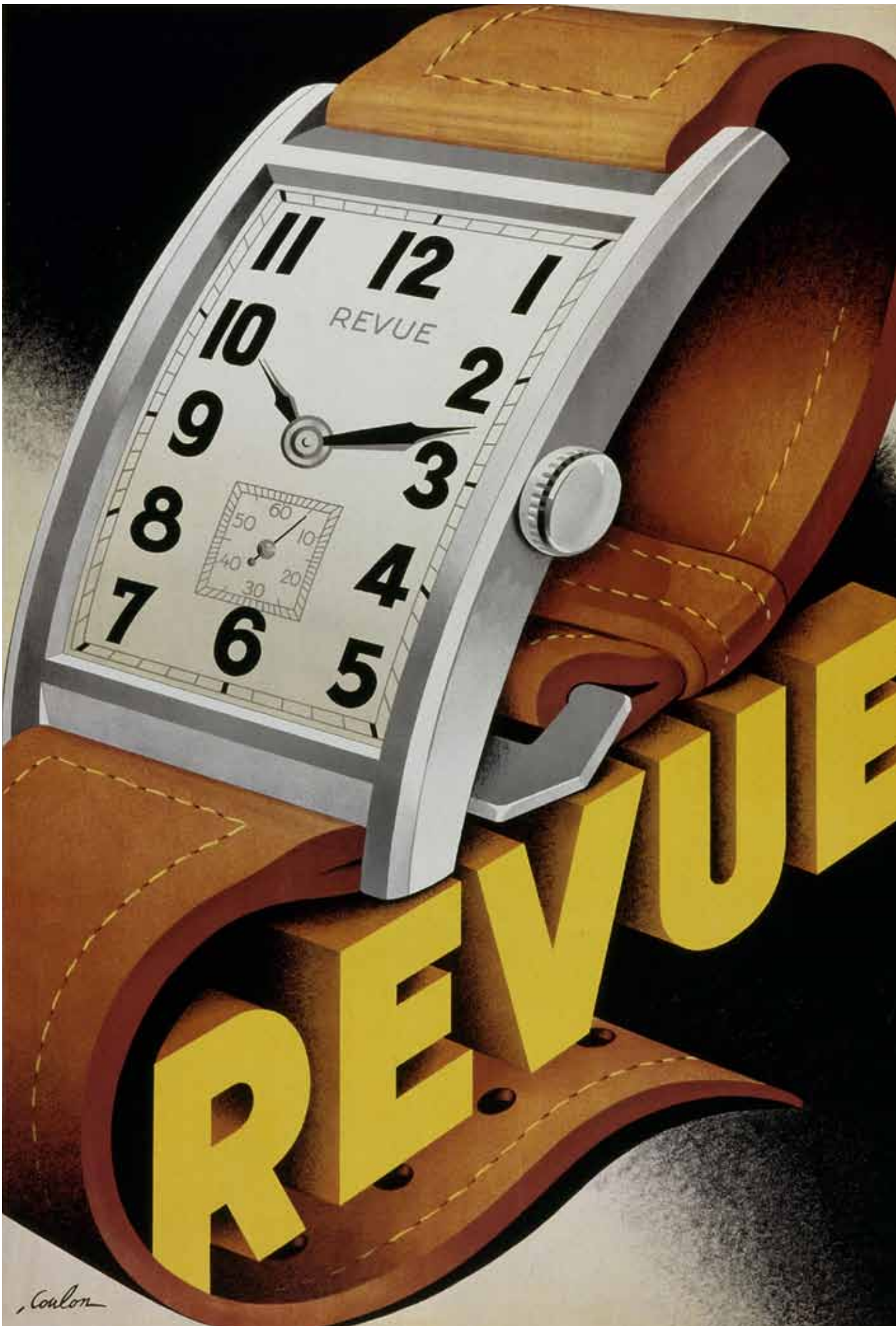
Nein, überhaupt nicht. Es ist vielmehr so, als würde ich ein Loch in den Boden graben, auf dem ich stehe. Ich rate jedem, seine Vergangenheit zu vergessen.

«Die sieben Monate ohne Sex haben meinen Geist beeinflusst und mich verändert.»

Im Nachwort zu «Aleph» schreiben Sie: «Schliesslich möchte ich vor dem Exerzitium mit dem Ring aus Licht warnen. Wie ich bereits erwähnte, kann eine Rückkehr in die Vergangenheit ohne Kenntnis des Verfahrens dramatische und unheilvolle Konsequenzen haben.» Wie funktioniert das Exerzitium mit dem Ring aus Licht?

Sie legen sich auf den Boden und stellen sich einen Ring aus Licht vor, der sich immer schneller um Ihren Körper bewegt. In den ersten Wochen denken Sie, dass nichts passiert, und sind frustriert. Aber dann passiert es plötzlich: Sie sind in einer anderen Zeit, an einem anderen Ort oder in einer anderen Dimension. Glauben Sie mir, es macht das Leben interessant, an Wunder zu glauben.

Paulo Coelho gehört mit 135 Millionen verkauften Büchern zu den erfolgreichsten Autoren der Literaturgeschichte. Allein von seinem in 14 Tagen niedergeschriebenen Sinnsucherroman «Der Alchimist» wurden 65 Millionen Exemplare verkauft. Der 1947 in Rio de Janeiro geborene Brasilianer ist seit 1980 in fünfter Ehe mit der Malerin Christina Oiticica verheiratet. Das kinderlose Paar lebt in Rio, Genf, Paris und Saint-Martin, einem 300-Seelen-Dorf nahe des Wallfahrtsortes Lourdes. Coelho's neuester Roman «Aleph» (320 S., Fr. 29.90) ist bei Diogenes erschienen.



Über alle Zweifel erhaben: Werbeplakate für Binaca-Zahnpasta und die Uhrenmarke Revue aus den 1940-er Jahren.

Die Warenflüsterer

Von Daniele Muscionico

Als die Bilder laufen lernten, setzten wir uns ins Kino. Als wir Dinge kaufen lernten, da begann der Fortschritt. Oder das, was wir darunter verstehen, wenn wir die Möglichkeit haben, aus 101 Zahnpastasorten jene zu wählen, dank der wir morgens mit dem strahlenden Milchgebiss unserer Jugend aufwachen.

Binaca hiess das Versprechen, das uns die Firma Ciba 1941 machte. Binaca? Ein unaussprechlicher Name, Bianca zwar verwandt, doch die Silben neu zusammengewürfelt mit dem Zweck, dass uns Binaca spielerisches Bianca-Weiss suggerieren sollte. Und jubelnd pries Ciba auf der Tube ihre neue Wunderwaffe im Einsatz für das neue Wunderweiss: Sulfo-Ricinoleat! Klingt das nicht nach einem Menetekel? Wichtig schien es auf jeden Fall und über alle Zweifel erhaben, Herr und Frau Schweizer glaubten Cibas Versprechen blind. Damals, in den vierziger Jahren.

Die vierziger Jahre sind der Höhepunkt der Schweizer Werbeplakate, und die Besten der Besten zeigt nun in Zürich das Museum für Gestaltung. Werbeplakate oder Sachplakate, Schweizer Grafiker und Maler waren darin Weltklasse, sie waren nach dem Krieg unsere neuen Warenflüsterer. Der Basler Niklaus Stoecklin beispielsweise, geschult an der Neuen Sachlichkeit und am magischen Realismus.

Ist seine «Binaca» nicht ein phallisch praller, lüsterner Akt? Die Zahnbürste steht zwar schamhaft abgewandt, doch traut man ihr zu, dass sie schon im nächsten Moment mit ihren Borsten «Binaca» ganz übel bedrängen kann.

Die historischen Werbeplakate erzählen nicht nur von der Magie der schönen neuen Warenwelt, sie erzählen auch von Schweizer Industrie- und Unternehmensgeschichte. Sulfo-Ricinoleat zum Beispiel, eine Erfindung von Ciba aufgrund der Tatsache, dass Seife im modernen Zeitalter der Waschmaschine nicht mehr verwendet werden konnte, da sie die Wäsche verkrustete. Man forschte nach einer synthetischen Seifenalternative und stiess dabei auf Sulfo-Ricinoleat. Die Erfindung der Waschmaschine führte indirekt zu Binaca. Und die Erfindung der Schweizer Luftwaffe führte, kurz gesagt, zur Basler Uhrenmarke Revue. 1915 erhielt die Firma den Auftrag des Bundes für die ersten Cockpit-Instrumente. Auch deswegen vielleicht gibt es die Marke noch immer. Bloss unser Glaube an die Heilsversprechungen der Werbung ist in die Jahre gekommen. Schade eigentlich.

Magie der Dinge: Museum für Gestaltung, Zürich, bis 6. Januar 2013



Belletristik

- 1 (-) **Martin Suter:** Die Zeit, die Zeit (*Diogenes*)
 2 (1) **Jussi Adler-Olsen:** Verachtung (*DTV*)
 3 (2) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ...
 (*Carl's Books*)
 4 (7) **Elizabeth George:** Glaube der Lüge
 (*Goldmann*)
 5 (3) **Joy Fielding:** Das Herz des Bösen
 (*Goldmann*)
 6 (9) **Jan-Philipp Sendker:** Herzenstimmen
 (*Blessing*)
 7 (-) **John Grisham:** Verteidigung
 (*Heyne*)
 8 (4) **Henning Mankell:** Erinnerung
 an einen schmutzigen Engel (*Zsolnay*)
 9 (5) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonische
 Verhältnisse (*Kiepenheuer & Witsch*)
 10 (8) **Ingrid Noll:** Über Bord (*Diogenes*)

Sachbücher

- 1 (1) **Rolf Dobelli:**
 Die Kunst des klugen Handelns (*Hanser*)
 2 (-) **Gian D. Borasio:**
 Über das Sterben (*C.H. Beck*)
 3 (2) **Rolf Dobelli:**
 Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
 4 (4) **Philippe Pozzo di Borgo:**
 Ziemlich beste Freunde (*Hanser*)
 5 (3) **André Häfliger, Georges Wüthrich:**
 Dölf Ogi – So wa(h)r es! (*Weltbild*)
 6 (6) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung
 (*Bibliographisches Institut GmbH*)
 7 (5) **Rhonda Byrne:** The Magic (*Droemer/Knaur*)
 8 (9) **Lukas Fischer:** 1001 Ausflugsziele –
 Familienspass im Freizeitland (*Weltbild*)
 9 (7) **Jacky Gehring:** Body Reset –
 Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
 10 (-) **Ildikó von Kürthy:** Unter dem Herzen
 (*Wunderlich*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband
 SBVV/Mediacontrol

Apropos: «Missen Massaker»

Die professionellen Kritiker waren sich einig, und auch in diesem Blatt wurde Michael Steiners neuer Film «Das Missen Massaker» gleich zweimal verrissen. Vielleicht vertraut das Publikum den Kritikern zu sehr. Am ersten Wochenende sahen den Film nur 6897 Zuschauer. Das ist für einen Michi Steiner zu wenig – und auch für das «Missen Massaker». Der Film verdient, gegen das Urteil der meckernden Profikritiker, eine Ehrenrettung. «Das Missen Massaker» ist eine amüsante Horrorkomödie, mit leichter Hand inszeniert, sie hat Witz und Drive. Wer da von «fehlendem Tiefgang» und von «Oberflächlichkeit» redet, hat nicht begriffen, worum es geht. Das Leichte ist das Schwierigste. Steiner beherrscht es. Soll ihm das erst einer nachmachen. (*gut*)

Amouröse Spiegelfechterei

Martin Walsers neuer Roman beginnt funkelnd und endet desaströs. Ein geistreiches Lesevergnügen ist es trotzdem.
 Von Pia Reinacher

Martin Walser ist eines der verblüffendsten Phänomene der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. Der Grossintellektuelle ist der wandelnde Beweis, dass man sich bis ins hohe Alter immer wieder neu hervorbringen kann. Seine Schaffenskraft scheint unerschöpflich, seine Imaginationskraft von schillernder Robustheit, seine beinahe im Jahresrhythmus erscheinenden Bücher der literarische Beleg einer rasenden Selbstverwandlung.

Wie dieser 85-jährige Schriftsteller die Klippen des Alters meistert, macht ihm so bald keiner nach. Wo andere sich repetieren, zunehmend salbadern, moralisch werden oder, noch schlimmer: von der Eitelkeit überschwemmt, dieser spezifischen Form der Erotik des Alters, nimmt Walser die Kurve jeweils im letzten Moment unerwartet anders. Musste man nach seinem letzten Roman, «Über Rechtfertigung. Eine Versuchung», in dem er sich theologischen Fragen zuwandte, ein wenig fürchten, dass er sich plötzlich mit «dem da oben» noch rechtzeitig gutstellen wolle, schlägt er mit dem heute erscheinenden Roman «Das dreizehnte Kapitel» wieder ganz andere Töne an.

Dabei belebt er virtuos eine traditionelle literarische Form: den Briefroman. Das witzige und rhetorisch funkelnde Scharmützel zwischen der Theologieprofessorin Dr. Maja Schneilin und dem Schriftsteller Basil Schlupp agiert zwar innerhalb einer auch von anderen Schriftstellern erfolgreich ausgereizten Form. Martin Walser serviert uns eine Kreuzung zwischen einer virtuellen E-Mail-, einer iPhone- und einer Briefbeziehung. Aber was er daraus macht, ist so abgründig, dass man sich sofort gebannt verstricken lässt.

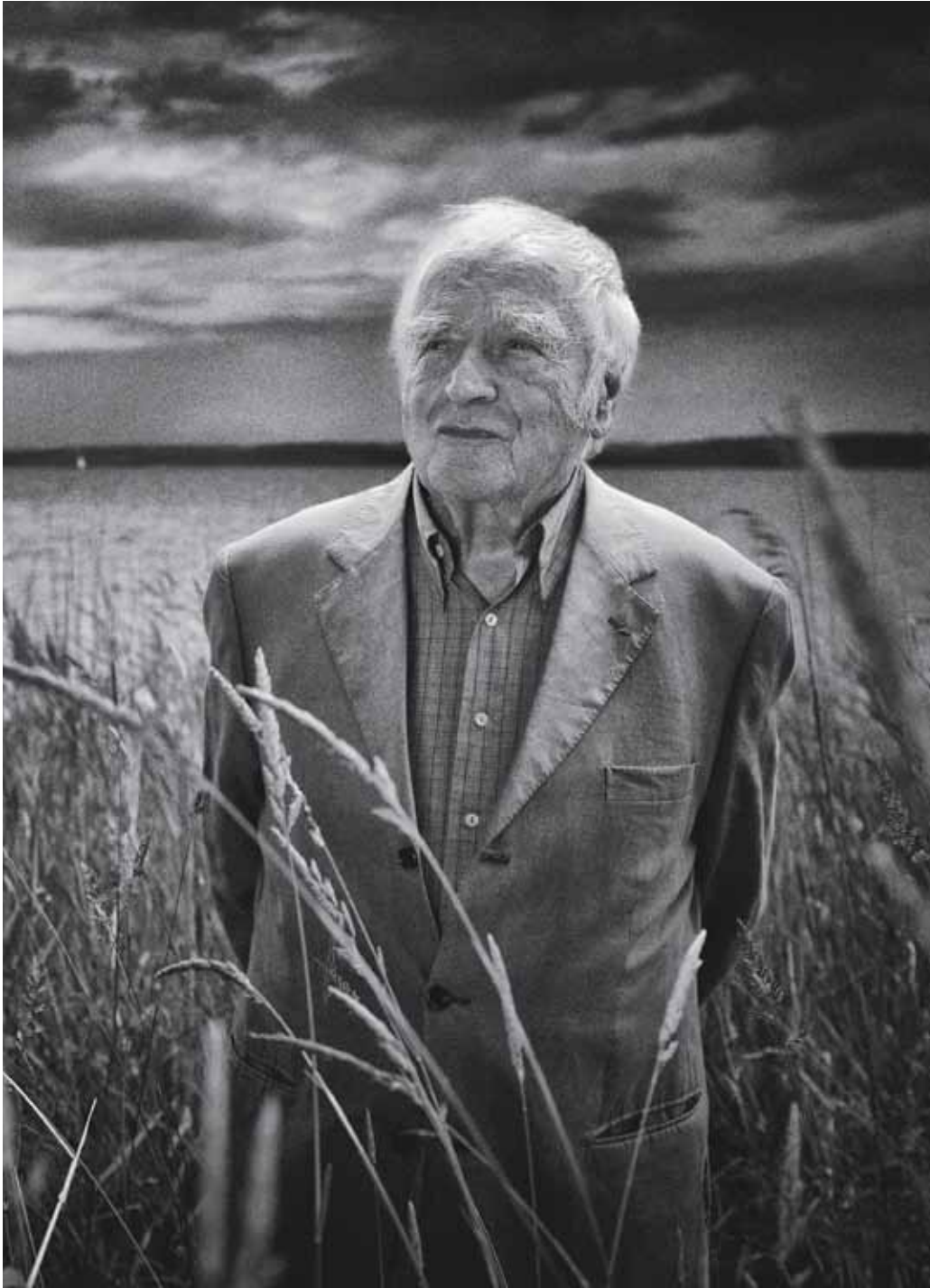
Worum geht es? Wichtigster Schauplatz der wenigen realen Begegnungen ist eine Tischgesellschaft im Berliner Schloss Bellevue, zu der ihn der deutsche Bundespräsident samt Gattin mit einer handverlesenen Zahl von Wissenschaftlern und Künstlern lud – alles erlauchte Personen mit dem passenden gesellschaftlichen Rang. Ach, der aufgeblasene und hohle Reiz dieser offiziellen Empfänge. Aber mit welcher zarter, untergründiger, unergründlicher Ironie uns der Erzähler davon berichtet! Diese diskreten Effekte, diese winzigen Nuancen, diese minimalen Verschiebungen der Tonart, die nichts sagen und alles entlarven. Man lacht schon unbändig, wenn man den ausführlichen Rapport des Menüs vernimmt, diese endlose Reihe erlesener Gerichte, «in Rebenholz geräu-

cherten Kalbstafelspitz mit Feldthymian-Trauben-Sauce, Spitzkohlgemüse und gefüllter Linda-Kartoffel mit Kaiserstühler Bauchspeck [...] und dazu den trockenen Spätburgunder von der Ahr», der die Gerichte begleitet! Und man lacht noch genüsslicher beim Protokoll der gespreizten Grussworte und Lobesreden – ein höhnisches Sittengemälde der gesellschaftlichen Elite. Und dann rüttelt der Schriftsteller die Tischrunde plötzlich mit einem Paukenschlag aus der sanften Selbstfeier. Den Wunsch der Frau Bundespräsidentin, der servierte Spätburgunder möge die Tischgesellschaft einander näherbringen, als es der runde Tisch könne, kontert er laut und deutlich mit dem frechen Satz: «Das Leben ist zu kurz, um deutsche Weine zu trinken.»

«Alle Frauen sehe ich nackt»

So weit der Auftakt. Er dient der Vorbereitung des Terrains für die spätere Briefbeziehung. Wie es virtuellen Verbindungen so eigen ist, entwickeln sie sich umso stürmischer, als die Realität keine adäquate Befriedigung der Wünsche bereithält. Sowohl der Schriftsteller wie auch die Theologin sind verheiratet, und man könnte nicht mal sagen, unglücklich. Der Schriftsteller lügt sich beim persönlichen Referenten des Bundeskanzlers durch, um an die Adresse der Frau Professorin zu kommen. Von jetzt an umgarnt, betäubt, erotisiert er die kühle Theologin per Brief. Ihre zierlichen Lachexplosionen hätten ihn nachhaltig gereizt, teilt er ihr mit, nicht ohne im gleichen Zug ganz praktische Überlegungen anzustellen, dass ihr Mann, der gefeierte Wissenschaftler Korbinian Schneilin, evtl. unter Sexualproblemen leiden könnte – trug er nicht Fliege anstelle von Krawatte, und ist das nicht symptomatisch?

Seine Verführungskünste setzt Schlupp durchaus strategisch ein. Zuerst minimiert er den Reiz aller Damenbriefe, die als immense Briefbestände in seiner Schreibtischschublade lagern – Reaktionen diverser Damen auf seine Romane. «Sentimental, geschwätzig, aufgedonnert, wichtigtuerisch, sogar lächerlich.» Dann optimiert er den Reiz der Briefpartnerin: «Ihre Erscheinung. Ihre Stimme. Ihr Gesicht. Ihr Kopf. Ihr Gesicht. Diese Gleichzeitigkeit zweier Zeiten. Eine Vierzehn- und eine Vierundvierzigjährige vollkommen vereint.» Noch besser, noch höher: «Dass Sie Ihren Namen mit Titeln zugebaut haben, weiss ich zu schätzen. Sie sind selbst jemand.» In der Tat! In der Tat!



Im letzten Moment unerwartet anders: Schriftsteller Walser.

Ihren Scharfsinn durchlöchert er mit gezielt platzierten Grenzüberschreitungen – schriftlich, natürlich. «Alle Frauen, die ich sehe, sehe ich nackt», teilt er ihr mit, um die plumpe visuelle Offerte pflichtschuldig unter einer Scheinzerknirschung zu kaschieren: «Wahrscheinlich stammt das aus der frühen Jugend, in der nichts so verboten war, wie an die Nacktheit einer Frau zu denken. Ich bin bis zum heutigen Tag fixiert auf diese Entblössungs-Automatik.» Die Theologin, so intelligent sie auch ist, erliegt dem Ansturm. Aus der Anbändelei wird «mehr». Der Ton der Anreden wird heisser, die geschriebene Beziehung wilder. Bis das Ausbleiben ihrer Antworten die amouröse Spiegelfechterei explodieren lässt. Sie ist dem Schriftsteller auf die Schliche gekommen. «Gelegenheit macht Liebe»,

unter diesem Titel äusserte er sich in einem Interview über seine Beziehungen zu Frauen, die in jedem Fall der Höflichkeit geschuldet gewesen seien. Jetzt durchschaut sie ihn: «Ich bin hereingefallen. Ich fühle mich verraten.» Er habe ihr eine Lebensnotwendigkeit vorgespielt, die in Wahrheit eine Mischung aus Prahlerei und Eitelkeit war.

Martin Walser erweist sich mit dieser Studie von Liebe und Verrat auf der Höhe seiner Kunst. Einmal mehr seziiert er die Mechanik der bürgerlichen Ehe und die Zerbrechlichkeit der gewöhnlichen Liebe. Dass sein Roman von hohem Unterhaltungswert ist, macht ihn noch kostbarer.

Martin Walser: Das dreizehnte Kapitel. Rowohlt. 272 S., Fr. 31.90

Jazz

Brownie, Sweet and Hot

Von Peter Rüedi

Wir leben in geschichtsvergessenen Zeiten. Waren die Klassiker einst Monumente, gegen die die Söhne späterer Generationen anrennen mussten, haben sie beides verloren, ihren Schrecken und ihre Faszination. In der Flut der Daten sind sie jederzeit verfügbar und doch verschollen. Die Hierarchien sind geschleift, die Kanons zu Bestenlisten verkommen, die Denkmäler unsichtbar geworden durch Überzahl. Lauter vollgestellte Friedhöfe. Da wird denn auch im Jazz die Erinnerung zur Entdeckung und ein Reeditons-Label zum Hüter verlorener Schätze.

Die Aufnahmen, die der Drummer Max Roach und der Trompeter Clifford Brown zwischen 1954 und 1956 einspielten, gehören zweifellos in diese Kategorie. Die beiden waren *a perfect match*, beide grosse Geschichten-erzähler und kluge, effektsichere Dramaturgen, auf die Verflüssigung der spontanen Einfälle ebenso aus wie auf Struktur und Dramaturgie. Die Musik ihres Quintetts war, im Material, ein Mix aus brillant arrangierten Blues-Nummern und Standards, mit einer Vorliebe für Molltöne und Rhythmusbrüche, und in den solistischen Passagen hinreissend frische, inspirierte und logische Ideenflüge über grosse Bögen. Brownie war der erste und vollkommenste unter vielen ihm nachfolgenden Trompetern des Hard Bop, mit einer stupenden Technik und einem Sound, der Steine erweicht. Was wäre aus ihm geworden, hätte er, keine 26, den fürchterlichen Autounfall vom Juni 1956 überlebt? Zweifellos hängt der Ruhm von Miles Davis mit dem Vakuum nach seinem Tod zusammen.

In den meisten Titeln der Gruppe mit Richie Powell am Piano (Buds Bruder, er starb zusammen mit Brown), George Morrow am Bass, Harold Land und am Ende Sonny Rollins am Tenor weht ein jenseitiger Zauber, funkelt ein abgründiges Feuer: «Parisian Thoroughfare», «Jordu», «Joy Spring», «Daahoud», «Lands End», «Sandu», «Cherokee», «George's Dilemma» etc. Laut hören, Kids. Auch wenn da keine binären Beats knallen: Was euch vielleicht zunächst wie Friedhofs-Klassizismus anmutet, ist in Wahrheit ziemlich wilde Musik. Gebt ihr (das heisst euch selbst) eine Chance.



Clifford Brown / Max Roach Quintet. Complete Studio Recordings. Essential Jazz Classics (4 CDs). EJC 55 560

Die Peinlichkeiten des Königs

Spaniens Monarch Juan Carlos I. produzierte im Frühling eine Reihe ungemütlicher Schlagzeilen. Der wirkliche Test für seine Glaubwürdigkeit folgt erst noch. *Von Paul Ingendaay*

Es gibt Nachrichten, die aus sich selbst heraus leuchten, weil sie die Pointe gleich mitliefern. Wenn es sich dann noch um skandalöse Enthüllungen über ein europäisches Königshaus handelt, entsteht so etwas wie eine solide Kette von Peinlichkeiten. Im Frühjahr traf es auf nie zuvor erlebte Weise König Juan Carlos I. von Spanien. Die Kette hielt ihn so fest umwickelt, dass sich ausländische Beobachter eine Reihe von Fragen stellten: Könnte so das Ende der spanischen Krone aussehen? Ist ein König überhaupt noch zeitgemäss? Was soll die Erbdynastie, wenn sich die Auserwählten und Privilegierten genauso schlecht benehmen wie korrupte Politiker? Das waren die Fragen. Fünf Monate später sind sie leiser geworden, aber noch nicht verklungen.

Zur Erinnerung noch einmal die Fakten. Ende Dezember 2011 wird bekannt, dass Iñaki Urdangarin, der Schwiegersohn des spanischen Monarchen und Ehemann der Infantin Cristina, über eine gemeinsam mit einem Partner geführte Stiftung mehrere Millionen Euro öffentlicher Gelder veruntreut haben soll. Urdangarin, ein ehemaliger Handballer bei Barcelona, war bis dahin beliebt und völlig skandalfrei. Anders als die Ehe der Infantin Elena mit dem Adligen Jaime de Marichalar, die längst geschieden

Warum wusste die Öffentlichkeit nicht, wo der König sich aufhielt? Wegen der jungen Gespielin?

wurde, galt das Bündnis zwischen der Infantin Cristina und dem Basken Urdangarin als gut, unpräzise und bürgernah: ein Imagegewinn für die Krone. Bis 2009 wohnte das Paar in Barcelona, danach zog es mit den vier Kindern «aus beruflichen Gründen», wie die «Casa Real» verlauten liess, nach Washington.

Doch jetzt entsteht der Eindruck, neben dem öffentlichen Bild, das die Herzöge von Palma ihren Landsleuten präsentierten, existiere eine parallele Wirklichkeit aus Betrug, Dokumentenfälschung und Steuerflucht. Schon seit 2010 ermittelt die spanische Justiz zu Unregelmässigkeiten bei der Verwendung öffentlicher Gelder in Valencia und auf den Balearen. Kongresse und PR-Veranstaltungen sind mit exorbitanten Summen bezahlt worden, die abgerechneten Leistungen aber kaum zu entdecken. Politiker des konservativen Partido Popular (PP) sind tief in den Fall verstrickt. Immer wieder tauchen in den Akten die Firmen Urdangarins auf. Sogar

der Marivent-Palast auf Mallorca, das Sommerdomizil des Monarchen, war Schauplatz dubioser Treffen zur Einfädelung von Geschäften. Aus dem Königshaus erfolgt zunächst keine Reaktion. In seiner Neujahrsansprache beschränkt Juan Carlos sich auf die Bemerkung, vor dem Gesetz seien alle gleich.

Schuss in den Fuss

Szenenwechsel: Im Januar 2012 erscheint in Madrid das Buch «Die Einsamkeit der Königin» der Journalistin Pilar Eyre. Auch wenn es vom Königshaus sogleich verboten und konfisziert wird und die Autorin ihren Job beim Fernsehsender Telecinco verliert, stellt das Werk einen Tabubruch dar. Erstmals wird in spanischen Medien über Eheprobleme des Königspaares und die Untreue von Juan Carlos I. gesprochen. Warum hat es so lange gedauert? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Eine Deutung lautet, die Spanier hätten ihre mühsam errungene Demokratie, zu deren Etablierung der König in den Jahren nach dem Tod des Diktators Franco wesentlich beigetragen hat, stets behandelt wie ein rohes Ei. Nicht zu hart anfassen, sonst könnte etwas zerbrechen.

Aber die Katze ist aus dem Sack. Königin Sofia soll ihren Mann nach Darstellung Eyres schon 1976 mit einer anderen Frau erwischt haben. Später soll Juan Carlos weitere Geliebte gehabt haben, viele Geliebte, sehr viele, mehr als «mille e tre»! Sofia habe sich nach dem ersten Betrug im ersten Stockwerk des Zarzuela-Palasts eingerichtet, während der König im zweiten schlafte. In der Öffentlichkeit trage die leidgeprüfte Sofia die Maske der loyalen Ehefrau, doch die Distanz zum König sei unüberbrückbar. Es ist eine nicht autorisierte Biografie, in der diese hässlichen Dinge stehen, und das Königshaus tut, was es in delikaten Fällen am besten tut. Es schweigt.

Nächster Akt, Ostern 2012: Der älteste Enkel des Königs schießt sich beim Hantieren mit einer Jagdflinte in Anwesenheit seines Vaters Jaime de Marichalar in den Fuss. Der Dreizehnjährige muss operiert werden. Schusswaffen dieser Art dürfen erst von Vierzehnjährigen und nur unter Aufsicht benutzt werden. Erinnerungen an einen grausigen Tag in der Jugend des Königs werden wach. 1956, ebenfalls in der Karwoche, starb dessen vierzehnjähriger Bruder Alfonso durch einen Schuss aus einer kleinkalibrigen Pistole. Der Finger des achtzehnjährigen Juan Carlos soll am Abzug gewesen sein, als sich versehentlich der Schuss löste. So schreibt es der britische Historiker Paul



Maske der loyalen Ehefrau: spanischer König

Preston, der massgebliche Biograf des Königs. Genauer hat es die Öffentlichkeit nie erfahren.

Wenige Tage später folgt das Ereignis, das die Wogen über dem Palast zusammenschlagen lässt und die Casa Real wochenlang in die internationalen Klatschspalten befördert: des Königs Elefantensafari in Botswana, sein dreifacher Hüftbruch, die Nachricht von einer 47-jährigen «Begleiterin» aus deutschem Adel.

Alles zusammen ist zu viel in vier Monaten. Spanien steht wegen der Schuldenkrise am Rand des finanziellen Kollapses, und der König, als wollte er sich dem Elend zu Hause entziehen, vergnügt sich heimlich auf einem anderen Kontinent. Darf man Elefanten überhaupt noch schiessen? Ah, in Botswana darf man. Aber Juan Carlos ist Ehrenpräsident der Naturschutzorganisation World Wide Fund for nature (WWF). Kein Zweifel, die Geschichte ist durch und durch frivol. Teuer war die Safari auch, und wer ist überhaupt dieser arabisch Freundschaft des Monarchen, der die ganze Tour bezahlt haben soll? Und warum wusste die Öffentlichkeit nicht, wo der König sich auf-



Juan Carlos, Gattin Sofia im Januar in Madrid.

hielt? Wegen der jungen Gespielin? War wenigstens die Regierung im Bilde? Juan Carlos I. ist Oberbefehlshaber der spanischen Streitkräfte, da wüsste man gern, wo er steckt.

Ein Vorhang ist weggerissen worden, und der König erscheint nackt. Man dürfe den Bourbonen keine Schusswaffe in die Hand geben, spotten die einen. Der Monarch sei untragbar, sagen die anderen. Vom *annus horribilis* der spanischen Monarchie ist die Rede. Innerhalb weniger Tage erreicht das Image von Juan Carlos I. im 37. Jahr seiner Regentschaft einen Tiefpunkt. Selbst die königstreue Zeitung ABC verhehlt nicht, dass sie das Verhalten des Monarchen unangemessen findet. Das Traditionsblatt argumentiert politisch, nicht moralisch: Die staatlichen Institutionen dürften nicht kompromittiert, das Ansehen Spaniens nicht beschädigt werden.

Das ist die erste Reaktion. Die sofort anlauende Kommentierungsroutine malt die Vorfälle zur Königsdämmerung aus. Glaubt man den Beobachtern, ist das Ende der Monarchie nahe. Natürlich ist allen klar, dass die unglückliche Schussverletzung des halbwüchsigen En-

kels nichts mit den Machenschaften des Schwiegersohns zu tun hat. Doch nicht der einzelne Vorfall zählt, sondern ihre peinliche Häufung, die Ahnung eines fatalen Zusammenhangs.

Die Untersuchungen zum Urdangarin-Skandal haben zu diesem Zeitpunkt die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Der Satz des Königshauses, das Verhalten von Cristinas Ehemann sei «wenig vorbildlich» gewesen, wirkt inzwischen dünn und kalt, gemessen an den Fakten, die auf den Tisch kommen. Urdangarin und sein ehemaliger Kompagnon Diego Torres schieben sich unterdessen gegenseitig die Schuld zu, doch die Beweislast ist erdrückend.

Hohe Politik und Slapstick

Dann zeigt sich, dass es eine Vorgeschichte gibt. Schon Jahre vor den ersten staatlichen Ermittlungen hat Juan Carlos die Transaktionen durch seinen Vertrauensanwalt prüfen lassen und seinem Schwiegersohn dringend nahegelegt, die Geschäftsführung der windigen Firmen abzugeben. Auch der Umzug der Familie von Barcelona nach Washington, wo Urdangarin für Telefónica arbeitet und angeblich

1,5 Millionen Euro Jahresgehalt kassiert, soll auf Betreiben des Königs erfolgt sein. Hie und da fragt die spanische Presse scheu, ob der Monarch nicht etwas mehr hätte tun müssen, als den Schwiegersohn aus der Schusslinie zu nehmen. Immerhin gehe es um mehrere Millionen Euro aus öffentlichen Kassen.

All das ist mit gemeint, wenn in den Tagen nach der unglücklichen Safari über den König gesprochen wird. Presse, Radio, Fernsehen, alle haben nur ein Thema. Anspruch und Wirklichkeit. Die Würde des Amtes – und die Würde des Amtsträgers. Es ist eine gute Geschichte. Sie lässt sich nicht nur schön erzählen, sie mischt auch das Morbide mit dem Komischen, die hohe Politik mit dem Slapstick. Was wird jetzt geschehen?, fragen die Experten. Was kommt jetzt?, rätseln die Ahnungslosen.

Doch dann geschieht das Unerwartete. Der König tritt die Flucht nach vorn an. Er erholt sich von seiner Hüftoperation in einem Madrider Krankenhaus, wo Königin Sofia, wie allseits vermerkt wird, erst nach drei Tagen aufgetaucht ist, um fünfzehn Minuten an seinem Bett zu verweilen. Auf dem Krankenlager findet Juan Carlos Zeit, Fernsehen zu schauen und die Zeitungen zu lesen. Er begreift, dass in seinem Land etwas ins Rutschen gekommen ist. Ihm, dem Routinier im Umgang mit dem Volk, der immer weit bessere Umfragewerte erzielt hat als jeder spanische Ministerpräsident von links oder rechts, ihm, dem geborenen Instinktherrscher, bläst erstmals seit dem Putschversuch altfranquistischer Militärs 1981 der Wind kräftig ins Gesicht. Und als er wieder aufstehen kann, auf eine Krücke gestützt, tritt er aus dem Krankenzimmer und spricht dem bestellten Journalisten drei Sätze ins Mikrofon: «Es tut mir leid. Ich habe einen Fehler gemacht. Es wird nicht wieder vorkommen.»

Das sitzt. Obwohl niemand genau weiss, was «es» bedeuten soll. Keine Elefanten mehr? Keine Seitensprünge? Doch es klingt ehrlich. Juan Carlos nimmt seinen Feinden den Wind aus den Segeln. Der Bourbone vereint Eigenschaften, die Spanier höher schätzen als fast alles andere: Einfachheit, Volkstümlichkeit und eine gewisse Schlitzohrigkeit. «Ich bin nicht anders als ihr», scheinen sein Tonfall und seine joviale Anrede zu sagen. «Das Schicksal hat mich nur an einen anderen Platz gesetzt.» Jetzt beginnt die Reparaturarbeit.

Sie ist dringend erforderlich, aber genau betrachtet, birgt nur noch der Fall Urdangarin Gefahr. Zwar haben die Medien die Frage gestellt, wie es sein könne, dass eine deutsche Adelige auf einem heimlichen Jagdtrip des Königs repräsentative Funktionen wahrnehme, die eigentlich der Königin vorbehalten sind. Aber Spanier sind bei ehelicher Untreue großzügig. Es geht hier nicht um einen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten. Sondern um einen Mann, von dem alle wissen, dass er gern Spass hat, der kein Intellektueller ist, son-



«Wenig vorbildlich»: Schwiegersohn Urdangarin.

dern ein Segler, Bärenjäger und Fussballfan. Und man will sich nicht nachsagen lassen, naiv oder heuchlerisch zu sein.

Spielball Monarchie

Bei den dramatischen Krisenkommentaren bleibt allerdings eines ausser Acht: Es gibt keinen König, der glaubhafter als Exempel für die spanische «Normalität» dienen könnte als – mit all seinen Schwächen – eben Juan Carlos selbst. Affären hatten seine Vorgänger auf dem Thron der Bourbonen auch. Ohnehin fehlt es der spanischen Krone an einem Traditionszusammenhang, der als Messlatte dienen könnte. Viele Kommentatoren ausländischer Medien wissen das nicht. Sie tun so, als hätte die Krone in «besseren Zeiten» die Ordnung garantiert. Aber das Gegenteil stimmt. Die spanische Monarchie war in den letzten 150 Jahren ihrer Geschichte ein Spielball der wahren Mächte im Land: Adel, Heer und Kirche. Sie ist, ohne Übertreibung gesagt, eher ein Beispiel für Chaos und institutionelle Anomalie.

Der Urgrossvater des heutigen Königs, Alfons XII., musste wegen der Revolution von 1868 als Zehnjähriger ins Exil nach Paris. Bevor er sieben Jahre später den Thron besteigen durfte, sah Spanien erst eine Übergangsregierung, dann einen vom Parlament gewählten «auswärtigen» König (in Gestalt von Amadeus I., dem Sohn des Königs von Italien), danach eine kurzlebige Erste Republik und anschliessend einen Staatsstreich. Alfons XII., ein Mann mit liberalen Neigungen, blieb glücklos: Mit 27 Jahren starb er an Tuberkulose. Sein Sohn, der Grossvater des heutigen Königs, regierte als Alfons XIII. zwar mehr als vier Jahrzehnte, doch 1931 musste er ins Exil. Die Parlamentswahlen hatten den spanischen Republikanismus ge-



WWF-Ehrenpräsident schiesst Elefanten: Juan Carlos (r.), Safari-Guide Jeff Rann, 2011 in Botswana.

stärkt und der Monarchie jede politische Unterstützung geraubt. Sodann folgten der Bürgerkrieg und die Franco-Diktatur.

Dies ist womöglich die kurioseste Etappe des spanischen Königshauses überhaupt. Denn der Generalísimo suspendierte die Monarchie, so wie man einen Wintermantel einmottet. Erst 1947 liess er für den Fall seines Todes per Gesetz verfügen, dass sein Nachfolger der spanische König zu sein habe. Den es aber zu jener Zeit nicht gab. Es gab nur einen Thronprätendenten im Exil, Juan de Borbón, dessen Sohn, Juan Carlos, 1938 geboren wurde. Franco übersprang kurzerhand den Vater, den er verabscheute, und liess den Sohn zum Nachfolger bestimmen. Juan Car-

Franco übersprang den Vater, den er verabscheute, und liess den Sohn zum Nachfolger bestimmen.

los, in Rom geboren, wurde also nach Spanien geschickt und im Geist des Franquismus erzogen. Seine geistlichen und militärischen Tutoren waren ideologische Kopien jener Lehrer, unter denen hundert Jahre zuvor schon sein Urgrossvater gelitten hatte. Die Ausbildung diente dazu, ihm jedes Kokettieren mit demokratischen Werten auszutreiben. Der junge Prinz musste dem Diktator versprechen, sollte er eines fernen Tages nach Francos Tod den Thron besteigen, Spanien nach den Prinzipien der nationalkatholischen «Bewegung» weiterzuführen.

Dass Juan Carlos nach dem 22. November 1975, Francos Todesdatum, das genaue Gegenteil davon tat, bleibt seine grösste Leistung. Man hatte ihn für eine Marionette gehalten, doch als die Stunde kam, erwies er sich als geschickter Machtpolitiker. Ein Wortbruch,

nicht weniger, ein mutiger Alleingang gegen das franquistische Establishment steht am Anfang der spanischen Demokratie. Der Historiker Walther Bernecker hat Juan Carlos' Rolle während der *transición* als «demokratisch-charismatische Legitimation der Monarchie» bezeichnet. Das gab es bis dahin nicht: einen Monarchen, der das Volk als Vorbild überzeugt und dessen moralischer Kredit ausserhalb dynastisch begründeter Vorrechte liegt.

Damit entkräftete Juan Carlos eine Frage, die noch niemand gestellt hatte, die seinem Ansehen aber hätte gefährlich werden können: ob ein demokratisches Spanien überhaupt einen König brauche. Längst steht fest, dass es ihn brauchte, um den Franco-Staat mit friedlichen Mitteln zu demontieren. Nur deshalb nennt man die Spanier eher «Juancarlisten» als Monarchisten. Die unparteiische, repräsentative Funktion des Königs wurde Teil der spanischen Verfassung von 1978 und steht, allem Krisenpalaver zum Trotz, nicht zur Abstimmung. Warum sollte sie?

Klug und massvoll wird Juan Carlos allerdings sein müssen, und das beginnt bei Gesten der Volksnähe wie jener, erst das eigene Gehalt offenzulegen und es sich dann aus freien Stücken zu kürzen. Am schärfsten wird der König beim Fortgang des Gerichtsverfahrens gegen Iñaki Urdangarin unter Beobachtung stehen. Während die königliche Familie auf Mallorca ihren Sommerurlaub verbrachte, blieb der Schwiegersohn in Barcelona: nicht vorzeigbar, lautet das Verdikt der Öffentlichkeit, und die Casa Real hat es verstanden. Die juristische Aufarbeitung des Betrugsfalls ist der eigentliche Glaubwürdigkeitstest, der Juan Carlos I. bevorsteht.

Paul Ingendaay ist Redaktor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Nasskalte Sommerparty

In Zürich eröffnete die Kunstsaison, *high tea* im Hotel «Baur au Lac». Von *Hildegard Schwaninger*



Der Roboter als Narziss: Bodin (r.), Hedinger.

Endlich mal ein Anlass, wo keine Fernsehkameras waren! Wo einem nicht an jeder Ecke ein Mikrofon unter die Nase gehalten wurde! Auch nichts für Vernissagen-Schnorrer, die sich zu Jahrgangschampagner mit feinen Häppchen satt essen wollen. Denn zu essen und trinken gab es nichts an der Saisoneroöffnung im Löwenbräu-Areal. Nicht mal ein Glas Wasser. Wer Hunger und Durst hatte, konnte an den Ständen auf der Terrasse Bratwürste, Pasta, Bier und Drinks erwerben. Die Wiedereröffnung der Kunsthalle Zürich und die Vernissagen der umliegenden Galerien an der Limmatstrasse waren ein Happening der gehobenen Art.

Stadtpräsidentin **Corine Mauch**, in koketten Schnürstiefeletten mit Plateausohlen zum schwingenden dunklen Kostüm, hielt, zwischen den XX-Large-Bildern von **Wolfgang Tillmans**, die Begrüssungsansprache. Die kunstaffine Gesellschaft der halben Schweiz war da, viele junge Leute, aufstrebende Künstler, ambitionöse Frauen, etablierte Sammler und Kuratoren (**Franz Wassmer**, **Guido Magnaguagno**), die wichtigsten Händler. Belebende Begegnungen, interessante Gespräche. Die Menge floatete, in der Galerie von **Iwan Wirth** zwischen den Bildern (auch XXL) von **Paul McCarthy**, bei **Bob van Orsouw** erlebte man die amerikanische Künstlerin **Hannah Greely**. Mittendrin alt Bundesrat **Moritz Leu-**

enberger, der unbehelligt und anonym (das gibt es nur in der gesegneten Schweiz, überall sonst brauchen die Ex-Politiker einen Leibwächter) im Menschengedrange mitfloatete.

In der Barbarian Art Gallery der russischen Kunsthändlerin **Natasha Akhmerova** (hier gab es Wasser und Wein) zeigte der preisgekrönte Werber **Frank Bodin** seine Kunst. Ein Projekt, gemeinsam mit **Johannes M. Hedinger** (das Künstlerduo nennt sich HEBO), in Zusammenarbeit mit dem Institut für Robotik der ETH Zürich. Roboter als Narziss, der, über



XX-Large-Bilder: Fotograf Tillmans.

die Wasserfläche gebeugt, seine Schönheit betrachtet, betender Roboter, Kreuzträger-Roboter, Roboter auf der Schaukel. Frank Bodin ist heute der Mann von **Emel**, der Sängerin; er

wurde aber von seiner Ex **Flavia Schlittler**, Journalistin und Mutter seiner Zwillingstochter, für diese Werke mit Komplimenten bedacht. Bodin erzählt von einer bitteren Ohrfeige: «Ich bin Künstler. Doch da ich als Werber tätig bin, hat die Kunstmesse Zürich es abgelehnt, mich auszustellen.»

Ein anregender Abend. Leute, die sich sonst auf Facebook treffen, kamen wieder einmal persönlich in Kontakt. Nach dem Rundgang durch den von den Architekten **Gigon/Guyer** und **Atelier WW** umfassend renovierten Kunsttempel gab es, auf der Terrasse bei Discomusik, die grosse Sommerparty – bei nasskaltem Wetter.

Manuela Weber war acht Jahre als rechte Hand von Direktor **Michel Rey** im Hotel «Baur au Lac» tätig. Dann bekam sie vier Söhne (ihr Mann **Mark Weber** arbeitet bei Goldman Sachs), und jetzt ist sie wieder ins Berufsleben eingestiegen. Sie gründete **Cinnamon Circle**, eine Firma für Hotel-Promotion, die für internationale Hotels der Luxusklasse Public Relations und Marketing macht. Ihr Partner ist der Journalist **Jörn Pfannkuch**, Sohn eines Münchner Verlegers. Manuela Weber hat wenig Zeit, ihr Golf-Handicap 33 zu verbessern, aber sie ist so eine strahlende positive Erscheinung, dass **Mike Gut** (der Sohn von Ex-Bankier **Rainer E. Gut** ist Gastronom und hervorragender Golfspieler) trotzdem Freude hatte, als er kürzlich an einem Charity-Turnier mit ihr spielte.



Frauen in der Überzahl: Managerin Dhugga.

Das Cinnamon-Circle-Tandem lud zu einem *high tea* im «Baur au Lac», um das Hotel «Dukes» in London vorzustellen. **Debrah Dhugga**, General Manager des «Dukes», präsentierte das Boutique-Hotel im Herzen Londons, wo **Alessandro** die besten Martinis mixen soll und es eine **Perrier-Jouët-Lounge** gibt (ganz in Lindgrün), als besonders geeignet für Frauen. Das passte, denn zu dieser *tea party* (Lifestyle-Journalistin **Sandra Bauknecht** fotografierte fleissig) versammelten sich fast ausschliesslich Frauen. Hahn im Korb war Reiseunternehmer **George Müller** von **Cosa Travel**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Top 10

Knorr's Liste

1	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	★★★★★
2	Magic Mike Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆
3	Le Prénom Regie: M. Delaporte / A. Patellière	★★★★☆
4	Prometheus Regie: Ridley Scott	★★★★☆
5	Brave Regie: Mark Andrews	★★★★☆
6	Ted Regie: Seth MacFarlane	★★★★☆
7	The Expendables 2 Regie: Simon West	★★★☆☆
8	Total Recall Regie: Len Wiseman	★★★☆☆
9	Nachtlärm Regie: Christoph Schaub	★★★☆☆
10	Das Missen-Massaker Regie: Michael Steiner	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (-)	The Expendables 2 Regie: Simon West	34 055
2 (-)	Step-up 4 Regie: Scott Speer	30 453
3 (1)	Magic Mike Regie: Steven Soderbergh	21 640
4 (2)	Ted Regie: Seth MacFarlane	18 721
5 (5)	Ice Age 4 (3-D) Regie: Steve Martino	8 379
6 (6)	Brave Regie: Mark Andrews	8 236
7 (4)	Starbuck Regie: Ken Scott	7 561
8 (3)	Total Recall Regie: Len Wiseman	7 330
9 (7)	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	5 553
10 (-)	To Rome with Love Regie: Woody Allen	5 206

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Hunger Games (Impuls)
2 (-)	Battleship (Universal)
3 (-)	Der Verdingbub (Ascot Elite)
4 (-)	Türkisch für Anfänger (Rainbow)
5 (-)	War Horse (Disney)
6 (-)	The Lucky One (Warner)
7 (-)	Hugo (Ascot Elite)
8 (-)	Die Piraten (Sony)
9 (1)	Zorn der Titanen (Warner)
10 (4)	The Woman in Black (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Fest entschlossen: Meryl Streep in «Hope Springs».

Kino

Lichtlose Ehe

Ein altes Paar sucht einen Neuanfang. Was Meryl Streep und Tommy Lee Jones in «Hope Springs» daraus machen, ist virtuos. Von Wolfram Knorr

Es gibt keine präzisere Radar-Antenne für Zeitströmungen als den Film. Wandlungen von Denkgewohnheiten und Traditionen greift er sofort auf. Ingmar Bergmans «Szenen einer Ehe» (1973) kam zu der Zeit, als man die heilige Kuh Ehe und Familie zu schlachten begann. Das autobiografisch-exhibitionistische Psycho-Katastrophenkino wurde fast zur neuen Gattung. Jahrzehnte später, als Folge der demografischen Veränderung in der Gesellschaft, reagierte das Kino aufs Alter – von Clint Eastwoods «The Bridges of Madison County» (1995) über Alexander Paynes «About Schmidt» (2002) bis Sarah Polleys «Away from Her» (2006) und Stephen Frears' «The Queen» (2006). Altstars wie Jack Nicholson, Julie Christie, Helen Mirren, Judi Dench, Morgan Freeman, Clint Eastwood etc. sind nicht bereit, wehmütig zurückzublicken, sondern demonstrieren Selbstbewusstsein in ihrem Seniorendasein und wollen nicht auf Liebe und Sex verzichten.

Um nichts anderes geht es in der bitteren Komödie «Hope Springs» von David Frankel («The Devil Wears Prada»). Meryl Streep und Tommy Lee Jones sind das Ehepaar Kay und Arnold Soames, seit dreissig Jahren verheiratet und so aneinander gewöhnt, dass ihre Ehe in der Routine des täglichen Miteinanders zur grossen Stille wurde. Es gibt kein Auf und Ab

mehr, nur einen fast choreografierten Gleichklang. Sie haben getrennte Schlafzimmer, nach dem Essen pennt er vor dem Fernseher, und am Morgen zu Speck und Ei liest er die Zeitung. Frankel und seine Autorin Vanessa Taylor betten das Paar – er Buchhalter, sie Hausfrau, die gelegentlich in einer Boutique aushilft – in ein Ambiente gehobenen Mittelstands mit der Neigung zur Kitsch-Begehlichkeit, in der alle Träume und Begehlichkeiten völlig sonnendicht versacken.

Um wieder Licht in die Beziehung zu bringen, hat sich Kay finster entschlossen, den Paartherapeuten Dr. Feld (Steve Carell) in Maine aufzusuchen; der mürrische Gatte hält das natürlich für ausgemachten Quatsch. Verblüfft, dass sie sich von ihrem Vorhaben durch nichts beirren lässt, folgt er ihr wie ein Hündchen, das Angst hat, alleingelassen zu werden. Und so kommt es zu einem Wochenende auf der Couch von Dr. Feld, wo sie sogar über ihre Sexualität reden müssen – vor einem Fremden! Wie sich Tommy Lee Jones mit seiner faltig-abzerfleischten Physiognomie abrackert, um zu bewahren, was für ihn Männlichkeit ausmacht, aber zugleich nicht nach Verklemmung aussieht, das ist eine Mimen-Glanzleistung. Und Meryl Streep, die vor Trübsinn leuchtet, sucht den in sich verkrochenen Gatten über das Gespräch mit Dr. Feld aufzubre-

chen. Wenn sie ihn von der Seite mustert, guckt sie, als suche sie den Kopf einer Schildkröte, der unter dem Panzer verschwunden ist. Die Kinder sind längst aus dem Haus, das Paar wieder alleine, und in Kays offenem Gesicht blüht wieder das Bedürfnis nach Zärtlichkeit auf, nach Zweisamkeit, Kommunikation. Zwei Lebensgefährten, nebeneinander auf der Couch, ganz nah und zugleich ganz weit weg. Ein virtuoses Schauspielers-Ausdrucksspiel. ★★★★★

Weitere Premieren

The Cabin in the Woods — Der Start ins barocke Horror-Theater verläuft (fast) nach dem üblichen Muster: Fünf Freunde wollen draussen im Wald eine schöne Weekend-Sause feiern – und schon kommen die blutgierigen Monster. Doch eben nur fast, denn die Jungens und Mädels sind Versuchskaninchen, was sie nicht wissen, aber der Zuschauer sehr früh erfährt. Drew Goddards Regie-Erstling (Co-Autor von «Lost» und «Cloverfield») ist ein komplett überdrehtes, ständig um Aufgipfelung bemühtes Horror-Panoptikum, in dem alles zum Zuge kommt, was Grusel versprechen soll. Aber damit nicht genug: Auch das dramaturgische Konzept will alles sein, was angesagt ist: «Big Brother», «Reality», Splatter etc. Ein pseudohochkochender und -brüllender Mummenschanz. Offenbar sah



Horror-Panoptikum: «The Cabin in the Woods».

das auch das Studio so; lange wusste es nicht, wie es den Irrsinn, der bereits 2009 fertig war, bewerben sollte. ★★☆☆☆

Paranorman — Noch mal Grusel, aber diesmal mit Puppen und der reizvollen Stop-Motion-Animation. Wie bei «Coraline» (2009) wird auch hier gekonnt mit surrealem Charme



Bald lacht niemand mehr: «Paranorman».

gespielt. Der 11-jährige Norman kann Verstorbene sehen und mit ihnen reden, was ihm natürlich niemand glaubt. Doch bald lacht niemand mehr, bald muss er sein Heimatstädtchen vor einem uralten Geisterfluch retten. Hübsch, mit reizvollen Einfällen, auch wenn die Story-Erfinder schwer im Gehege von Stephen King aasten. ★★☆☆☆

No Man's Zone — Beklemmende Dokumentation über die kontaminierte Zone der Fukushima-Atomreaktoren. Regisseur Toshi Fujiwara dringt in die Region ein, zeigt die Zerstörung, lässt die Menschen zu Wort kommen, bezieht sich in seiner Gestaltung auf Andrei Tarkowskis legendären «Stalker» (1979). Ein Kundschafter führt Menschen illegal in verbotene Zonen, in denen es rätselhafte Erscheinungen gibt. Fujiwaras Analogie gerät dadurch zu pathetisch. Wo Tarkowski fiktiv war, sind Fujiwaras Bemühungen, Fukushima ähnlich zu sehen, doch sehr artifiziell. ★★☆☆☆

Fragen Sie Knorr

Filmkritikerinnen und Filmkritiker kritisieren meistens Patriotismus in Filmen. Warum, was ist so falsch daran? Ich liebe Patriotismus im Film.

R. S., Oberägeri



Als bei der Europameisterschaft die deutsche Nationalelf ihre Nationalhymne nicht mitsang, wurde in den Medien gemeckert. Patriotische Gesinnung ist wieder gefragt, selbst in Deutschland mit seiner patriotisch pervertierten Vergangenheit. Das europäische

Kino hat, selbst in Ländern, die es nicht nötig hätten, trotzdem Skrupel mit der Darstellung visueller Ergriffenheit. Das US-Kino kennt sie nicht. Über allen Hollywood-Storys treibt ein emotionaler Schaum, der bei der musikalischen Visualisierung von Patriotismus kräftig abgeschöpft und verdickt wird. Häufig ist das dramaturgisch völlig plausibel; dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Ebenso häufig wird's leider zur hohlen Schaumschlägerei.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Sloterdijk ist schöner

Von Rico Bandle

Die Online-Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* startete letzte Woche eine Umfrage über Philosophen. Gefragt wurde nicht etwa nach dem geistreichsten oder interessantesten lebenden Denker, sondern nach dem schönsten. Die angestrengt lustige Mister-Schöngeist-Wahl fand bei der Leserschaft nur mässig Anklang, das Resultat ist trotzdem bemerkenswert: An erster Stelle steht der schnauzbärtige Peter Sloterdijk in seinem verstrubbelten Clochard-Look, an letzter der Schönling Richard David Precht.

Diese kleine Online-Umfrage wäre nicht der Rede wert, lägen sich die beiden Popstars unter den deutschen Philosophen nicht auch sonst in den Haaren. Das ZDF setzte kürzlich Sloterdijks «Philosophisches Quartett» ab, dafür erhielt Precht eine eigene Talkshow. Nach der Absetzung attackierte Sloterdijk seinen Nachfolger: Er nannte Precht einen «Popularisator», der eine ähnliche Klientel wie der Walzergeiger André Rieu bediene.

Letzten Sonntag war nun die Premiere von «Precht» im ZDF; der Bestsellerautor hatte den Neurobiologen und Bildungskritiker Gerald Hüther zu Gast. Das Gespräch nahm sogleich eine eigenartige Dynamik ein: Precht dozierte über die Theorien Hütthers, als seien es seine eigenen, und liess sie dann von seinem Gast mittels Suggestivfragen bestätigen. Das klang etwa so:

Precht: «Die Schüler müssen heute einfach Vorgaben erfüllen. Dabei wäre es die wichtigste Aufgabe der Schule, Potenziale zu entdecken, zu fördern. Aber setzt das nicht ganz andere Lehrpläne voraus, müssen nicht andere Menschen aus anderen Motiven Lehrer werden, damit sie solche Potenzialentfaltungs-Coachs auch wirklich sein können?»

Hüther: «Natürlich. Und das wird auch so sein. Weil wir uns das gegenwärtige System nicht länger leisten können.»

Gegenseitige Eintracht, kein Widerspruch, keine Reibung. Wenn man sich dermassen einig ist und ohnehin alles schon weiss: Weshalb muss man dann noch diskutieren? Und weshalb drei viertel Stunden lang? Den knorrigen Sloterdijk am Fernsehen zu sehen, war tatsächlich schöner.

Precht: Sonntag, 2. September, ZDF



Meine Kunst

Unser Kolumnist bleibt in Zürich, weil er arbeiten muss. Gut, dass ein Museum eröffnet und der Art-Herbst anfängt.
Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Zürich («schon wieder», hätte ich schreiben können). Der Grund ist: Wer noch nicht wirtschaftlich unabhängig ist, muss arbeiten. Und dafür ist Zürich gut respektive der richtige Platz (ich stellte die Mode- und Stil-Beilage der *Weltwoche* her, die neu *WW-Magazin* heisst und am 20. September mit dieser Zeitschrift an Abonnenten in der Schweiz versandt wird beziehungsweise ab dann am Kiosk erhältlich sein wird; wer die *Weltwoche* im Ausland erhält/kauft, kann das neue *WW-Magazin* bei *yours truly* bestellen, so viel Bereitschaft zu dienen muss sein).

Ausserdem fand die offizielle Eröffnung des erneuerten und erweiterten Löwenbräu-Areals statt (wahrscheinlich nicht weil MvH in der Stadt war – wohl ein Zufall). Mit anderen Worten: In der Kunsthalle Zürich sowie verschiedenen Galerien, die sich in dem Gebäude beziehungsweise in der Nähe befinden, wurde die Saison mit neuen Ausstellungen begonnen. Der Umbau beziehungsweise die Renovierung (Gigon/Guyer Architekten, Atelier WW [hat nichts mit *WW-Magazin* zu tun]; viel Weiss, wenig Verzierung) hat in meinen Augen zu einem guten Ergebnis geführt, ich empfehle einen Besuch. Die Zeitabstimmung Ihres Kolumnisten war *spot on* – er kam genau zu der Zeit, als die Ansprache von **Beatrix Ruf**, Kunsthalle-Direktorin, zu Ende war.

Die Werke von Wolfgang Tillmans – eine Werkgruppe mit Namen «Neue Welt», in der Kunsthalle bis 4. November – gefielen mir sehr (schon klar, in meiner Fotokunst-Kleinst-

sammlung ist eine Arbeit von ihm enthalten). Wer Ansprachen von Museumsdirektorinnen schwänzt, sollte keine Kunstkritik machen, von mir aus gesehen. Darum nur so viel: Fotograf Tillmans, mit 44 ein sogenannter *mid-career artist*, wird immer besser. Seine abstrakten Werke sind stark, in meinen Augen, Landschaften und Stilleben ebenso, und seit neustem finde ich auch seine Porträts schön (keine Männerfreunde mehr, die nackt in Bäumen sitzen).

Der *artiste* war anwesend, logisch. Und wenn wir es davon haben: MvH ist keiner, dem es ein Anliegen ist, mit Künstlern ins Gespräch zu kommen. Weniger weil ihm das groupiemässig vorkommt, mehr weil er nicht das Bedürfnis spürt, etwas über das Werk zu sagen, was der Künstler schon lange weiss im besten Fall, wahrscheinlicher aber nicht so sieht oder langweilig findet (und weil sogar ich es irgendwie komisch finde, nicht darüber zu sprechen – ich meine, die Bilder sind so etwas wie der Elefant im Zimmer). Hans-Ulrich Obrist, ein Kurator, stellte mir Tillmans einmal vor, nur zum Sagen, in der Serpentine Gallery in London, als dort seine Einzelausstellung öffnete. Das ist natürlich cool (er sagte, ich sei Sammler und wichtig), dennoch fand ich es eine Erleichterung, als Tillmans den Katalog signierte («Für Mark, sehr herzlich, Wolfgang Tillmans, 1st copy signed») und ihm der nächste wichtige Sammler vorgestellt wurde.

Ferner geht es einem ähnlich, wenn einem andere Besucher begegnen, ist mein Eindruck. Die meisten meinen, man erwarte von ihnen einen gescheiterten Satz zu der Ausstellung oder wenigstens einen lustigen (was eine hohe Erwartung ist). Mir sagte man, dass die Ansprache von Direktorin Ruf interessant gewesen sei (erinnerte mich an früher, als ich in Nachtclubs ging, bloss mit umgekehrter Ausgangslage – in Nacherzählungen wurde die Party immer super, kurz nachdem ich abgehauen war). Wer mir begegnete (nicht repräsentative Auswahl, bloss wichtige Sammler/Leute): **Beda Achermann**, **Dorothee Vogel**, **Urs Stahel**, **Andreas Ritter**, **Roman Plutschow** plus einer, der in dieser Spalte nicht vorkommen möchte, weil scheinbare Nähe zu mir nicht gut sei für sein Geschäft (das ist hart – er besitzt eine Bank).

Die gute Nachricht aus Zürich: Kommende Woche findet das 3. International Radio Festival statt (mit dem Gründer, Darryl von Däniken, bin ich bekannt). Am Montag, 10. September, von 18 bis 20 Uhr, gibt es Audio-MvH sozusagen – er spricht beziehungsweise liest nicht, keine Angst, er spielt Musikstücke, die ihm gefallen (während der sogenannten Warm-up-Session; ab 12. ds.M. sind dann ausschliesslich *professionals* dran). Zu hören auf 104,1 MHz in Zürich Nord; 96,9 in Zürich Süd; Kabel in der ganzen Schweiz und auf www.international-radiofestival.com überall.

Gesellschaft

Später Samen

Von **Beatrice Schlag** — Nicht nur Mütter, auch Väter sollten jung Kinder kriegen.

Unter dem Titel «Hilfe, meine Oma ist schwanger» veröffentlichte die *Weltwoche* vor einigen Monaten einen Bericht über Frauen, die dank moderner Fortpflanzungsmedizin und Eizellenspende Mütter wurden, obwohl sie das Pensionsalter bei der Geburt bereits überschritten hatten.

Der Fortpflanzungsspezialist Peter Fehr sagte im Gespräch, er würde den Kinderwunsch einer 66-Jährigen auf keinen Fall erfüllen. Er würde sie auch nicht in ein Land vermitteln, wo die Gesetze das erlauben, obwohl er das dürfte. In-vitro-Befruchtungen in der Schweiz sind nur erlaubt, wenn beide Eltern voraussichtlich in der Lage sind, das Kind bis zur Volljährigkeit zu erziehen. Der Arzt muss also die Behandlung einer Dreissigjährigen ablehnen, wenn ihr Partner siebzig ist. Persönlich würde Fehr das vertretbare Höchstalter für zeugungswillige Männer bei sechzig ansetzen.

Herr Fehr sollte schleunigst umdenken. Nicht aus Gleichstellungsgründen. Keine Frau mit gesunden Gehirnzellen fordert das Geburtsrecht für AHV-Bezügerinnen. Sondern weil der Samen mit dem Alter nicht gesünder wird. Nicht umsonst akzeptieren die meisten Samenbanken nur Spender unter vierzig. Dass danach die Punktmutationen in den Samenzellen zunehmen, die zu Krankheiten wie Zwergwuchs führen können, ist seit einiger Zeit bekannt.

Vor zwei Wochen publizierte das renommierte Wissenschaftsmagazin *Nature* eine weitaus alarmierendere Studie. Kinder mit Autismus und Schizophrenie haben überdurchschnittlich oft alte Väter. Ihr Spermium in jungen Jahren tiefkühlen zu lassen, warnen Wissenschaftler, sei für Männer möglicherweise auch nicht unbedingt die Lösung des Problems. Denn noch weiss niemand, ob jahrelang vereiste Samenzellen eine intakte DNA behalten. Es gilt also nach wie vor: Je jünger die Eltern, desto grösser die Chance auf gesunden Nachwuchs. Die Kinder kann ja niemand fragen, nur beobachten, wenn sie einmal da sind. Und die sind unglaublich stolz auf ihre Eltern, wenn Mama noch schön ist wie eine Prinzessin und Papa jeden Ball im Tor versenkt.



So duftet dieser Herbst

Von Jürg Zbinden

1 — Der neue Prada-Herrenduft segelt unter dem Namen «Luna Rossa». Er ist Ausdruck der Naturverbundenheit und der Leidenschaft für Innovation. Bitterorangen-Essenz setzt die intensive Duftnote des Lavendels unmittelbar frei. Lavendel, aromatischer Muskatellersalbei und Pfefferminz-Essenz transportieren den Eindruck von Weite und rauen, natürlichen Elementen. Synthetisches Ambroxan und moschusartiges Ambrette absolue sorgen für eine holzig-ambrige Signatur. Den von Daniela Andrier kreierten Herrenduft gibt es in drei Grössen: 50 ml (Fr. 87.–), 100 ml (Fr. 117.–) und 150 ml (vorerst nicht in der Schweiz lanciert). Ab Ende September im Fachhandel.



2 — Im Jahr 1917 lancierte Shiseido die ersten original japanischen Düfte. Vorher waren Parfüms in Japan entweder importiert oder minderwertige Kopien. Shinzo Fukuhara war der Erste, der edle Düfte aus japanischen Blüten entwickelte, und Wegbereiter eines neuen Duftkonzepts: das Parfüm als Kunst. «Zen Secret Bloom», ein Eau de Parfum intense, ist ein blumiger Chypre-Duft mit Noten von Jasmin absolue und Freesien, der vom Meisterparfumeur Michel Almairac kreiert wurde. Der goldene Flakon ist Ausdruck höchster Handwerkskunst. Die limitierte Edition zu 50 ml kostet um Fr. 106.–.



3 — Der Duft von explosivem Schiesspulver, Rauch und Feuerstein trifft auf die grüne Energie des Urwalds und den anregenden Duft von Kräutern. Die Kopfnote der grünen Urwaldblätter verschmilzt im Herzen mit Feuerstein und Koriander und wird mit einer rauchenden Explosion von Schiesspulver und weissem Moschus finalisiert. «Amazingreen» von Comme des Garçons ist eine Entdeckung. 100 ml kosten Fr. 146.–, 50 ml Fr. 110.–. Im schillernden Handschmeichler.



4 — Acqua di Parma erkundet die opulente Dufttradition der arabischen Welt. Eine Welt, in der seit Urzeiten Aromen und Essenzen eine herausragende Stellung einnehmen und wo Parfüm einst einen sakralen und therapeutischen Wert besass. Pures Agarholz ist Herzstück einer originellen Reinterpretation von «Colonia», das die Kopfnote mit frischen und für Colonia typischen Zitrusnoten beibehält. «Colonia Intensa» (EdC concentrée) ist bei ausgesuchten Depositären erhältlich.



Gral des Chardonnay

Von Peter Rüedi



Etikettentrinker brauchen keinen Wein-
händler, zumindest nicht in dessen nobels-
ter Funktion als Berater. Was ein Haut-Brion
taugt oder ein Côte-Rôtie von Château
d'Ampuis, ist im Speziellen jeder Fachzeit-
schrift zu entnehmen und im Allgemeinen
sowieso bekannt: Sie sind immer gut. Die Frage
ist nur, was sie kosten. Die Happy Few, denen
solches egal ist, müssen sich nur entscheiden,
wie viel zu viel ihnen ihr Prestige wert ist. Ein
Weinhändler, dem am delikaten Gleichgewicht
zwischen Kaufmann und Menschenfreund
liegt, beweist sich in den Nischen, im vermeint-
lich Unscheinbaren, oder etwa darin, dass er,
wie in diesem Fall Peter Riegger, aus einer re-
nommierten Provenienz nicht den überall
gefeierten Superlativ empfiehlt. Aus dem nörd-
lich von Beaune gelegenen Pernand-Vergelesses
(wer wird da nicht schon beim Namen schwach!)
also nicht die mythische Domaine Bonneau du
Martray, sondern eine Flasche von Rapet Père et
Fils. Sie stammt nicht einmal von dessen gegen
Corton-Charlemagne gelegener Renommier-
lage Sous Frétille, sondern aus der schlichteren
nördlicheren Les Combottes. (Der Pommard
von Bouzereau respektive Franz Wermuth war
auch so ein Fall, s. *Weltwoche* Nr. 32/12.)

Genug der Weingeografie, zur Sache: zu
diesem vitalen, grossen, würzigen Pernand-
Vergelesses mit feinfruchtig-eleganter Nase,
den typischen Feuersteinnoten und einem dis-
kreten Honig-Timbre. Auch der «Combottes»
ist nämlich ein Chardonnay gewissermassen
vom Gral. Er rückt mal wieder die Verhältnisse
zurecht. So sei hier also mit dem Importeur für
einmal nicht der grössere, sondern der be-
scheidenere kleine Bruder von Rapet empfo-
hlen. Bescheiden? Der Preis mag den einen oder
die andere noch immer schrecken. Sie mögen
es mit mir halten: in der Beiz Offenqualitäten
ordern, oder auch mal ein Bier, solange der
Wirteverband einen Faktor empfiehlt, bei dem
für das, was dieser fabelhafte Burgunder kos-
tet, gerade mal ein schlichter Riesling × Sylva-
ner getischt wird. Und aber dann: zu Hause
das entkorken, was wir wirklich meinen.
Diesen Pernand-Vergelesses zum Beispiel.

Rapet Père et Fils: Pernand-Vergelesses Les Combottes
2010. 13%. Riegger. Fr. 34.60. www.riegger.ch

Beamte auf der Couch

Von Andreas Thiel — Wenn Staatsangestellte nicht mehr schlafen
können, dann hilft vielleicht der Psychiater. Vielleicht aber auch
nicht.

Beamter: Doktor, ich habe immer den gleichen Traum.

Psychiater: Falls es der Traum vom geeinten Europa ist, dann beachten Sie ihn einfach nicht. Er hat mit der Realität nichts zu tun.

Beamter: Ich träume nicht von einem geeinten Europa.

Psychiater: Nein? Da haben Sie Glück. Der Traum scheint nämlich sehr hartnäckig zu sein und gilt als nur schwer therapierbar. Sie leiden nicht zufällig an diesem Traum von der gewaltfreien Welt, in welcher es keinen Hunger und keinen Müll gibt, wo alles ohne Strom und Benzin wie von alleine läuft – und Sie sind ein angesehen Mann, der von allen geliebt wird, weil Sie diese Welt mit Ihrer genial ausgeklügelten Sensibilisierungskampagne angeregt haben?

Beamter: Nein.

Psychiater: Nein? Dann entschuldigen Sie bitte, ich dachte, Sie seien Politiker.

Beamter: Ich bin Staatsangestellter.

Psychiater: Aha, dann ist es bestimmt der unter Staatsangestellten weitverbreitete Traum von der Südseeinsel, wo Sie als Schiffbrüchiger erst einmal alles registrieren wollen und die Affen ihnen dann aber gründ-

lich einen Strich durch die Rechnung machen, indem sie jeden Tag die Palme wechseln.

Beamter: Nein, ich kämpfe in meinem Traum gegen den Tod.

Psychiater: Das ist interessant. Und durchleiden Sie furchtbare Todesqualen?

Beamter: Nein, ich kann noch nicht sterben, weil ich meine Steuererklärung nicht ausgefüllt habe.

Psychiater: Das ist ja furchtbar.

Beamter: Ja, und stellen Sie sich vor, ich sterbe dann jeweils trotzdem.

Psychiater: Oh, mein Gott. Und was passiert dann?

Beamter: Dann klopfe ich an die Himmelstür, aber keiner macht auf.

Psychiater: Wieso? Ist keiner zu Hause?

Beamter: Neben der Himmelstür lese ich ein grosses Schild, wo draufsteht: «Einlass nur auf Voranmeldung – Öffnungszeiten Eilschalter: 14–15 Uhr an jedem zweiten Montag jeweils vom 29. Mai bis 5. Juni in jedem dritten Schaltjahr.» Und dann kommt eine grosse, schwarze Limousine, holt mich ab und bringt mich zur

Hölle. Aber da muss ich erst die Minderwertsteuer entrichten.

Psychiater: Die Minderwertsteuer?

Beamter: Ja, weil mein Amt die Mehrwertsteuern eingezogen hat. Der Teufel sagt, wir hätten mit der Mehrwertsteuer den Wert der Arbeit vermindert, und ich müsse deshalb rückwirkend auf meine ganze Arbeit eine Minderwertsteuer entrichten.

Psychiater: Und wie bezahlen Sie das?

Beamter: Mit tausend Jahren Fegefeuer.

Psychiater: Sind Sie katholisch?

Beamter: Nein.

Psychiater: Gut, dann besteht Hoffnung. Ich werde jetzt eine kleine Traumtherapie mit Ihnen durchführen. Schliessen Sie die Augen. Ihr Kopf wird schwer, Ihre Glieder werden schwer. Woran denken Sie?

Beamter: An meine Arbeit.

Psychiater: Gut, versuchen Sie jetzt an nichts mehr zu denken. Lassen Sie die Bilder vor Ihrem geistigen Auge auftauchen. Ihr Atem geht langsam. Sie sind schläfrig. Was sehen Sie?

Beamter: Mein Büro.

Psychiater: Gut, äh, wir gehen jetzt zu einer Blumenwiese. Sehen Sie die Wiese?

Beamter: Nein, wenn ich zum Bürofenster rausschaue, dann

sehe ich den Bratwurststand.

Psychiater: Meinetwegen, äh, dann gehen wir jetzt mal nicht über die Blumenwiese zum Baum, sondern aus dem Büro raus zum Bratwurststand. Was sehen Sie da?

Beamter: Alle Beamten stehen um den Bratwurststand und essen Bratwürste.

Psychiater: Gut, dann kaufen Sie sich auch eine Bratwurst.

Beamter: Geht nicht. Ich habe keine Bewilligung.

Psychiater: Sie haben keine Bewilligung, um eine Bratwurst zu kaufen?

Beamter: Nein, ich darf mein Büro während der Arbeitszeit nicht verlassen.

Psychiater: Wieso? Die anderen Steuerbeamten sind doch auch hier.

Beamter: Ich bin nicht Steuerbeamter, ich bin der Portier.

Psychiater: Oh! Dann dürfen Sie jetzt aufwachen. Vergessen Sie den Traum. Ich versichere Ihnen, Sie kommen in den Himmel.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist





Auto

«Der Lamborghini ist jetzt da»

Der Supersportwagen Aventador ist eine exzentrische Erscheinung, und wer ihn fährt, kann was erleben. *Von David Schnapp*

Kurz nach neun klingelte das Telefon, die nette Dame vom Empfang sagte: «Der Lamborghini ist jetzt da.» Aus Italien wurde mir ein Aventador vors Büro gebracht. Man erlebt viele schöne Momente als Autotester, aber solche sind doch selten. Die Erscheinung des Aventador ist einmalig. Um ihn zu beschreiben, kommen einem nur die ganz grossen Adjektive in den Sinn: extrem, krass, böse. Das Auto ist mit erstaunlicher Konsequenz und einer Prise italienischen Humors gezeichnet worden. Wie mit dem Beil aus einem Eisblock geschlagen wirkt der flache und ziemlich breite Wagen.

Lamborghini Aventador LP 700-4

Leistung: 700 PS, Hubraum: 6498 ccm
 Höchstgeschwindigkeit: 350 km/h
 Preis: Fr. 433 000.–



Ein Objekt von einem anderen Stern. Ein waffenfähiges Raumschiff, gelandet, um den letzten grossen Kampf zu bestehen. Der Dienstwagen von Darth Vader, das Zweitauto von Batman.

Das Überraschendste an diesem Auto ist, dass es den Leuten Freude macht. Die radikalste Erscheinung, die man sich auf vier Rädern kaufen kann, ist im richtigen Leben ein völkerverbindendes Element. Lachende Gesichter, wo man hinfährt, Töfffahrer heben die Daumen, Männer grinsen. Wenn ich das mattschwarze Raumschiff irgendwo geparkt hatte, dauerte es nicht lange und eine kleine Menschentraube sammelte sich darum – darunter besonders viele Frauen. Ich bekam Mails, Komplimente und ungeahnte Aufmerksamkeit. Der Aventador ist ein Sympthieträger. Zum Schluss einer Ausfahrt nach Deutschland wurde ich an der Schweizer Grenze herausgewinkt. Der Zöllner wollte Belege dafür, dass es mir erlaubt ist, ein Auto mit italienischem Nummernschild zu fahren, und er prüfte, ob nicht eine unbezahlte Geschwindigkeitsbusse im System vermerkt ist. War die Begegnung

anfänglich noch eher streng, wurde der Beamte danach schneller weich, als der Aventador von 0 auf 200 beschleunigen kann, fragte, wie sich der Wagen denn fahre, machte Komplimente und fotografierte das Auto mit seinem Handy. Dienst nach Vorschrift war das wohl nicht.

Geht ganz einfach

Wie er sich fährt? Unglaublich leicht. So martialisch das Kampfraumschiff von aussen aussieht, so wohlriechend und übersichtlich ist es von innen. Nach ein paar Sekunden findet man sich zurecht, drückt den roten Startknopf, der wie die Zündung einer Rakete unter einer roten Klappe steckt, und im Nacken ertönt ein erstes akustisches Statement des famosen Zwölfzylindermotors. Man legt den Gang ein, und der Aventador setzt sich mit leichtem Bocken in Bewegung. Dieses Auto kann jeder fahren. Klar, es ist breit und ziemlich unübersichtlich, aber es war wahrscheinlich noch nie so einfach, so viel Kraft auf vier Rädern im Griff zu haben. Manche finden ja, das spreche gegen den Extrem-Lamborghini. Ich halte aber nichts von dem Gedanken, dass starkmotorisierte Autos einem nach dem Leben trachten sollten, wie das bei manchen älteren Modellen wohl der Fall gewesen sein muss.

Fazit: Was will man mehr? Der Aventador sieht aussergewöhnlich aus, die Frauen lieben ihn, und er fährt sich grossartig.

Ein Leben lang

Die Journalistin Alexandra Stühff, 42, und der Kameramann Claus-Dieter Hertler, 49, heiraten im November – in Zürich und in Stuttgart.

Claus-Dieter: Als ich Alexandra bei Dreharbeiten vor viereinhalb Jahren zum ersten Mal sah, war ich hin und weg. Ich versuchte, sie mit ausgeklügelten Kameraeinstellungen zu beeindrucken. Nach wenigen Tagen wusste ich, dass sie ein Fan von alten Sportautos ist. Ich ging in die Redaktion und legte ihr meine Autoschlüssel auf den Tisch. Sie war ein bisschen perplex.

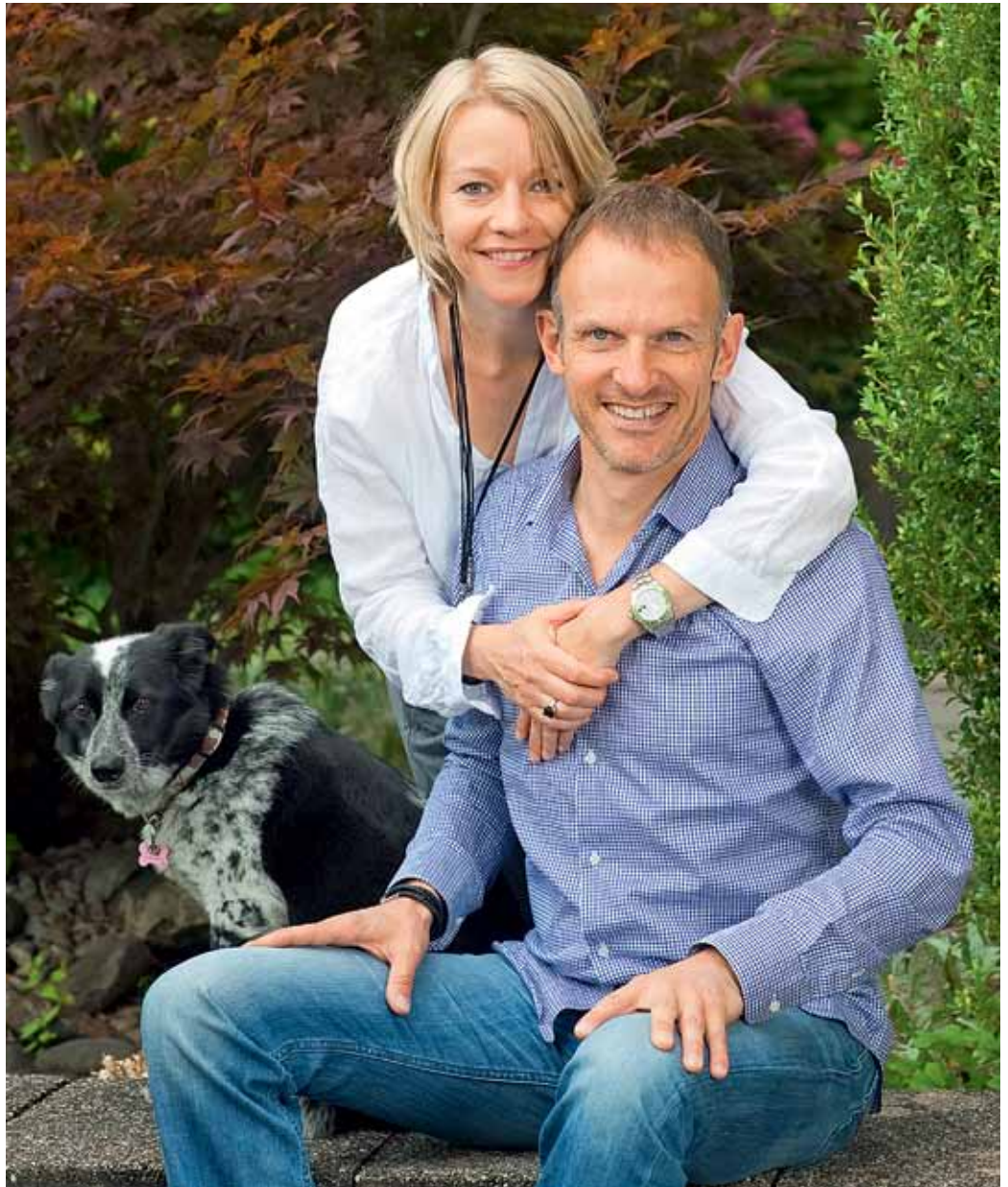
Alexandra: Die Ausfahrt war ein Riesenspass und eine sehr liebevolle Überraschung von «CD». Alle nennen ihn so, schon seit Schulzeiten. Wir haben uns vom ersten Tag an eine Menge zu erzählen gehabt. Ich habe mich gefreut, morgens in die Redaktion zu gehen. Vor allem seinetwegen.

Claus-Dieter: Zwei Wochen habe ich an mich gehalten. Dann gestand ich Alex, dass ich mich in sie verliebt hatte. Ich war auf eine charmante Absage gefasst, aber das war mir egal. Es musste einfach raus, sonst wäre ich geplatzt.

Alexandra: Ich sass da, mit Kaffeebecher in einem fensterlosen Kämmerchen im Keller der Redaktion, und erlebte gerade den romantischsten Moment meines Lebens.

Claus-Dieter: Dem Satz «Ich auch» folgten unglaubliche Stunden. Ich war noch nie glücklicher, und gleichzeitig stellte sich eine grosse Ruhe ein, weil ich jetzt wusste: Für den Rest, für das, was kommen wird, haben wir ein ganzes Leben lang Zeit. Wir verabschiedeten uns. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir uns weder geküsst noch berührt, es war alles sehr unschuldig und daher auch sehr romantisch. Ich wusste mit absoluter Sicherheit, dass sie die Liebe meines Lebens wird, der Lebensmensch für immer. Acht Stunden später klingelte ich bei ihr an der Haustüre.

Alexandra: Ich hatte gerade eine Tonmaske aufgelegt, die sich bröckelnd von meinem Gesicht zu lösen begann. Kann man so einer noch frischen Liebe unter die Augen treten? Nach einigem Hin und Her betätigte ich den Türöffner, und seither sind wir zusammen glücklich. Nach einem Monat ging ich in die Schweiz zurück. Seitdem pendeln wir praktisch jedes Wochenende. Was als moderne Beziehungsform gilt, stellt ziemlich grosse Ansprüche an beide.



«Acht Stunden später klingelte ich bei ihr an der Haustüre»: Liebespaar Hertler-Stühff.

Man freut sich dermassen auf das Wochenende, auf den anderen und merkt gar nicht, dass die Erwartungen völlig übersteigert sind. Stellen sich in den zwei Tagen Missverständnisse ein, wachsen sie zu einer unrealistischen Grösse an.

Claus-Dieter: Alexandra ist nie entbehrlich, und Paare, die sich freiwillig nur einmal pro Woche sehen, verstehe ich nicht so ganz. Ich liebe sie nicht nur, weil sie klug, positiv und als Persönlichkeit komplex ist, sondern auch, weil ich Liebe fühle, wenn sie mich – bei seltenen Gelegenheiten – ärgert. Gleichzeitig bin ich der felsenfesten Überzeugung, dass man Fragen und Unstimmigkeiten in einer Beziehung auf den Grund gehen muss, die diesbezüglichen Schubladen müssen aufgeräumt bleiben, damit die Basis rein und klar ist, dann kommt man auch mit spontan auftretenden Problemen viel besser zurecht.

Alexandra: «CDs» Begeisterungsfähigkeit und seine Verlässlichkeit in allen Lebenslagen

sind ein Geschenk für mich. Letztes Jahr hat er mir einen Heiratsantrag gemacht. Ich sagte sofort ja, und zwar bevor ich den Ring gesehen hatte – auch wenn er das immer anders erzählt.

Claus-Dieter: Dieses Jahr ist aufregend: Alex hat sich selbständig gemacht. Und im November heiraten wir – morgens in Zürich und abends in Stuttgart. Als Saxofonspieler begleitete ich bereits Dutzende von Hochzeitsgesellschaften. Das Fest ist für einen Musiker ein Highlight, aber auch eine grosse Verpflichtung. Wie ein Flugzeug, das beschleunigt und abhebt, über den Wolken schwebt und in den frühen Morgenstunden sanft zur Landung ansetzt: So sollte eine Band ihr Publikum auf die wunderbare Reise mitnehmen. Unsere Hochzeit ist für mich die logische Konsequenz aus dem Wunsch, immer füreinander da zu sein. Und natürlich ist es Ehrensache, dass ich Alex – irgendwann in dieser Nacht – ein Ständchen halten werde.

Saxofon und Hochzeit: redlounge-music.de
Protokoll: Franziska K. Müller